
BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
THE GLORY OF GOD IS INTELLIGENCE
1875
PROVO, UTAH



Erich Ludendorff

Kriegführung und Politik

Kriegführung und Politik

Von

Erich Ludendorff

Berlin 1922 / Verlag von E. S. Mittler & Sohn

Meinen in Gott ruhenden Eltern
gewidmet

„Wir Deutschen, in der Mitte Europas gelegen, müssen mehr zusammenhalten als andere Nationen. Wir müssen eins sein, wenn wir nicht verloren sein wollen. Wir haben keinen natürlichen Schutz und müssen Rücken an Rücken stehen, wenn nicht alle Opfer der Vergangenheit für uns verloren sein sollen."

Bismarck.

Vorwort.

Wir Deutschen schmeichelten uns vor dem Weltkrieg, Herrenmenschen und ein Herrenvolk zu sein. Wir waren alles andere als das. Unser weltbürgerlicher Hang hinderte uns, die Psychologie der Welt zu erkennen oder wenigstens genügend laut und nachhaltig darauf hinzuweisen, daß sie trotz aller geschickten propagandistischen Verschleierungskünste in Wahrheit allein auf den Gedanken eingestellt ist, daß im Völkerleben Macht Recht bedeutet und daß das eigene Volk alles ist. Viele Umstände leisteten unserer Veranlagung verhängnisvollen Vorschub und trübten unseren Blick. Wir lernten sachlich statt persönlich denken, wir waren Schwarmgeister statt Menschen der rauhen Wirklichkeit.

Somit war es eine Titanentat der Hohenzollern gewesen, aus unserem Menschenschlage seit dem Dreißigjährigen Kriege ein Volk heranzubilden, das, wenigstens in einem Bruchteil, so wie es diese Erde erfordert, den Willen zum Leben erhielt und in seiner Gesamtheit zu einer Herrenstellung gelangte, die ihm die Möglichkeit bot, sein Geschick in eigener fester Hand zu halten. Aus einem Objekt der Geschichte hatten sie das deutsche Volk zu einem Subjekt der Geschichte gemacht. Eine Großtat dieses Fürstengeschlechtes stellt es dar, daß es uns damit gleichzeitig, in Übereinstimmung mit unserer germanischen Herkunft, eine besondere Lebensauffassung gab, die sich in dem Worte „Preußentum" zusammenfassen läßt.

Das wurde in der Gründung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches Gemeingut aller deutschen Stämme. Die klare Erkenntnis aber von diesem großen Geschehen und den sich hieraus ergebenden Pflichten ging wohl einzelnen Kreisen, nicht dem ganzen Volke in Fleisch und Blut über, und sein Wesen sollte sich so schnell

nicht ändern. Dies trat deutlich in die Erscheinung, als die Not des Krieges wuchs und die Macht des Kaisers und der Fürsten nachließ, der Reichstag und die Landtage, in vollständiger Unkenntnis unserer eigenen Art, immer mehr die Gewalt an sich rissen und das Volk sich zum Schluß mit der Regierungsform die ihm eigene Lebensform nahm.

Jetzt stehen wir am Ende dieses Abschnittes deutscher Geschichte und am Anfang eines neuen. Wir müssen uns wieder zurechtfinden auf dieser Erde. Dafür ist ein klarer Blick über die jüngste Vergangenheit von Nutzen, nicht um zu hadern, sondern um für die Zukunft zu lernen.

Wir müssen lernen, die Welt zu sehen, wie sie ist, nicht wie wir sie uns einbilden und wünschen, und dann, als wahrhaftige Deutsche, aus dieser Erkenntnis die richtige Folgerung ziehen.

München, im Herbst 1921.

Ludendorff.

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorwort VII

I. Einführung . . . . 1—23

Wechselwirkung zwischen Kriegführung und Politik. — Lehrsätze des Generals v. Clausewitz über Krieg und Politik. — Einheit der Leitung in der Politik und Kriegführung. — Verschiedenartigkeit früherer Kriege. — Der wahrhaftige Krieg. — „Ermattungsstrategie" Friedrich des Großen. — Gründe für König Friedrichs Sieg im Siebenjährigen Kriege. — Ansichten des Königs über Kriegführen. — Kriegführung und Strategie. — Krieg und Politik.

II. Unter König und Kaiser Wilhelm I. . . . 24—37

Die Heeresvermehrung als Rückhalt der Politik König Wilhelms und Bismarcks. — Unterstützung der Kriegführung durch Bismarck. — Anschauungen Bismarcks vom wahrhaftigen Krieg. — Unterstützung der Politik durch Moltke. — Ein Beispiel für Moltkes Strategie als ein System der Aushilfen. — Bismarck und Moltke in den Kriegen 1866 und 1870/71. — Der Krieg 1870/71 noch kein wahrhaftiger Krieg im Sinne des Weltkrieges. — Die Politik Bismarcks nach der Reichsgründung. — Seine Innenpolitik eine Politik der „Konsolidierung und Sicherstellung des Deutschen Reiches". — Äußerungen Bismarcks hierüber. — Bismarck und der Reichstag. — Wirtschaftspolitik des Fürsten. — Ziel der Politik Bismarcks.

III. Die Vorkriegszeit und der Kriegsbeginn unter der Ersten Obersten Heeresleitung . . . 38—79

1.

Gliederung der Darstellung. — Die führenden Kreise in Deutschland. — Der ausgesprochen nationale Volksteil. — Die international-pazifistisch empfindenden und vaterländisch gleichgültig gesinnten Volksschichten. — Der Einfluß des jüdischen Volkes in ihren Reihen. — Zur Geschichte des deutschen Volkstums. — Die Stellung der Geistlichkeit und der Lehrerschaft in ihm. — Das Undeutsche unserer Bildung und unseres Rechts. — Stellungnahme gegenüber dem Fremdartigen. — Die Masse des Volkes. — Die Politik nach dem Abgang des Fürsten Bismarck. — Ihr Ziel. — Irrgänge der äußeren Politik. — Die Haltung Englands, Frankreichs,

Seite

Rußlands und des jüdischen Volkes. — Der Beginn des Kampfes durch die Feinde mit der Propaganda. — Die Unbeholfenheit unserer Regierung. — Die Vernachlässigung unserer Wehrkraft durch die Regierung. — Reichstag und Wehrmacht. — Vernachlässigung des Volksgeistes durch die Regierung. — Die letzte Reichstagswahl vor Kriegsbeginn. — Die „Zaberndebatte". — Debatte der elsaß-lothringischen, polnischen, dänischen Frage. — Die inneren Zustände Deutschlands in ihrer Wirkung auf den Feind. — Vernachlässigung einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung. — Arbeiten in Heer und Marine vor Kriegsausbruch. — Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ein politisches Bündnis. — Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung untereinander.

2.

Kriegsbeginn. — Mißgriffe und Unvermögen der Politik. — Eingehende Erwägungen über die Kriegführung zu Kriegsbeginn. — Verteidigung auf allen Fronten. — Angriff im Osten. — Vormarsch bis zur Linie Abbeville—Verdun. — Angriff im Westen, Verteidigung im Osten. — Plan des Grafen v. Schlieffen für den Westaufmarsch 1905. — Aufmarsch des Generaloberſten v. Moltke 1914. — Vergleich beider. — Versagen der Führung 1914 bis zur Marneschlacht. — Gestaltung des Krieges für den Fall unseres Sieges an der Marne. — Heer und Flotte. — Kriegführung zur See zu Kriegsbeginn. — Einmischen der Politik. — Ergebnis.

IV. Die Kriegführung der Zweiten Obersten Heeresleitung . . . . 80—98

Gründe für die Besprechung der Kriegführung und Strategie der Zweiten O. H. L. in diesem Abriß. — Eingreifen des Generals v. Falkenhayn. — Vervielfachung der Kräfte durch die Strategie des Oberkommandos der 8. Armee. — Der Feldzug der 9. Armee in Südpolen. — Entschluß der O. H. L. zum Einsatz der Neuaufstellungen der Heimat in Flandern. — Der russische Angriff in Polen über die Weichsel. — Der Entschluß des Oberbefehlshabers Ost zum Angriff von Hohensalza her. — Aussichten dieses Angriffs und die Möglichkeit seiner Ausgestaltung zu einem kriegsentscheidenden Erfolge. — Die O. H. L. zu diesem Gedanken. — Verlauf des Feldzuges. — Betrachtung. — Weiterführung des Krieges. — Der Angriff im Osten. — Italien. — Meinungsverschiedenheiten über die Weiterführung des Angriffs im Osten im Sommer 1915 zwischen der O. H. L. und dem Oberbefehlshaber Ost. — Betrachtung. — Anschluß Bulgariens, der politische Erfolg des Angriffs. — Angriff auf Serbien. — Betrachtung über die Weiterführung der Operationen. — Verdun. — Angriff aus Tirol. — Der russische Angriff. — Rumänien. — Die weitere Kriegführung der Zweiten O. H. L.: Verwendung der Seestreitkräfte, Kampf gegen den Geist der feindlichen Völker, Beanspruchung der Heimat. — Betrachtung. — Die Zweite O. H. L. und auswärtige Politik.

Seite

V. Wesen und Gestalt des Krieges beim Amtsantritt der Dritten Obersten Heeresleitung . . . . 99—107

Der Krieg 1870/71 und der Weltkrieg. — Kriegsmaschinen und Technik im Heere. — Abhängigkeit des Heeres von der Heimat. — Heer und Volk. — Volksgeist. — Arthur Dix über den neuzeitlichen Krieg. — Wiedergabe einer entsprechenden Betrachtung aus: „Meinen Kriegserinnerungen“. — Aufgabe des Reichskanzlers und der O. H. L. — Propagandafeldzug gegen den Geist der feindlichen Völker. — Politik und Kriegführung. — Friedensfrage. — Verhalten des Reichskanzlers bei Lösung seiner Aufgabe. — Stellung der O. H. L. — Die politische Abteilung. — Militärattachés und Militärbevollmächtigte.

VI. A. Innere Politik und Kriegführung bis zur Revolution von oben im Herbst 1918 . 108—155

Beanspruchung des Ersatzes. — Hinterlassenschaft der Zweiten O. H. L. — Anforderungen der Kriegslage. — Änderung der Taktik. — Beanspruchung des Menschenbestandes der Heimat. — Schonung und Ersatz des Menschen durch Kriegsmaschinen. — Volksgeist. — Haltung des Reichskanzlers. — Die Sozialdemokratie. — Ihre Sorge vor einem deutschen Siege. — Durchhalten. — Hilfsdienstgesetz. — Hindenburgprogramm. — Weiteres Nachgeben des Reichskanzlers vor der Sozialdemokratie. — Demokratie und Zentrum. — Deren Sorge vor einem Siege. — Defaitismus. — Verständigungsfriede. — Stockholm. — Die Friedensresolution vom 19. Juli 1917. — Die Unabhängige Sozialdemokratie. — Kampf gegen Krieg und deutschen Sieg. — Versagen des Reichskanzlers, — des Reichstages. — Ohnmacht der rechten Parteien. — Wirtschaftliche Mißstände. — Der Niedergang des Volksgeistes. — Stellungnahme und Handeln der O. H. L. — Erweiterung des Arbeitsbereichs der O. H. L. — Ergebnis. — Wirkung der inneren deutschen Verhältnisse auf den Feind, — auf das Heer. — Stellung des Offiziers, — des Unteroffiziers. — Löhnungsverhältnisse. — Minderung der kriegerischen Tugenden. — Nachlassen der Kampfkraft. — Minderung der Stärken durch Fahnenflucht, Drückebergerei und Abgang an Gefangenen. — Ergebnis.

VI. B. Kriegführung und Wirtschaftspolitik . . 156—162

Mißstände der Kriegswirtschaft. — Kriegführung und Kriegswirtschaft. — Einfluß der Kriegswirtschaft auf Operationen, — auf einzelne Kriegshandlungen. — Heeresversorgung und Volksversorgung. — Versorgung Deutschlands und der Verbündeten. — Verkennen der Lage durch den Reichskanzler und den Reichstag. — Wirtschaft und Kriegsausgang.

Seite

VII. Die Kriegführung der Dritten Obersten Heeresleitung . . . . 163—242

1. Einsetzen der Seestreitkräfte. Abwehr an den Landfronten im Herbst 1917. Die polnische Armee 163

Möglichkeit eines Friedens. — Notwendigkeit, die Marine voll auszunutzen. — Nichtausnutzung der Marine ein militärischer Widersinn. — Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Ihr Wille zum Kriege. — Ursache ihres Eintritts in den Krieg nicht der U-Bootkrieg. — Besprechungen über den U-Bootkrieg Ende August 1916. — Kriegführung zu Lande. — Feldzug gegen Rumänien. — Ergebnis der Kriegführung um die Jahreswende 1916/17. — Verhandlungen zwischen Politik und Kriegführung über den U-Bootkrieg im Herbst 1916. — Der Entschluß. — Der U-Bootkrieg eine „Vergeltungsmaßnahme". — Wirkung des U-Bootkrieges. — Beschränkung durch die Politik. — Politik und Kriegführung bei den Feinden.

Der Reichskanzler über seine polnische Politik. — General v. Beseler zur Frage der polnischen Armee. — Friedensaussichten mit Rußland. — Gründe für die Stellungnahme der O. H. L. — Drahtung des Reichskanzlers vom 4. Oktober 1916. — Stellungnahme der O. H. L. — Scheitern der Bildung einer polnischen Armee. — Friedensfrage. — Haltung der Polen.

2. Das Ringen um den Sieg 1917 und 1918 186

Abwehr zu Lande, Angriff zur See. — Die Propaganda, ein Mittel der Kriegführung. — Arbeitsart und Erfolg der feindlichen Propaganda. — Versagen der deutschen Propaganda. — Kriegführung bei uns und beim Feinde. — Rückzug in die Siegfriedstellung. — Die russische Revolution, Erfolg des U-Bootkrieges, deutscher Abwehrsieg im Westen. — Eingreifen der Vereinigten Staaten. — Entschluß zum Angriff zu Lande. — Betrachtungen. — Angriff im Osten. — Friedensmöglichkeit mit Rußland. — Russischer Angriff. — Angriff an der italienischen Front. — Feldzug in Venetien. — Abwehr im Westen, Cambrai. — Ergebnis der Kriegführung 1917. — Verhalten der Politik. — Betrachtungen über die Kriegführung 1918. — Der Angriff im Westen. — Ergebnisse der Angriffe vom 21. März und 27. Mai. — Verhalten der Politik. — Der Angriff am 15. Juli. — Betrachtungen. — Scheitern des Angriffs. — Der 8. August. — Kriegführung und Politik. — Fortsetzung der Operationen. — Antwerpen—Maas-Stellung. — Ausführung des Rückzuges.

3. Der Kräftehaushalt im Jahre 1918 229

Allgemeines. — Verwendung von k. u. k. Truppen im Westen. — Verhandlungen mit dem k. u. k. Armee-Oberkommando. — Einheitliches

Seite

Handeln. — Angriff am Piave. — Entsendung von k. u. k. Divisionen an die Westfront. — Belassung von Truppen im Osten. — Ergebnis der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. — Folgerung hieraus für die O. H. L. — Ergebnis der Friedensverhandlungen in Bukarest. — Ansichten der O. H. L. über die Belassung von Truppen im Osten. — Entsendung der Ostsee-Division nach Finnland. — Die Besetzung der Ukraine. — Verpflegungslage Österreichs. — Fehlen von Motorbetriebsstoffen. — Beschaffen von Verpflegung aus der Ukraine. — Versagen der Verwaltung. — Gesamturteil.

VIII. Außenpolitik und Stellung der Kriegführung zu den Friedensfragen bis zur Revolution von oben im Herbst 1918 . . . . 243—301

1. Kriegsziele 243

Parteien und Kriegsziele nach Beginn des Krieges. — Kriegsziele des Reichskanzlers und des Reichstages vor dem Amtsantritt der Dritten O. H. L. — Anschauungen der Dritten O. H. L. über Kriegsziele. — Denkschrift vom September 1917. — Alle Kriegsziele und Richtlinien für etwaige Verhandlungen. — Festlegung von Kriegszielen im Herbst 1916 und Winter 1916/17. — Spätere Stellungnahmen der O. H. L., der Regierung; Verhältnis zwischen der O. H. L. und dem Reichskanzler in der Friedensfrage. — Das Verbrechen des „Verständigungsfriedens“. — Aufklärung über Friedensmöglichkeiten.

2. Friedensfragen im Herbst 1916 und Winter 1916/17 . . . 257

Verhandlungen mit Rußland 1915 und 1916. — Friedensvermittlung Wilsons. — Weisungen an Graf v. Bernstorff. — Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. — Note Wilsons vom 18. Dezember. — Antworten der Entente. — Entschluß zum U-Bootkrieg. — Wilsons Botschaft vom 22. Januar. — Wilsons Schritt vom 27. Januar. — Gründe dafür. — Antwort des Reichskanzlers. — Mangelndes Inkenntnissetzen der O. H. L. — Unvermögen des Reichskanzlers zu kraftvoller Politik.

3. Friedensfragen im Sommer 1917 264

Das Doppelspiel Kaiser Karls. — Stellung des Reichskanzlers zu der Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus. — Das „Resumé“ der Friedensbesprechung vom März 1917. — Der Reichskanzler am 4. April 1917. — Verhandlungen Kaiser Karls mit Frankreich. — Druck auf die O. H. L. — Denkschrift des Grafen Czernin. — Antwort des Reichskanzlers. — Ergebnis. — Förderung der Friedensströmung in Rußland. — Entsendung Lenins. — Stockholm. — Der Reichskanzler am 25. Juni 1917. — Der Reichskanzler am 26. Juni 1917. — Sein Gespräch mit dem Nuntius Pacelli. — Friedensmöglichkeit? — Zerschellen derselben.

Seite

4. Friedensfragen im Herbst 1917 278

Friedensvorschläge des Papstes am 1. August. — Friedensschritt Englands? — Herrn v. Kühlmanns Versuch, mit England Fühlung zu nehmen. — Ablehnung Englands. — Der Kronrat am 11. September. — Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers. — Antwort auf die Papstnote. — Ergebnis.

5. Die Friedensschlüsse im Osten 282

Militärische Anforderungen an den Gang der Verhandlungen. — Denken der Politik. — Waffenstillstandsverhandlungen. — Weisungen Seiner Majestät für die Friedensverhandlungen am 18. Dezember 1917. — Beginn der Verhandlungen. — Abweichung von den Weisungen. — Schaden für die Kriegführung, für unsere Zukunft. — Kurland und Litauen. — Der polnische Grenzstreifen. — Abmachungen zwischen Politik und Kriegführung. — Fortsetzung der Verhandlungen. — Ihr Scheitern. — Die Verhandlungen in Bukarest. — Die „Gewaltfrieden". — Verhandlungen mit Joffe.

6. Friedensversuche im Westen im Winter 1917/18 und im Laufe des Jahres 1918 292

„In Deutschland herrscht das Militär!" — Zahlreiche Friedensversuche. — Kriegshoffnungen der O. H. L. — Zwang des Krieges. — Der Wendepunkt des Krieges. — Besprechungen am 13. und 14. August 1918. — Neutrale Friedensvermittlung. — Burians Friedensnote an Alle. — Das ungeschriebene Gesetz des Krieges. — Betrachtung.

IX. Der Ausgang . . . . 302—319

Der Revolution von oben entgegen. — Die alte Staatsgewalt, Streben der Mehrheitsparteien. — Beratungen in Berlin am 28. September 1918: Regierung der „nationalen Verteidigung". — Forderungen der O. H. L. am 29. September. — Einverständnis mit dem Reichskanzler zum Weiterkampf im Fall eines unannehmbaren Friedens. — Wortlaut der ersten Note an Wilson. — „Das Drängen der O. H. L." — Zustände in Berlin. — Mahnung der O. H. L. an den Reichskanzler am 9. und 14. Oktober zur Kräftigung des Volksgeistes. — Versagen des Reichskanzlers. — Verzicht auf die nationale Verteidigung. — Die Sitzung am 17. Oktober. — Einspruch der O. H. L. am 20. Oktober. — Die O. H. L. für Fortsetzung des Krieges. — Die politische Kapitulation. — Die militärische Kapitulation. — Das Verbrechen der Politik am deutschen Volk.

Seite

X. Ergebnis . . . . 320—342

1.

Die Kriegführung. — Ihr Einfluß auf die Gestaltung der Welt. — Die militärische Kriegführung. — Strategie. — Kriegführung und Politik. — Diktatur. — Versagen der Politik. — Lahmlegung der militärischen Kriegführung und die Wehrlosmachung des deutschen Volkes durch die Politik.

2.

Vorherrschen des internationalen, pazifistischen, defaitistischen Denkens im deutschen Volk. — Notwendigkeit, die Wirklichkeit richtig einzuschätzen. — Die Wehrlosmachung Deutschlands. — Erkennen des Wesens der Schlagworte. — Eigenes männliches Handeln. — Notwendigkeit, die Gestalt des wahrhaftigen Krieges zu erkennen. — Anforderungen, die daraus entspringen. — Vaterländische Einheitsfront. — Beschaffenheit der Einheitsfront. — Tugenden des alten Heeres als Grundlage. — Das Undeutsche an einzelnen, im Volk, im Staat. — Die deutsche Familie. — Körperliche Ertüchtigung. — Bedeutung der Volkswirtschaft. Anforderungen an sie. — Die Regierungsgewalt. — Krieg und Politik. — Notwendigkeit der politischen Bildung des Volkes auf dieser Grundlage. — Volk und Führer. — Schwierigkeit der Arbeit. — Urquell der Kraft.



I.
Einführung.

Wechselwirkung zwischen Kriegführung und Politik. — Lehrsätze des Generals v. Clausewitz über Krieg und Politik. — Einheit der Leitung in der Politik und Kriegführung. — Verschiedenartigkeit früherer Kriege. — Der wahrhaftige Krieg. — „Ermattungsstrategie" Friedrich des Großen. — Gründe für König Friedrichs Sieg im Siebenjährigen Kriege. — Ansichten des Königs über Kriegführen. — Kriegführung und Strategie. — Krieg und Politik.

Über „Politik und Kriegführung" ist oft geschrieben worden. Wenn ich hier das gleiche unternommen habe und dabei das Wort „Kriegführung" voranstelle, so liegt der Grund darin, daß die Bedeutung der Kriegführung bei uns nicht klar genug erkannt worden ist. Die Wechselwirkung zwischen Politik und Kriegführung wird oft zu einseitig, lediglich von politischen Gedankengängen, recht häufig vom Parteistandpunkt aus und nicht in allen Zusammenhängen nach der rauhen Wirklichkeit des Krieges und dem Lebens- und Machtwillen der Völker beurteilt. Im übrigen habe ich einen Gegensatz zwischen Politik und Kriegführung nie für glücklich gehalten; denn ihn gibt es nicht, sollte ihn wenigstens nicht geben. Politik und Kriegführung und Kriegführung und Politik sind schließlich eins, wie es General Krauß mit Recht so klar ausspricht*).

Man redet schlechthin von Politik, ohne sich klar darüber zu werden, daß es eine äußere Politik gibt, deren Vorrang vor der Kriegführung — scharf ausgedrückt — anzuerkennen ist, sofern man an der Trennung dieser Arbeitsgebiete überhaupt festhält. Daneben gibt es aber auch eine innere Politik und eine Wirtschaftspolitik, die — um es unter derselben Voraussetzung ebenso scharf auszudrücken — der Kriegführung unterzuordnen sind. Hiermit ist gewiß das Verhältnis der Politik zur Kriegführung noch keineswegs

*) „Die Ursachen unserer Niederlage" von Alfred Krauß. München 1920.

erschöpfend dargestellt. Es ist absichtlich so rein äußerlich scharf abgegrenzt, um klärend zu wirken. Diese Festlegung genügt zunächst.

In seinem Buche „Vom Kriege"*) spricht General v. Clausewitz über Politik und Kriegführung. Er hat hierbei allein die äußere Politik im Auge. Gedanken an die Zusammenhänge der inneren Politik oder gar einer Wirtschaftspolitik mit der Kriegführung lagen Clausewitz fern, obschon auch in seinem Zeitalter solche Fragen bestanden oder sich ankündigten.

Seinem meisterhaften Werke entnehme ich nachfolgend einige Lehrsätze über die Beziehungen zwischen der Kriegführung und der äußeren Politik, an die zunächst allein zu denken ist, und über das Wesen des Krieges; denn über das Wesen des Krieges herrschen verhängnisvolle Unklarheiten, die ein richtiges Urteil über die Kriegführung und damit über die Zusammenhänge zwischen Politik und Kriegführung ausschließen. Sie führen zu einer weltabgewandten Beurteilung kriegerischer, nicht nur militärischer Maßnahmen und haben seinerzeit ihren unglücklichen Ausklang in der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 und in dem Gedanken an einen Versöhnungsfrieden gefunden.

General v. Clausewitz sagt:

1. „Der Krieg ist nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wichtiges politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.

„Die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.

„Also noch einmal: Der Krieg ist ein Instrument der Politik; er muß notwendig ihren Charakter tragen, er muß mit ihrem Maße messen; die Führung des Krieges in seinen Hauptumrissen ist daher die Politik selbst, welche die Feder mit dem Degen vertauscht, aber darum nicht aufgehört hat, nach ihren eigenen Gesetzen zu denken.

„Gehört der Krieg der Politik an, so wird er ihren Charakter annehmen. Sobald sie großartiger und mächtiger wird, so wird

---

*) Erste Auflage 1832, dreizehnte Auflage Berlin und Leipzig 1918.

es auch der Krieg, und das kann bis zu der Höhe steigen, auf welcher der Krieg zu seiner absoluten Gestalt gelangt.

„So wird also der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges das Maß sein, sowohl für das Ziel, welches durch den kriegerischen Akt erreicht werden muß, als für die Anstrengungen, die erforderlich sind. Aber er wird dies nicht an und für sich sein können; sondern weil wir es mit wirklichen Dingen zu tun haben und nicht mit bloßen Begriffen, so wird er es in Beziehung auf die beiderseitigen Staaten sein."

2. „Der Krieg ist . . . ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres (politischen) Willens zu zwingen. Um diesen Zweck sicher zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen.

„Solange ich den Feind nicht niedergeworfen habe, muß ich fürchten, daß er mich niederwirft; ich bin also nicht mehr Herr meiner selbst, sondern er gibt mir das Gesetz, wie ich es ihm gebe.

„Nun könnten menschenfreundliche Seelen sich leicht denken, es gebe ein künstliches Entwaffnen oder Niederwerfen des Gegners, ohne zu viel Wunden zu verursachen, und das sei die wahre Tendenz der Kriegskunst. Wie gut sich das auch ausnimmt, so muß man doch diesen Irrtum zerstören; denn in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eins ist, sind die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten. Da der Gebrauch der physischen Gewalt in ihrem ganzen Umfang die Mitwirkung der Intelligenz auf keine Weise ausschließt, so muß der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ..., bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut. Dadurch gibt er dem anderen das Gesetz, und so steigern sich beide bis zum Äußersten, ohne daß es andere Schranken gäbe als diejenigen der innewohnenden Gegengewichte.

„So muß man die Sache ansehen, und es ist ein unnützes, selbst verfehltes Bestreben, aus Widerwillen gegen das rohe Element die Natur desselben außer acht zu lassen.

„Wollen wir den Gegner niederwerfen, so müssen wir unsere Anstrengung nach seiner Widerstandskraft abmessen; diese drückt sich durch ein Produkt aus, dessen Faktoren sich nicht trennen lassen,

nämlich: die Größe der vorhandenen Mittel und die Stärke der Willenskraft."

3. „So erscheint also die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte immer als das höherstehende und wirksamere Mittel, dem alle anderen weichen müssen."

Dazu die Worte, die Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen in der Einführung der fünften Auflage 1905 hervorhebt: Ihm (Clausewitz) erscheint „die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte unter allen Zwecken, die im Kriege verfolgt werden, immer der über alles gebietende."

4. „Ist . . . beides geschehen (die feindliche Streitkraft vernichtet und das feindliche Land besetzt), so kann der Krieg . . . nicht als beendet angesehen werden, solange der Wille des Feindes nicht auch bezwungen ist, d. h. seine Regierung und seine Bundesgenossen zur Unterzeichnung des Friedens oder das Volk zur Unterwerfung vermocht sind."

5. „. . . kriegerische Tugend des Heeres, Volksgeist desselben, sind die moralischen Hauptpotenzen der Strategie.

„Nachdem alle diese Fälle (die Volkskriege der Napoleonischen Zeit) gezeigt haben, welch ein ungeheurer Faktor in dem Produkt der Staats-, Kriegs- und Streitkräfte das Herz und die Gesinnung der Nation sei — nachdem die Regierungen alle diese Hilfsmittel kennengelernt haben, ist nicht zu erwarten, daß sie dieselben in künftigen Kriegen unbenutzt lassen werden."

6. „Die Überlegenheit an Zahl ist in der Taktik und Strategie das allgemeinste Prinzip des Sieges."

Die Sätze unter 1 sind noch um folgende Sätze zu erweitern:

„Um einen ganzen Krieg zu einem glänzenden Ziel zu führen, dazu gehört eine große Einsicht in die höheren Staatsverhältnisse. Kriegführung und Politik fallen hier zusammen, und aus dem Feldherrn wird zugleich ein Staatsmann. Der Feldherr wird zum Staatsmann, aber er darf nicht aufhören, der erstere zu sein; er umfaßt mit seinem Blick auf der einen Seite alle Staatsverhältnisse, auf der anderen Seite ist er sich genau bewußt, was er mit den Mitteln leisten kann, die in seiner Hand liegen.

„Ist die Politik richtig, d. h. trifft sie ihr Ziel, so kann sie auf den Krieg in ihrem Sinne auch nur vorteilhaft wirken; und wo diese Einsicht sich vom Ziel entfernt, ist die Quelle nur in der verkehrten Politik zu suchen.

„Nur dann, wenn die Politik sich von gewissen kriegerischen Mitteln und Maßregeln eine falsche, ihrer Natur nicht angemessene Wirkung verspricht, kann sie mit ihren Bestimmungen einen schädlichen Einfluß auf den Krieg haben. . . . Dies ist unendlich oft vorgekommen und zeigt dann, daß eine gewisse Einsicht in das Kriegswesen der Führung des politischen Verkehrs nicht fehlen sollte."

Clausewitz verlangt hier von Politik und Kriegführung ein gegenseitiges Verstehen, eine Forderung, die voll berechtigt ist, aber nicht nur im Hinblick auf die äußere Politik und Kriegführung, woran Clausewitz denkt, sondern in allen Beziehungen. Fehlt dies Verständnis auf der einen oder der anderen Seite, so können Schäden nicht ausbleiben; es werden Reibungen entstehen, die des Ausgleichs bedürfen. Ein solcher wird auch erforderlich, wenn ein gegenseitiges Verstehen vorhanden; dieses kann kaum je ein vollständiges sein, sondern wird meistens ein bedingtes bleiben. Das liegt in der Veranlagung der Menschen begründet.

Für Politik und Kriegführung liegen die Verhältnisse am günstigsten, wenn ihre Einheit in der Person gewahrt ist. Ich nenne Alexander und Friedrich die Großen, Napoleon. Sie waren Feldherren und zugleich Inhaber der politischen Macht. Im alten Rom lag das Feldherrnamt in den Händen des politischen Konsuls. Der Erfolg war ein Aufschwung des Staates.

In anderer Lage befanden sich Hannibal, der von Karthagos Politik im Stich gelassen, Blücher und Gneisenau, deren militärische Erfolge durch die Politik nicht ausgenutzt wurden. Es fehlte der Ausgleich zwischen Politik und Kriegführung, zum Verderb und zum Schaden des Landes

In Preußen-Deutschland lag der Ausgleich in der Person des Königs und Kaisers als Inhabers der politischen Macht und als Obersten Kriegsherrn; unter ihm aber standen in großer Selb-

ständigkeit der preußische Ministerpräsident oder Reichskanzler für Politik und der Chef des Generalstabes des Feldheeres für Kriegführung. Aus der Einheit war eine Dreiheit geworden. Wir werden sehen, ob und wie sich dieses System bewährt hat und ob der Satz, „daß eine gewisse Einsicht in das Kriegswesen der Führung des politischen Verkehrs nicht fehlen sollte", den Anforderungen unserer Zeit genügt.

Es gibt eine Schule, die in Bezug auf die Kriegführung Deutschlands im Weltkriege die Sätze unter 2, 3, 4 nicht anerkennt, die die Vernichtung oder Wehrlosmachung der feindlichen Streitkräfte als notwendig bezeichnen, um den politischen Kriegszweck Deutschlands, seine Selbstbehauptung, zu erreichen. Sie glaubt, sich dabei auf Clausewitz berufen zu können.

Vorweg muß bemerkt werden, daß das Wort „Vernichtung" nicht wörtlich aufgefaßt werden darf. Man kann Armeen vernichten, aber doch nur in seltensten Fällen mit einem Schlage das gesamte Heeresaufgebot der großen Militärstaaten der Vorkriegszeit. Die Summe der Niederlagen indes erschüttert ein Heer; wird dann der Wille des Volkes gebrochen, so wird die eine Partei wehrlos. Wir wurden es, als wir noch in Feindesland standen, ohne auf dem Schlachtfelde besiegt zu sein. So wäre vielleicht auch der Wille des Feindes bezwungen worden, wenn wir am 15. Juli 1918 gesiegt hätten.

Clausewitz war, wie jedermann es ist und immer bleiben wird, ein Kind seiner Zeit. Wenn er jetzt lebte, würde er seine Lehre umfassend ausgestalten, um zu zeigen, wie sehr die Kraftäußerung des Heeres von den Kräften der Heimat abhängig ist. Er schrieb sein Werk unter dem gewaltigen Eindruck der napoleonischen Kriegszeit. Aber Clausewitz hatte noch anderes erlebt oder empfunden. Nach dem Siebenjährigen Kriege hatte Friedrich der Große noch den „Kartoffelkrieg"*) geführt, und auch die Nachfolgezeit hat Kriege ge-

*) „Bairischer Erbfolgekrieg" 1778 bis 1779 zum Schutz vor Vergewaltigung des Hauses Wittelsbach und Bayerns durch das Haus Habsburg. Ohne daß ernstlich gekämpft wurde, gab Österreich nach, schob aber seine Grenze an den unteren Inn vor.

sehen, die Clausewitz voll berechtigten, von einer „Verschiedenartigkeit der Kriege" zu sprechen:

„Je großartiger und stärker die Motive zum Kriege sind, je mehr sie das ganze Dasein der Völker umfassen, je gewaltsamer die Spannung ist, die dem Kriege vorangeht, um so mehr wird der Krieg sich seiner abstrakten Gestalt nähern, um so mehr wird es sich um ein Niederwerfen des Feindes handeln, um so mehr fallen das kriegerische Ziel und der politische Zweck zusammen, um so reiner kriegerisch, weniger politisch scheint der Krieg zu sein. Je schwächer aber Motive und Spannungen sind, um so weniger wird die natürliche Richtung des kriegerischen Elementes, nämlich der Gewalt, in die Linie fallen, welche der Politik gilt, um so mehr muß also der Krieg von seiner natürlichen Richtung abgelenkt werden, um so verschiedener ist der politische Zweck von dem Ziel eines idealen Krieges, um so mehr scheint der Krieg politisch zu werden."

An anderen Stellen gibt Clausewitz in einem geschichtlichen Rückblick Beispiele für diese Auffassung:

„Der Krieg (im 18. Jahrhundert) wurde also nicht bloß seinen Mitteln, sondern auch seinem Zweck nach immer mehr auf das Heer selbst beschränkt. Das Heer mit seinen Festungen und einigen eingerichteten Stellungen machte einen Staat im Staate aus, innerhalb dessen sich das kriegerische Element langsam verzehrte. Ganz Europa freute sich dieser Richtung und hielt sie für eine notwendige Folge des fortschreitenden Geistes. Obgleich hierin ein Irrtum lag, weil das Fortschreiten des Geistes niemals zu einem Widerspruch führen, niemals machen kann, daß aus zwei mal zwei fünf wird, wie wir schon gesagt haben und noch in der Folge sagen müssen, so hatte allerdings diese Veränderung eine wohltätige Wirkung für die Völker; nur ist nicht zu verkennen, daß sie den Krieg noch mehr zu einem bloßen Geschäft der Regierung machte und dem Interesse des Volkes noch mehr entfremdete. Der Kriegsplan des angreifenden Staates bestand in dieser Zeit meistens darin, sich einer oder der anderen feindlichen Provinz zu bemächtigen; der des Verteidigers, dies zu verhindern; der einzelne

Feldzugsplan: die eine oder die andere feindliche Festung zu erobern oder die Eroberung einer eigenen zu verhindern; nur wenn dazu eine Schlacht unvermeidlich war, wurde sie gesucht und geliefert. Wer ohne diese Unvermeidlichkeit eine Schlacht aus bloßem innern Siegesdrange suchte, galt für einen kecken Feldherrn. Gewöhnlich verstrich der Feldzug über eine Belagerung oder, wenn es hoch kam, über zwei, und die Winterquartiere, die als eine Notwendigkeit betrachtet wurden, während welcher die schlechte Verfassung des einen niemals der Vorteil des andern werden konnte, in welchen die gegenseitigen Beziehungen beider fast gänzlich aufhörten, bildeten eine bestimmte Abgrenzung der Tätigkeit, welche in einem Feldzuge statthaben sollte.

„Waren die Kräfte zu sehr im Gleichgewicht, oder war der Unternehmende entschieden der Schwächere von beiden, so kam es auch nicht zur Schlacht und Belagerung, und dann drehte sich die ganze Tätigkeit eines Feldzuges um Erhaltung gewisser Stellungen und Magazine und die regelmäßige Auszehrung gewisser Gegenden.

„Solange der Krieg allgemein so geführt wurde, und die natürlichen Beschränkungen seiner Gewalt immer so nahe und fühlbar waren, fand niemand darin etwas Widersprechendes. . . .

„So standen die Sachen, als die französische Revolution ausbrach. Österreich und Preußen versuchten es mit ihrer diplomatischen Kriegskunst: sie zeigte sich bald unzureichend. Während man nach der gewöhnlichen Art, die Dinge anzusehen, auf eine sehr geschwächte Kriegsmacht sich Hoffnung machte, zeigte sich im Jahre 1793 eine solche, von der man keine Vorstellung gehabt hatte. Der Krieg war urplötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden, und zwar eines Volkes von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten. . . . . mit dieser Teilnahme des Volkes an dem Kriege trat statt eines Kabinetts und eines Heeres das ganze Volk mit seinem natürlichen Gewicht in die Wagschale. Nun hatten die Mittel, welche angewandt, die Anstrengungen, welche aufgeboten werden konnten, keine bestimmten Grenzen mehr, die Energie, mit welcher der Krieg selbst geführt werden konnte,

hatte kein Gegengewicht mehr, und folglich war die Gefahr für den Gegner die äußerste.

„Mußten diese verschiedenen Verhältnisse nicht ganz verschiedene Betrachtungen veranlassen? Mußten sie nicht in den Jahren 1805, 1806, 1809 den Blick auf das Äußerste der Unglücksfälle als auf eine nahe Möglichkeit, ja als auf eine große Wahrscheinlichkeit richten und mithin zu ganz anderen Anstrengungen und Plänen führen als solche, deren Gegenstand ein paar Festungen oder eine mäßige Provinz sein konnten? Sie haben es nicht in gehörigem Maße getan, wiewohl Österreich und Preußen bei ihren Rüstungen die Gewitterschwere der politischen Atmosphäre hinreichend fühlten. Sie haben es nicht vermocht, weil jene Verhältnisse damals noch nicht so deutlich von der Geschichte entwickelt waren. Eben jene Feldzüge von 1805, 1806, 1809 haben es uns sehr erleichtert, den Begriff des neueren, des absoluten Krieges in seiner zerschmetternden Energie von ihnen zu abstrahieren."

Clausewitz zeigt jetzt, wie Preußen, dann das übrige Deutschland den Krieg zur Volkssache machte, und fährt dann fort:

„Seit Bonaparte also hat der Krieg, indem er zuerst auf der einen und dann auf der anderen Seite wieder Sache des ganzen Volkes wurde, eine ganz andere Natur angenommen oder vielmehr, er hat sich seiner wahren Natur sehr genähert. . . .

„So war also der Krieg, von allen konventionellen Schranken befreit, mit seiner ganzen natürlichen Kraft losgebrochen. . . .

„Ob es nun immer so bleiben wird, ob alle künftigen Kriege in Europa mit dem ganzen Gewicht der Staaten und folglich nur um große, den Völkern naheliegende Interessen stattfinden werden, oder ob nach und nach wieder eine Absonderung der Regierung von dem Volke eintreten wird, dürfte schwer zu entscheiden sein, und am wenigsten wollen wir uns eine solche Entscheidung anmaßen. Aber man wird uns recht geben, wenn wir sagen, daß Schranken, die gewissermaßen nur in dem Nichtbewußtsein dessen, was möglich sei, lagen, wenn sie einmal eingerissen sind, sich nicht leicht wieder aufbauen lassen, und daß wenigstens jedesmal, wenn es sich um große Interessen handelt, die gegenseitige Feindschaft

sich auf dieselbe Art entladen wird, wie es in unseren Tagen geschehen ist."

Dieser letzte Satz beweist den klaren Blick des Generals v. Clausewitz für den Werdegang der Weltgeschichte. Er sieht den wahrhaftigen Krieg für den wahrscheinlicheren an. Wenn er trotzdem gleich darauf wieder auf die Verschiedenartigkeit der Kriege eingeht, so entspricht das seinem Denken, der klaren Erkenntnis, daß sich für den Krieg nicht ewig bindende Regeln aufstellen lassen, der Absicht, in seiner Lehre vom Kriege alle Formen des Krieges zu erörtern, und dem Wunsche, etwas Lebendiges zu geben*).

In der Tat war z. B. der Krieg von 1864 gegen Dänemark für Österreich und Preußen kein wahrhaftiger Krieg, sondern ein Krieg, der durch die Wegnahme einer Provinz entschieden wurde. Die beiderseitigen Kräfte waren zu ungleich und die politischen Ziele beschränkt. Die Kriege 1866 und 1870/71 wurden dagegen von den beteiligten Staaten im napoleonischen Sinne mit ihrer ganzen Volkskraft geführt, entsprechend der Politik, die „großartiger und mächtiger" geworden war. Ich sage mit Betonung im „napoleonischen Sinne"; denn die Anforderungen an die Volkskraft, wie sie der Weltkrieg stellte, waren weit höhere.

Es konnte gar kein Zweifel sein, daß von 1871 ab für Deutschland die Zeit der Kabinettskriege oder Kriege, die durch Besetzen eines Landstriches entschieden oder um eine Provinz geführt wurden, vorbei war.

---

*) Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen schreibt in der Einführung der fünften Auflage des Werkes „Vom Kriege":

„Nicht den Wert einer gesunden Theorie an sich hat Clausewitz bestritten, sein Buch vom Kriege ist nur durchzogen von dem Bestreben, die Theorie mit dem wirklichen Leben in Einklang zu bringen. Dadurch erklärt sich zum Teil das Überwiegen einer philosophischen Betrachtungsweise, die den heutigen Leser nicht immer anmutet. Manche Ausführungen des Verfassers, namentlich soweit sie taktische Verhältnisse betreffen, erscheinen, weil den Erfahrungen und Gewohnheiten einer vergangenen Zeit entnommen, uns nicht mehr ganz verständlich."

Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen spricht auch hier wieder ein richtiges Urteil aus.

So vermag auch ich z. B. der Ansicht, die in dem Werke „Vom Kriege" ausgesprochen ist, daß die verteidigende Form des Kriegführens an sich stärker als die angreifende ist, nicht zuzustimmen.

Fürst Bismarck sagte in seiner großen Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 über einen künftigen Krieg*):

„Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüberfinden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut — wie die Franzosen sagen: „Saigner à blanc", das heißt, so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten dreißig Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüberzustellen. Das hätten wir, wenn wir da nur die Staatsraison und nicht auch die christliche Gesinnung zu Rate zögen, wie das kriegführende Frankreich es gewohnt ist, 1870 ebensogut tun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später getan hat" und:

„Nur für die Ehre des Landes — nicht zu verwechseln mit dem sogenannten Prestige —, nur für seine edelsten Interessen darf ein Krieg begonnen werden.

„Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist. Es muß ein Volkskrieg sein.

„Der Krieg der Zukunft ist der wirtschaftliche Krieg, der Kampf ums Dasein im großen. Mögen meine Nachfolger das immer im Auge behalten und dafür sorgen, daß, wenn dieser Kampf kommt, wir gerüstet sind."

Wir hatten nur mit einem Kriege zu rechnen, der das ganze Dasein des Volkes umfaßte und es in eine gewaltsame Spannung versetzte. Es war der Krieg in seiner wahrhaftigen Gestalt, und das Niederwerfen des Feindes wurde damit das Ziel.

---

*) Dieser und die später angeführten Aussprüche Bismarcks sind dem Werke „Bismarck als Erzieher" von Paul Dehn, München 1903, und dem Werke „Die politischen Reden des Fürsten Bismarck", herausgegeben von Horst Kohl, Stuttgart 1894, sowie den „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks, Stuttgart und Berlin 1915, entnommen.

Eine Berufung auf Clausewitz, um das Gegenteil zu beweisen, sollte unterbleiben.

Wir mußten uns darauf gefaßt machen, daß ein kommender Krieg, in den Deutschland hineingezogen wurde, von allen beteiligten Völkern mit einem Aufwand an Kraft und mit Zielen geführt würde, der alles Bisherige übertraf, daß wir demzufolge im Falle einer Niederlage Bedingungen zu erwarten hatten, die diesen Kraftanstrengungen und Zielen entsprachen. Das ergab sich mit zwingender Folgerichtigkeit für den größten Teil der Berufssoldaten, allerdings nicht für die Politiker, die die Lehre vom Kriege des Generals v. Clausewitz nicht gelesen oder nicht verstanden hatten. Sie versäumten auch nachzuprüfen, welche Züge der kommende Krieg zufolge der Politik unserer Feinde unabweisbar tragen müsse, obschon gerade Clausewitz immer wieder die geschichtlichen Werdegänge in seine Betrachtung zieht.

Glaubt man wirklich, daß ein solcher Krieg durch Besetzen einer Provinz entschieden werden kann? Wir hatten doch im Osten und Westen Provinzen besetzt, aber wo blieb die Entscheidung? Bei solchen Erwägungen wird immer nur eins außer Betracht gelassen, das ist der unabhängige Wille des Feindes mit seinen kriegerischen und politischen Zielen. Wir kannten den starken Willen des Feindes und sein Kriegsziel: unsere Vernichtung, und wußten, der Feind könne uns niederwerfen, solange wir ihn nicht niederwarfen.

Dies überzeugt die Gegner der vom Vernichtungsgedanken getragenen Kriegführung noch nicht. Sie meinen trotz alledem, soweit überhaupt für sie militärische Gründe maßgebend sind, daß im Weltkriege die „Ermattungsstrategie" Friedrichs des Großen das „Rezept" zum Siege gewesen wäre. Er habe durch ihre Anwendung den Siebenjährigen Krieg für Preußen zu einem glücklichen Ende geführt, indem sie die beiderseitigen Kräfte in gewisser Weise ausglich.

Es ist ein eigen Ding, die Heerführung des großen Königs mit einem solchen Schlagwort zu bezeichnen, wo er selbst im Vertrauen auf sein vortreffliches, in der Ausbildung den Feinden

überlegenes Heer kühnen Feldzugsplänen das Wort redet und nicht zurückschreckt, „das Schicksal des Landes auf den Ausgang einer Schlacht zu stellen“. Eher könnte von einer „Manövrierstrategie“ des großen Königs gesprochen werden. Sie lag im Geiste seiner Zeit; sie führte bei ihm aber immer wieder zur Schlachtentscheidung, während sein Bruder, Prinz Heinrich, sie mied. Um die Eitelkeit des Prinzen zu befriedigen, bezeichnete ihn der König als den General, der keinen Fehler begangen habe. Dies und die Kritiksucht des Prinzen hatten verwirrend gewirkt. Hinzu trat das ganze Denken jener Zeit, das die Taten des Königs nicht begriff, und so kam es, daß der Vernichtungsgedanke, der die Strategie des Königs beseelte, nicht erkannt wurde.

Nicht seine Zeitgenossen haben die Kriegführung des großen Königs richtig beurteilt, sondern der König selbst und Napoleon, der stets als ein Vertreter der Vernichtungsstrategie gelten wird.

Über die Umstände, die zu der glücklichen Beendigung des Siebenjährigen Krieges geführt haben, sagt der König*):

„Wir können nicht umhin, an die Darstellung all dieser Ereignisse (des Siebenjährigen Krieges) einige Betrachtungen anzuknüpfen. Scheint es nicht erstaunlich, daß alle List und Macht der Menschen so oft durch unerwartete Ereignisse und Schicksalsschläge genarrt wird? Scheint nicht eine unbekannte Macht verächtlich mit den Plänen der Menschen zu spielen? Ist es nicht klar, daß jeder vernünftige Mensch bei Beginn der Kriegswirren sich ihren Ausgang anders gedacht hatte? Wer konnte voraussehen oder sich denken, daß Preußen dem Angriff jener furchtbaren Liga von Österreich, Rußland, Frankreich, Schweden und dem ganzen Heiligen Römischen Reiche widerstehen und aus einem Kriege, wo ihm überall Untergang drohte, ohne den geringsten Verlust an Besitzungen hervorgehen würde? Wer konnte ahnen, daß Frankreich mit seinen Hilfsmitteln, seinen starken Bündnissen, seiner inneren Kraft seine wichtigsten Besitzungen in Ostindien verlieren

*) Die Werke Friedrichs des Großen, herausgegeben von Gustav Berthold Volz. Berlin 1913.

und das Opfer des Krieges sein würde? Alle diese Ereignisse mußten im Jahre 1757 unglaublich scheinen.

„Prüfen wir aber hinterher die Ursachen einer so unerwarteten Wendung der Dinge, so finden wir, daß folgende Ursachen Preußens Untergang verhinderten:

„1. Mangel an Übereinstimmung und Eintracht unter den Mächten der großen Allianz; die Verschiedenheit ihrer Interessen, die sie hinderte, sich über manche Operationen zu einigen; der geringe Grad von Einigkeit unter den russischen und österreichischen Generalen, die argwöhnisch wurden, gerade wenn die Gelegenheit kraftvolles Handeln zur Vernichtung Preußens erforderte, was ihnen auch hätte gelingen können.

„2. Die allzu verschlagene und tückische Staatskunst des Wiener Hofes, der die schwierigsten und gewagtesten Unternehmungen auf seine Verbündeten abwälzte, um am Ende des Krieges sein Heer in bestem Zustande und vollzähliger zu haben als die anderen Mächte. Daher kam es, daß die österreichischen Generale es bei verschiedenen Gelegenheiten aus übertriebener Vorsicht verabsäumten, den Preußen den Gnadenstoß zu geben, als diese in verzweifelter Lage und dem Untergang nahe waren.

„3. Der Tod der Kaiserin Elisabeth, die auch das Bündnis mit Österreich mit ins Grab nahm, der Abfall der Russen, das Bündnis der Preußen mit Peter III. und schließlich die Absendung des russischen Hilfskorps nach Schlesien."

Napoleon rechnet in seiner Beurteilung des Siebenjährigen Krieges, die er auf St. Helena verfaßte*), dem König Fehler nach. An keiner Stelle erhebt er indes gegen ihn den Vorwurf, unterlassen zu haben, Vernichtungsstrategie zu treiben, ein Vorwurf, den Napoleon sicher ausgesprochen haben würde, wenn er nach seiner Ansicht dazu berechtigt gewesen wäre, da er Vernichtungsstrategie als die allein entscheidende ansah. Er schreibt endlich:

„Alle diese Fehler verschwinden vor den großen Taten, den schönen Operationen, den kühnen Entschlüssen, durch welche er es

*) Précis des guerres de Frédéric le Grand, Band 32 der Correspondance de Napoléon I. Paris 1870.

verdiente, aus einem so ungleichen (disproportionnée) Kampf siegreich hervorzugehen. Er war besonders groß in verzweifelten Augenblicken. Das ist das schönste Lob, das man seinem Charakter spenden kann. Aber es steht fest, er hätte nicht einen einzigen Feldzug Frankreich, Österreich und Rußland widerstanden, wenn diese Mächte zusammengewirkt hätten. Er hätte nicht zwei Feldzüge gegen Österreich und Rußland durchhalten können, wenn das Kabinett von St. Petersburg seinen Armeen gestattet hätte, im Operationsgebiet zu überwintern. Das Wunder des Siebenjährigen Krieges verschwindet also. Aber was wirklich bleibt, rechtfertigt den Ruf, den die preußische Armee während der letzten fünfzig Jahre des vorigen Jahrhunderts genoß, und befestigt, statt zu erschüttern, den großen kriegerischen Ruf Friedrichs."

Diesen Urteilen der beiden großen Feldherren kann die Nachwelt sich anschließen. Sie singen nicht das Loblied der Ermattungsstrategie. Beide stimmen darin überein, daß für Friedrich den Großen trotz seiner überlegenen Kriegführung und seiner unerreichten Seelenstärke ein Sieg nur durch die Fehler seiner Gegner möglich war. Ihnen trug der König Rechnung.

Es drängt sich die Frage auf: Hatten wir im Weltkriege mit Gegnern zu rechnen, die solche Fehler machten? Die Frage wird von jedem verneint werden. Wir konnten sicher sein, daß unsere Feinde in einheitlichem Handeln uns zu vernichten streben würden. Unsere Lage war also ganz anders als die, in der der große König siegte.

Es würde mich zu weit führen, den strategischen Gedanken des Königs im einzelnen nachzugehen. Ich kann nur dringend empfehlen, seine Schriften aufmerksam zu lesen. Das bietet in unserer kraftlosen Zeit einen hohen Genuß und einen inneren Gewinn.

Um aber die Möglichkeit zu geben, sich ein selbständiges Urteil über das strategische Denken des Königs zu bilden, entnehme ich aus den Schriften dieses großen Feldherrn, Monarchen und Menschen einige Stellen, die zwar vielen bekannt sein dürften, aber nicht oft genug ins Gedächtnis zurückgerufen werden können.

Aus der Rede des Königs vor der Schlacht bei Leuthen an seine Generale und Kommandeure:

„Mich auf Ihren Mut und Erfahrung verlassend, habe ich den Plan zur Bataille gemacht, die ich morgen liefern werde und liefern muß. Ich werde gegen alle Regeln der Kunst einen beinahe zweimal stärkeren, auf Anhöhen verschanzt stehenden Feind angreifen. Ich muß es tun, oder es ist alles verloren. Wir müssen den Feind schlagen oder uns vor seinen Batterien alle begraben lassen. So denke ich, so werde ich auch handeln. . . .

„Ich habe vermutet, daß mich keiner von Ihnen verlassen würde; ich rechne nun also ganz auf Ihre treue Hilfe und auf den gewissen Sieg. Sollte ich bleiben und nicht das, was Sie morgen tun werden, belohnen können, so wird es unser Vaterland tun. Gehen Sie nun ins Lager und sagen Sie das, was ich Ihnen hier gesagt habe, Ihren Regimentern und versichern Sie ihnen dabei, ich würde ein jedes genau bemerken. Das Kavallerieregiment, was nicht gleich, wenn es befohlen wird, sich à corps perdu in den Feind hineinstürzt, lasse ich gleich nach der Bataille absitzen und mache es zu einem Garnisonregiment. Das Bataillon Infanterie, was, es treffe auch, worauf es wolle, nur zu stocken anfängt, verliert die Fahnen und die Säbels, und ich laß ihm die Borten von der Montierung schneiden. Nun leben Sie wohl, meine Herren, morgen um diese Zeit haben wir den Feind geschlagen oder wir sehen uns nie wieder."

In der Abhandlung „Die Gründe meines militärischen Verhaltens", in der der König sich über die Schlacht von Kolin rechtfertigt und die darauf folgenden Entschlüsse bespricht, führt er aus:

„Schon diese Gründe hätten genügt, um sich zur Schlacht zu entschließen, aber es gab noch gewichtigere. Das Haus Österreich hatte nur noch die Daunsche Armee. War sie gründlich geschlagen, so fiel die Prager Besatzung in Kriegsgefangenschaft, und man durfte annehmen, daß der Wiener Hof, aller weiteren Hilfsmittel beraubt, dann Frieden schließen mußte. Wagte ich eine Schlacht, so hatte ich also viel mehr zu gewinnen als zu verlieren.

„Das Beispiel großer Feldherren, strategische Gründe, die auf meine Situation zutrafen, ebenso gewichtige politische Gründe, besonders aber die Hoffnung, bald zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen, all das brachte mich dazu, den herzhaften Entschluß ängstlichen Erwägungen vorzuziehen.

„Das Sprichwort: dem Mutigen hilft das Glück, stimmt in den meisten Fällen. Einmal zur Schlacht entschlossen, nahm ich mir vor, den Feind anzugreifen, weil man damit immer am besten fährt.

„Wäre meine Armee noch so stark wie zu Beginn des Frühlings, ich könnte der Überzahl meiner Feinde doch nur mit Mühe entgegentreten. Gegenwärtig (d. h. nach Kolin) kann ich nur eine einzige Armee bilden und mit ihr dem gefährlichsten Gegner die Spitze bieten. Zaudere ich, die Österreicher aus der Lausitz zu verjagen, so werden sie große Detachements in die Kurmark schicken und sie mit Feuer und Schwert verheeren. Greife ich die Österreicher an und verliere die Schlacht, so beschleunige ich meinen Untergang um einen Monat. Habe ich noch so viel Glück, sie zu schlagen, so kann ich die Lausitz von ihnen säubern, dort ein Verteidigungskorps lassen, einen Teil der Truppen nach Schlesien senden, selbst nach dem Halberstädtischen marschieren, um den Franzosen entgegenzutreten, und so Zeit gewinnen. In meiner Lage ist das also der sicherste, mutigste und ehrenvollste Ausweg"*).

Im Jahre 1768 schreibt der König ähnlich in seinem militärischen Testament:

„Groß angelegte Feldzugspläne sind ohne Zweifel die besten; denn bei ihrer Ausführung merkt man bald, was daran unmöglich

*) Der König schließt sein „Rechtfertigungsschreiben" mit den schönen, unvergänglichen Worten, mit denen er sich selbst ein Denkmal setzt, erhabener als irgendeins, das ihm errichtet ist:

„Ich hielt mich verpflichtet, dem Staat und der Nachwelt Rechenschaft über meine Lage und die Gründe zu geben, die mich zu diesem und keinem anderen Entschlusse bewogen haben, damit mein Andenken nicht durch ungerechte Anklagen entehrt werden kann. Ich zweifle nicht, daß es in der Welt eine Menge geschicktere Leute gegeben hat als mich. Ich bin völlig überzeugt, daß mir sehr viel an der Vollendung fehlt. Nur in der Liebe zum Vaterlande, im Eifer für seine Erhaltung und seinen Ruhm nehme ich es mit der ganzen Welt auf. Diese Gefühle werde ich bis zum letzten Atemzuge bewahren."

ist, und beschränkt sich auf das Ausführbare. Damit kommt man weiter als mit einem kleinen Plane, der nie zu etwas Großem führt. Ein Beispiel dafür: Als wir 1757 in Böhmen einrückten, ging mein Plan dahin, alle österreichischen Truppen von den Enden der Provinz nach der Mitte zusammenzutreiben. Unter diesen Umständen konnte eine Schlacht das Schicksal des ganzen Krieges entscheiden."

Er gibt dann eine Schilderung über den Verlauf des Feldzuges 1757 im Falle eines Sieges bei Kolin . . . und schließt:

„Die Franzosen hätten dann nicht gewagt, über den Rhein zu gehen. Die Russen wären an den Grenzen von Kurland geblieben, und der Wiener Hof hätte sich den Frieden diktieren lassen müssen.

„Solche Pläne sind nicht immer erfolgreich. Gelingen sie aber, so entscheiden sie den Krieg. . . . Solche Beispiele muß man sich zum Muster nehmen. Entwerft Ihr einen solcher Pläne und habt Ihr mit einem Glück, so seid Ihr für alle Mühe belohnt."

Der König geht dann auf den Krieg mit Österreich über und führt aus, daß er in Rücksicht auf die zu erwartende Strategie der Österreicher die Schlacht vermeiden und mit überlegenen Kräften über die Detachements herfallen werde, um sie aufzuheben oder zu vernichten.

„Zu einer Schlacht würde es mich nicht drängen; denn eine feste Stellung läßt sich nur mit großen Opfern erobern, und in gebirgigen Gegenden fällt die Verfolgung nie entscheidend aus. Wohl aber würde ich mein Lager gut sichern, es mit größter Sorgfalt befestigen und vor allem danach trachten, die feindlichen Detachements gründlich zu schlagen. Denn durch Vernichtung eines detachierten Korps bringt Ihr Verwirrung in die ganze Armee, und es ist leichter, 15 000 Mann zu erdrücken, als 80 000 Mann zu schlagen. Die Wirkung aber ist bei geringerem Wagnis die gleiche. Viel kleine Erfolge erringen, heißt allmählich einen Schatz anhäufen. Mit der Zeit wird man reich und weiß selbst nicht wie. . . .

„Dieser Gegenstand führt uns von selbst dazu, ein paar Worte über den Verteidigungskrieg zu sagen. Der Offensivkrieg besteht

darin, daß der Heerführer, der die Absicht hat, den Feind anzugreifen und ihn mit Waffengewalt zu besiegen, alle Gelegenheiten benutzt, um ihn zu schwächen und zu vernichten. In der Defensive nimmt er sich vor, nichts aufs Spiel zu setzen, sei es, daß er sich seinem Gegner nicht gewachsen fühlt, sei es, daß er seinen Vorteil vom Zeitgewinn erwartet. . . . . Feste Lager und Stellungen taugen zu beiden: zur Offensive, da man nie eine Schlacht liefern soll, wenn der Feind es will, sondern immer nur, wenn man es selbst will. In der Defensive kann man sich nur durch die Wahl starker Stellungen behaupten. Aber jeder Heerführer irrt sich, der glaubt, den Defensivkrieg gut zu führen, wenn er nichts unternimmt und während des ganzen Feldzuges untätig bleibt. Solche Defensive würde damit enden, daß die Armee völlig aus dem Lande vertrieben würde, das der General decken soll. Denn der Feind kann, wenn er freie Hand hat, alle seine Detachements schlagen, ihn umgehen und ihn von Stellung zu Stellung zurücktreiben, bis zu seiner völligen Vernichtung.

„Ein guter Defensivkrieg muß mit so überlegener Kunst geführt werden, daß der Feind gar nicht erraten kann, ob man große Schläge vermeiden will. Denn nimmt man sich auch vor, dem Zufall möglichst wenig Spielraum zu lassen, so verzichtet man damit noch keineswegs auf die guten Gelegenheiten, die sich bieten und die ausgenutzt werden müssen."

1775 schreibt der König:

„Der erste Grundsatz eines Offensivkrieges ist, seinen Plan groß anzulegen, damit er im Falle des Gelingens bedeutende Folgen hat. Versetzt dem Feind stets empfindliche Schläge und plänkelt nicht nur an seinen Grenzen herum. Der einzigste Zweck des Kriegführens ist, den Gegner baldmöglichst zum Abschluß eines vorteilhaften Friedens zu zwingen. Diesen Gedanken muß man sich stets vor Augen halten."

1748 hatte der König geschrieben:

„Ein Plan, der ursprünglich auf Verteidigung hinausläuft, taugt nichts. Er zwingt Euch zum Beziehen fester Lager, der Feind umgeht Euch wieder, und beim Schluß der Rechnung findet sich,

daß Ihr durch Euren Rückzug mehr Gelände einbüßt wie durch eine verlorene Schlacht. Auch schmilzt Eure Armee durch Desertion mehr zusammen als durch den blutigsten Kampf. Eine ausschließliche Defensive, wie ich sie hier meine, ist wertlos, denn bei ihr ist alles zu verlieren und nichts zu gewinnen. Einem solchen Verhalten ziehe ich die Kühnheit eines Heerführers vor, der lieber zur rechten Zeit eine Schlacht wagt; dann hat er alles zu hoffen, und selbst im Unglücksfall bleibt ihm immer noch das Mittel der Defensive."

Und dann führt der König 1775 wiederum aus:

„Ich glaube, ein vernünftiger Mensch, dessen Leidenschaften schweigen, wird nie einen Krieg beginnen, in dem er sich von Anfang an in der Defensive halten muß. Umsonst prahlt man mit edler Gesinnung; jeder Krieg, der nicht zu Eroberungen führt, schwächt den Sieger und entnervt den Staat. Man muß also nie zu Feindseligkeiten schreiten, wenn man nicht die begründete Aussicht hat, Eroberungen zu machen. Das bestimmt sofort die Art des Krieges: es macht ihn offensiv."

Aus den verschiedenen Ausführungen des Königs geht zweifelsfrei hervor, daß auch ein voreingenommenes Denken, wie es so leicht bei einem Mangel an Ausübung und Erfahrung auftritt, sich enthalten sollte, den König als „Ermattungsstrategen" darzustellen.

Der König spricht von großen, kriegsentscheidenden Feldzügen; man fühlt seinen Wunsch, solche zu führen, und das Bedauern — den Zeitverhältnissen zufolge —, den Wunsch nicht zur Tat umsetzen zu können. Er sagt, daß die Österreicher aus gewissen Gründen in ihren Detachements geschlagen werden müssen, um auf diese Weise den Enderfolg zu haben; er läßt sich über eine verteidigungsweise Kriegführung aus, in der er die Schlachtentscheidung befürwortet. Ich vermag hier eine bestimmte Strategie nicht zu erkennen. Daß der König von der Heeres- und Kriegsform seiner Zeit nicht freigekommen ist, wie später die französische Revolution und Napoleon, und in den verschiedenen Abschnitten seines

langen Lebens auch verschiedene Meinungen geäußert hat, tut hierbei nichts zur Sache*).

Der König spricht nicht von Strategie, sondern von Kriegführung, und er tut recht daran. Man kann nicht einen Ausdruck für den anderen setzen, wie es so oft geschieht. Der Begriff „Strategie" hat eine einwandfreie Bestimmung noch nicht gefunden. Clausewitz und nach ihm viele andere bezeichnen „die Taktik als die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht", „die Strategie als die Lehre vom Gebrauch des Gefechts zum Zwecke des Krieges". Generalfeldmarschall Graf v. Moltke sagt: Die Strategie ist ein System der Aushilfen**). Das ist zwar keine erschöpfende Sacherklärung, wohl aber eine Feststellung der Haupttatsachen, — das Einfachste und Klarste, was gesagt worden ist. Und ich glaube, der große König ist hiernach verfahren.

Auch Generalfeldmarschall Graf v. Schlieffen war gewiß ein Vertreter der Vernichtungsstrategie, und doch wollte er den Krieg im Osten verteidigungsweise führen, und in der Verteidigung wurde die Schlacht von Tannenberg im Sinne der Vernichtungsstrategie geschlagen.

Im Sommer und Herbst des Jahres 1916 führten wir den

---

*) Heft 27 der Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften (Berlin 1899) „Friedrich des Großen Anschauungen vom Kriege in ihrer Entwicklung von 1745 bis 1756" sagt treffend: „Auf taktischem Gebiet drang er grundlegend über seine Zeit hinaus in der richtigen Erkenntnis, daß die Waffenentscheidung das im Kriege Ausschlaggebende ist. Auf strategischem Felde dagegen legten ihm die Zeitverhältnisse Beschränkungen auf, die er zu berücksichtigen hatte, gerade deshalb, weil er sein Heer möglichst stark und gebrauchsfähig für die Schlacht zu erhalten hatte."

**) Aus dem Aufsatz vom Jahre 1871 „Über Strategie" in „Moltkes taktisch-strategischen Aufsätzen aus den Jahren 1857 bis 1871". Berlin 1900.

Die betreffende Stelle heißt wörtlich:

„Die Strategie ist ein System der Aushilfen. Sie ist mehr als Wissenschaft, ist die Übertragung des Wissens auf das praktische Leben, die Fortbildung des ursprünglich leitenden Gedankens entsprechend den stets sich ändernden Verhältnissen, ist die Kunst des Handelns unter dem Druck der schwierigsten Bedingungen."

Ich kann den Aufsatz gar nicht genug zum aufmerksamen Durcharbeiten empfehlen.

Krieg auf allen Fronten verteidigungsweise, griffen auf einem verschwindenden Bruchteil der Front das rumänische Heer an und versuchten, ihm vernichtende Schläge zu versetzen.

Im Jahre 1917 griffen wir im Juli im Osten an, während wir im Westen einen Verteidigungskrieg führten. Das war zweifellos im Schlieffenschen Sinne gedacht. Die Ausführung richtete sich aber dabei mehr nach den Worten des großen Königs, die ich wiederhole: „Es ist leichter, 15 000 Mann zu erdrücken, als 80 000 Mann zu schlagen. Die Wirkung aber ist bei geringerem Wagnis die gleiche. Viele kleine Erfolge erringen, heißt allmählich einen Schatz anhäufen. Mit der Zeit wird man reich und weiß selbst nicht wie." Bei den einzelnen Unternehmungen aber waltete wiederum Schlieffenscher Geist vor.

Ich kann nur dringend empfehlen, darauf zu verzichten, alles mit einem Schlagwort abzumachen; so kann nie Übereinstimmung und Klarheit erzielt werden. Man redet, fürchte ich, um die Sache herum und versteht einander nicht. Behalten wir ruhig die Begriffe Friedrichs des Großen von angriffsweiser und verteidigungsweiser Kriegführung bei und folgen wir in der Begriffsbestimmung des Wortes „Strategie" dem Generalfeldmarschall Grafen v. Moltke. Ich meine, beide sind keine schlechten Lehrmeister. Prüfen wir, ob in den kriegerischen Maßnahmen des Weltkrieges der Vernichtungsgedanke zur Erreichung des Endzweckes verfolgt, oder ob darauf absichtlich verzichtet wurde, um, beschränkten Zielen nachgehend, den Feind unter Schonung der eigenen Kräfte zu ermatten und so friedenswillig zu machen. Anderes kann ich mir wenigstens unter dem Wort „Ermattungsstrategie", das man auch bei Clausewitz vergeblich sucht, nicht vorstellen. Versuchen wir dabei zu ergründen, was im gegebenen Falle das Zweckmäßige war, und vergegenwärtigen wir uns die Worte von Clausewitz:

„Es ist alles im Kriege sehr einfach, aber das Einfachste ist schwierig. Diese Schwierigkeiten häufen sich und bringen eine Friktion hervor, die sich niemand richtig vorstellt, der den Krieg nicht selbst gesehen hat. . . . So stimmt sich im Kriege durch den Einfluß unzähliger kleiner Umstände, die auf dem Papier nie ge-

hörig in Betracht kommen können, alles herab, und man bleibt weit hinter dem Ziel. ..."

Auf diese Weise werden wir zu einem annähernd richtigen Ergebnis kommen und Klarheit darüber gewinnen, ob der Vernichtungsgedanke oder der Ermattungsgedanke in der Kriegführung der Politik mehr genützt haben würde. Damit soll die Gestalt und Wesensart des Weltkrieges als eines wahrhaftigen Krieges nicht in Zweifel gezogen werden.

Nur wenn man das Wesen des Krieges richtig erkennt, den Deutschland auszukämpfen hatte, und selbst über strategische Fragen nachgedacht hat, kann man zu einem selbständigen Urteil hierüber und über alle anderen Maßnahmen kommen, in denen sich Kriegführung mit der Politik und Politik mit der Kriegführung berührten. Hierbei ist nun aber das Wort Politik nicht mehr in dem vorher gezeigten engen Sinne der äußeren Politik, sondern in einem Sinne aufzufassen, der alles umschließt, was zum Leben eines Volkes gehört.

Der Satz:

„Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" muß lauten:

„Der Krieg ist die äußere Politik mit anderen Mitteln", und muß ergänzt werden durch den Satz, der noch bewiesen werden wird:

„Im übrigen hat die Gesamtpolitik dem Kriege zu dienen."

II.

Unter König und Kaiser Wilhelm I.

Die Heeresvermehrung als Rückhalt der Politik König Wilhelms und Bismarcks. — Unterstützung der Kriegführung durch Bismarck. — Anschauungen Bismarcks vom wahrhaftigen Krieg. — Unterstützung der Politik durch Moltke. — Ein Beispiel für Moltkes Strategie als ein System der Aushilfen. — Bismarck und Moltke in den Kriegen 1866 und 1870/71. — Der Krieg 1870/71 noch kein wahrhaftiger Krieg im Sinne des Weltkrieges. — Die Politik Bismarcks nach der Reichsgründung. — Seine Innenpolitik eine Politik der „Konsolidierung und Sicherstellung des Deutschen Reiches". — Äußerungen Bismarcks hierüber. — Bismarck und der Reichstag. — Wirtschaftspolitik des Fürsten. — Ziel der Politik Bismarcks.

Unter König Wilhelm I. hat Bismarck das Deutsche Reich geschaffen und in die Reihe der Weltmächte eingeführt.

Der König war Preuße; er wollte seinem Preußen im Deutschen Bunde die erste Stellung geben und Preußens Selbstbestimmungsrecht gegenüber den Nachbarn sicherstellen. Er erkannte in seinem nüchternen Soldatensinn, daß dazu Macht nötig sei; so begann er, gestützt auf den Kriegsminister v. Roon*), seine Regierung mit der bedeutendsten Heeresvermehrung, die Preußen seit den Freiheitskriegen erlebt hat. Um sie zu erreichen, mußte Bismarck in die Bresche springen.

Bismarck machte sich die Politik seines königlichen Herrn nicht nur zu eigen, sondern er erweiterte sie. Sie wuchs über den preußischen Gedanken hinaus, der deutsche trat in den Vordergrund. Er setzte gegen den Willen der demokratischen Mehrheit des preußischen Landtages im Verfassungsbruch zum Segen des Landes die Heeresvermehrung durch. Auch er schuf sich damit bewußt das

*) Es würde in diesem Abriß zu weit führen, wenn ich auf diesen hervorragenden Mann einginge. Er war der zielbewußte Mitarbeiter König Wilhelms und Bismarcks beim Aufbau des preußischen Heeres.

Werkzeug, das er zum Durchführen seiner Politik brauchte, falls mißgünstige Nachbarn sie ihm verwehren sollten. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen —, sondern durch Eisen und Blut.“ Später schränkte Bismarck diese Worte ein, aber für diese Betrachtung bleibt der Ausspruch derselbe: „Ich habe gesagt, und es war mein stetes Bestreben, es zu erfüllen, man müsse dem König möglichst viel Macht geben, damit er im Notfalle Blut und Eisen in die Wagschale werfen könnte.“ Aus allem spricht die klare Erkenntnis, daß zum Durchführen der beabsichtigten Politik Macht, d. h. die bewaffnete Streitkraft, gehört, und daß ein Krieg die äußere Politik mit anderen Mitteln ist.

Meisterhaft war Bismarcks Politik, die es zuwege brachte, daß Preußen 1866, ohne von Frankreich behindert zu werden, gegen Österreich und einige deutsche Staaten, und daß Deutschland 1870 allein gegen Frankreich mit erheblicher Überlegenheit schlug. Sie stellte zugleich die geschichtliche Tatsache klar fest, daß Preußen 1866 und der Norddeutsche Bund 1870 der angegriffene Teil war*).

*) Es ist für spätere Vergleiche, die zu ziehen ich dem Leser überlasse, gut, Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ nachzulesen. Er erzählt über die berühmte Emser Depesche:

„Der Unterschied in der Wirkung des gekürzten Textes der Emser Depesche im Vergleich mit der, welche das Original hervorgerufen hätte, war kein Ergebnis stärkrer Worte, sondern der Form, welche diese Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.

„Nachdem ich meinen beiden Gästen die konzentrierte Redaktion vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: ›So hat das einen andern Klang, vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung‹. Ich erläuterte: ›Wenn ich diesen Text, welcher keine Änderungen und keinen Zusatz des Telegramms enthält, in Ausführung des Allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsre Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn

Der Volksgeist forderte 1870 als Antwort auf den Übermut Frankreichs den Krieg, er wollte ein Deutsches Reich, und Bismarck war der Führer dieses Volksgeistes.

Bismarck sagte 1888: „Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhof, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volksstimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht."

Über das Wesen des wahrhaftigen Krieges und der Gewalt im Kriege hat für Bismarck kein Zweifel bestanden. „Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte." Er war bereit, die Heeresleitung dabei zu unterstützen. Jedes Mittel war ihm hierzu unter Umständen recht:

„Ich fand den Krieg (1870), wie er lag, zu ernst und zu gefährlich, um in einem Kampfe, in dem nicht nur unsere nationale Zukunft, sondern auch unsere staatliche Existenz auf dem Spiele stand, mich zur Ablehnung irgendeines Beistands bei bedenklichen Wendungen der Dinge für berechtigt zu halten. Ebenso wie ich 1866 nach und infolge der Einmischung durch Napoleons Telegramm vom 4. Juli vor dem Beistande einer ungarischen Insurrektion nicht zurückgeschreckt war, würde ich auch den der italienischen Republikaner für annehmbar gehalten haben, wenn es sich um Verhütung der Niederlage und um Verteidigung unsrer nationalen Selbständigkeit gehandelt hätte."

„In einem Kampfe derart, wenn er auf Tod und Leben geht, sieht man die Waffen, zu denen man greift, die Werte, die man durch ihre Benutzung zerstört, nicht an: der einzige Ratgeber ist zunächst der Erfolg des Kampfes, die Rettung der Unabhängigkeit

---

wir nicht die Rolle des Geschlagnen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. Der Erfolg hängt aber doch wesentlich von den Eindrücken bei uns und andern ab, die der Ursprung des Krieges hervorruft; es ist wichtig, daß wir die Angegriffnen seien, und die gallische Überhebung und Reizbarkeit wird uns dazu machen, wenn wir mit europäischer Öffentlichkeit, soweit es uns ohne das Sprachrohr des Reichstags möglich ist, verkünden, daß wir den öffentlichen Drohungen Frankreichs furchtlos entgegentreten«."

nach außen. Die Liquidation und die Auflassung der Forderung angerichteter Schäden hat nach dem Frieden stattzufinden."

Und:

„Ein Staat, der um seine Existenz kämpft, ist schließlich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Gleisen zu halten, und darin, daß er das nicht ist, besteht gerade die Rechtssicherheit. Wenn wir das anders auffassen wollten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor etwa zwanzig Jahren mit den Worten schilderte: „C'est la légalité qui nous tue." — wir halten an dem Gesetz fest, und wenn wir darüber zugrunde gehen. Dieses „la légalité nous tue" hat eben seine Gegenwehr in dem Notwehrrecht des Staates, sobald seine Existenz gefährdet ist und in Zweifel gerät."

Besser als unter König und Kaiser Wilhelm I. durch Bismarck konnte die Kriegführung gar nicht unterstützt werden.

In gleich vollendeter Weise unterstützte Moltke die Politik durch seine Strategie. Daß er „die wahrhaftige Form" des Krieges als gegeben und den Vernichtungsgedanken als Grundgedanken der Kriegführung für den allein berechtigten ansah, braucht nicht erst festgestellt zu werden. Königgrätz und Sedan zeugen hierfür.

Hier noch ein Beispiel, wie für Moltke die Strategie ein System der Aushilfen war:

Die Verhältnisse zwangen ihn 1866, das preußische Heer Mitte Juni gegen seine Absichten in zwei Hauptgruppen um Görlitz und Neiße zu versammeln. Aus dieser Lage heraus mußten die Operationen beginnen. Die Armeen rückten getrennt auf kürzestem Wege in Böhmen ein, um sich hier zu vereinigen. Dieser Einmarsch ist vielfach angegriffen worden, weil die österreichische Armee, richtig geführt, Gelegenheit gehabt hätte, sehr erhebliche Teilerfolge zu erringen. Benedek nutzte die Lage nicht aus. Die preußischen Armeen schlugen gemeinsam die Schlacht von Königgrätz. Moltke urteilt selbst:

„Die Vereinigung der preußischen Heere im rechten Augenblick ist, wenigstens vom preußischen Generalstabe, niemals als eine

besonders geistreiche Idee oder tiefgelehrte Kombination in Anspruch genommen worden. Es war die verständig angeordnete und energisch durchgeführte Abhilfe einer ungünstigen, aber notwendig gebotenen ursprünglichen Situation*).

Auch für Moltke war der Krieg die äußere Politik mit anderen Mitteln. Politik und Kriegführung arbeiteten sich unter König Wilhelm unvergleichlich in die Hände. Es herrschte Übereinstimmung in den Anschauungen über Wesen und Gestalt der Kriege 1866 und 1870/71, als wahrhaftiger Kriege im Sinne von Clausewitz' Lehre, und Einverständnis über die beiderseitigen Aufgaben.

Über beiden stand schließlich der König, dem sich beide beugten.

Im Drange der Ereignisse kam es dennoch zu Reibungen. Bismarck griff 1866 befehlend und nicht glücklich in die Operationen selbst ein. Das konnte Moltke nicht hinnehmen. 1870 beklagte sich Bismarck zum Teil mit Recht darüber, daß er nicht genügend unterrichtet wurde. Er war auf dem richtigen Wege, als er für die Beschleunigung der Einnahme von Paris eintrat**) und Roon in der Beschaffung von Pferden zur Anfuhr der schweren Geschütze und ihrer Munition zur Beschießung von Paris unterstützte. Anderseits überrascht die Beurteilung, die Bismarck noch während des Krieges der deutschen Kriegführung zuteil werden läßt: sie hätte nach Sedan den Vormarsch in Frankreich einstellen und sich darauf mit der Eroberung des Elsaß begnügen sollen.

Mit Recht führt Oberstleutnant Bronsart v. Schellendorff, Abteilungschef im Großen Hauptquartier, in seinem Aufsatz vom 24. Januar 1871 im Militär-Wochenblatt aus:

„Diese Operation hätte in der Theorie einen Vorteil gehabt: sie hätte den Feind überrascht. Aber dieser Vorteil wäre auch nur ein rein theoretischer geblieben, denn die Überraschung des Feindes mußte eine überaus freudige sein, darüber, daß man ihm, nachdem

---

*) „Betrachtungen vom Frühjahr 1867 über Konzentrationen im Kriege von 1866." — Moltkes taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871. Berlin 1900.

**) „Politik und Kriegführung" von Freiherrn v. Freytag-Loringhoven, General der Infanterie. Berlin 1918.

er einen Feldzug verloren, volle Muße und alle Mittel seines Landes zur freien Verfügung stellte, um sich für einen zweiten Feldzug ausreichend vorzubereiten. Mit der Eröffnung desselben würde er es gar nicht eilig gehabt haben. . . . Wir durchlebten einen tatenlosen Zustand in höchster Rüstung. . . . Der Wahrscheinlichkeit nach erfolgte der feindliche Angriff dann, wenn man in Frankreich den Moment für den passendsten erachtete. Im günstigsten Fall griff uns der Feind bald an und wurde geschlagen. Was taten wir dann? Blieben wir im Elsaß oder verfolgten wir ihn? Und wenn wir, wie vorauszusehen, das letztere taten, warum gingen wir nicht in das feindliche Land schon vor Monaten hinein, als es wenig gerüstet und unter dem Eindruck unserer großen Siege war? Es ist interessant, den Gedanken weiter durchzudenken, aber seinen Ursprung konnte er in den Organen der obersten Heeresleitung wohl kaum finden. Es ist wirklich nicht zu verlangen, daß dort eine Idee zutage gefördert werden sollte, welche keiner der vielen deutschen Soldaten, die kriegs- und siegesmutig über den Rhein zogen, verstanden hätte."

Bedenklicher war es schon, daß Bismarck gegen den Rat von Moltke Belfort bei Frankreich ließ und sich mit der militärisch so ungünstigen Kammgrenze in den Vogesen zufrieden gab, eine Gestaltung der Grenze, die in einem kommenden Kriege — so im Weltkriege — sich nachteilig fühlbar machen mußte*). Daß

*) General Freiherr v. Freytag-Loringhoven gibt in seinem eben angezogenen Werk „Politik und Kriegführung" folgende Äußerung Jules Favres aus der Schrift „Bismarcks Friedensschlüsse" von Professor Johannes Haller, München 1916, wieder:

„Außer dem unschätzbaren Gewinn, der preußischen Eroberung einige Meilen unseres Bodens und die Stadt Belfort entrissen zu haben, die sich durch eine ruhmreich ertragene Belagerung ausgezeichnet hat, gewannen wir eine kostbare Grenzlinie wieder; ein Schimmer des Trostes und der Hoffnung leuchtete in unserem Unglück."

Haller setzt hinzu:

„Der Sinn dieser Worte ist nicht mißzuverstehen: in dem Besitz von Belfort (und in der Grenzführung an den Vogesen längs des Kammes) lag eine Möglichkeit, das Geschehene irgend einmal rückgängig zu machen, das Elsaß wiederzugewinnen."

Bismarck in Rücksicht auf die neutralen Mächte Zurückhaltung üben mußte, wird bei dieser Beurteilung voll in Rechnung gestellt.

Diese Unstimmigkeiten waren aber nur Schatten in dem Bilde glänzenden, auf ein Ziel gerichteten Strebens von Politik und Kriegführung und gegenseitiger Unterstützung.

Je weiter man abrückt von den Ereignissen, desto schärfer tritt dies hervor, desto mehr verschwindet Trennendes.

Aus dem Innern Deutschlands erhielt Moltke 1870/71 nicht die neu aufzustellenden Truppen, die er gegenüber der französischen Volksbewaffnung beanspruchte. Für dieses Unterlassen war nicht Bismarck, sondern Roon verantwortlich. Es handelte sich um die Aufstellung von Landwehrbataillonen aus bereits ausgebildeten Mannschaften.

Selbstverständlich wurden hierdurch der Kriegführung bestimmte Fesseln auferlegt. Oberstleutnant Bronsart v. Schellendorff schreibt hierüber in dem bereits erwähnten Aufsatz im Militär-Wochenblatt vom 24. Januar 1871:

„Weiter hätte unsere Kriegführung nur gehen können, wenn in der Heimat durch ähnliche Massenaufgebote, wie in Frankreich, die Zahl der für Okkupationszwecke geeigneten Truppen eine großartige Vermehrung erfahren hätte."

Schließlich wurde der Wille Frankreichs auch ohne diese erhöhte Kraftanstrengung Deutschlands bezwungen. Dies lag aber mehr in dem Gefühl Frankreichs, tatsächlich besiegt zu sein, als in einer völligen Wehrlosmachung seiner Streitkräfte.

Im übrigen stellte das deutsche Heer keine besonderen Anforderungen an die Heimat, die in Verbindung mit dem Ausland ruhig dahinlebte. Der Krieg wurde mit den Mannschaften und den Mitteln geführt, die im Frieden bereitgestellt waren; ihm wurden ja nicht einmal alle Mannschaften zugeführt. Schlachttage waren selten. Die Verluste, der Munitionsverbrauch waren gering. Die Technik spielte damals noch keine Rolle. Von einer Anspannung des Volkes wie im Weltkriege war keine Rede. Eine wirtschaftliche Kriegführung gab es noch nicht. Die Heimat merkte den Krieg 1870/71 nur wenig. Das Heer führte ihn losgelöst von ihr.

Die Richtlinie für die äußere Politik der Nachkriegszeit ist in der ersten Thronrede niedergelegt, mit der Kaiser Wilhelm I. am 21. März 1871 den ersten Deutschen Reichstag eröffnete:

„Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauche seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als ein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren."

Bismarck hielt an dieser Anschauung fest. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" schreibt er:

„Deutschland ist die einzige Großmacht in Europa, die ihre Ziele auf friedlichem Wege erreichen kann, die keine Ziele verfolgt als solche, die auf friedlichem Wege zu erreichen sind, während die Nachbarmächte Deutschlands offen oder versteckt Ziele verfolgen, die nur durch Krieg zu verwirklichen sind."

Gegenüber einer solchen Politik Frankreichs und Rußlands, meinte Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, in der er seine letzte große Wehrvorlage begründete, „.... müssen — wir — unabhängig von der augenblicklichen Lage, so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen Koalition — mit dem Selbstvertrauen und dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht und die Gerechtigkeit der Sache, die immer auf deutscher Seite bleiben wird nach der Sorge der Regierung —, daß wir damit jeder Eventualität entgegensehen können und mit Ruhe entgegensehen können.

„Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden .... sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig vielleicht nicht leisten würden; sie zwingen uns zu einem Zusammenhalt unter uns Deutschen, der unsrer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander."

Dann führt Bismarck aus, es sei dringend notwendig:

„daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen andren Nationen eigentümlich ist und die uns bis jetzt noch fehlt. Wir müssen dieser Bestimmung der Vorsehung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr tun, als uns ermuntern."

Für Bismarck lag die Gewähr für die Erreichung seines großen Zieles, der friedlichen Entwicklung des Deutschen Reiches, vornehmlich in der Wehrmacht, in der inneren Geschlossenheit des Deutschen Reiches und in seiner Bündnispolitik.

Ich lasse hier die äußere Politik Bismarcks außer Betracht. Sie ist bekannt. Bismarck schuf durch sie für das deutsche Heer günstige Kampfbedingungen in einem etwaigen Krieg, ganz abgesehen davon, daß er ihn ausschloß. Für ihn waren die Streitkräfte der verbündeten Mächte ein Zuschuß an Kraft, nicht etwa ein Grund, die deutschen Streitkräfte nicht auf voller Höhe zu halten.

Die Verstärkung des Heeres im Jahre 1888 war der Abschluß der Wehrkraftpolitik Bismarcks.

Seine innere Politik sieht Bismarck als eine Politik „der Konsolidierung und der Sicherstellung des Deutschen Reiches" an.

Es ist von hohem Reiz, zu sehen, wie Bismarck über den Einfluß der inneren Politik auf die äußere und damit auch über ihre Bedeutung für einen kommenden Krieg dachte.

Am 1. September 1866 sprach er in seiner Rede, in der er die Entlastung für die vom Abgeordnetenhause nicht bewilligten Unkosten für die Heeresvermehrung König Wilhelms beantragte, die Worte:

„Wir haben mehr zu verlieren als vorher, aber gewonnen ist das Spiel noch nicht. Je fester wir im Innern zusammenhalten, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen. ... Deshalb, meine Herren,

ist die Aufgabe noch nicht gelöst. Sie erfordert die Einigkeit des gesamten Landes der Tat nach und dem Eindrucke nach.

„Wenn man oft gesagt hat: »Was das Schwert gewonnen, hat die Feder verdorben«, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: Was Schwert und Feder gewonnen haben, ist von dieser Tribüne vernichtet worden.“

Am 27. März 1867 führte er im Norddeutschen Reichstage aus:

„Ich habe niemals in meinem Leben gesagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich gegenüberstellte, sondern nur gesagt, und natürlich unter der Voraussetzung „rebus sic stantibus“: meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, so daß ich, soweit ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Überzeugung des Herrn Vorredners teile, daß den höchsten Grad an Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates erträglich ist, jederzeit zu erstreben die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist.“

Ein andermal — am 24. Februar 1881 — sagte Fürst Bismarck:

„Ich habe von Anfang meiner Tätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt; aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — solange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nie gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie. In erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung, das kommt erst in zweiter Linie, das ist ein Luxus

der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus hochgebaut ist."

Am 28. Januar 1886 führte der Fürst aus, es sei denkbar:

„. . . daß wir von der Vorsehung nochmals in die Lage gebracht werden, ebenso wie Friedrich der Große nach dem Ersten und Zweiten Schlesischen Kriege, uns noch gegen Staatskoalitionen zu verteidigen, die in unserer inneren Zwietracht ja auch immer noch eine gewisse Aufmunterung finden — die Leute kennen unsere inneren Zustände ja nicht; sie wissen nicht, daß das Volk nicht so denkt, wie die Majoritäten in den Parlamenten votieren. . . . Das Ausland rechnet damit: die Sache geht auseinander, sie hält sich nicht, sie ist schwach. Es wird auch auf uns die Redewendung von den tönernen Füßen angewandt, und unter den tönernen Füßen wird man die Reichstagsmehrheit verstehen. Man wird sich aber irren; denn dahinter stehen auch eiserne."

Fürst Bismarck hielt eine starke Staatsgewalt nach innen und außen für ein unbedingtes Erfordernis; das weiß jedermann:

„Keine Regierung ist für das Landesinteresse so schädlich wie eine schwache. Eine Regierung muß vor allen Dingen fest und energisch sein, nötigenfalls sogar mit Härte vorgehen. Das ist zur Erhaltung des Staates nach außen wie nach innen nötig. Eine Regierung, die an der Neigung krankt, Konflikten auszuweichen, notwendige Kämpfe zu unterlassen und sogar ausländischen Wünschen immerfort nachzugeben, verfällt unrettbar dem Untergange. Sie gelangt sehr bald dahin, sich überhaupt nur noch durch Zugeständnisse erhalten zu können, von denen das eine das andere nach sich zieht, bis von der Staatsgewalt überhaupt nichts mehr übrig ist."

Die Sätze zeigen klar, daß Bismarck bei der Lage, in der sich Preußen und später Deutschland befand, die innere Politik der äußeren unterordnete. Ihm kam gar nicht der Gedanke, die innere Politik Einfluß auf die äußere gewinnen zu lassen und diese mit innerpolitischen Augen anzusehen.

Fürst Bismarck war noch im allgemeinen Herr des Reichstages. Er führte seine Wehrkraftpolitik und seine Politik der inneren Festigung des Reiches, gestützt auf die konservative und national-

liberale Partei und einige kleinere Gruppen, durch, wenn es auch hierbei ohne erhebliche Reibungen nicht abging.

Mit schwerer Sorge sah er, wie die anderen Parteien, namentlich das Zentrum, die Demokratie und die Sozialdemokratie, seiner Politik der Festigung des Reiches, nicht nur seiner Wehrkraftpolitik*), widerstrebten. Sie unterstützten auch die Polen, Dänen, Welfen und die nach Frankreich hinneigenden Elsaß-Lothringer auf Kosten des Reichs.

Bismarck meinte, es seien im Zentrum**) Strömungen vorhanden, denen ein Deutsches Reich mit evangelischem Kaisertum unbequem sei.

Über die Demokratie und die Sozialdemokratie urteilte Bismarck, wie folgt:

„Alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der Fortschrittspartei bekämpft worden."

„»Deutschfreisinnig« — das kann ich wirklich nicht über meine Lippen bringen, ich schäme mich der Unwahrheit, die ich jedesmal ausspreche, wenn ich das niederschreibe oder sage. Ich halte die Partei weder für deutsch noch für freisinnig; ich halte sie für eine Gefahr für das Deutsche Reich und für unduldsam, für den Gegensatz von freisinnig."

„Täuschen wir uns doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, gerade so gut wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug dazu fühlen."

Über die Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer äußerte sich Bismarck dahin:

---

*) Die Beratungen der Wehrvorlage 1887/88, die zur Auflösung des Reichstages führten, sind nicht nur von geschichtlichem Wert, sondern haben ihre Bedeutung auch noch für die heutige Zeit.

**) Ich halte ausdrücklich fest, daß das Zentrum sich als eine grundsätzlich politische, nicht konfessionelle Partei bezeichnet, siehe die Erklärung des Reichsausschusses der Zentrumspartei vom 8. Februar 1914. Zentrum und katholisch sind demnach in keiner Weise gleichbedeutend. Katholiken und Protestanten sind in ihrer Hingabe an das Vaterland gleich gut oder — gleich schlecht.

„Wir haben bei uns ja im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, ... die Wiederabtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich — das alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind ....*)."

Ich möchte der Meinung Ausdruck geben, daß Fürst Bismarck seine innere und namentlich seine Sozialpolitik, ebenso seinen Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie, die Polen und Welfen wesentlich aus dem Gesichtspunkt der äußeren Machtstellung Deutschlands im Rate der Völker geführt hat. Selbstverständlich haben noch sehr viele andere Beweggründe dabei mitgewirkt. Leider fehlte bereits unter Bismarck die geistige und seelische Einwirkung auf die Arbeiterschaft in dem Sinne, sie zu überzeugten Gliedern des Volkes und Staates heranzubilden.

Auch die Wirtschaftspolitik war für Bismarck ein Mittel zur Kräftigung und Festigung des Reiches:

„Die Frage des Schutzzolls ist keine politische, sondern nur eine rein wirtschaftliche. Wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Zirkulation des Blutes wieder zuführen können."

Hierbei fällt es allerdings auf, daß Bismarck wirtschaftliche Fragen nicht als politische ansah. Sie waren es schon damals für die großen Weltmächte, wie die Handelskriege Englands — und die Mehrzahl seiner Kriege waren Handelskriege — es zeigen. Für Preußen-Deutschland lagen die Verhältnisse anders, solange es ein Ackerbau treibender Staat und nur europäische Großmacht war. Je mehr es aber zum Industriestaat wurde und in die Welt hinausdrängte, wo bisher jene Weltmächte allein geherrscht hatten und sich ausdehnten, mußten aus wirtschaftlichen Fragen politische, und

*) Siehe Abschnitt VII 1 „Die polnische Armee" und Abschnitt IX „Der Ausgang".

zwar in einem Maße werden, daß sie schließlich die politischen Beziehungen verschiedener Völker bestimmten.

Die Umwandlung der Verhältnisse für Deutschland beginnt schon zu Bismarcks Zeiten, und vornehmlich auf Grund seiner Schutzzollpolitik. Bismarck aber blieb bei seinen Anschauungen stehen:

„Die politischen Verhältnisse balancieren sich in sich. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen kann man nur auf wirtschaftlichem Gebiete sehen."

Ebenso stand er dem Gedanken fern, daß eine Blockade uns niederzwingen könne*).

Es liegt hier wieder einmal ein Fall vor, in dem die Entwicklung der Weltgeschichte über die Ansichten und Anschauungen auch eines der Größten des Menschengeschlechts hinweggeht. Dies ist für die Einschätzung weltgeschichtlicher Zusammenhänge wertvoll; mit der Beurteilung der Politik des Fürsten hat es nichts zu tun.

Für Bismarck war der Krieg die äußere Politik mit anderen Mitteln. Seine Gesamtpolitik diente dazu, diese Mittel in einer Weise bereitzustellen, daß dem Deutschen Reich Entwicklungsfreiheit, der Friede, oder, in einem aufgezwungenen Kriege, der Sieg gesichert war.

*) „Erinnerungen" von Alfred v. Tirpitz. Leipzig 1920.

III.

Die Vorkriegszeit und der Kriegsbeginn unter der Ersten Obersten Heeresleitung*).

1.

Gliederung der Darstellung. — Die führenden Kreise in Deutschland. — Der ausgesprochen nationale Volksteil. — Die international-pazifistisch empfindenden und vaterländisch gleichgültig gesinnten Schichten. — Der Einfluß des jüdischen Volkes in ihren Reihen. — Zur Geschichte des deutschen Volkstums. — Die Stellung der Geistlichkeit und der Lehrerschaft in ihm. — Das Undeutsche unserer Bildung und unseres Rechts. — Stellungnahme gegenüber dem Fremdartigen. — Die Masse des Volkes. — Die Politik nach dem Abgang des Fürsten Bismarck. — Ihr Ziel. — Irrgänge der äußeren Politik. — Die Haltung Englands, Frankreichs, Rußlands und des jüdischen Volkes. — Der Beginn des Kampfes durch die Feinde mit der Propaganda. — Die Unbeholfenheit unserer Regierung. — Die Vernachlässigung unserer Wehrkraft durch die Regierung. — Reichstag und Wehrmacht. — Vernachlässigung des Volksgeistes durch die Regierung. — Die letzte Reichstagswahl vor Kriegsbeginn. — Die „Zaberndebatte". — Debatte der elsaß-lothringischen, polnischen, dänischen Frage. — Die inneren Zustände Deutschlands in ihrer Wirkung auf den Feind. — Vernachlässigung einer wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung. — Arbeiten in Heer und Marine vor Kriegsausbruch. — Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ein politisches Bündnis. — Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung untereinander.

2.

Kriegsbeginn. — Mißgriffe und Unvermögen der Politik. — Eingehende Erwägungen über die Kriegführung zu Kriegsbeginn. — Verteidigung auf allen Fronten. — Angriff im Osten. — Vormarsch bis zur Linie Abbeville—Verdun. — Angriff im Westen, Verteidigung im Osten. — Plan des Grafen v. Schlieffen für den Westaufmarsch 1905. — Aufmarsch des Generalobersten v. Moltke 1914. — Vergleich beider. — Versagen der Führung 1914 bis zur Marneschlacht. — Gestaltung des Krieges für den Fall unseres Sieges an der Marne. — Heer und Flotte. — Kriegführung zur See zu Kriegsbeginn. — Einmischen der Politik. — Ergebnis.

---

*) Chef des Generalstabes des Feldheeres Generaloberst v. Moltke.

1.

In vorstehendem sind nur große Linien gegeben; im folgenden wird die Darstellung breiter, wo es auch heute noch der öffentlichen Meinung an Einblick fehlt. Die inneren Zusammenhänge zwischen Politik und Kriegführung und Kriegführung und Politik sind auf allen Gebieten so eng und ineinandergreifend, daß sich ihr Ergebnis als das einer einzigen fortlaufenden Handlung darstellt. Ihre Zerlegung in Abschnitte, die nicht nach Zeitspannen, sondern im wesentlichen über diese hinweg nach dem Stoff geordnet sind, erscheint kaum möglich. Wenn ich diesem Abriß trotzdem eine stoffliche Einteilung zu geben versuche, so geschieht es, um den Leser instand zu setzen, sich über die hauptsächlichsten Fragen aus möglichst kurzer Darstellung zu unterrichten. Dafür müssen Wiederholungen in Kauf genommen werden, die unerläßlich sind, um das Neben-, In- und Nacheinander aller Zusammenhänge zur Geltung zu bringen.

Im Deutschen Reich gab es unter den führenden Kreisen nur einen kleinen Bruchteil, der das Erbe der großen Hohenzollernfürsten und ihrer großen Diener, zuletzt Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck, bewußt in dem Geiste verwalten wollten, durch den es errichtet war.

Dieser kleine Bruchteil war der Meinung, daß Deutschland in Rücksicht auf die Deutschen und für die Deutschen das Recht und die Pflicht habe, als ein starker Staat zu leben und sich zu entwickeln, um dann später dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, auch die Aufgaben in der Welt zu erfüllen, die es sich kraft eigenen Rechtes im Glauben an unsere Bestimmung stellen würde.

Diese Deutschen wußten, daß uns die Nachbarn schon das Leben und erst recht jede Entwicklung als Staat und Volk streitig machten, und daß das Bestehen des Staates wie die Freiheit und Wohlfahrt seiner Angehörigen letzten Endes auf seiner militärischen Macht beruht. Sie hatten aus der Weltgeschichte gelernt, daß bei der Veranlagung anderer Völker Recht im Völkerleben gegebenenfalls nur durch Gewalt zu wahren ist, und daß der aus der Gesamt-

lage zwangsläufig zu erwartende Krieg nur ein Krieg in seiner wahrhaftigen Gestalt sein könne und zu einem Daseinskampf des deutschen Volkes werden müsse.

Dieser Ansicht zufolge lag für sie der Schwerpunkt des Staates in seiner Außen-, Wehrkraft- und Wirtschaftspolitik. Die Innenpolitik, mit der die Wehrkraftpolitik als solche nichts gemein haben durfte, trat demgegenüber zurück, aber nur scheinbar; denn sie diente dem Staate als Grundlage und dauernde Stütze. Sie mußte dem Deutschen das Leben in der Heimat so lebenswert machen, daß er willig alle Lasten auf sich nahm und daß er, wenn es not tat, auch für den Staat das Leben einsetzte. Eine solche Politik war nur denkbar in der Hand einer starken, verantwortungsfreudigen, verfassungsmäßig und auch innerlich über den Parteien stehenden Regierung.

Die äußere Politik, die die Regierung demgemäß zu treiben hatte, war nicht Selbstzweck, sondern diente allein dazu, die Freiheit und Wohlfahrt der Deutschen gegenüber mißgünstigen und gewalttätigen Nachbarn durch Sicherstellung des Staates zu gewährleisten. Der Gedanke, daß man Gewalt auch nach innen anwenden könne, war damals in unseren geordneten Verhältnissen vollständig zurückgetreten.

Wir sehen hier einen politischen Kreislauf von überraschender Einfachheit. Alles lief letzten Endes auf die Fragen hinaus:

Ist das deutsche Volk einsichtig genug, um bei dem keine Stunde aussetzenden Ringen der Völker in seinem Daseinskampfe für die Sicherstellung seines Lebens und seiner Entwicklung wie Ein Mann einzustehen, und was muß hierzu geschehen?

Ist die Regierung stark genug, diese Lebensnotwendigkeiten gegenüber den Widersachern außerhalb, aber auch innerhalb der Grenzen durchzusetzen?

Statt dieser „einseitigen" und „beschränkten", aber doch so klaren deutschen Auffassung — ein Standpunkt übrigens, den alle anderen großen Völker ohne weiteres für sich beanspruchen —, beherrschte einen immer größeren Teil der Führerschaft des deutschen Volkes ein verschwommenes, internationales und pazi-

fistisches Denken, Empfinden und Wollen*) oder doch ein Gefühl vollständiger Gleichgültigkeit gegen alle vaterländischen und völkischen Fragen.

Diese Verschwommenheit schloß das Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Wohlfahrt und Freiheit des einzelnen und einer kraftvollen Staatsgewalt sowie einer starken Militärmacht in der Hand einer zielbewußten Regierung aus. Sie ließ richtige Anschauungen über das Wesen und die Gestalt des kommenden Krieges, über seine Anforderungen an den einzelnen und an das Volk nicht aufkommen. Diese Kreise standen einer Politik, wie sie Bismarck und alle großen Staatsmänner trieben, verständnislos gegenüber. Sie wollten die Sicherheit und die Entwicklung der Völker allein auf Recht ohne Macht aufbauen, trotzdem es im Völkerleben keinen Richter gibt. Sie übersahen vollständig den Unterschied, der zwischen äußerer und innerer Politik, wenigstens früher, bestand.

Sie erstrebten, begünstigt durch die gedankenlose Übernahme des englischen politischen Parlamentarismus in unser Verfassungsleben, eine Schwächung der Staatsgewalt durch Demokratisierung der Verfassung, was durchaus unenglisch war. Aber er kam ihren eigenen selbsüchtigen Bestrebungen entgegen, zu deren Verwirklichung sie auch die Anwendung von Gewalt für zuläßig hielten, die sie im Völkerleben nicht gelten ließen.

Sie schufen sich mit großem Geschick Menschheits- und auch Wirtschaftsideale, die den eigenen Wünschen entsprachen. Sie beachteten nicht, daß ihre Ideale eine ganz andere „Menschheit" und Weltordnung, als die tatsächlich gegebenen, voraussetzten.

Alles war unecht oder einseitig in dem Denken dieser Volks-

*) Die landläufige Verwendung der Fremdwörter für diese Begriffe ist für sie und das Undeutsche an ihnen bezeichnend: „International" würde in diesem Fall richtig mit „Volkstum zersetzend" wiedergegeben, da es eine „Völkerverbrüderung" nicht gibt, „pazifistisch" mit „volksentmannend", da auch der Traum von einem ewigen Frieden eben ein Traum ist.

Ich behalte diese Fremdwörter bei, um das Gefühl zu stärken, daß es sich hier um undeutsche Begriffe und um ein deutschwidriges Empfindungs- und Gedankenleben handelt.

kreise, bis auf das Sinnen nach eigener Machtfülle auf Kosten der Regierung und damit zuguterletzt auf Kosten des deutschen Volkes.

Sie gaben sich willig volksfremden und namentlich jüdischen Einflüssen hin, die dem germanischen Wesen völlig zuwiderliefen. Das war um so gefährlicher, als das jüdische Volk selbst — um ein Volk handelt es sich in den Juden*) — ein stark ausgeprägtes Volksgefühl und einen starken Erwerbssinn besitzt. Beides war durch eine viele hundert Jahre vor Christi Geburt beginnende Inzucht immer mehr gesteigert worden. Das jüdische Volk erstrebte die Herrschaft über die Völker, die es aufgenommen hatten, und die Besitzergreifung der zu diesem Zweck beweglich gemachten Güter. Die Gedanken, die die Judenschaft uns planmäßig verkündete, können in die verführerisch klingenden Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" zusammengefaßt werden. Ihre innere Unwahrhaftigkeit und die Absichten, mit denen sie uns immer wieder vorgesagt wurden, sind nicht erkannt worden, werden es auch heute noch nicht. Sie gipfeln darin, unsere weltbürgerlichen Anlagen zu vertiefen, um uns jenes internationale, pazifistische Denken anzuerziehen und als Menschen

*) In seiner Abhandlung „Der Judenstaat", Leipzig und Wien 1896 — die Auflage von 1918 hat ein Vorwort von Professor Otto Warburg, Vorsitzendem der zionistischen Organisation, das in späteren Auflagen fehlt —, schreibt Theodor Herzl:

„Ich glaube, die Judenfrage ist ebensowenig eine soziale, wie eine religiöse Frage, wenn sie auch gelegentlich diese oder andere Formen annimmt. Sie ist eine nationale Frage, die nur dadurch gelöst werden kann, daß sie zu einer politischen Weltfrage gemacht wird. . . . ."

Zur Erreichung seines politischen Ziels sah Herzl freundschaftliche politische Beziehungen zu England als besonders nutzbringend an.

1906 hatte Professor Weizmann, einer der in Deutschland lebenden Führer der zionistischen Bewegung, mit Balfour eine Besprechung über die Rückgabe Palästinas an das jüdische Volk.

Nach der Allgem. Zeitung des Judentums vom 27. Mai 1921 faßte der Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutschland im Mai 1921 u. a. folgenden Beschluß: „Der Delegiertentag erblickt in der zionistischen Weltorganisation den Ausdruck der nationalen Einheit und des nationalen Willens des jüdischen Volkes. . . . . Der Sitz der Exekutive soll entsprechend den gegenwärtigen politischen, organisatorischen und finanziellen Erfordernissen in London sein. . . ." — Siehe auch Abschnitt VII.

und Volk zu entmannen, damit andere mit starkem nationalen Wollen uns beherrschen, dabei die, die uns diese Worte bringen.

Kein Volk war und ist für solche verworrenen Einflüsse empfänglicher als das unsrige. Ob dies an erster Stelle durch unsere Anlage oder durch unseren geschichtlichen Werdegang hervorgerufen ist, oder ob auch hier sich Gewicht an Gewicht hängt, um uns so hinabzuziehen, ist für diese Betrachtung gleichgültig.

Schon die Berührung mit der Macht und Kulturwelt des alten Römischen Reiches raubte uns viel von unserer Eigenart und Kultur*), wenn sie uns auch bereicherte, und drängte unser Leben in fremde Welten.

Auch das Christentum, das durch seine erhabene Lehre dem einzelnen so unendlich viel brachte und von neuem bringt, übte durch die geschichtlichen Bedingungen, in denen es sich entwickelte, aus denen heraus und unter denen wir es erhielten, einen starken Einfluß auf unsere völkische Eigenart aus.

Während in späterer Entwicklung sich die meisten Volksstämme Mittel- und Westeuropas zu Volkskörpern von starkem Rassegefühl und mit einheitlichen Anschauungen und Empfindungen und zu geschlossenen Volksstaaten heranbildeten, entfremdeten wir uns den eigenen Lebensfragen. Der Name „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" zeugt von dem ganzen inneren Widerspruch, in dem sich unser staatlicher Werdegang bewegte.

Statt uns eine starke Spitze zu geben, stritten wir gegen die heimischen Gewalten, die die Herrschaft beanspruchten. Statt unter einheitlicher Leitung Rücken an Rücken aneinandergelehnt zu stehen, wandten wir uns gegeneinander und suchten Anlehnung an das Ausland. So blieben wir staatlich zerrissen. Es konnte sich kein deutsches Volksgefühl, geschweige denn ein stolzes Rassegefühl heranbilden, wie in Frankreich, England und Polen.

Von den berufenen Lehrern und Erziehern des Volkes erschien in Deutschland die Welt- und Ordensgeistlichkeit des römisch-katho-

*) Die verbreitete Annahme, daß zur Zeit der Mittelmeerkultur die Germanen keine eigene hohe Kultur besaßen, kann wohl als irrig bezeichnet werden.

lischen Bekenntnisses viel ausgesprochener als Dienerin Roms und stellte sich, selbstverständlich mit Ausnahmen*), in ihrer Gesamtheit weniger auf so ausgesprochen nationalen Boden, wie wir es zum Beispiel wiederum in den rein katholischen Staaten Frankreich und Polen sehen. Hier war sie die Trägerin sogar nationalistischer Bestrebungen. In Polen besonders wurden die Begriffe Religion und Nationalität vollständig gleichgestellt, und auch in Frankreich sind sie tiefer eins, als es den Anschein hat, was wir in Elsaß-Lothringen schwer empfanden. In den katholischen Ländern deckte sich die Macht des Staates mit dem Einfluß Roms. Anders war es in Deutschland mit protestantischer Mehrheit der Bevölkerung. Hier kam die Macht des Staates einer Religion zugute, die sich im Gegensatz zu Rom herausgebildet hatte; an einer Stärkung dieses Staates konnte ihm nichts gelegen sein.

Die evangelischen Geistlichen blieben Söhne des deutschen Volkes allein. In ihren Reihen befand sich mancher Vertreter jener internationalen, pazifistischen Gedankenwelt, die das deutsche Volk blendete und verdarb. Jedenfalls diente die evangelische Geistlichkeit den nationalen Aufgaben nicht durchweg in dem Umfange wie die katholische, ganz gleich aus welchen Gründen, in rein katholischen Ländern.

Ähnlich lag es auf dem Gebiete der Schule. Wir schufen in ihr nicht zielbewußt genug eine Pflanzstätte starken vaterländischen und deutschen Empfindens, wie wir es auf demselben Gebiet in anderen Ländern sehen. So hat Frankreich gleich nach 1871 den Rachegedanken in die Schule getragen. So hat Polen dem nationalen Gedanken durch die Schule, auch unter russischer Herrschaft, erst recht in Galizien, immer neue Nahrung zugeführt. Wir übergaben die Schule zudem einer Lehrerschaft, die wir in ihrer großen Mehrzahl Not leiden ließen und der wir es deshalb schwer machten, mit dem Staat zufrieden zu sein, dessen Herrlichkeit sie zu verkünden hatte. Wenn dies trotzdem in sehr vielen

*) Ich möchte hier der katholischen Feldgeistlichen gedenken, die im Weltkriege so vortrefflich im vaterländischen Geiste wirkten, auch verschiedener Orden, z. B. der Benediktiner.

Fällen in vorbildlicher Weise geschah, so ist das nur um so anerkennenswerter.

Besonders verhängnisvoll mußte es werden, daß die höheren Schulen, aus denen die geborenen Führer des Volkes hervorgingen, in viel zu geringem Umfange deutschem Bildungsgute nachstrebten. Sie erhoben Fremdes statt Deutschem zur Hauptsache deutscher Bildung: sie versetzten die deutsche Jugend nicht in die germanische Geisteswelt, gaben ihr keine Ehrfurcht vor unserer Vergangenheit, kein einheitlich deutsches Staatsgefühl. Vielseitiges Wissen nahm der Schüler auf; geschichtliches Denken, Eindringen in die Natur, deutsches Volkstum, Körper- und Willensstählung, Pflege des Kameradschaftsgefühls und des Verständnisses für Unterordnung kamen zu kurz, der Wert der Handarbeit wurde nicht richtig eingeschätzt. Mag das Wissen dem einzelnen Menschen viel gegeben haben, Volk und Staat zogen nicht genügend Nutzen daraus. Hierauf kommt es an. In unserem buntscheckigen höheren Schulwesen sollten die Realschulen aller Art die Jugend besser für das tägliche Leben heranbilden; aber auch sie standen unter dem Einflusse der nun einmal bei uns herrschenden Ansichten über Erziehung und Bildung und zeitigten ähnliche Ergebnisse. Selbst in den Kadettenanstalten war dies der Fall, obschon hier auf Festigung der Willenskräfte, auf Mannszucht, Körperstählung und kameradschaftlichen Zusammenhalt mehr Wert gelegt wurde. Selbstverständlich gibt es zu dem Gesagten Ausnahmen. Allgemein gültig dürfte die Feststellung sein, daß unsere höheren Schulen uns kein geschlossenes Volksgefühl, keinen harten Lebenswillen, keine Kampfentschlossenheit gaben und unserer weltbürgerlichen Veranlagung, unserem Hang zur Eigenbrötelei und zum Ausleben der Sondertriebe nicht entgegenarbeiteten, sondern Vorschub leisteten.

Mit der Erziehung und Bildung der weiblichen deutschen Jugend war es ähnlich bestellt.

Nun hört man oft, der Schulmeister habe die Kriege 1866 und 1870/71 gewonnen. Moltke sagt darüber in seiner Reichstagsrede vom 16. Februar 1874: „Meine Herren, das bloße Wissen erhebt den Menschen noch nicht auf den Standpunkt, wo er bereit

ist, das Leben einzusetzen für eine Idee, für Pflichterfüllung, für Vaterland und Ehre; dazu gehört die ganze Erziehung des Menschen. Nicht der Schulmeister, sondern der Erzieher — der Militärstand hat unsere Schlachten gewonnen, welcher jetzt bald sechzig Jahrgänge der Nation erzogen hat zur körperlichen Rüstigkeit und geistigen Frische, zur Ordnung und Pünktlichkeit, zu Treue und Gehorsam, zu Vaterlandsliebe und Mannhaftigkeit."

Dieselbe Aufgabe, die in Deutschland der Militärstand erfüllte, löste in anderen Ländern teilweise schon die Schule. Daß diese noch anderes zu vermitteln hat, als was Moltke hier vom Militärstand verlangt, nämlich auch einen tief inneren christlichen Glauben und deutsch bewußte Bildung, ist selbstverständlich. Aber er zeigt, wie wenig die Anhänger unserer Schulbildung Grund haben, sich auf den glücklichen Ausgang der Kriege 1866 und 1870/71 zu berufen: sie waren auch kein Prüfstein für das deutsche Volk; das wurde der Weltkrieg.

Fremdartig war endlich auch das römische Recht, das in unser Volksleben durch die staufischen Kaiser und mit dem Ausgang des Mittelalters vornehmlich durch die Fürsten eingeführt wurde. Es hat mit germanischer Rechtsanschauung wenig gemein und stand und steht zu ihm zum Teil in vollem Gegensatz.

Der Rechtsgelehrte K. G. Christoph Beseler führt aus:

„Hätte man versucht, sich der Kunst der römischen Juristen zu bemächtigen, das Heilsame im römischen Recht zu ergründen, das Verderbliche in seiner späteren Verbildung zu erkennen, wäre die Kraft jener großen Zeiten, in solcher Weise gestärkt durch Lehre und Vorbild, auf das nationale Recht gewandt worden, wer zweifelt noch, daß seine (des deutschen Rechtes) glückliche Regeneration gelungen sein möchte? Aber es wurde ein anderer Weg betreten. Den meisten germanischen Völkern, welche, in einer gefährlichen Krisis ihrer eigentümlichen Entwicklung schwebend, der Hilfe bedurften, wurde das fremde Recht nicht als Vorbild, sondern als unmittelbare Rechtsquelle aufgedrungen, und Europa leidet noch jetzt an den Folgen dieser unnatürlichen Paarung."

Professor L. Kuhlenbeck fügt dem hinzu: „Nur eine Vertiefung der entwicklungsgeschichtlichen Behandlung des Rechts verbürgt dem immer noch nicht befriedigten Ringen der deutschen Volksseele nach Wiederherstellung eines wahrhaft nationalen Rechts den Erfolg*)."

Von einer entscheidenden Beeinflussung durch das römisch-byzantinische Recht — die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches hat bei uns recht wenig daran geändert — hat sich vor allem England freigehalten. Es ist auch auf dem Gebiet des Rechtes den nationalen Weg gegangen und ist gut dabei gefahren.

Die Einführung des römischen Rechts zeitigte noch eine andere unheilvolle Erscheinung. „Die Juristen fangen an, alles zu überfluten, sich überall einzudrängen und in geistlichen nicht minder als in weltlichen Dingen sich Geltung zu verschaffen", schreibt ein Kämpfer gegen das römische Recht zu Anfang des 16. Jahrhunderts**). So blieb es bis auf unsere Tage. Die juristische Vorbildung wurde — wiederum eine Folge unserer juristischen Verbildung — als Vorbedingung für alle höheren Staatsstellungen angesehen.

Wie Bismarck über den „Geheimrat" gedacht hat, ist bekannt, weniger bekannt aber sein Seherwort, daß ein Kanzler, der in der Ochsentour der Verwaltungslaufbahn groß geworden sei, Deutschlands Unglück bedeuten würde. Nicht mehr Männer aus werktätigen Berufen leiteten das Volk nach den Bedürfnissen des Lebens, sondern Juristen nach dem Buchstaben eines starren Rechtes. So hat man denn auch ganz übersehen, daß das Recht versagen muß, wo sich, wie im Völkerleben, Gewalt gegen Gewalt ohne Richter gegenübersteht, wo die Rechtsauffassung keinen Ausgleich in einer höheren Stelle findet. Wir glaubten an die Unverletzlichkeit völkerrechtlicher Abmachungen, die für andere nur Nützlichkeitsmaßnahmen auf Zeit waren. In der inneren Not des

*) „Die Entwicklungsgeschichte des römischen Rechts" von L. Kuhlenbeck. München 1913.

**) Jakob Wimpheling (1450—1528), De arte impressoria 27a; der ungedruckten Quelle entnommen von Johannes Janssen, „Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters". Freiburg i. Br. 1897.

Engl

Staates konnte eine solche juristische Auffassung auch nicht die Maßnahmen finden, die der Ernst der Lage verlangte, um uns den Sieg zu verbürgen.

Dieses Fremdartige in unserem Volkstum, die Gefahr, die von ihm ausging, wurde nur von jenem Bruchteil Deutscher wahrgenommen, die den „einseitigen" und „beschränkten" deutschen Standpunkt vertraten. Die anderen lehnten solche Erkenntnis schroff ab oder scheuten sich, den Dingen auf den Grund zu gehen. Sie sahen vieles Fremdartige sogar als Vorzug an, auf den das deutsche Volk stolz sein könne, als ob es uns zur Überhebung über andere Völker berechtigte.

Zwischen den rein deutsch, machtbewußt und den international-pazifistisch denkenden Kreisen stand die breite Masse des Volkes, wie dies meistens sein wird, ohne eigene gefestigte Überzeugung für unsere Lebensnotwendigkeiten, aber doch vaterländisch gesinnt und opferbereit, mit starken gesunden Trieben, aber, sich selbst überlassen, willensschwach und leicht beeinflußbar, namentlich, wenn Neid, Mißtrauen und andere menschliche Schwächen Anregung fanden. Dies mußte um so mehr der Fall werden, je reicher unser Wirtschaftsleben seit dem Kriege 1870/71 dank der Schutzzollpolitik Bismarcks und des Füsten Bülow aufblühte. Es war ein Unglück, daß unsere besitzenden, gebildeten und vor allem die arbeitgebenden Kreise in der Mehrzahl nicht den richtigen Ton der Arbeiterschaft gegenüber fanden, auf ihr Denken eingingen und sich um sie bekümmerten. Sie ließen die Seele des deutschen Arbeiters ihrem Einfluß entgleiten, statt sie zu gewinnen und zu bilden. Eine klare, zielbewußte Einwirkung auf die breite Masse des Volkes und namentlich auf die Arbeiterschaft unterblieb. Die Arbeiter sahen sich ohne Gegenwirkung ihren zum größten Teil machtlüsternen und auch jüdischen Führern überlassen. Damit entstanden und wuchsen Klassenhaß und Haß zwischen Stadt und Land. Das war nicht die notwendige Folge des gewerblichen Großbetriebes in Deutschland, sondern das Ergebnis der eben angedeuteten Verhältnisse.

Es wurde zu einer Frage von höchster Bedeutung, wohin die Masse des Volkes in der Entscheidungsstunde geführt oder sich

wenden würde. Daran aber dachte man vor dem Weltkriege nicht. Man versäumte, das Volk willensstark zu machen.

Das alles mußte vorausgeschickt werden, um die kommenden Ereignisse zu verstehen und die richtigen Folgerungen daraus ableiten zu können. Nur wenige sahen dies damals, und auch heute mag es den meisten übertrieben erscheinen. Wir wurden abgelenkt und hinweggetäuscht über uns selbst durch unsere glänzende Entwicklung auf dem Gebiete des Handels, des Großgewerbebetriebes und der Landwirtschaft sowie aller Wissenschaften. Ihnen dienten die Besten und Stärksten des Staates, der sich selbst in nur zu weitem Umfange mit den übrigbleibenden Kräften begnügen mußte. Wir fühlten uns trotz den Warnungen Einsichtiger gesichert durch unser herrliches Heer und die aufstrebende Marine und glaubten in weiten Kreisen, der Regierung blindlings vertrauen zu dürfen.

Die bewaffnete Streitmacht konnte in der Tat in der Hand des Obersten Kriegsherrn der Rückhalt für eine wahrhaft deutsche Politik sein. Es war nur die Frage, ob die Streitmacht auf voller Höhe erhalten und die Politik entsprechend gestaltet wurde.

Unser außenpolitisches Ziel war auch nach dem Abgang des Fürsten Bismarck „die Erhaltung des Friedens". Das war durchaus richtig — obschon in seiner vollen Bedeutung für das Volk schwer aufzufassen —, wenn ein großer Führer mit stahlhartem Willen das Volk weiter lenkte. Er hatte die Lebensarbeit des Fürsten Bismarck fortzusetzen, gestützt auf eine klare Bündnispolitik, Heer und Marine zur äußersten Stärke auszubauen und die Geschlossenheit des Volkes zu festigen, um jeden Angriff auf uns auszuschließen und dem deutschen Volke das Recht sicherzustellen, frei zu atmen und sich wirtschaftlich gleichberechtigt mit anderen Völkern zu entwickeln. Dieser Aufgabe Rechnung zu tragen, wurde um so dringlicher, je unverhohlener der Rachegedanke sich in Frankreich äußerte, je mehr Rußlend erstarkte, je großartiger unsere wirtschaftliche Entwicklung vor sich ging und je mehr sie den Neid Englands hervorrief. Damit waren wirtschaftliche Fragen für uns zu Machtfragen geworden, die Austrag heischten. Unsere politischen Lebensbedingungen wurden dadurch vervielfacht, vielgestalter und

schwieriger. Es war das Recht eines freien Volkes, das uns diesen Weg beschreiten ließ. Wir mußten ihn auch gehen; denn nur so erhielten wir die Kraft, unsere Unabhängigkeit zu verteidigen. Also auch hier wiederum eine volle Wechselwirkung von größter Einfachheit.

Unserer äußeren Politik nach Bismarck fehlten Wille und Blick. Vielleicht steuerte noch Fürst Bülow folgerichtig das Staatsschiff.

Bei solcher Politik wirkte das politische Ziel, „die Erhaltung des Friedens", einschläfernd und nahm uns im Zusammenhang mit der zunehmenden höheren Bewertung irdischer Güter kriegerischen Sinn. Damit wurden Gefahren gezeitigt, über deren Größe das deutsche Volk sich nicht klar war.

Auf Einzelheiten der deutschen Außenpolitik einzugehen, würde zu weit führen. Sie liegen abseits vom Wege, der hier verfolgt wird. Das Festhalten an dem Bündnis mit Österreich und Italien war gegeben, auch wenn die Haltung Italiens zweifelhaft wurde. Die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, das Unvermögen, den klaren Entschluß zu finden, mit England oder Rußland zu gehen, und sonstige Irrgänge sind genügend bekannt. Wie weit das innerpolitische Denken des letzten Friedenskanzlers seine Politik gegenüber Rußland vor dem Kriege bestimmt hat, muß dahingestellt bleiben. Ausgeschlossen erscheint, wie die Folge es lehrt, eine Abhängigkeit seiner äußeren von der inneren Politik nicht.

Hier genügt die Feststellung, daß die äußere Politik vollständig versagte. Ihr entglitt die Führung der europäischen Politik, die Bismarck durch seine Bündnisse in der Hand gehabt hatte. Sie sah sich auf einmal in der Durchführung ihres Zieles, den Frieden zu erhalten, durch die Einkreisungspolitik König Eduards VII. bedroht. Ihm gelang es, Mächte zu einem Bunde gegen Deutschland zu einigen, deren Streben bisher zum Teil gegeneinander lief.

Die deutsche Politik stellte dem nichts entgegen, obschon sie sich über die weitgehenden feindlichen Absichten und über die zunehmende militärische Stärke der feindlichen Mächte einer Täuschung wirklich nicht hingeben konnte.

England wollte sich seines erfolgreichen Nebenbuhlers im Welt-

handel entledigen, Vormacht zur See und Herr der Welt sein. Frankreich träumte, wie es seiner geschichtlichen Überlieferung entsprach, von einer entscheidenden militärischen Schwächung Deutschlands, von seiner alten überragenden Großmachtstellung in Europa und einer neuen Weltstellung; Elsaß-Lothringen wollte es zurückgewinnen. Rußland erstrebte eine Erweiterung seiner Macht; es wollte alle slawischen Staaten unter sich vereinigen, Vormacht auf dem Balkan werden und unmittelbar in Konstantinopel herrschen. Zugleich fürchtete es die wirtschaftliche Stärke Deutschlands.

Mit Frankreich und England Hand in Hand arbeitete die Oberleitung des jüdischen Volkes*). Vielleicht führte sie beide. Sie sah den kommenden Weltkrieg als das Mittel an, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen, den Juden in Palästina ein Staatsgebiet und Anerkennung als Volk zu erwerben und ihnen in Europa und Amerika eine überstaatliche und überkapitalistische Vormachtstellung zu verschaffen. Auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebten die Juden in Deutschland dieselbe Stellung wie in jenen Ländern, die sich ihnen schon ergeben hatten. Dazu brauchte das jüdische Volk die Niederlage Deutschlands.

Teile dieses jüdischen Volkes standen innerhalb unserer Grenzen. Daß Juden auch für Deutschland bluteten, sei betont.

Gegenüber dieser außenpolitischen Lage hätte die deutsche Politik festzustellen gehabt, daß Deutschland vollständig in eine Verteidigungsstellung zurückgedrängt war und daß es sich für Deutschland gar nicht mehr um „Erhaltung des Friedens", sondern, nach dem Willen seiner Feinde, um einen bevorstehenden Daseinskampf handelte, aus dem Deutschland siegreich hervorgehen mußte, wenn es sein Leben als selbständiger Staat und als wirklich deutsche

---

*) Die Frage der Art der Oberleitung des jüdischen Volkes in der Zerstreuung ist für die anderen Völker noch nicht geklärt. Herr Walther Rathenau schrieb in der „Neuen Freien Presse" am 25. Dezember 1909:

„Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung. Die seltsamen Ursachen dieser seltsamen Erscheinung, die in das Dunkel der künftigen sozialen Entwicklung einen Schimmer wirft, stehen hier nicht zur Erwägung." (Gefragt ist nach Art und Wert „unseres geschäftlichen Nachwuchses".)

Großmacht weiterführen wollte. Eine scharfsichtige Politik hätte sogar erkennen können, daß unsere Feinde durch ihre Propaganda den Kampf gegen den Geist des deutschen Volkes in der Welt und innerhalb unserer Grenzen bereits begonnen hatten. Sie stellten Deutschland als Störenfried und uns als ein durch seine Dynastien, den Militarismus und die Junker vergewaltigtes Volk hin. Hätte die Politik einen aufmerksamen Blick in die führende demokratische und sozialdemokratische Presse geworfen*), sie würde erkannt haben, daß diese mit der feindlichen Propaganda Hand in Hand arbeitete und zu einem Werkzeug der auf Deutschlands Vernichtung hinzielenden Arbeit Englands, Frankreichs und der Leitung des jüdischen Volkes wurde.

Erstaunlich wirkt die Tatsache, daß die Regierung sich dem allem verschloß und die friedenbedrohende Haltung der voraussichtlichen Feinde nicht vor Volk und Welt immer wieder brandmarkte und laut bekundete, daß der herannahende Krieg wirklich in dem wahrsten Sinne des Wortes ein Verteidigungskrieg für Deutschland werden müsse. Wir standen ratlos und ohne Hilfsmittel diesen Anforderungen gegenüber.

Noch befremdender ist es, daß die politische Reichsleitung es unterließ, sich auf allen Gebieten klar Rechenschaft über das Soll und Haben Deutschlands zu geben, zum mindesten, um endlich und in zwölfter Stunde die sich mit zwingender Gewalt aufdrängenden Fragen vorzulegen: Ist die Militärmacht Deutschlands und Österreich-Ungarns, das sich in der gleichen Lage wie Deutschland befand, stark genug, um den sich immer mehr auswachsenden Dreiverband von einem Angriff zurückzuhalten? Kann sie, falls er dennoch erfolgte und unser Daseinskampf begänne, die voraussichtlichen Gegner so treffen, daß diese von ihren politischen Absichten Abstand nähmen und Deutschland und Österreich-Ungarn am Leben blieben?

Die politische Leitung hat sich diese Fragen weder vorgelegt noch beantwortet. Sie schuf sich nicht wie Bismarck in der bewaffneten Streitmacht das Mittel zur Durchführung der Politik, sondern überließ es den militärischen Stellen, Aushilfe zu schaffen,

*) „Frankfurter Zeitung", „Berliner Tageblatt", „Vorwärts".

wobei aber auch diese nicht einheitlich handelten. Die deutsche Flotte entstand teilweise sogar im Gegensatz zur Politik und auf Kosten des Heeres; die Vermehrung der Streitkräfte zu Lande, ihre Ausrüstung und die schon im Jahre 1906 aufgeworfenen Kriegswirtschaftsfragen fanden nicht die Förderung des Reichskanzlers oder seiner Staatssekretäre, so wie es die Bedürfnisse folgerichtig erheischten. Reichskanzler v. Bethmann äußerte sich z. B. in einem Briefe sehr befriedigt, daß er sich in die Meinungsverschiedenheiten zwischen Generalstab und Kriegsministerium über die Aufstellung von drei neuen Armeekorps durch die Milliardenvorlage 1912/13 nicht eingemischt habe: „In einer spezifisch militärischen Angelegenheit eine persönliche Stellung zu nehmen, fehlten mir Sachkenntnis und amtlicher Beruf." Worin anders lag denn der Beruf des Reichskanzlers als in der Sicherstellung des Lebens und der Zukunft des Deutschen Reiches?

Fürst Bismarck hatte von Blut und Eisen gesprochen. Herr v. Bethmann schrieb noch 1913 über den „naiven Glauben an die Gewalt, den noch zu viele Deutsche hätten", oder im Juni 1914 von seinen Sorgen vor einem „neuen Rüstungsfieber". Hierin äußert sich die tiefgehende Verschiedenheit der Geistesrichtung der Männer, die die Politik Preußens und Deutschlands 1870/71 und vor dem Weltkriege leiteten. Das eine Mal führte sie zum Aufstieg, das andere Mal zum Untergange, trotzdem sich im Weltkriege Millionen Deutscher im Sinne Bismarcks so heldenhaft schlugen, wie es die Welt nur je gesehen hatte.

Die Wehrkraft unseres Volkes, die besondere Stärke, die uns die Natur verlieh, unser starker Bevölkerungszuwachs wurde seit langem ganz unvollständig ausgenutzt. Das muß in Rechnung gestellt werden, wenn man die Stärke der deutschen Streitkräfte von 1914 beurteilt. Wehrvorlagen brauchen sehr viele Jahre, um sich auszuwirken*); nur neu aufgestellte Friedensverbände sind sofort

*) Am 16. März 1899 strich der Reichstag infolge der Haltung des Zentrums, der Links-Freisinnigen und der Sozialdemokraten von der geforderten Friedensstärke 7000 Mann. Dadurch gingen dem Heere 1914 nach Abzug der natürlichen Abgänge 80 000 bis 90 000 Mann verloren, die ausgereicht hätten, zwei Armeekorps im Mobilmachungsfall 1914 aufzustellen.

greifbar vorhanden. Berufene Federn sollten die Geschichte der Heeresvorlagen in den letzten zwanzig Jahren vor dem Weltkriege schreiben, um rücksichtslos klarzulegen, wo das Verschulden für die Nichtausnutzung unseres Bevölkerungszuwachses liegt. Auch der Generalstab würde dabei an Vorwürfen nicht leer ausgehen.

Generaloberst v. Moltke holte in seiner bekannten Denkschrift vom Dezember 1912*), in der er auf vollständige Ausnutzung der Wehrkraft, wie wir sie in Frankreich sahen, und auf die Aufstellung von drei neuen Armeekorps drang, vieles nach. Er erhielt aber lange nicht alles bewilligt. Die Politik hatte vergessen, daß die Überlegenheit an Zahl „das allgemeinste Prinzip des Krieges" ist. Auch wurde den Anträgen des Generalstabes, die Aufstellung von Truppenverbänden aller Waffen aus den vorhandenen ausgebildeten Mannschaften für den Kriegsfall in immer größerem Umfange planmäßig vorzusehen, vom Kriegsministerium nicht in dem erforderlichen Umfange entsprochen. Mit Recht weist General Buat auf die schweren Unterlassungen Deutschlands in der Entwicklung seiner Wehrkraft vor dem Kriege hin**). Er bleibt weit hinter der Wirklichkeit zurück, wenn er schreibt, daß wir mit einem um 600 000 Mann größeren Heere den Feldzug hätten eröffnen können.

Die Marine entfaltete sich dank der Tätigkeit des Großadmirals v. Tirpitz im Verhältnis kraftvoller als die Armee. Man sagt zwar, es wäre staatsmännisch von ihm gewesen, daß er die Forderungen des Heeres 1912/13 nicht durch gleichzeitige Forderungen für die Marine erschwert habe. Ich kann dem nicht zustimmen. Die Politik durfte hier nicht die Kunst des Möglichen sein, sondern mußte die Erfüllung des Notwendigen bringen.

Die militärischen Kräfte in den Kolonien blieben vollständig unzureichend entwickelt. Hinzu kam der unglückselige Gedanke, daß

---

*) „Urkunden der Obersten Heeresleitung", von Ludendorff, Berlin 1920, oder „Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg", von Ludendorff, Berlin 1919.

**) „Die deutsche Armee im Weltkriege", von General Buat, deutsch München 1921.

Schwarze nicht gegen Weiße kämpfen dürften; als ob wir nicht alle Mittel ergreifen mußten, um uns den Sieg zu sichern. Frankreich im besonderen dachte folgerichtiger, was der Generalstab immer wieder betont hat. Es nützte die Menschenkraft seiner Kolonien vollständig aus und führte im Jahre 1918 den Krieg hauptsächlich mit seinen farbigen „Bürgern“. Nach englischem Urteil hätte die Ausnutzung unserer Wehrkraft in den Kolonien dem ganzen Kriege eine andere Wendung geben können.

Man braucht wirklich kein Kriegsmann zu sein, um sich zu sagen, daß die voraussichtlichen Gegner mehr Soldaten aufbringen konnten als Deutschland und Österreich-Ungarn, selbst Italien dazugerechnet, mochte man sich auch über England ein falsches Bild machen. Hiervor hat überdies der Generalstab stets gewarnt.

Es ist ein Hohn der Weltgeschichte, wenn jetzt der Untersuchungsausschuß in seinen Arbeiten „feststellt“, daß damals die voraussichtlichen Feinde Frankreich, England und Rußland über eine planmäßige Kriegsstärke des Heeres von 5 200 000 Köpfen gegen 3 360 000 Mann des Zweibundes verfügten, daß die Belastung Deutschlands, auf den Kopf seiner Bevölkerung gerechnet, für Heer und Marine erheblich geringer war als in Frankreich und England, und daß Frankreich seine Wehrkraft mehr ausgenutzt hat als Deutschland. Es stellte etwa 80 % aller Wehrpflichtigen, wir nur wenige 50 % ein.

Das Versagen des politischen Gefühls und gesunden Willens des Reichskanzlers auf dem Gebiete der Wehrkraftpolitik ist das traurigste Wahrzeichen des Deutschlands vor dem Weltkriege. Es ist die Ausgeburt der haltlosen Schwäche der Regierung in innerpolitischen Fragen; denn leider war die Wehrkraftpolitik bei uns ein Bestandteil der inneren Politik. Es ist die traurige Folge jenes international-pazifistischen Denkens, dessen oberster Vertreter der Reichskanzler v. Bethmann war. Es überwog im Auswärtigen Amt, in einzelnen Reichs- und Staatsämtern, im Reichstag und in breiten Kreisen des Volkes und betrachtete — ganz im Sinne der feindlichen Mächte und ihrer Propaganda — jeden als Schädling, der unbeirrt auf das Verderbliche dieses Denkens hinwies und für

note

die Wehrhaftmachung des Volkes und die tatsächliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht eintrat.

Die Regierung verkannte allmählich vollständig die Lehren des Bismarckschen Zeitalters und die Zusammenhänge der inneren Politik mit der äußeren. Innerpolitischen Rücksichten war es an erster Stelle zuzuschreiben, daß die Politik nicht die Kraft zu großzügigen Heeresvorlagen fand. Sie forderte, was sie im Reichstage durchzubringen für möglich hielt, nicht was notwendig war, bis endlich 1912 der Generalstab entscheidend drängte. Sie prägte das Wort „keine Ausgabe ohne Deckung". Sie verkroch sich hinter ihm und fand in ihrem Unvermögen nicht den Mut, den Kampf mit dem Reichstage aufzunehmen, oder neue Deckungsmittel, die in reichstem Maße vorhanden waren, zu erschließen, wenn man an dem Wort „keine Ausgabe ohne Deckung" bei der Kurzsichtigkeit des Reichstages festhalten wollte.

Nach Bismarck wurde der Reichstag immer mehr Herr der Regierung, und damit wuchs für den Ausbau des Heeres und der Marine seine Verantwortung und die des Volkes selbst, das hinter dem Reichstage stand.

Die konservative, freikonservative und nationalliberale Partei und kleinere Parteigruppen traten, wie zu Bismarcks Zeiten, mit warmem Herzen und aus innerer Überzeugung für eine Stärkung der Wehrkraft zu Lande, zu Wasser und in den Kolonien ein. Die Stellung des Zentrums und der Demokratie in ihren verschiedenen Parteibenennungen zu Heeres- und Marinevorlagen war nicht mehr grundsätzlich ablehnend, wie zu Bismarcks Zeiten. Das Zentrum hatte allerdings durch seine Finanzpolitik vorgesorgt, daß das Reich mit dauernden Finanzsorgen zu kämpfen hatte. Die Haltung der beiden Parteien änderte sich äußerlich fortschreitend zum Besseren. Die Wehrvorlage 1913 wurde schließlich von ihnen mit geringen Streichungen angenommen. In der Regel ging aber der Annahme ein Feilschen und Handeln voraus. Doch ich will mich eines abschließenden Urteils enthalten, bis die oben empfohlene Geschichte der Wehrvorlagen in den letzten zwanzig Jahren vor Kriegsbeginn erschienen ist. Sie wird be-

sonders erzieherisch wirken, wenn sie klarlegt, aus welchen innerpolitischen Gründen die Regierung nicht schon zu Anfang des Jahrhunderts eine umfassende Heeresvorlage gebracht hat, sondern sich immer wieder mit Unzulänglichkeiten begnügte. Daß im Jahre 1910 eine große Heeresvorlage, die uns zum Siege geführt hätte, aus politischen Gründen nicht eingebracht wurde, steht fest.

Die Haltung des Zentrums und der Fortschrittspartei in der Frage der Ausnutzung der Wehrkraft unserer Kolonien blieb ablehnend, trotzdem die Forderungen der Regierung auch hier mehr als bescheiden waren.

Die Sozialdemokratie arbeitete nach dem bekannten demokratischen Schlagwort der „Konfliktszeit" der sechziger Jahre vorigen Jahrhunderts: „Dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen". Sie tat nichts für die Sicherung des Vaterlandes gegen den äußeren Feind; sie hoffte statt dessen auf die Zweite Internationale. Diese Hoffnung gründete sich allein auf ihre Wünsche, ihr eigensüchtiges Denken und auf die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die hauptsächlichste Trägerin der Zweiten Internationale war. Das Hoffen beruhte weder auf dem Einfluß ihrer Anhänger in den voraussichtlich feindlichen Staaten, noch auf dieser Leute wirklichem Denken*).

---

*) „Einkehr." Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie von Emil Kloth. München 1920.

Wie es mit dem „internationalen Denken" der englischen Anhänger der Zweiten Internationalen aussah, zeigen — ebenfalls nach dieser Schrift — die Worte Ledebours, die er an die englischen Vertreter auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen 1910 richtete:

„Woher nehmen Sie denn das moralische Recht, anderen Völkern den Generalstreik zu gebieten, wenn Sie im eigenen Lande nicht so konsequent antimilitaristisch sind wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien? Solange Sie das Budget und damit die Waffen bewilligen zur Ausrüstung der englischen Söldnertruppen, die die Völker knechten und die Kriege führen, dürfen Sie uns mit so weitgehenden Anträgen nicht kommen."

Für die englischen Arbeiter war also anscheinend die Zweite Internationale nur das Mittel, die anderen Völker zu schwächen, damit England seine imperialistische Politik um so sicherer fortsetzen konnte.

Der hervorragendste französische Vertreter der Zweiten Internationalen, Jean Jaurès, schrieb in seinem Buche „Die neue Armee" (Juni 1913):

Bei dieser Gestaltung der Dinge in der wichtigsten Lebensfrage des deutschen Volkes, seiner militärischen Stärke, ist es ohne weiteres verständlich, daß seitens der Regierung nichts geschah, um die Festigung der eigenen Machtfülle und die Geschlossenheit des deutschen Volkes zu fördern, dem das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie wie zu Bismarcks Zeiten widerstrebten. Die Regierung versank in dem kleinlichen Schlamm der inneren Politik und unterwarf sich ganz dem entnervenden Einfluß des deutschen Parlamentarismus. Diese Feststellung muß für diesen Abriß genügen.

In Abhängigkeit vom Reichstage trieb der willensschwache Reichskanzler schließlich auch eine innere Politik, die nicht der Wohlfahrt des Landes entsprach, weil sie es nicht für den Entscheidungskampf kräftigte, sondern der Stärkung des Staates und der Regierungsgewalt zuwiderlief.

Das Volk kam auf eine abschüssige Bahn und glitt immer tiefer. Der Volksgeist wurde auf die kommenden Ereignisse nicht vorbereitet und nicht gestählt.

Zwei Tage der Vorkriegszeit, nach Ernennung des Reichskanzlers v. Bethmann, zeigten unsere innere Schwäche und den Mangel an nationaler Geschlossenheit blitzartig besonders scharf: der Tag, an dem deutsche Arbeiter an Stelle von Männern mit starkem deutschem Volksempfinden 110 Sozialdemokraten mit ihrem vaterlandabgewandten, ausgesprochen internationalen Denken und ihrer beschränkten außenpolitischen Bildung in den letzten Reichstag

---

„Das Vaterland ist keine überlebte Idee. . . . Sich gegen den Despotismus der Könige, gegen die Tyrannei der Herrenklasse und des Kapitals empören und sich widerstandslos das Joch der Eroberung, die Herrschaft eines fremden Militarismus auferlegen lassen: das ist ein so kindisch-kläglicher Widerspruch, daß ihn beim ersten Alarm alle Kräfte des Instinkts und der Vernunft hinwegfegen müßten. . . . .

„Das Proletariat steht also nicht außerhalb des Vaterlandes.

„Eine Partei, der der Mut fehlt, vom Volke alle die Opfer zu verlangen, die für seine Existenz und Freiheit notwendig sind, wäre eine verächtliche Partei und würde bald an ihrer eigenen Unwürdigkeit zugrunde gehen."

Diese Worte klingen anders als das Wort der deutschen Sozialdemokratie: „Dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen."

des Kaiserlichen Deutschlands sandten. Zugleich hielten dort 42 Mitglieder der Fortschrittspartei und ein verstärkter linker Zentrumsflügel mit verwandter Geistesrichtung ihren Einzug.

Der zweite Tag war der Tag der „Zaberndebatte", an dem die Mehrheit des Deutschen Reichstages den „Militarismus" bekämpfte; ihn, der für das deutsche Volk, und das konnte man damals mit Sicherheit übersehen, demnächst kämpfen und siegen sollte. Dabei wurden im Reichstage die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen derart behandelt, daß der Franzose fühlte, seine Stunde käme.

Die Behandlung der elsaß-lothringischen und der polnischen Frage bedrohte die Festigkeit des Reiches. Ihr ist ein unglückseliges Schwanken der Regierung und eine Begünstigung der deutschfeindlichen Bestrebungen durch das Zentrum, die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses eigentümlich. Das Nachgeben vor den Polen im Osten, die Regelung der Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen, das stete Zurückweichen vor der französischen Werbearbeit daselbst sind die Wahrzeichen dieser undeutschen und weltentrückten Politik. Eine Festigung des Deutschtums in jenen Landesteilen wurde dadurch unmöglich; Oberschlesien erhielt sogar polnischen Firnis. Nicht anders lag es in Nordschleswig bei unserer unklaren Dänenpolitik. Auch die Dänen hatten das Wohlwollen der linken Parteien, vor allem der Fortschrittspartei.

Unsere schwache außenpolitische Stellung, die Nichtausnutzung unserer Wehrkraft und die Zustände im Deutschen Reich und Volk mußten in ihrer Gesamtheit die Begehrlichkeit der Gegner stärken und ihre Kriegslust steigern. Daß dies auch der Fall war, sehen wir aus ihrer Propaganda.

So kam die Zeit, von der Bismarck vorausschauend gesprochen hatte. „Das Ausland rechnet damit, die Sache geht auseinander, sie hält sich nicht, sie ist schwach. Es wird auch auf uns die Redewendung von den tönernen Füßen angewendet, und unter den tönernen Füßen wird man die Reichstagsmehrheit verstehen."

Die Außenpolitik hatte die Kriegführung vor die unendlich schwierige Lage gestellt, den Kampf gegen eine erhebliche Überlegen-

heit durchzuführen. Die innere Politik hatte nach keiner Richtung hin erkannt, wie innere Fragen die äußere Machtstellung beeinflussen.

Zu der fortdauernden Schwächung der Regierungsgewalt, zu der Vernachlässigung der rein militärischen Streitmacht und des Volksgeistes seitens der Politik trat noch eine weitere Unterlassung. Sie rächte sich später im Kriege gleich schwer und bereitete der Kriegführung äußerste, ja in ihren Zusammenhängen entscheidende Schwierigkeiten. Es war die Frage der Kriegsvorbereitung auf wirtschaftlichem Gebiet.

Der Hinzutritt Englands zu der Zahl unserer voraussichtlichen Feinde ließ mit Sicherheit erkennen, daß wir mit einer Blockade zu rechnen haben würden. Das war gleichbedeutend mit einer schweren Gefährdung unseres so überaus angespannten Wirtschaftslebens und unserer Versorgung mit Rohstoffen aller Art. Die sich hieraus ergebenden Fragen konnten nur durch die Politik gelöst werden.

Selbstverständlich ist jetzt der Zusammenhang der Dinge auch auf wirtschaftlichem Gebiet klarer als vorher. Die volle Übersicht konnten erst die Ereignisse bringen. Dessenungeachtet erkannte der Generalstab als Vertreter der Kriegführung in gewissem Maße die Bedeutung der wirtschaftlichen Versorgung. Seine Vorschläge zur Feststellung der Verpflegungsmittel aus dem Jahre 1905 oder 1906 und zur Schaffung eines wirtschaftlichen Beirats beim preußischen Kriegsministerium als der zuständigen Stelle oder zur Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes, wozu die Anregung von anderen Seiten ausging, drangen nicht durch*).

Die Politik scheint darüber zum Teil mit dem Gedanken hinweggeglitten zu sein, daß Deutschland Rumänien an seiner Seite haben würde, und daß der Weg von Amerika durch Holland ihm nicht zu verlegen sei. Bei den Vorverhandlungen für die Londoner Seerechtsdeklaration wies der Generalstab auf die Gefahren einer weiten Blockade durch England und damit auf die Möglichkeit der Sperrung der Zufuhr über Holland hin. Der Vertreter des Aus-

*) „Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft", von Arthur Dix. Berlin 1920.

wärtigen Amtes erwiderte, daß sich das die Vereinigten Staaten nicht bieten lassen würden.

note

Über die Möglichkeit der Dauer eines neuzeitlichen Krieges herrschte vollständige Unklarheit, obwohl Generalfeldmarschall Graf v. Moltke darauf hingewiesen hatte, daß der Krieg recht lange andauern könne.

Am 14. Mai 1890 hatte er ausgeführt:

„Wenn der Krieg, der schon mehr als zehn Jahre lang als ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer wie sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden. . . .“

Einer der Hauptgründe, der gegen eine lange Zeitdauer eines Krieges angeführt wurde, war die Annahme, daß die hiermit verbundene geldliche Belastung für den kriegführenden Staat nicht zu ertragen sei. Das Wort Montecuculis, daß zum Kriegführen Geld und abermals Geld und nochmals Geld gehöre, war gewiß wahr geblieben. Aber es ließ sich jetzt erheblich leichter beschaffen als zu einer Zeit, in der die Papiergeldwirtschaft noch nicht ausgebildet war.

So geschah, mit Ausnahme der Vorbereitungen für Geldbeschaffung und die Erhaltung des Geldumlaufs im Mobilmachungsfall, auf wirtschaftlichem Gebiet so gut wie nichts, was den Verhältnissen entsprochen hätte. Der Generalstab mußte sich mit Anregungen begnügen. Sie hätten unbedingt tatkräftiger gebracht werden müssen.

Folgende Gesamtfeststellung erscheint berechtigt: die Chefs des Generalstabes und des Reichsmarineamts haben, soweit es an ihnen lag, alles getan und versucht, den Krieg so vorzubereiten, daß

der Sieg verbürgt war. Daß der Chef des Generalstabes dabei nicht rücksichtsloser handelte, bleibt zu bedauern.

Heer und Marine arbeiteten unter den Augen des Obersten Kriegsherrn mit höchstem Eifer, um im kommenden Waffengange die zahlenmäßige Unterlegenheit auf dem Schlachtfelde durch bessere Ausbildung auszugleichen. Heer und Marine bildeten dank Seiner Majestät dem Kaiser die vorzüglichste Streitmacht, die die Welt je gesehen hat*).

Sämtliche militärischen Dienststellen bearbeiteten die eigentliche militärische Mobilmachung musterhaft und in Übereinstimmung miteinander und mit den anderen Staatsbehörden.

Unterstützung fand der Chef des Generalstabes bei dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten in dem Ausbau des strategischen Eisenbahnnetzes, bei dem Staatssekretär des Reichspostamts in dem in Angriff genommenen Ausbau eines deutschen Weltfunkennetzes und schließlich beim Reichsschatzamt, aber nur auf dem eng begrenzten Gebiete der geldlichen Mobilmachung.

Es mußte in den Kriegsvorbereitungen, ganz abgesehen von der ungenügenden und doch möglichen Entfaltung unserer Wehrkraft, noch ein Mehr hinzutreten, das dem Ernst der Gesamtlage entsprach, und dieses Mehr fehlte. Es war die planmäßige Mobil-

---

*) Man erhebt unter anderem gegen das Heer den Vorwurf, daß in den Unterordnungsverhältnissen von oben bis unten zu viel Zwang geherrscht habe. Es kann sich hier nur um persönliche Erfahrungen handeln. Sie dürfen nicht verallgemeinert werden. Ich habe jedenfalls während meiner Dienstzeit gesehen, daß unsere Mannszucht auf sicheren und richtigen Grundlagen aufgebaut war. Lagen Ausnahmen vor, so hatten die Vorgesetzten die Schuld daran.

Auch wird getadelt, der Offizier sei in Politik, Presse und Wirtschaftswesen in keiner Weise vorgebildet gewesen. Politik und Presse waren nicht Sache des Offiziers, sondern der Verwaltungsbeamten. Daß diese versagten, macht die Ausbildung des Offiziers nicht falsch. Daß der ältere Offizier mehr Einblick in das Volksleben hätte gewinnen sollen, ist richtig; es war aber wohl nur die allgemeine Teilnahmlosigkeit der meisten Kreise hieran schuld. Der Volkswirtschaft war zweifellos mehr Bedeutung zuzusprechen. Daß im übrigen die Offiziere Wirtschaftsfragen durchaus richtig anzufassen wußten, zeigen verschiedene Stellen der Heimat, die Verwaltung des Gebiets des Oberbefehlshabers Ost, Rumäniens und vieler Etappengebiete.

machung des Volks- und Wirtschaftslebens für den Daseinskampf, unter straffer, einheitlicher Leitung des Reichskanzlers.

England hat mehrere Jahre vor Beginn des Weltkrieges ein Reichsverteidigungskomitee errichtet, das Vertreter aller einschlägigen Ministerien in sich vereinigte und den Krieg einheitlich vorbereitete.

Dem ganzen Gedankengange der Politik zufolge blieb unser Bündnis mit Österreich ein rein politisches, während die Entente ein ausgesprochen militärisches war. Man denke z. B. an die französischen Milliarden, die nach Rußland zum Ausbau eines strategischen Eisenbahnnetzes gingen. Für uns blieb dagegen die militärische Stärke Österreich-Ungarns eine „innere" Angelegenheit dieses Landes zu einer Zeit, in der wir auf Tod und Leben mit ihm gehen wollten. Wie weit vom Generalstabe der Versuch gemacht worden ist, die Wehrkraft Österreich-Ungarns zu fördern, muß ich dahingestellt sein lassen. Ich weiß nur, daß es hieran nicht gefehlt hat. In den Kriegsvorbereitungen war es ein Fehler, daß ein gemeinsamer Operationsplan nicht bestand. Der deutsche Generalstab fürchtete, daß in Wien das Geheimnis nicht gewahrt bliebe.

Die innerpolitischen Verhältnisse in Österreich-Ungarn waren, wenn auch auf etwas anderem Gebiete, noch trüber als bei uns. General Krauß faßt sein Urteil in dem schon erwähnten Buche, wie folgt, zusammen:

„So stand in der Monarchie alles im Kampf gegeneinander. Das stets gespannte und gereizte Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn fand sein Gegenstück in der Feindseligkeit Kroatiens gegen Ungarn. Alle Nationen standen im Kampf gegeneinander, und merkwürdig, je näher die Verwandtschaft, desto größer die Erbitterung des Kampfes, so daß der heftigste Kampf zwischen den slawischen Stämmen tobte. Unüberbrückbar war die Feindschaft zwischen Ruthenen und Polen, abgrundtief der auf religiösen Beweggründen ruhende Haß zwischen den stammesgleichen Kroaten und Serben.

„Es war somit nicht zu verwundern, daß die russische Politik hoffte, unterstützt von ehrsüchtigen Führern slawischer Stämme,

durch Schürung dieser Brände den Zerfall oder die Schwäche der Monarchie zu erreichen. Rußland förderte auch, wo es nur konnte, die Wühlarbeit der Rumänen und der Italiener. So arbeiteten Feinde und Verbündete an der »friedlichen« Zermürbung der Monarchie.

„Und der mächtigste Verbündete der Monarchie, Deutschland, das über zwölf Millionen Stammesgenossen in der Monarchie besaß, Stammesgenossen, die durch ihre Arbeit, durch ihre Kultur dem ganzen Staat seine Entwicklung, seine geistige und wirtschaftliche Bedeutung gegeben hatten, hielt sich ängstlich von jeder Einmischung zurück, vermied es sogar, sein Gewicht selbst nur zur moralischen Stärkung der Träger des österreichischen Staatsgedankens zu verwerten. Die slawisch-romanische Wühlarbeit fand daher nirgends Widerstand, weder beim Monarchen, noch bei der Regierung, noch aber bei den Deutschen, die, vom großen deutschen Volk verlassen, dem Erbfehler der Deutschen unterlagen, dem Mangel an Volksempfinden und daher dem Mangel an Einheit. Diese Gleichgültigkeit der deutschen Politik gegen die innere Entwicklung des Kaiserstaates war einer der großen Fehler der deutschen Politik. Man hat ihn entschuldigt und wird ihn entschuldigen mit dem einwandfreien Verhalten der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten des empfindlichen Verbündeten. Bei klar bewußter Erkenntnis der Tragweite und klar bewußtem Willen hätte sich ein Weg gefunden, die Unterstützung der Deutschen Österreichs gegen slawisch-romanische Bedrängnis in einwandfreier Weise durchzuführen.

„Man mußte in Deutschland die Zustände des Kaiserstaates genau kennen oder, wenn das nicht der Fall war, genau kennen lernen, da man mit dem Kaiserstaat auf Leben und Tod verbunden war. Hatte man die Zustände erkannt, dann mußte man richtig handeln, um die Folgen zu beseitigen. Das Schlechteste war es aber, beiseite zu stehen und zu sagen: Das geht mich nichts an. Gerade das tat man."

Wir sehen demnach in Deutschland vor Kriegsbeginn eine Staatsleitung, die nicht erkannte, daß der Krieg die äußere Politik mit

anderen Mitteln ist, und daß die Politik in allen ihren Zweigen dem Kriege zu dienen hat. Eine Staatsleitung, der Wesen und Gestalt des Krieges nach jeder Richtung hin fremd und unverständlich war, die also eigentlich gar nicht in der Lage war, die Kriegführung zu unterstützen.

Wir sehen eine Kriegführung, die sich fernhielt, Einfluß auf die Politik zu gewinnen, aber bemüht war, den rein militärischen Anforderungen des kommenden Krieges gerecht zu werden. Eine Kriegführung allerdings, die in ihrer besseren Einsicht nicht auf Sicherstellung dieser Anforderungen auf allen Gebieten drängte, wenn auch Generaloberst v. Moltke in seiner ruhigen Art nicht nur in der Rüstungsfrage, sondern auch auf anderen Gebieten aufklärend wirken wollte, ebenso Großadmiral v. Tirpitz. Beide waren sich darüber klar, daß die militärische Stärke Deutschlands mit jedem Jahre des Friedens wüchse. Die gültigen Wehr- und Flottengesetze brauchten nur Zeit, sich auszuwirken, um damit den Krieg unwahrscheinlich zu machen.

2.

Unter den Augen eines aufmerksamen und entschlossenen Feindes trieb unsere Politik, man kann wohl sagen, auf allen Gebieten, in den ihr bald genug aufgezwungenen Krieg hinein. Da geschah zum Erstaunen und Schrecken unserer Feinde das Wunder, daß das Wort Bismarcks wahr wurde: „Man wird sich aber irren, denn dahinter (hinter den tönernen Füßen) stehen eiserne." Das Volk erhob sich wie 1870, vielleicht noch gewaltiger; es stellte sich auf den Boden der rein deutschen, machtbewußten Männer und war siegfreudig und siegentschlossen. Es gab damit einen Beweis für richtiges politisches Gefühl und vaterländischen Willen. Internationales, pazifistisches Denken und Parteieneigensucht traten zurück. Auch die Führer der linken Parteien im Reichstage fühlten sich veranlaßt, diesem Druck der Masse zu folgen und Kriegspolitik zu treiben. Es hatte den Anschein, als ob das ganze Volk seine Lebensnotwendigkeiten und die Gestalt des wahrhaftigen Krieges verstanden hätte, und daß die Kriegführung auf die Unter-

stützung des ganzen Volkes rechnen könne. Das Versäumnis der Politik schien nach vielen Richtungen hin ausgeglichen zu sein.

Seine Majestät der Kaiser sprach das Wort: „Ich kenne keine Parteien.“ Das war eine großmütige Handlung, die Erteilung der Verzeihung für die Schuld der linken Parteien am deutschen Volk. Niemand aber sprach das Wort, das zur Ergänzung unbedingt nötig war: „Es gibt während des Krieges keine Parteipolitik, keine Innenpolitik. Es gibt nur noch eine Politik, die dem Wesen und der Gestalt des Krieges Rechnung trägt und bis zum Waffensieg der deutschen Streitkräfte dann aber auch darüber hinaus rücksichtslos durchgeführt wird.“ Statt dessen erfand der Reichskanzler das Wort „Burgfrieden“. Dem Wort fehlte jede Kraft, es wirkte verflachend und wurde zur Plattform schwächlichen Willens. Wie in der Außenpolitik die deutsche Politik in die Verteidigungsstellung gedrängt und schließlich zum Kriege gezwungen worden war, so wurde es auch im Innern. Der Reichskanzler meisterte die innere Lage nicht; die Zügel der Regierungsgewalt, die er nicht führen konnte, entglitten ihm. Die Parteien stellten sich bald wieder auf den Boden, den sie vor dem Kriege eingenommen hatten. Es entbrannten, während die besten Männer am Feinde standen und ihr Leben ließen, innere Kämpfe, und die Lohen der Revolution verzehrten Regierung und Volk.

Die Haltung des Volkes war zunächst so stark, daß selbst die Außenpolitik der Regierung mit ihrer Kriegserklärung an Rußland, die vornehmlich wohl aus Gründen der inneren Politik erfolgte, mit dem „Unrecht an Belgien“*) und dem „Fetzen Papier“ — Redewendungen, in denen sich das ganze, verhängnisvolle Denken des Reichskanzlers aussprach —, im Innern zunächst nicht so augenfällig schadete, wie es zu erwarten gewesen wäre. Der Schaden dieser Handlungen und Worte für die Kriegführung trat aber auf

*) Es wird jetzt wiederum zuweilen so dargestellt, „als ob der Reichskanzler von dem Chef des Generalstabes zu Beginn des Krieges durch den Einmarsch in Belgien vor eine Lage gestellt worden sei, die er bisher nicht gekannt habe“. Das ist nicht richtig. Der Reichskanzler war von den militärischen Plänen voll unterrichtet.

dem Gebiet der Außenpolitik sofort hervor. Die feindliche Propaganda stieß geschickt in diese Blößen und konnte so Deutschland und seinen Verbündeten immer schärfer zusetzen. Später äußerte sich auch die Wirkung im Innern, und zwar in der verhängnisvollsten Art. Es entstand der Glaube an unsere Schuld am Kriege und an die Vergewaltigung Belgiens durch uns, der bei unserem pazifistisch-internationalen und juristischen Denken doppelt zerstörend wirken mußte. Das drückte auf den Volksgeist und entzog der Kriegführung Kräfte.

Die Kriegführung ist an diesen Mißgriffen nicht selbst handelnd beteiligt. Es ist nicht richtig, daß Generaloberst v. Moltke auf eine Kriegserklärung gedrängt hat. Er wollte die rechtzeitige Mobilmachung. Das ist etwas ganz anderes. Auch Belgien wurde von uns nicht vergewaltigt. Wir hatten allen Grund, Belgien im Kriegsfall auf der Seite unserer Feinde anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß uns alte Verträge zu einem Einmarsch berechtigten, der für uns eine militärische Zwangslage war*).

Ich will hier ferner feststellen, daß es der Politik nicht gelang — allerdings liegen die Fehler dabei teilweise schon weiter zurück —, Japan aus der Zahl unserer Feinde fernzuhalten, Italien zu veranlassen, im Bündnis zu bleiben, und Rumänien den Anschluß an uns zu ermöglichen. Die Haltung dieser drei Staaten machte gleich zu Kriegsbeginn das Zahlenverhältnis noch ungünstiger, das sich bereits durch den Beitritt Serbiens zum Dreiverband weiter verschlechtert hatte. Rußland konnte seine Truppen von dem fernen Osten und von der rumänischen Grenze, Frankreich von der italienischen Grenze wegziehen und gegen uns einsetzen.

Die Kriegführung erhielt keinerlei Unterstützung durch die Politik. Anderseits fand die Politik nicht die Unterstützung durch die Kriegführung, wie es hätte sein müssen.

Wir führten einen Verteidigungskrieg in politischem Sinne, das

*) Der Professor der Columbia-Universität, John William Burgeß, bezeichnet in seinem Buche „Der europäische Krieg“, Leipzig 1915, den deutschen Einmarsch nicht nur als gerechtfertigt, sondern als militärisch unbedingt notwendig.

steht unumstößlich fest. Daraus darf aber nicht die Folgerung gezogen werden, daß auch unsere Kriegführung eine verteidigungsweise sein mußte. Die Oberste Heeresleitung*) hatte den Weg einzuschlagen, den sie zur Erreichung des politischen Endziels unseres Verteidigungskrieges und Daseinskampfes als den gegebenen ansah.

Nun wird gesagt, der Zweibund hätte auch wegen seiner Unterlegenheit an Zahl auf beiden Fronten in Abwehr bleiben sollen. In vielen operativen Kriegsspielen war aber gerade das als verfehlt festgestellt. Wir konnten nur im Angriff unsere überlegene Schulung voll auswerten, durch Beweglichkeit unsere Kräfte vervielfachen, unsere Unterlegenheit ausgleichen und auf eine Überraschung**) des Feindes hoffen. Frankreich und England auf der einen, Rußland auf der anderen Seite hätten angegriffen. Blieben wir demgegenüber in der strategischen und taktischen Verteidigung, so hätte sich unser Schicksal allein dadurch erfüllt, daß im Osten und Westen der Krieg in Landesteile getragen worden wäre, die für unsere Ernährung und Kriegswirtschaft von großer, ja entscheidender Bedeutung waren. Wir wären zu guter Letzt niedergewalzt worden, noch bevor wir, nunmehr endlich, unseren Menschenreichtum voll für unsere Wehrkraft ausgenutzt hätten. Um diesem Schicksal zu entgehen, mußten wir, trotz unserer verteidigungsweisen Kriegführung, örtlich angreifen und schließlich das tun, was wir tatsächlich zu Beginn des Krieges unternommen haben. Wir wären also in eine ähnliche Lage gekommen wie Generalfeldmarschall Graf v. Moltke, wenn er nach Sedan, den Gedanken Bismarcks entsprechend, den Vormarsch eingestellt haben würde. Das war damals

*) O. H. L.

**) Des Krieges Unkundige behaupten, man dürfe nicht mit etwas so Unsicherem, wie einer Überraschung, in militärischen Dingen rechnen. Verfügt man über eine große Überlegenheit, dann könnten solche Hilfsmittel entbehrlich erscheinen. Sie sind es auch dann nicht, falls man nicht unnötige Verluste in Kauf nehmen will. Bei Unterlegenheit an Zahl ist die Überraschung ein unentbehrliches Mittel zum Siege, leider kein untrügliches.

Clausewitz sagt: „Die Überraschung liegt mehr oder weniger allen Unternehmungen zugrunde, denn ohne sie ist die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkte eigentlich nicht denkbar.

„Die Überraschung wird also das Mittel zur Überlegenheit. . . .“

militärischerseits als unvorteilhaft bezeichnet worden und war es 1914 in erhöhtem Maße.

Eine hinhaltende Kriegführung durch Abwehr wäre dann gerechtfertigt gewesen, wenn zu erwarten war, daß es dem Feinde mit dem Kriege gar nicht ernst, sondern darum zu tun sei, uns sogleich wieder die Hände zur Versöhnung zu reichen. Deshalb hatte uns aber der Feind den Krieg nicht aufgezwungen. Er wollte seine sehr klaren Ziele erreichen; wir standen ja nach seinem Willen im Kriege. Die politischen Ziele Deutschlands und Österreich-Ungarns auf der einen, des Feindbundes auf der anderen Seite waren so verschieden wie nur möglich. Aber die Ziele der Gegner mußten die Art des Krieges bestimmen. Der Satz von Clausewitz, der hierauf hinweist, spricht eine unumstößliche Wahrheit aus. Wer das nicht erkennen will, steht weltfremd den gewaltigen weltgeschichtlichen Ereignissen gegenüber, die durch den Feind entrollt waren, — wenn er nicht absichtlich der Geschichte Gewalt antut oder sie fälscht. Das tut die Entente, wenn sie uns mit durchsichtigem politischem Kniff die Schuld am Kriege zuspricht, um ihre eigene und zwar ausschließliche zu verbergen.

Es lag der Gedanke nahe, zu Beginn des Krieges im Osten anzugreifen, im Westen uns zu verteidigen. Jede entscheidungsuchende Operation im Osten hätte aber zum mindesten sehr lange Zeit beansprucht. Das findet seine Begründung in den Verhältnissen dieses Kriegsschauplatzes. Während dieser langen Zeit konnten wir die Westgrenze nicht halten, wenn wir tatsächlich den Sieg im Osten erstrebten. Die Industriegebiete fielen, jedenfalls teilweise, in Feindeshand. Warfen wir dann auch später den Feind wieder über die Grenze zurück, so war doch infolge der Zerstörungen durch den Feind die Kriegsindustrie auf lange Zeit hinaus wahrscheinlich in kriegsentscheidender Weise geschwächt. Der Gedanke, den Krieg derart zu führen, war nicht zu verwirklichen.

Zuweilen hört man, wir hätten im Westen unter Verzicht auf einen entscheidenden Kampf nur bis in die Linie Abbeville—Verdun vorrücken sollen. Wir würden dann, wie anzunehmen sei, die Kanalhäfen Calais und Boulogne als Stützpunkte für den U-Bootkrieg

leicht gewonnen und so viel Kräfte gespart haben, daß eine Niederlage der k. u. k. Armee in Galizien zu verhindern gewesen wäre. Dieser Vorschlag ist gekünstelt. Kannten wir denn vor Kriegsbeginn die volle und so glänzende Wirkung unserer U-Boote? Und wie sollten wir Kräfte sparen? Die Schwäche, die Graf v. Schlieffen unserem linken Flügel gab und die er auch 1914 im Laufe der Operation wieder erhalten mußte, war doch so beträchtlich, daß sie nur durch einen entscheidenden Sieg des rechten Flügels ausgeglichen werden konnte. Verzichtete man aber auf diesen freiwillig, indem der rechte Flügel an der Somme angehalten wurde, so mußte der linke Flügel stark bleiben oder mehr verstärkt werden. Wir hätten auch nicht einen Mann gespart. Wir mußten beim Vormarsch in die Linie Abbeville—Verdun mit einem Kampf gegen die gesamte französische und englische Armee rechnen. Schließlich hätten die Verhältnisse hier, strategisch, zu einer ähnlichen, wenn auch nicht so schwierigen Lage geführt, wie bei einer verteidigungsweisen Kriegführung an den Grenzen des Reiches.

So, wie die Verhältnisse nun einmal lagen, mußten wir im Westen mit möglichst starken Kräften angreifen und die Entscheidung suchen, gegen Rußland uns mit möglichst schwachen Kräften verteidigen. Ähnlich handelte Friedrich der Große im Jahre 1757. Allerdings ließ er in Ostpreußen zu starke Kräfte zurück. Auch wir handelten nicht sachgemäß, als wir den Angriff des k. u. k. Heeres im Osten zuließen.

Gewiß stellt der Angriff 1914 im Westen neben der Verteidigung im Osten eine kühne Tat von seltener Verantwortungsfreudigkeit dar. Die Kriegführung mußte bei der Vernachlässigung unserer Wehrkraft gegenüber den Anstrengungen Rußlands und Frankreichs auf diesem Gebiete so Schweres auf sich nehmen und schon die Entscheidung im Westen mit einer Unterlegenheit erstreben. Sie konnte einen gewissen Ausgleich durch überlegene Führung, durch bessere Ausbildung und Schulung finden.

Der Aufmarsch, den Graf v. Schlieffen nach vielen eingehenden Untersuchungen entworfen und den Mobilmachungsvorbereitungen zugrunde gelegt hat, nachdem bei ihm kein Zweifel mehr über die

Nichtigkeit der Neutralität Belgiens waltete, ist bekannt. Der Durchmarsch durch diesen Staat ergab sich für ihn als unabweisbarer strategischer Notbehelf, der schon oft genug erörtert worden ist.

Die entscheidungsuchende Operation in Frankreich bestand in einer gewaltigen Linksschwenkung des deutschen Heeres um den Drehpunkt Diedenhofen. Die hierzu eingesetzten Kräfte waren dabei von vornherein so stark gehalten, daß ihnen ein Sieg beschieden sein konnte, zumal nach allen Nachrichten auf eine Überraschung der feindlichen Heeresleitung gerechnet werden durfte. Zum Schutze dieser Bewegung gegen einen feindlichen Angriff zwischen Metz und Straßburg waren aber nur so schwache Kräfte zurückgelassen, daß hier ein Vordringen des Feindes gegen die rückwärtigen Verbindungen des linken Flügels des deutschen Heeres fühlbar werden konnte, bevor der rechte Flügel den Sieg errungen hatte. Bei Generaloberst v. Moltke trat noch die Sorge vor einer nachhaltigen Zerstörung des Industriegebietes nördlich Saarbrücken hinzu. Er hielt diese Gefahren für so groß, daß er ihnen begegnen zu müssen glaubte, zumal ein frühzeitiger feindlicher Angriff zwischen Straßburg und Metz, verbunden mit einer Teilunternehmung im Elsaß, immer wahrscheinlicher wurde. Diese Unternehmungen boten Gelegenheit, gleich anfangs sehr beträchtliche Teile des französischen Heeres zu schlagen und das Elsaß zu schützen. Auf beides legte Generaloberst v. Moltke Wert. An der Ausführung des Schlieffenschen Gedankens hielt er fest. Sie wurde erleichtert, wenn möglichst erhebliche Teile des Feindes im Elsaß und in Lothringen vernichtet wurden. Sie fielen dann für Frankreich bei Abwehr des Angriffes unseres rechten Flügels aus. So entstand eine Erweiterung des Aufmarschplanes des Grafen v. Schlieffen und eine gewisse Abweichung.

Generaloberst v. Moltke war hierzu in die Lage versetzt, seitdem, jedenfalls bis 1914, die aktiven und Reserve-Divisionen um sieben vermehrt waren*). Hierzu traten noch 6½ Ersatz-

*) Ich entnehme die Zahlen dem vom Ersten Untersuchungsausschuß herausgegebenen Heft 2 zur Vorgeschichte des Weltkrieges: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen". Berlin 1921.

Divisionen, die etwa seit 1911 planmäßig aufgestellt wurden. Generaloberst v. Moltke stärkte den linken Flügel, ohne die Kräfte zu schwächen, die für den Einmarsch nach Frankreich mit dem Drehpunkt Diedenhofen bestimmt waren.

Ein Vergleich ergibt folgendes:

Graf v. Schlieffen wollte im Fall eines Zweifrontenkrieges 1905 aufmarschieren:
nach dem Westen mit 62, nach dem Osten mit 10 Divisionen.

Generaloberst v. Moltke marschierte 1914 auf:
nach dem Westen mit 70*), nach dem Osten mit 9**) Divisionen.

Von den Divisionen, die im Westen aufmarschierten, waren bestimmt:

zum Angriff nördlich Metz—Diedenhofen
1905 54 (63***) Divisionen,
1914 54 Divisionen,

zum Aufmarsch in Lothringen
1905 8 (9) Divisionen,
1914 16 Divisionen.

Hierzu traten noch als Heeresreserve:
1914 6½ Ersatzdivisionen.

Auch Graf v. Schlieffen hatte an die Verwendung von Ersatzdivisionen gedacht, jedoch nichts planmäßig vorsehen lassen.

Zur Stärkung des linken Flügels hatte Generaloberst v. Moltke noch den Ausbau der Nied-Stellung zwischen Metz und der Saar angeordnet. Graf v. Schlieffen hatte ebenfalls mit dieser Stellung

*) Einschließlich des IX. Reserve-Korps, das Mitte August im Westen eintraf.

**) Generaloberst v. Moltke zog also in der Bemessung der Kräfte für den Osten augenscheinlich schärfere Folgerungen aus unserer Lage als Graf v. Schlieffen. Doch ist zu beachten, daß für Graf v. Schlieffen 1905 die Wahrscheinlichkeit eines Zweifrontenkrieges nicht vorlag, da Rußland gebunden war. Ich lasse es deshalb dahingestellt, ob Graf v. Schlieffen tatsächlich 10 Divisionen gegen Rußland hätte aufmarschieren lassen, wenn der Aufmarsch nach West und Ost bearbeitet oder in die Tat umgesetzt worden wäre.

***) Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Stärken, mit denen Graf v. Schlieffen im Fall eines Krieges nur gegen Westen aufmarschiert wäre.

gerechnet, ohne ihren Ausbau — soweit ich mich entsinne — zu befehlen.

Generaloberst v. Moltke hätte die Kräfte, die für Lothringen bestimmt waren, vermindern und dann nach Frankreich und Belgien hinein etwa mit denselben Stärken angreifen können, wie es Graf v. Schlieffen im Falle des Gebundenseins Rußlands vorgesehen hatte. Die Gründe, die ihn davon abgehalten haben werden, sind dargelegt. Nicht hierin liegt die Ursache zu dem Mißlingen des die Entscheidung suchenden Feldzuges, sondern in dem Versagen der Führung.

Generaloberst v. Moltke hat mit seinen Maßnahmen einer Spannung auf dem linken Flügel vorgebeugt und, was entscheidend ist, die Möglichkeit zu einem großen Siege geschaffen.

Joffre griff 1914 mit 18 Divisionen nach Lothringen hinein an. Diese hätte er sehr leicht auf 24 Divisionen bringen können, wenn er auf seinen zweiten Vorstoß mit sechs Divisionen in das Ober-Elsaß verzichtete. Diese 24 Divisionen stellten etwa ein Drittel des französischen Heeres dar und besaßen, unseren Aufmarsch des Jahres 1905 zugrunde gelegt, volle Handlungsfreiheit. Sie konnten jederzeit größtenteils in das Innere Frankreichs abgefahren werden, wenn der Vormarsch des rechten deutschen Heeresflügels erkannt war und auf die Durchführung des Angriffs in Lothringen verzichtet wurde, für den das Zahlenverhältnis besonders günstig war. Wurden aber 24 feindliche Divisionen, oder wenigstens deren 18, von 16 deutschen Divisionen unter operativer Ausnutzung der Festung Metz und der Nied-Stellung vernichtend geschlagen — und das war durchaus möglich —, so hätte das französische Heer eine starke Einbuße an Kraft erlitten. Die deutschen Armeen, die zur Herbeiführung der Kriegsentscheidung in Belgien und Frankreich vorrückten, brauchten nicht zu befürchten, daß der Feind vor ihnen durch Truppen aus Lothringen verstärkt würde. Dagegen hatte es die deutsche O. H. L. in ihrer Hand, die Divisionen in Lothringen noch rechtzeitig in das Ringen um die Entscheidung im Sinne des Grafen v. Schlieffen zwischen der Kanalküste und Verdun einzusetzen. Das blieb immer

möglich, auch dann, wenn eine Entscheidung in Lothringen nicht herbeigeführt werden konnte*).

Die Gunst der taktischen Verhältnisse, die nun tatsächlich eine Entscheidungsschlacht in Lothringen, schon vorher einen vernichtenden Schlag über das VII. französische Armeekorps bei Mülhausen im Elsaß zuließ, wurde nicht zur Reife gebracht oder ausgenutzt. Es wurden dort wirklich nur „ordinäre" Siege erfochten, wie Graf v. Schlieffen ein frontales Zurückwerfen des Feindes nannte. Die hier geschlagenen feindlichen Kräfte konnten teilweise an der Marne eingreifen, während die siegreichen deutschen Truppen nicht zur Stelle waren. Die deutsche O. H. L. faßte nicht den Entschluß, unmittelbar nach der Schlacht in Lothringen, etwa vom 25. August ab, von dem linken Heeresflügel einige Armeekorps nach dem rechten zu fahren und die 6. Armee in die Gegend nordwestlich Metz mit Fußmarsch zu ziehen. Hierdurch konnte die gesamte Heeresfront in ihrer Vormarschrichtung nach rechts, d. h. mehr an die Kanalküste heran, geschoben werden. Dem rechten Flügel hätten auch die Ersatzdivisionen folgen müssen. Wir konnten in den entscheidenden Kämpfen im Innern Frankreichs in einer Stärke auftreten, die auch Graf v. Schlieffen nicht günstiger hätte gestalten können.

Es kam, wie bekannt, anders. Die Ersatzdivisionen wurden nach Lothringen gefahren und blieben dort. Der linke Flügel legte sich vor Nancy fest und verblutete, der rechte wurde sogar zugunsten

---

*) Nur zur geschichtlichen Feststellung führe ich an, daß ich damals wohl Chef der 2. (Aufmarsch- usw.) Abteilung, aber nicht Berater des Generaloberstеn v. Moltke auf strategischem Gebiet war. Nach der Geschäftsordnung des Großen Generalstabes war dies der Oberquartiermeister I. Erst 1912 gewann ich großen Einfluß. Ich hatte aber keine Veranlassung, auf eine Änderung des Aufmarsches zu dringen, da sich aus dem Moltkeschen Aufmarsch bei kraftvoller Führung sehr viel machen ließ. Als Chef der 2. Abteilung war ich von April 1908 bis Januar 1913 Chef der Operationsabteilung des Generalstabes des Feldheeres und würde mich für eine Führung eingesetzt haben, die meinen Gedanken entsprach. Nach meiner Versetzung aus dem Generalstabe im Januar 1913 hatte ich naturgemäß auf die dienstlichen Handlungen des Generalobersten v. Moltke keine Einwirkung mehr.

des Ostens um zwei Armeekorps geschwächt. Vor und in der Marneschlacht selbst versagte die Schlachtführung; das wurde schließlich das Entscheidende. Der Rückzug der 2. Armee war unbegründet und raubte uns den Sieg.

Wir standen nun vor einem langen Kriege. Unsere gute und überlegene Friedensausbildung war nicht zu der erforderlichen Auswertung gelangt; mit der Länge des Krieges mußte sie als in Rechnung zu stellender Vorteil zurücktreten.

Es wird gesagt, daß auch im Falle des Sieges in der Marneschlacht, der trotz allen widrigen Verhältnissen möglich gewesen war, ein glücklicher Ausgang des Krieges nicht gewährleistet gewesen sei. Die Verhältnisse im Osten würden eine Ausnutzung dieses Sieges verhindert haben. Auch wenn man im wesentlichen nur auf Annahmen angewiesen ist, läßt sich sagen, daß nach einer siegreichen Marneschlacht eine Schwächung des Westheeres um einige Divisionen möglich war, ohne dadurch die Fortsetzung der angriffsweisen Kriegführung nach Frankreich hinein irgendwie zu gefährden.

Tatsächlich wurden bereits Ende August 1914 4 Divisionen aus dem Westen nach dem Osten gefahren; wären sie dem linken Flügel entnommen worden, so beeinträchtigte dies die Lage im Westen nur wenig. Der Sieg an der Marne wäre nicht in Frage gestellt gewesen. Aber die O. H. L. konnte mit der Entsendung von Divisionen nach dem Osten auch noch ruhig warten*). Die nächste Verstärkung erhielt der Osten im November in Gestalt von 4 Kavallerie- und 8 Infanteriedivisionen. Dem Westen wurde damit etwa das genommen, was ihm im Oktober an neuen Verbänden zugeführt war. Jene 12 Divisionen konnten im Westen im Falle eines Sieges an der Marne wohl entbehrt werden. Die neuen Verbände des Winters 1914/15, die tatsächlich im Osten zur Winter-

*) Die Erzählung, daß Seine Majestät der Kaiser auf die Entsendung der Korps nach dem Osten besonderen Einfluß ausgeübt habe, ist böswillige Erfindung.

Auch von dem Oberkommando der 8. Armee in Ostpreußen ist sie nicht erbeten worden.

schlacht in Masuren eingesetzt wurden, konnten nach dem Westen gehen, wenn sie dort noch gebraucht worden wären, um die Entscheidung herbeizuführen. Im April 1915 erfolgten dann weitere Abgaben aus dem Westen zum Angriff bei Tarnow—Gorlice zu Beginn des großen Sommerfeldzuges des Jahres 1915 gegen Rußland. Die deutsche O. H. L. hatte also hinreichend Zeit und Kraft, einen Erfolg in der Marneschlacht auszunutzen und nun auch die französischen Kanalhäfen zu nehmen.

Wie sich dann das Einsetzen der englischen Kitchener-Armeen im Jahre 1915 abgespielt hätte, ist nicht zu sagen. Sie würden im Bewegungskrieg, um den es sich dann handelte und in dem die deutsche Führung und die deutschen Truppen ihre Überlegenheit frei entfalten konnten, nicht die Bedeutung erlangt haben wie im Stellungskriege, der der Ausbildung der englischen Truppen angemessen war. Ebenso hätte sich das Eingreifen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, das schon damals im Falle des deutschen Sieges zu erwarten war, anders entwickelt wie nach 1917. Auch der Munitionsmangel wäre nicht so verhängnisvoll geworden, wie es später im Stellungskriege der Fall war.

Selbstverständlich wäre ein Endsieg auch nur dann möglich gewesen, wenn die Politik ihre Unterlassungen aus der Vorkriegszeit nachholte und das ganze Volk in den Dienst des Krieges stellte.

Im vorstehenden ist nur das rein Militärische besprochen. Die Wirkung eines deutschen Sieges auf den Volksgeist Frankreichs und Englands, auf die kriegerischen Tugenden ihrer Heere, auf Italien, Rumänien und Bulgarien und die anderen neutralen Staaten einzuschätzen, soll dem Leser überlassen bleiben.

Der Grundgedanke des deutschen Aufmarsches und Feldzugsplanes im Westen zu Kriegsbeginn 1914 war richtig; die Erste O. H. L. hat indes in Einzelanordnungen bei der Ausführung versagt. Die Lage wäre trotzdem nie so auf des Messers Schneide gestellt worden, wenn wir unsere Wehrmacht besser ausgebaut und mehr Munition zur Verfügung gehabt hätten. Das Wort des Alten Dessauers, daß Gott mit den starken Bataillonen sei, ist doch auch

so zu verstehen, daß Fehler, die immer vorkommen werden, weniger schaden, wenn man stark ist.

Wäre, abgesehen vom Ausbau der Flotte, unsere Wehrmacht zu Lande, unser ausgebildeter Ersatz, zur Aufstellung von Verbänden aller Waffen vollständig ausgenutzt worden, ein entscheidender Sieg an der Marne wäre uns trotz allen begangenen Fehlern sicher gewesen. Wir hätten den Krieg gewonnen, oder der Feind hätte überhaupt nie gewagt, uns anzugreifen.

Neben die Landkriegführung trat die Kriegführung zur See. Daß nicht eine ausgesprochen einheitliche Leitung vorhanden war, ist zweifellos ein Fehler, in seiner Wirkung aber nicht zu überschätzen. Die Marine hielt sich vor Kriegsbeginn nicht für stark genug, die Schlacht unverzüglich nach beendeter Mobilmachung zu wagen. Ihr war zudem der Vernichtungsgedanke noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Der politische Gedanke der „Risiko-Flotte" hatte störend auf ihr strategisches Denken eingewirkt. Auch die Armee war schließlich eine „Risiko-Armee" und schritt doch an entscheidender Stelle zum Angriff. Ebenso falsch war der Gedanke einer Flotte „in being", d. h. eines Aufsparens ihrer Kräfte für den Friedensschluß.

Sehr bald regten sich Stimmen in der Marine, die eifrig den Einsatz der Flotte in der Seeschlacht verlangten. Da griff die Politik entscheidend und verhängnisvoll ein*). Der Reichskanzler wollte durch den Einsatz der Flotte England nicht reizen. Er glaubte immer noch, England wolle sich möglichst bald aus dem Kriege mit uns herausziehen und halte seine Flotte zurück, „um keine Entscheidung für Verlängerung des Krieges zu geben". Er meinte daher, wir müßten genau so verfahren, um England die Möglichkeit zu geben, den Frieden herbeizuführen, und wirkte in diesem Sinne. Ein ärgeres Verkennen der politischen Ziele Englands und des Wesens und der Gestalt des Krieges, der soeben begonnen hatte, und ein unglücklicheres Eingreifen der Politik in die Kriegführung

*) „Der Krieg zur See 1914—1918", herausgegeben vom Marine-Archiv. Erster Band. Berlin 1920.

läßt sich nicht denken. Auf die durch die Zurückhaltung der Flotte geschaffene Lage wird später eingegangen.

In seinem sehr verdienstvollen Aufsatz „Rückblick auf den Seekrieg“*) schreibt Korvettenkapitän O. Groos:

„. . . . Während im Landkriege der Kampf auf Leben und Tod tobte, blieben die gewaltigen in unserer Flotte aufgespeicherten Kräfte und Fähigkeiten für die Offensive gegen den gefährlichsten Gegner ungenutzt. Es sind letzten Endes weniger militärische als politische Hemmungen gewesen, die dies verschuldet haben. Die Frage der Verwendung der Flotte war selbstverständlich keine ausschließlich maritime, vielmehr wurde sie durch Rücksichten auf die Kriegslage zu Lande und politische Erwägungen wesentlich beeinflußt. Die Frage des Einsatzes der Flotte unter voller Handlungsfreiheit ihres Führers, vom militärischen Standpunkt aus bereits nach den Erfahrungen der ersten Wochen die einzig mögliche Lösung, konnte nur im Rahmen der Gesamtkriegführung und Politik entschieden werden. Die Entscheidung auf dem Festlande war noch nicht gefallen, die Haltung der Neutralen vielfach noch ungeklärt. Der Entschluß, den Einsatz freizugeben, forderte daher einen Staatsmann von solcher Übersicht über die strategischen und politischen Wirkungen und Möglichkeiten des Seekrieges, wie ihn selbst England wohl nur einmal in der Person des älteren Pitt im Siebenjährigen Krieg hervorgebracht hat. Auch wenn eine für uns glückliche Seeschlacht noch nicht die Blockade gesprengt hätte, so konnten wir doch hoffen, durch eine solche die britische Seemacht so schwer zu schädigen, daß dieser Prestigeverlust die Haltung Italiens, Rußlands, Japans und Rumäniens, der nordischen Reiche und selbst Amerikas hätte beeinflussen können. Es war jedoch dem Kanzler gelungen, den Kaiser davon zu überzeugen, die Flotte müsse bis zum Friedensschluß vor ernsten Verlusten bewahrt bleiben, um damit für die Verhandlungen ein besonders eindrucksvolles politisches Machtmittel in der Hand zu behalten. Voraussetzung hierfür war eine Entscheidung zu unsern Gunsten auf dem Festlande. Nach dem Hinzutritt Englands, nach dem Mißerfolge an der Marne war aber mit einer solchen kaum mehr zu rechnen. Wer dies verkannte, der unterschätzte den englischen Vernichtungswillen und die Wirksamkeit der englischen Flotte. . . . .“

Diese Ansicht über den Nichteinsatz der Flotte deckt sich mit der von mir geäußerten; nur kann nicht eingeräumt werden, daß die Politik über die Verwendung der Flotte zu befinden gehabt hätte. Die Politik hatte, vom Feinde genötigt, den Beginn der Feindseligkeiten festgestellt. Darauf hatte die Flotte im Rahmen der Gesamtkriegführung nach genau denselben Grundsätzen zu handeln, wie sie von Clausewitz in seiner Lehre vom wahrhaftigen Kriege für den

*) Heft 1 der Marine-Rundschau 1921.

Landkrieg aufgestellt waren. Diese verlangten die Schlacht zur Unterstützung des Heeres und zur Erschütterung der weiten Blockade Englands. Sie wäre in ihrer Wirkung auf England und auf die neutralen Staaten im Falle eines Sieges — und dieser erschien möglich — von ausschlaggebender Bedeutung gewesen.

Rückblickend kann ausgesprochen werden, daß bei Kriegsbeginn eine die Vernichtung des Feindes erstrebende, folgerichtig durchgeführte Kriegführung zu Lande und zu Wasser gegen Frankreich und England, verbunden mit der Verteidigung im Osten, der Politik am besten gedient haben würde.

IV.

Die Kriegführung der Zweiten Obersten Heeresleitung*).

Gründe für die Besprechung der Kriegführung und Strategie der Zweiten O. H. L. in diesem Abriß. — Eingreifen des Generals v. Falkenhayn. — Vervielfachung der Kräfte durch die Strategie des Oberkommandos der 8. Armee. — Der Feldzug der 9. Armee in Südpolen. — Entschluß der O. H. L. zum Einsatz der Neuaufstellungen der Heimat in Flandern. — Der russische Angriff in Polen über die Weichsel. — Der Entschluß des Oberbefehlshabers Ost zum Angriff von Hohensalza her. — Aussichten dieses Angriffs und die Möglichkeit seiner Ausgestaltung zu einem kriegsentscheidenden Erfolge. — Die O. H. L. zu diesem Gedanken. — Verlauf des Feldzuges. — Betrachtung. — Weiterführung des Krieges. — Der Angriff im Osten. — Italien — Meinungsverschiedenheiten über die Weiterführung des Angriffs im Osten im Sommer 1915 zwischen der O. H. L. und dem Oberbefehlshaber Ost. — Betrachtung. — Anschluß Bulgariens, der politische Erfolg des Angriffs. — Angriff auf Serbien. — Betrachtung über die Weiterführung der Operationen. — Verdun. — Angriff aus Tirol. — Der russische Angriff. — Rumänien. — Die weitere Kriegführung der Zweiten O. H. L.: Verwendung der Seestreitkräfte, Kampf gegen den Geist der feindlichen Völker, Beanspruchung der Heimat. — Betrachtung. — Die Zweite O. H. L. und auswärtige Politik.

Aus besonderen Gründen habe ich mich bisher enthalten, die Strategie und Kriegführung der Zweiten O. H. L. einer Betrachtung zu unterziehen. Ich kann in diesem Abriß nicht daran vorbeigehen.

Strategie und Kriegführung der Zweiten O. H. L. bedürfen der Erörterung, weil es gilt, die Anschauungen über Strategie und Kriegführung zu entwirren und das militärische Erbe einer großen Zeit festzuhalten. Auch würden Erscheinungen unverständlich bleiben, die durch die Kriegführung der Dritten O. H. L. gezeitigt wurden oder erst unter ihr zutage traten.

*) Chef des Generalstabes des Feldheeres General der Infanterie v. Falkenhayn.

Die Strategie des Generals v. Falkenhayn wird von recht vielen als „Ermattungsstrategie“ angesprochen. Er selbst will sie wohl vom Winter 1914/15 ab als „Strategie mit beschränkten Zielen“ angesehen wissen, schreibt aber*): „Die bisherige Kriegführung hatte das Ziel, den feindlichen Willen zu brechen, ebensowenig aus dem Auge verloren wie die Selbstverständlichkeit, daß das Ziel unter allen Umständen nur durch Handeln im Angriff und durch Einsatz unserer ganzen Kraft, nicht durch lediglich duldendes Ausharren in der Verteidigung erreicht werden konnte.“ Es ist demnach nicht leicht, sich ein wirklich einwandfreies Bild von seinen strategischen Anschauungen zu machen. Trotzdem soll für uns in der von ihm betriebenen Strategie das Allheilmittel dieses Krieges gelegen haben.

General v. Falkenhayn legt seine Auffassung der Lage des Zweibundes bei seinem Amtsantritt gegenüber dem Reichskanzler mit den Worten fest, „daß kein Anlaß vorliege, an einem befriedigenden Kriegsende zu verzweifeln, daß aber der Kriegsausgang durch die Ereignisse an der Marne und in Galizien ganz ins ungewisse gerückt wäre“.

Der Rückzug des deutschen Heeres von der Marne und des k. u. k. Heeres über den San hatte die Kriegslage in der Tat hochernst gestaltet. Der glänzende Feldzug der 8. Armee in Ostpreußen, der durch die Schlachten von Tannenberg und an den Masurischen Seen sein Gepräge erhalten hat, war der einzige Lichtblick.

General v. Falkenhayn griff tatkräftig ein. Im Westen geschah dies durch Umgruppierung des Heeres, die zu dem Ringen um die Flanke führte, im Osten dadurch, daß die 8. Armee mit ihren Hauptteilen unter Generaloberst v. Hindenburg als 9. Armee dem k. u. k. Heere nach Oberschlesien zur unmittelbaren Unterstützung zugeführt wurde. Nur die Vernichtungsstrategie des Oberkommandos der 8. Armee in Ostpreußen hatte die Hauptteile der 8. Armee hierfür freigemacht und damit der O. H. L. die Mittel gewährt, die k. u. k. Armeen nach ihrem heldenmütigen, aber verlustreichen

*) „Die Oberste Heeresleitung 1914—1918“ von v. Falkenhayn. Berlin 1919.

Ringen in Galizien zu unterstützen, ohne die Westfront zu schwächen. Die Niederlage des Zweibundes im September 1914 war damit abgewendet. Die Strategie hatte die Kräfte der deutschen Truppen im Osten vervielfältigt. Dasselbe hätte die O. H. L. im Westen erreichen können, wenn sie etwa vom 25. August ab die Kräfte aus Lothringen nach dem rechten Heeresflügel abfuhr oder mit Fußmarsch dorthin leitete.

Die 9. Armee gewann durch ihren glänzenden Feldzug in Südpolen auf dem linken Flügel des k. u. k. Heeres für die O. H. L. kostbare Zeit und hielt die Verhältnisse im Osten. Sie wandte den Zusammenbruch der k. u. k. Armeen, der eine Zeitlang drohte, zunächst ab. Dauernde Waffenerfolge zu erringen, war ihr aber bei der verminderten Schlagfähigkeit der k. u. k. Armeen und der starken russischen Überlegenheit nicht möglich*).

Ende Oktober 1914 schob sich das russische Heer mit seinen gewaltigen Massen in dem polnischen Weichselbogen zwischen Wloclawek und der Weichselstrecke San-Mündung—Krakau und südlich davon bis an die Karpathen heran vor, um den entscheidungsuchenden Stoß gegen die Provinzen Posen, Schlesien und Mähren zu führen. Es drängte die k. u. k. Armeen und die 9. deutsche, die rechtzeitig ausgewichen war, auf die Grenzen zurück.

Die Lage an der Ostfront wurde wieder aufs äußerste ge-

---

*) Zuweilen wird behauptet, die 9. Armee habe ursprünglich die westlich der Weichsel — gemeint ist westlich des San, südlich der Weichselstrecke San-Mündung—Krakau — vorgedrungenen russischen Heeresteile umfassend angreifen und vernichtend schlagen wollen. Gewiß hätte das wenigstens für den rechten Flügel der 9. Armee in Betracht kommen können, wenn der Feind den k. u. k. Armeen gegenüber wirklich auf dem linken San-Ufer standgehalten hätte. Das tat er aber nicht. So bildete sich aus der Lage die Aufgabe für die 9. Armee heraus, einen Weichselübergang stark überlegener russischer Kräfte unterhalb der San-Mündung zu verhindern, während die k. u. k. Armeen den schwächeren linken russischen Flügel schlagen sollten.

Eine gewisse Verwirrung der Ansichten über die Operationen in Südpolen im Oktober 1914 ist durch die ersten Veröffentlichungen in österreichisch-ungarischen Blättern hervorgerufen, die den Volksgeist der Doppelmonarchie über den erneuten Rückzug und die damalige Schwäche des k. u. k. Heeres hinwegbringen wollten.

spannt. Ihretwegen stand der Kriegsausgang wiederum auf des Messers Schneide.

Die O. H. L. hatte die durch die 9. Armee gehaltene Lage dazu benutzt, die Entscheidung von neuem im Westen zu suchen. Sie hatte die in der Heimat neu aufgestellten Truppenverbände größtenteils dort eingesetzt. Ein Sieg der deutschen Waffen in Flandern sollte jetzt das Ringen um die Flanke entscheiden. Daß die O. H. L. das XXV. Reservekorps nach Ostpreußen, also auf einen Nebenkriegsschauplatz, sandte, ist von der 9. Armee nicht erbeten worden und scheint kaum gerechtfertigt.

Die O. H. L. trieb damals noch keine Ermattungsstrategie oder eine Strategie mit beschränkten Zielen, sondern strebte ein großes Ganzes an.

Rückschauend könnte man es als richtig bezeichnen, wenn die O. H. L. schon im Oktober, statt die Schlacht bei Ypern zu schlagen, alle im Westen für eine Verteidigung nicht dringend nötigen Truppen aus eigenem Entschluß im Osten eingesetzt hätte. Solche Betrachtungen rechnen mit nachträglich bekanntgewordenen Verhältnissen. Das ist aber nicht angängig, wenn Führerentschlüsse beurteilt werden, die unter anderen Voraussetzungen und Bedingungen gefaßt worden sind.

Die starken russischen Heeresmassen näherten sich Anfang November der preußischen und mährischen Grenze. In dieser Lage faßte der Oberbefehlshaber der 9. Armee aus eigener Kraft den Entschluß, aus dem Rückzuge von der Weichsel gegen die schlesische Grenze alle irgendwie nur erreichbaren Kräfte zu einem Stoß gegen die nördliche Flanke des russischen Heeres hart westlich der Weichsel zusammenzuziehen, während die k. u. k. Truppen, verstärkt durch deutsche, nach den Weisungen ihrer Oberkommandos in Höhe von Krakau und Czenstochau standhielten und sich nach Norden verlängerten. Der Oberbefehlshaber der 9. Armee wollte die russische Heereswalze zum Stehen bringen. Gelang die Operation, so gewann die O. H. L. für neue Entschließungen Zeit, das preußische Gebiet wurde vor den Schrecken des Krieges bewahrt und Oberschlesien für die Kriegswirtschaft erhalten. Gelang die

Operation nicht, dann wären die Russen in breiter Front in Preußen und Mähren eingerückt, auch Ostpreußen wäre verloren gegangen. Der Feind stand im Rücken der Westfront. Der Krieg war zu unseren Ungunsten entschieden, auch wenn der Widerstand auf preußischem Gebiet naturgemäß aufs äußerste fortgesetzt worden wäre. Zu dem gleichen Ergebnis hätte ein frontales Sichvorlegen vor die russische Heereswalze geführt, weil die 9. Armee auf ihrem nördlichen Flügel umfaßt worden wäre.

Dem Entschluß des Oberbefehlshabers der 9. Armee, der während dieser gefahrvollen Lage Oberbefehlshaber Ost wurde und damit ähnlich wie vor Tannenberg eine ungemein schwere Verantwortung zugesprochen erhielt, folgten die Befehle auf dem Fuße. Eine Stoßgruppe von 5 bis 6 Armeekorps, zu der auch die 8. Armee sehr erhebliche Teile — 4 Divisionen — abgab, wurde zwischen Wreschen, Hohensalza und Thorn unter General v. Mackensen zusammengezogen.

Die 8. Armee mußte infolgedessen den östlichen Teil der Provinz Ostpreußen aufgeben und in die Angerapp-Seenstellung zurückgehen. Auch mit einem weiteren Aufgeben der Provinz Ostpreußen konnten bei der engen Fühlung mit dem Feinde zunächst nicht mehr Truppen gewonnen werden. Erst einige Zeit später gelang es, noch eine Division herauszuziehen und den Operationen westlich der Weichsel zuzuführen.

Die k. u. k. Armee schob sich in die Gegend nördlich Czenstochau.

Von dort bis zu dem rechten Flügel der Stoßgruppe bei Wreschen blieb eine sehr breite Lücke. In ihr standen, wie ein dünner Schleier, nur einige Kavallerie-Divisionen und auch Landsturm-Divisionen. Diese hatte der Oberbefehlshaber aus dem Landsturmaufgebot der Festungen und Provinzen seines Bereichs gebildet. Es war wohl kein Mann zurückgeblieben.

Der Oberbefehlshaber Ost bezweifelte nicht, daß der beabsichtigte Stoß aus der Linie Wreschen—Thorn zu einer Feldzugsentscheidung im größten Stil ausgebaut werden konnte, wenn er ihn um ein weniges kräftiger führte und gleichzeitig zwischen Czen-

stochau und Wreschen die feindliche Front schärfer anfassen ließ, als es mit den einmal vorhandenen Mitteln möglich war. Das strategische Ergebnis mußte sich steigern, wenn diese Operation auf dem rechten Weichselufer durch ein Vorgehen deutscher Truppen von Mlawa her in Richtung Warschau begleitet wurde. Der Oberbefehlshaber Ost war sich bewußt, daß seine eigenen Kräfte zu solchen feldzugentscheidenden Operationen nicht ausreichten.

Er sah den Angriff bei Ypern, Anfang November, als aussichtslos an und bat daher die O. H. L. unter Darlegung der Gründe um Verstärkung für die Ostfront. Auch General v. Conrad hielt sie für nötig. Dieser begehrte dreißig Divisionen. Solchen Antrag konnte der Oberbefehlshaber Ost nicht zu dem seinigen machen, da das bei weitem über die Kraft des deutschen Heeres hinausging. Er nannte, soweit ich mich entsinne, überhaupt keine Zahl. Er übersah die Lage im Westen jetzt wie später nicht. Die O. H. L. unterrichtete ihn nicht. Sechs bis acht Divisionen aber hätten genügt, um die Operationen, jedenfalls auf dem linken Weichselufer, bis zur vollen Entscheidung durchzuführen. Graf v. Schlieffen hätte sich keine schönere Operation denken können, als das in einer langen, nach Westen gerichteten Front ohne tiefe Staffelung stehende russische Heer von Norden her unter gleichzeitigem Anfassen in der Front umfassend anzugreifen, seine schwächste Stelle in Überlegenheit mit dem eigenen Schwerpunkt vernichtend zu treffen und darauf durch Vordringen auf Iwangorod zum mindesten erheblichen Teilen den Rückzug über die Weichsel zu verlegen. Noch jetzt wird die Größe dieser möglichen Operation jedes Soldatenherz bewegen. Kamen nicht acht, sondern sechs, ja kamen rechtzeitig nur vier Divisionen, so war immer noch wirklich Entscheidendes zu erreichen.

Die Verstärkungen blieben aus, weil bei Ypern ergebnislos, die Kräfte der Truppen verzehrend weitergekämpft wurde. Als der Angriff dort totlief, und Divisionen für den Osten freigemacht wurden, war die Gunst des Augenblicks verstrichen.

Der Oberbefehlshaber Ost führte den beabsichtigten Stoß mit seinen eigenen, schwachen Kräften aus. Er gipfelte um den 20. No-

vember nördlich Lodz. Schon begann der russische rechte, nördliche Flügel zu wanken; Rückzugsbefehle wurden funkentelegraphisch erteilt; wir hörten sie im Hauptquartier zu Posen und erhofften trotz unserer Schwäche die große Entscheidung. Da hielt der starke Wille des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch die Truppen fest. Die Schlacht entbrannte. Die 9. Armee umfaßte scharf östlich um Lodz, es fehlte aber der Gegendruck von Westen, von Kalisch her, und eine genügende Sicherung gegen Warschau. Die Russen wandten sich, aus der Front heraus, die nicht gefesselt war, und von Warschau her, gegen die von Norden angreifende 9. Armee und bedrängten sie schwer. In dem heldenhaften Durchbruch von Brzeziny befreite sich der deutsche Umfassungsflügel aus seiner schwierigen Lage.

Der Stoß der 9. Armee hatte die russische Heereswalze zum Stehen gebracht. Viel war erreicht, ein Mehr war ihm nicht beschieden gewesen.

Als das II. Armeekorps Anfang Dezember aus dem Westen zur Stelle war und von Kalisch her, wenn auch mit ganz schwachen Beständen, auf Lodz angriff, gab der Russe diese Stadt auf und wich zurück. Seine Flanke war aber nicht mehr bedroht, ein voller Erfolg jetzt nicht mehr zu erzielen.

Das ist kein Wahn, wenn ausgeführt ist, daß wir um den 20. November wohl einen ganzen Sieg erringen konnten für den Fall, daß in diesen Tagen das II. Armeekorps schon zur Stelle gewesen wäre. Und es ist auch kein Traumgebilde, wenn behauptet wird, daß bei einer nur um weniges umfangreicheren, aber rechtzeitigen Verstärkung die operative Ausnutzung eines Sieges bei Lodz in Richtung Iwangorod mit allen seinen großen Folgen höchst wahrscheinlich zur Tatsache geworden wäre. Wir konnten also bei richtiger strategischer Ausnutzung der Lage — und das war damals nicht nur meine Ansicht — einen entscheidenden Sieg erringen, der den Mißerfolg an der Marne in ganz erheblichem Maße ausgeglichen hätte.

Die Strategie der Zweiten O. H. L. hat im Herbst 1914 die Politik nicht so glücklich unterstützt, wie es vielleicht möglich gewesen wäre. Die den Vernichtungsgedanken vertretende Strategie des

Oberbefehlshabers Ost konnte einen kriegsentscheidenden Erfolg haben, wenn die O. H. L. sich zu ihr bekannte. Dies aber unterblieb. So rettete der Oberbefehlshaber Ost wenigstens wiederum die Lage und verhinderte im Verein mit den unvergleichlichen Leistungen des Heeres endgültig den feindlichen Sieg im Jahre 1914, der unseren Gegnern bei Kriegsbeginn so sicher schien. Die Vernichtungsstrategie hat dadurch auch Ostpreußen dem Reich und Preußen erhalten, das im Falle eines Sieges des Feindes in jenem Jahre ebenfalls verloren gegangen wäre.

Eine so günstige Gelegenheit, mit eigenem Schwerpunkt bei möglichst geringen Eigenverlusten feindliche Schwächen vernichtend zu treffen, wie sie der Herbst 1914 bot, konnte sich so leicht nicht wiederholen. Der Kriegsschauplatz in Polen war räumlich beschränkt. Ein taktischer Erfolg bei Lodz konnte sich auswirken. Das wird auch denen verständlich sein, die über eine geringe oder nicht geschulte militärische Phantasie verfügen. Als sich im Sommer 1915 wieder die Gelegenheit zu einem großen operativen Erfolge bot, waren die Verhältnisse anders. Vor uns lag der unendliche russische Kriegsschauplatz. Seine Ausdehnung erschwerte die strategische Ausnutzung eines an irgendeiner Stelle davongetragenen Sieges, schloß sie aber keineswegs aus.

Nach der Zurückweisung des großen russischen Angriffs und dem Erstarren der Fronten im Westen und gegenüber der serbischen Armee war die Kriegführung des Zweibundes vor die Frage gestellt, wie der Krieg weiter zu führen sei.

Die Zweite O. H. L. hoffte zunächst, einen Entscheidungsstoß im Westen führen zu können. Sie war also immer noch nicht Vertreterin einer Strategie mit beschränkten Zielen. Der Zustand der k. u. k. Armee veranlaßte sie indessen, von ihrem Plan Abstand zu nehmen und im Osten den Winterfeldzug zu eröffnen. Dies war vorauszusehen gewesen; der Oberbefehlshaber Ost hatte daher auch zu einem Angriff im Osten, d. h. zur Fortsetzung einer Kriegführung geraten, die die Entscheidung im Osten suchte. Für diese Angriffshandlung wäre es zweckmäßiger gewesen, wenn sich die Gedanken der O. H. L. auch von vornherein hierauf eingestellt hätten. So kam

es nicht zu dem einheitlichen strategischen Handeln im Osten, das andernfalls möglich gewesen wäre.

Der Angriff der k. u. k. Armee in den Karpathen blieb in seinen Anfängen stecken. Die Operationen des Oberbefehlshabers Ost hatten zwar einen großen taktischen Erfolg; ihm konnte aber nicht die erhoffte strategische Auswertung gegeben werden.

Die Zweite O. H. L. stellte sich jetzt auf den Boden einer Strategie mit beschränkten Zielen und nahm eine abwartende Haltung ein, statt den Entschluß zu fassen, die Entscheidung gegenüber Rußland zu suchen. Diese abwartende Haltung wirkte auf Italien. Der deutschen Diplomatie gelang es nicht, es neutral zu erhalten. Die internationale Freimaurerei hatte leichtes Spiel und trieb es in die Arme der Entente.

Unter dem Druck der Ereignisse an der k. u. k. Front in den Karpathen sah sich die O. H. L. nun doch veranlaßt, Anfang Mai in Galizien anzugreifen, mit dem Endziel: „dauernde Lähmung der russischen Offensivkraft".

Das konnte nur durch vernichtende Schläge erreicht werden, die Rußlands Mark trafen.

Der Angriff bei Tarnow-Gorlice Anfang Mai 1915 entsprach dem. Er war bei der gespannten Lage und den schweren Kämpfen im Westen sowie der Haltung Italiens eine kühne Tat. Er genügte aber in seiner Auswirkung nicht, um das Ziel zu erreichen, das sich die Zweite O. H. L. gesteckt hatte. Zu dem ersten Schlage mußten neue hinzutreten.

Über den Unterschied der Auffassungen in der Weiterführung der Operationen im Osten zwischen der O. H. L. und dem Oberbefehlshaber Ost ist schon viel geschrieben, zuletzt auf Grund eingehender Quellenbenutzung von Oberstleutnant Foerster*). Ich brauche daher nur festzustellen, daß die O. H. L. im Juli, also in einer Zeit, zu der Teile des russischen Heeres noch westlich Warschau—Iwangorod standen, den Gedanken ablehnte, über Kowno und nördlich

*) „Graf Schlieffen und der Weltkrieg". Zweiter Teil. Die Ostoffensive in Galizien und Rußland, Betrachtungen über die Heerführung des Generals v. Falkenhayn. Berlin 1921.

mit dem Schwerpunkt in Richtung Wilna—Minsk anzugreifen. Sie zog vor, den Russen frontal zurückzudrängen, und befahl den Angriff von Mlawa her.

Diese Angriffsrichtung konnte zu keiner entscheidenden Schädigung des Feindes führen, wie die O. H. L. annahm. Die feindlichen Kräfte westlich der Weichsel waren in der Lage, sich jederzeit durch einen kurzen Rückmarsch einer so wenig ausholenden Umfassung zu entziehen und nur noch so schwach, daß die Anordnung und Durchführung des Rückzuges auf keine Schwierigkeiten stoßen konnten. Hieran wäre nichts geändert worden, wenn der Oberbefehlshaber Ost von Mlawa her mit einigen Divisionen mehr angegriffen hätte, was zuweilen als möglich angesehen wird*). Die Angriffsfront wäre dadurch nur um weniges breiter geworden, da schwere Artillerie und technische Angriffsmittel nicht weiter zur Verfügung standen. In zweiter und dritter Linie hätten sie die Stoßkraft des Angriffs ebenfalls nicht wesentlich erhöht. Ist man aber geneigt, diese Annahme zu machen, so kann sie doch nicht derart erweitert werden, daß man den Angriff, über die tapfer sich wehrenden Russen und den Narew hinweg, bei den Schwierigkeiten des Nachschubes in den Rücken des von der Weichsel zurückgehenden Feindes dringen läßt. Raum und Zeit schließen dies aus.

Anders lag dies bei einem Stoß in Richtung Kowno—Wilna—Minsk. Daß er ausführbar und wirksam war, genau so wie der im November 1914, zeigt der Gang der Ereignisse. Auch hier fiel für den Angriff die strategisch günstige Richtung mit der taktisch günstigsten Stelle zusammen. Daß im Juli 1915 ein Angriff über Lomza—

---

*) Es wird erzählt, ich hätte absichtlich im Jahre 1915 dem Plan des Generals v. Falkenhayn Schwierigkeiten bereitet und damit dessen Ergebnisse gemindert.

Professor Martin Spahn schreibt in einem Aufsatz, den er mir zustellte: „Ludendorff unterschied sich von Falkenhayn lediglich (?!) darin, daß er 1915 . . . eine umfassende Vernichtung der Russen für möglich hielt und im Zorn über Falkenhayns Widerstreben dessen Angriff dann anscheinend nicht einmal bis zu den bescheidenen Ergebnissen reifen ließ, die sich Falkenhayn vorgenommen hatte.“ Eine solche Unterstellung habe ich bereits einmal gegenüber Professor Delbrück gekennzeichnet und wiederhole es hier.

Ossowiec wohl strategisch noch günstiger gewesen wäre, aber wegen taktischer Verhältnisse nicht ausführbar war und daher unterblieb, sei zur Klärung der Ansichten für die erwähnt, die nur zu gern Strategie auf dem Papier treiben.

Der Stoß auf Wilna begann am 9. September, zwei Monate später, als er von mir angeraten wurde. Er wurde zu spät und mit zu geringen Kräften ausgeführt und hatte doch taktischen Erfolg. Dieser wäre im Juli viel erheblicher gewesen. Die taktischen Verhältnisse lagen damals für uns günstiger als im September; der Russe war weniger auf einen Angriff auf und über Kowno vorbereitet und schwächer.

Der Angriff am 9. September hatte keine strategische Auswirkung mehr. Das russische Heer war auf seinem Rückzuge von der Weichsel so weit nach Osten gekommen, daß es sich aus ihm heraus mit Teilen im Fußmarsch der Umfassung östlich Wilna vorlegen konnte. Hierzu wären bei einem früheren Angriff im Juli, der unter den taktisch günstigeren Verhältnissen voraussichtlich schneller vorgeschritten wäre, Eisenbahnfahrten nötig geworden; ob sie rechtzeitig genügende Kräfte herangeführt hätten, kann nach der damaligen Kriegslage bezweifelt werden. Der Angriff hatte alle Aussicht, östlich Grodno vorbei weit nach Süden in den Rücken des von der Weichsel zurückgehenden Heeres vorzudringen. Die westlich Grodno mit der Front nach Süden stehenden deutschen Truppen wären dadurch mit vorgezogen, die russischen Armeen zu einem starken Sprung nach rückwärts gezwungen worden. Ein Teil der zurückweichenden und stark mitgenommenen Russen wäre auf die deutsche Umfassung gestoßen, ein anderer von ihr nach Süden geworfen worden, während die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen aus der Front an allen übrigen Stellen scharf nach Osten vordrangen. Ein Sieg wäre die Folge gewesen. So kam es, wie der Oberbefehlshaber Ost es vorausgesagt hatte, nur zu einem frontalen Zurückdrängen der Russen, wodurch sie nicht genügend geschwächt wurden. Es legte den deutschen Truppen außerordentliche Anstrengungen auf, kostete ihnen hohe blutige Verluste und war zeitraubend. Der Preis entsprach nicht dem Aufwand. Es ist wohl

kein Zweifel, daß die vom Oberbefehlshaber Ost vorgeschlagene Operation ganz andere Ergebnisse gehabt haben würde. Der Feind hätte stärkere Einbußen erlitten. Die Gesamtoperation im Osten wäre zeitlich erheblich kürzer verlaufen, woran auch der O. H. L. viel gelegen sein mußte. Die eigenen Truppen wären weniger ermattet und geschwächt worden. In jeder Hinsicht würde die Operation des Oberbefehlshabers Ost die der O. H. L. übertroffen haben. Sie würde zum mindesten günstigere Voraussetzungen für die Weiterführung der Operationen im Osten geschaffen haben. Die Operation der Zweiten O. H. L. hat ihr Endziel, „dauernde Lähmung der russischen Offensivkraft", wie die Ereignisse zeigen, erwiesenermaßen nicht erreicht.

Man wird hiernach in der Ansicht nicht fehlgehen, daß die Zweite O. H. L., wie im Herbst 1914, sich und der Politik mehr gedient haben würde, wenn sie den Rat des Oberbefehlshabers Ost im Juli 1915 befolgt hätte. Vielleicht, aber nur vielleicht würde dann die russische Niederlage so schwer geworden sein, daß der Ansicht des Grafen Czernin, nach der Schlacht von Tarnow—Gorlice sei eine Friedensmöglichkeit vorhanden gewesen, Berechtigung zuzusprechen wäre. Für mich allerdings bleibt auch in diesem Fall der Zweifel bestehen, ob Rußland hierfür genügende Bewegungsfreiheit gehabt hätte. Es war zu fest in den Fängen der Entente; das zeigte der Frühling 1917.

Den mutmaßlichen Gang der Weltgeschichte nachträglich zu formen, ist mißlich; mit Sicherheit kann aber ausgesprochen werden, daß die Zweite O. H. L. im Herbst 1914 und im Sommer 1915 die Gelegenheit hat vorübergehen lassen, große — wenn nicht im Herbst 1914 den Krieg entscheidende — Erfolge zu erringen. Sie konnten bei einer Strategie erreicht werden, die sich vom Vernichtungsgedanken tragen ließ und hiernach ihre Aushilfen wählte. Das kann die Politik der Kriegführung vorhalten, wie sie es auch in jenen Jahren tat. Aber die schwere Schuld bleibt doch bei der Politik, durch Nichtausnutzung unserer Wehrkraft im Frieden und zu geringe Fürsorge für Bereitstellung und Neuanfertigung von Munition und Kriegsgerät aller Art. Diese Schuld zieht sich wie ein roter Faden

durch alle Operationen des Herbstes 1914, nicht nur während des August und September, sondern bis in die Operationen des Jahres 1915 hin, ja solange überhaupt der Kampf tobte, und wirkt sich bis zum Friedensschluß aus. Wie anders hätten die jungen Verbände bei Ypern gekämpft, wenn ihre Aufstellung planmäßig vorgesehen und unsere Ersatzreserve ausgebildet gewesen wäre, wie in den achtziger Jahren; wieviel schneller hätten wir die Kampfkraft unserer Truppen durch Zuführung von Ersatz heben können. Wieviel unabhängiger wäre die O. H. L. in ihren Maßnahmen gewesen, wenn sie Munition besessen hätte und Verdun im Herbst 1914, wie sie es eine Zeitlang beabsichtigte, angreifen konnte.

Der große politische Erfolg des Sommerfeldzuges in Polen war der Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte. Sie erhielten dadurch einen Zuschuß an Kraft. Die Möglichkeit war nun vorhanden, mehr Vorteile aus dem Bündnis mit der Türkei zu ziehen und sie zu diesem Zweck zu unterstützen. Die Türkei hatte sich bereits im Herbst 1914, sehr wesentlich unter dem Einfluß des Auftretens der Mittelmeerdivision in Konstantinopel, an den Zweibund angeschlossen, ohne ihm unmittelbare Entlastung zu bringen. Von hohem Wert aber war es, daß die Türkei die Dardanellen für die Entente sperrte und dadurch deren Verkehr mit Rußland auf dem kürzesten Wege verhinderte.

Aus dem Beitritt Bulgariens ergab sich im Herbst 1915 für die Weiterführung der Kriegshandlung der Angriff auf Serbien. Auch er zeugt, da im Westen zu jener Zeit von der Entente um die Kriegsentscheidung schwer gerungen wurde, von hoher männlicher Entschlossenheit. Seine Leiter werden mit Recht die Anschauung gewahrt wissen wollen, ihn in dem Geist des Grafen v. Schlieffen erdacht und geführt zu haben.

Der Angriff war von annähernd vollem Erfolge gekrönt. Die Lage auf dem Balkan war entspannt, auch wenn der Angriff nicht bis Saloniki durchgeführt wurde.

Der Angriff auf Rußland 1915 war für die zweite O. H. L. die Lösung einer sich schwierig gestaltenden Kriegslage gewesen. Der Angriff auf Serbien war die Folgerung aus dem Bündnis mit Bul-

garien und der Lage auf dem Balkan. Es war nun die Frage, ob die Zweite O. H. L. sich zu einem großen freien Entschluß durchringen würde, der selbstverständlich, wie jede Tat im Kriege, auch zwangsläufig entstand.

Dem Angriff auf Serbien mußte die Auseinandersetzung mit Rumänien folgen. Politik und Kriegführung haben aber die schwere Verantwortung hierfür gescheut. Es war allerdings ein außerordentlicher Entschluß, Rumänien unter Umständen auf die Seite der Entente zu drängen. Jedenfalls mußten sich die Mittelmächte Rumäniens versichern, um sich vor Überraschungen zu bewahren, die im August 1916 in größter Folgerichtigkeit eintraten. Oder erhoffte die deutsche O. H. L. doch noch im stillen einen baldigen Sieg an der Westfront? Das stimmte wieder nicht mit der Ermattungsstrategie überein, die sie seit Februar 1916 ganz ausgesprochen führte. Sie machte gerade einen langen Krieg wahrscheinlich und damit auch ein Bündnis Rumäniens mit der Entente. Hierfür bürgte deren überlegene Politik und zielbewußte Anwendung von Bestechungsmitteln. Bei der Haltung der deutschen Politik und Kriegführung Rumänien gegenüber hat ausschlaggebend die Sorge mitgesprochen, sich nicht die Lieferung von Getreide und Betriebsstoffen zu versperren, die im Jahre 1916 ergiebiger werden sollte. Endlich lastete auf der Politik der nur von ihr geschaffene, aber tatsächlich nicht vorhandene Begriff des „Unrechts an Belgien" und ihr Unvermögen, den Druck auf Rumänien vor der Welt zu rechtfertigen. So rächte sich die Schuld früherer Unfähigkeit.

An die Auseinandersetzung mit Rumänien mußte sich ein Angriff auf Rußland anschließen, um fortzusetzen, was 1915 begonnen war. Statt dessen ließen die deutsche O. H. L. und das k. u. k. Oberkommando, wohl in Überschätzung der Erfolge gegenüber Rußland, das Zarenreich neue Kräfte sammeln, während sie gleichzeitig unsere und die österreichisch-ungarische Ostfront lockerten, um im Februar 1916 vor Verdun und im Mai gegen Italien verschiedene strategische Ziele zu verfolgen.

Immerhin konnte der Angriff auf Verdun mit stärkeren

Kräften — das war möglich — einen sehr erheblichen örtlichen und bedeutenden politischen Erfolg haben. Er konnte zu einem großen taktischen Sieg führen, wenn man sich dieses große Ziel gesteckt und planmäßig verfolgt hätte. Wir wissen es jetzt aus den Veröffentlichungen des Feindes. Die Ermattungsstrategie glaubte ihre Bestimmung erfüllt zu haben, wenn es ihr gelänge, dem Feinde unablässig Verluste beizubringen, die auf die Dauer teurer waren als die eigenen, eine Absicht, die doch wohl von jeder guten Strategie, nicht bloß von der Ermattungsstrategie verfolgt werden wird*); ob das vor Verdun mit Glück geschah, steht noch nicht einwandfrei fest. Nach allen Kriegserfahrungen läßt sich jedenfalls sagen, daß auch bei Verdun das Verhältnis unserer Verluste zu denen des Feindes im Falle des großen taktischen Sieges günstiger gewesen wäre, als es tatsächlich der Fall war. Diese Verluste konnten eine erhebliche Besserung unserer Gesamtlage im Westen bringen; so werteten sie sich nicht aus.

Verdun galt eine Zeitlang als vorbildliches Muster der Ermattungsstrategie, der Strategie „kühler Berechnung und weiser Mäßigung", die Frankreichs Kräfte zum „Verbluten" bringen sollte. Jetzt wird Verdun als eine „Überspannung" der Ermattungsstrategie angesehen. Das ist ein erfreulicher Schritt zur Einsicht. Den Truppen, die vor Verdun gekämpft haben, steht auch das Recht zu, gehört zu werden. Für sie war Verdun die Hölle. Verdun lag wie ein Alp auf den beteiligten Stäben und der Truppe. Unsere Verluste waren für uns zu schwer. Es kam der seelische Druck hinzu, der durch Verdun das gesamte Westheer belastete. Wir durften eine solche „Zermürbungsschlacht" freiwillig nicht schlagen. Es fehlten Menschenkräfte, Gerät und Munition dazu. Wir mußten die Angriffe abbrechen, als wir sahen, daß Großes nicht mehr zu erreichen war.

Daß durch den Kräfteverbrauch des Feindes bei Verdun sein Angriff an der Somme, der am 1. Juli losbrach, in schmalerer Front

*) Das deutsche Heer hat dank seiner Führung und Ausbildung im Weltkriege an Toten etwa die Hälfte weniger verloren als der Feind, gegen den es kämpfte.

geführt werden mußte, als ursprünglich geplant, ist natürlich. Aber auch so war er noch außerordentlich stark. Seine Abwehr erforderte die äußerste Kraftanspannung der Armeen des Westens. Sie zehrte an der Menschenkraft, den Munitions- und Gerätebeständen in stärkster Weise. Die Anspannung war um so größer, als die O. H. L. sich genötigt gesehen hatte, zahlreiche Divisionen von der Westfront nach dem Osten zu fahren, wo der neu erstarkte Russe an zwei Stellen eingebrochen war.

Der österreichisch-ungarische Angriff aus Tirol nach Venetien, durchaus im Sinne des Grafen v. Schlieffen gedacht, war in der Durchführung verfehlt. Die angesetzten Kräfte waren trotz der Schwächung der Ostfront zu schwach geblieben, um ein großes Ziel zu erreichen.

Das wäre auch der Fall gewesen, wenn der Angriff auf Verdun Anfang März eingestellt worden wäre, und deutsche Divisionen nach genügender Sicherung der Ostfront in Tirol Verwendung gefunden hätten. Der Angriff der k. u. k. Armee war gescheitert, noch bevor der Einbruch der Russen an der Ostfront erfolgt war. Auch österreichisch-ungarische Divisionen mußten jetzt aus der italienischen Front dorthin geschoben werden.

Es zeigte sich deutlich, daß die Operationen gegen Rußland im Jahre 1915 ihr Ziel nicht erreicht hatten. Seine Angriffskraft war nicht dauernd gelähmt. Seine Heere konnten uns so lange schlagen, als sie nicht vernichtend getroffen waren. In dem Verkennen dieses Gedankens liegt der tiefere Grund für den zutage tretenden Mißerfolg der Kriegführung der Zweiten O. H. L. im Jahre 1916.

Hierzu tritt als weitere Ursache der Umstand, daß bei Verdun nicht ein voller taktischer Sieg, sondern ein Verbluten des Feindes, und daß an der italienischen Front eine Feldzugsentscheidung mit ungenügenden Mitteln erstrebt wurde.

Es läßt sich naturgemäß nicht sagen, wie sich der Krieg gestaltet haben würde, wenn der Vierbund im Frühjahr 1916 Rumänien zu einer klaren Stellungnahme gezwungen und darauf die Kriegsentscheidung durch Fortsetzung des Angriffs gegen Rußland gesucht hätte. Dazu fehlen einwandfreie und bestimmte Anhaltspunkte.

Keine Veranlassung liegt aber vor, aus dem Verlauf des Jahres 1916 die Folgerung zu ziehen, daß Ermattungsstrategie oder Strategie mit beschränkten Zielen für uns richtig gewesen wäre. Das Wiederauftreten Rußlands spricht eine beredte Sprache.

Wir waren im Sommer 1916 das erste Mal auf allen Fronten in die Verteidigung zurückgeworfen. Dies führte zum Anschluß Rumäniens an die Alliierten. Das Zahlenverhältnis der beiderseitigen Streitkräfte war dadurch für uns noch ungünstiger geworden. Auch unsere wirtschaftliche Lage hatte sich ungemein verschärft.

Die Politik konnte diesmal mit Recht mit der Gestaltung der Kriegslage unzufrieden sein, wenn sie auch an dieser Lage nicht unbeteiligt war, da sie auf eine Abrechnung mit Rumänien im Frühjahr wohl ernstlich kaum gedrängt haben wird. Rumänien neutral zu halten, besaß sie jetzt bei der Ungunst der Kriegslage nicht mehr die Mittel. Rumänien wollte sich seine Beute, wie 1913 in Bulgarien, in einem leichten Kriegszuge nach Ungarn und in die Dobrudscha hinein holen. Die Entente aber erhoffte von der Waffenhilfe Rumäniens noch im Jahre 1916 den endgültigen Sieg über den Vierbund.

Ich habe im vorstehenden nur die Operationen zu Lande unter der Zweiten O. H. L. kurz erörtert, weil das Heer allein den Krieg geführt hat.

Die Seestreitkräfte lagen im wesentlichen brach. Die Seeschlacht vor dem Skagerrak blieb eine Einzelerscheinung ohne jeden strategischen Zusammenhang und ohne jede Folgerung für die Gesamtkriegführung. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hatte sich damit abgefunden, daß der Reichskanzler auch weiterhin die Kriegführung zur See entscheidend beeinflußte und den uneingeschränkten U-Bootkrieg verhinderte, trotzdem der U-Bootkrieg nach seinen — des Generals v. Falkenhayn — eigenen Worten 1916 ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Kriegführung und unserer Kriegshoffnung war.

Der Kampf gegen den Geist der feindlichen Völker war noch kaum aufgenommen.

Die Zusammenhänge zwischen Heer und Heimat auf allen Gebieten, auch auf wirtschaftlichem, die überall vorliegenden schweren Schäden traten noch nicht so hervor, wie es später der Fall war, als die neue O. H. L. in ihren Anforderungen über die des Generals v. Falkenhayn weit hinausging. Daß das nicht seinen Auffassungen vom Wesen dieses Krieges entsprach, ist bekannt*). Man gewinnt den Eindruck, wenn auch wiederum einzelne Äußerungen dagegen sprechen, als ob General v. Falkenhayn in seinen Anschauungen denen nahe stehe, die ein Nachgeben des Feindes bei hinhaltender Kriegführung für erreichbar hielten. Worauf sich solche Ansichten stützten, ist mir nicht bekannt. Sie entsprachen nicht den politischen Absichten der Feinde und der Wesensart des Weltkrieges als Daseinskampf für uns Deutsche. Wie bei einer Kriegführung mit nur beschränkten Zielen die eingeschlossenen, notleidenden und ihre eigenen Vorräte verzehrenden Völker der Mittelmächte den Krieg länger ertragen sollten als die feindlichen Belagerer, die über mehr Menschen und über die Vorräte der Welt verfügten, ist nicht ersichtlich. Wurde unser Volksgeist in den ersten Kriegsjahren auch noch so hoch eingeschätzt, höher als General v. Falkenhayn es tat, der in den politischen Verhältnissen der Heimat eine Gefahr für die Kriegführung sah, so lag doch kein Grund vor, an den Geist der feindlichen Völker einen ungünstigeren Maßstab anzulegen als an den unsrigen. Waren aber die Vorbedingungen für den Volksgeist auf beiden Seiten gleich, war es nicht mehr möglich, dem Heere, wie durch die Friedensausbildung, eine Erziehung zu geben, die die der feindlichen Heere weit überragte, so mußten mit der Zeit Menschenzahl und Wirtschaftskraft allein entscheidend werden. Diese waren aber beim Feinde unstreitig die günstigeren. Ihm fiel also, wenn wir den Krieg hinhaltend führten, der Sieg zu. Oder glaubte General v. Falkenhayn, doch zu guter Letzt den Krieg mit einer großen Waffenentscheidung zu beenden?

Ich lasse das dahingestellt.

---

*) Auf die Kriegführung der Zweiten O. H. L. komme ich in den Abschnitten VI und VII zurück.

Die Zweite O. H. L. hielt jedenfalls den Reichskanzler nicht an, dem Kriege mit allen Mitteln zu dienen. Es war ein schweres Unterlassen, daß dieser nach der Marneschlacht das Volk nicht über den ganzen gewaltigen Ernst seiner Lage aufklärte. Ob General v. Falkenhayn hierauf gedrungen hat, entzieht sich meiner Kenntnis.

In dem Kriege sah auch General v. Falkenhayn die äußere Politik mit anderen Mitteln. In seiner Einschätzung des Erfolges über Rußland im Sommerangriff 1915 schlug er der Politik vor, die Verständigung mit Rußland zu erstreben. Daß diese nicht erreicht wurde, war bei der Auffassung über den Krieg, die bei den Gegnern herrschte und deren Schwächung in Rußland durch den Hinzutritt Italiens ausgeglichen war, nicht weiter verwunderlich. Es ist erstaunlich, daß man die Wirkung der Erfolge des Sommers 1915 anders einschätzte. Das aber liegt wiederum in der anscheinend vorherrschenden Auffassung vom Kriege begründet.

V.

Wesen und Gestalt des Krieges beim Amtsantritt der Dritten Obersten Heeresleitung*).

Der Krieg 1870/71 und der Weltkrieg. — Kriegsmaschinen und Technik im Heere. — Abhängigkeit des Heeres von der Heimat. — Heer und Volk. — Volksgeist. — Arthur Dix über den neuzeitlichen Krieg. — Wiedergabe einer entsprechenden Betrachtung aus: „Meinen Kriegserinnerungen". — Aufgabe des Reichskanzlers und der O. H. L. — Propagandafeldzug gegen den Geist der feindlichen Völker. — Politik und Kriegführung. — Friedensfrage. — Verhalten des Reichskanzlers bei Lösung seiner Aufgabe. — Stellung der O. H. L. — Die politische Abteilung. — Militärattachés und Militärbevollmächtigte.

Am 29. August 1916 trat die neue O. H. L. ihr Amt an; bereits vorher hatte der Krieg sein wahres Gesicht, als der wahrhaftige Krieg, enthüllt. Es waren allerdings hieraus bisher noch nicht die einzig möglichen Schlußfolgerungen gezogen worden.

1870/71 konnte die Politik zur Kriegführung sagen: „Gewinne du den Krieg, das andere ist meine Sache." Die Verhältnisse des Weltkrieges waren über alles hinausgewachsen, was Kriege je gezeitigt hatten.

---

*) Chef des Generalstabes des Feldheeres Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Ich wurde Erster Generalquartiermeister mit voller Mitverantwortung. Das war eine Vielheit, die sich bei den gegebenen Verhältnissen nicht vermeiden ließ. Wie der Generalfeldmarschall und ich zusammen gearbeitet haben, geht aus dem Buche des Generalfeldmarschalls „Aus meinem Leben" und aus meinen „Kriegserinnerungen" hervor. Das Verhältnis zwischen uns war wie das Verhältnis zwischen Oberbefehlshaber und Chef des Generalstabes, das sich in der preußisch-deutschen Armee allmählich herausgearbeitet und auch bei der 8. und 9. Armee und bei dem Oberbefehlshaber Ost wohl bewährt hat. Der Generalfeldmarschall war aber als Chef des Generalstabes des Feldheeres, entsprechend der preußischen Überlieferung, nicht Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitmacht. Wäre er es gewesen, so wäre auch meine Stellung — dann als sein Chef des Generalstabes — klarer gezeichnet gewesen.

An der Front waren neben dem Massenaufgebot von Soldaten, neben ihren kriegerischen Tugenden, die leblosen Kriegsmaschinen mit ihrem ungeheuren Munitionsbedarf und die Technik scharf hervorgetreten. Sie erst ermöglichte die Leitung, Verwendung und Erhaltung dieses gewaltigen Heeres.

Das Heer brauchte nicht nur wie in früheren Zeiten Ersatz, und diesen in immer steigendem Maße: es brauchte im Vergleich gegen früher ungeheure Verpflegungsmengen und außerordentliche Kriegsausrüstung. Dazu waren Rohstoffe in immer größerem Umfange nötig, die im wesentlichen die Heimat selbst und die anderen Mächte des Vierbundes aufzubringen hatten.

Das Heer war in starke Abhängigkeit von Verpflegungsmitteln und namentlich von Kohle und Eisen geraten und, um diese und aus ihnen Kriegsgerät zu erhalten, auch in Abhängigkeit von der Arbeitsleistung der Heimat auf allen wirtschaftlichen Gebieten. Die Kraft der Truppen an der Front hing unmittelbar von den Leistungen der Arbeitermassen der Heimat und den Beständen an Rohstoffen ab. Das Heer brauchte auch schließlich Arbeitskräfte hinter der Front. Sie waren dort einzusetzen, um das Leben des Heeres zu erhalten und neue Stellungen zu schaffen. Das Heer war auf die Heimat angewiesen wie nie zuvor ein Heer.

Auch das Volk daheim wollte leben; es brauchte ebenso Verpflegung und Rohstoffe aller Art wie das Heer selbst.

Um Heer und Volk am Leben zu erhalten, beide miteinander zu verbinden und die Fortsetzung des Krieges zu ermöglichen, war wie der Kreislauf in den Schlag- und Blutadern ein umfangreiches Verkehrsnetz immer vielgestaltiger auszubauen und zu erhalten.

So griffen Heer und Volk und Wirtschaftsleben auf das engste ineinander. Die durch die feindliche Blockade erzeugte Not zog die Zusammenhänge noch enger. Der Vierbund glich einer eng eingeschlossenen gewaltigen Festung.

Von wohl noch größerer Bedeutung für den Kriegsausgang, als die Arbeitsleistung der Heimat auf wirtschaftlichem Gebiet, war der Geist des Volkes geworden. Die kriegerischen Tugenden, die

das Heer zum Siege auf dem Schlachtfelde befähigen sollten, mußten immer schärfer von ihm beeinflußt werden, anderseits der Volksgeist vom Heere. Der persönliche und geistige Verkehr zwischen Heimat und Front fand in beiden Richtungen ununterbrochen statt.

Auch die Arbeitsleistung daheim war abhängig vom Volksgeist und dieser wieder von den wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Heimat und von den Einflüssen seelischer Art, unter denen das Volk stand. Die Wirkung der feindlichen Propaganda, die als neuestes Kriegsmittel vollwertig neben die bisher üblichen kriegerischen Waffen trat, war bereits fühlbar. Wenige nur, und darunter die O. H. L., hatten erkannt, daß der Sieg nicht allein durch das Heer, sondern weit mehr noch durch den Volksgeist zu erringen war, da der Krieg ein Volkskrieg, ein Krieg des ganzen Volkes im wahrsten und uneingeschränkten Sinne des Wortes geworden war. Nach den Anschauungen, die General Foch nach dem Kriege ausgesprochen hat, müßte man annehmen, das sei eine nachträgliche Weisheit. Dem ist nicht so. Wie Foch in seinem französischen Denken dem Generalfeldmarschall Graf v. Moltke und seiner Strategie 1866 und 1870/71 nicht gerecht wird, so versucht er sich auch nicht in die Lage der deutschen O. H. L. in ihrem Verhältnis zur Politik hineinzudenken, — für den feindlichen, von der Politik gestützten Oberbefehlshaber gewiß eine kaum lösbare Aufgabe.

Arthur Dix schreibt mit Recht in seinem Buche:

„Im Zweikampf mögen Mut und Festigkeit, Geschick und gute Waffe entscheiden. Auch beim Zusammenprall von Reiterhaufen bestimmen lediglich die soldatischen Tugenden und die Güte des Kriegsmaterials den Ausgang. Wenn aber Millionenheere gegeneinander stehen im heißen Ringen durch lange Monate, dann haben noch unendlich viel andere Faktoren mitzusprechen. Dann ist der Kampf nicht nur sozusagen eine Privatangelegenheit der Soldaten, sondern er zieht die ganzen Völker bis zum letzten ihrer Bürger in Mitleidenschaft."

Und:

„Die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse daheim im vom Kriege unmittelbar gar nicht berührten Lande übt in ihm Rückwirkungen aus auf die Kämpfenden draußen in den Schützengräben und auf die Regierenden in den Hauptquartieren."

In meinen Kriegserinnerungen versuche ich folgendes Bild von dem Wesen des Weltkrieges zu geben*):

„Die Heere und Marinen bekämpften einander so, wie sie es früher taten, mochten Streitkräfte und Kriegsmittel auch gewaltiger sein als je zuvor. Anders aber als in den letzten Kriegen standen die Völker mit ihrer ganzen Kraft dicht aufgeschlossen hinter ihrer Wehrmacht und durchdrangen sie. Nur Frankreich gab 1870/71 schon ein ähnliches Bild.

„Wo die Kraft des Heeres und der Marine begann, die des Volkes aufhörte, war in dem jetzigen Kriege nicht mehr zu unterscheiden. Wehrmacht und Volk waren eins. Die Welt sah den Volkskrieg im buchstäblichen Sinne des Wortes. In dieser versammelten Kraft standen die mächtigen Staaten der Erde gegeneinander. Zum Kampf gegen die feindlichen Streitkräfte auf gewaltigen Fronten und weiten Meeren gesellte sich das Ringen gegen die Psyche und die Lebenskraft der feindlichen Völker mit dem Zweck, sie zu zersetzen und zu lähmen. . . .

„Dieser Welt- und Volkskrieg verlangte Ungeheures von uns Deutschen, auf denen er mit seiner ganzen drückenden Schwere lag. Jeder einzelne mußte das Letzte hergeben, wenn wir ihn gewinnen wollten. Wir mußten in des Wortes wahrer Bedeutung bis zum letzten Bluts- und Schweißtropfen kämpfen und arbeiten und dabei kampfwillig und, mehr noch, siegfreudig bleiben: eine schwere, aber zwingende Anforderung trotz der Not des Lebens, die der Feind uns bereitete, trotz des Ansturms der feindlichen Propaganda, die äußerlich so unmerklich, aber doch von so urgewaltiger Stärke war.

„Heer und Marine wurzeln im Vaterland, wie die Eiche im deutschen Boden. Sie leben von der Heimat und schöpfen aus ihr die Kraft. Sie können erhalten, aber nicht erzeugen, was sie bedürfen, und nur mit dem kämpfen, was ihnen die Heimat an seelischen, materiellen und physischen Kräften gibt. Diese befähigen Heer und Marine, zu siegen, zu treuer Hingabe und zu selbstlosem Opfermut im täglichen Kampf und in dem Ungemach des Krieges und konnten allein Deutschland den Enderfolg sichern. Mit ihnen führte das Vaterland diesen Titanenkampf gegen die Welt, wenn auch die Bundesgenossen halfen und die besetzten Gebiete ausgenutzt wurden, soweit dies den Gesetzen des Landkrieges entsprach.

„Heer und Marine mußten demnach von der Heimat immer von neuem geistige Spannkraft, Menschen und Kriegsgerät erhalten und sich aus ihr stets wieder verjüngen.

„Der Seelenzustand und der Kriegswille daheim waren zu festigen; wehe uns, wenn sie Schaden litten! Je länger der Krieg dauerte, desto größer wurden hierfür die Gefahren, desto mehr gab es zu überwinden, desto zwingender wurde gleichzeitig das Verlangen des Heeres und der Marine nach seelischer und sittlicher Stärkung.

---

*) Ich weiche hier und an anderen Stellen bewußt von der schriftstellerischen Gepflogenheit ab, die eine wörtliche Wiedergabe aus eigenen Veröffentlichungen nicht gutheißt.

„Die personellen und materiellen Kräfte des Vaterlandes waren für die Kriegführung bis zum äußersten zu entfesseln und sicherzustellen.

„Das waren gewaltige Aufgaben für die Heimat. Sie war nicht nur das Fundament, auf dem unsere stolze Wehrkraft ruhte, und das keine Risse erhalten durfte, sie war der kraftspendende Quell, der silberklar und rein und doch machtvoll erhalten werden mußte, damit er die Nerven des Heeres und der Marine stählen und ihre Kräfte immer wieder erneuern konnte. Das Volk bedurfte der inneren Stärke, die es allein zur dauernden Kraftabgabe an Heer und Marine befähigte. Volks- und Wehrmachtskraft griffen so innig ineinander über, daß sie gar nicht zu trennen waren. Die Kriegsfähigkeit der Streitkräfte am Feinde hing unmittelbar von der Kriegsfähigkeit des Volkes daheim ab. Es entstand ein Arbeiten und Leben für den Krieg in der Heimat, wie es kaum je zuvor der Fall war."

Diese tiefe Abhängigkeit der Kriegführung von der Heimat und namentlich von deren Geist und allen wirtschaftlichen Fragen muß im Auge behalten werden, wenn man zu einer richtigen Einschätzung von Politik und Kriegführung und Kriegführung und Politik im Weltkriege, auch im Vergleich zu den Kriegen des Zeitalters Kaiser Wilhelms I., kommen will.

Der Reichskanzler hatte die Aufgabe und die Pflicht, die geeinte Kraft des deutschen Volkes der Kriegführung zum Siege auf dem Schlachtfelde immer wieder zuzuführen. Die Kriegführung mußte der Politik, d. h. dem Reichskanzler, mitteilen, was sie zur Erringung des Sieges brauchte. Die Politik wurde Gehilfin der Kriegführung, nicht nur wie bisher im Bereitstellen der Truppen im Frieden, sondern man kann sagen, auf fachtechnischem Gebiet. Arbeiten und Handeln der Regierung gewannen eine ebensolche kriegsentscheidende Bedeutung wie das Arbeiten und Handeln der O. H. L. Die Kraft der Kriegführung ruhte in der Heimat; nur die Kraftäußerung lag an der feindlichen Front. So war es allerdings schon für jeden Klarsehenden im Frieden gewesen. Jetzt hatten es die Tatsachen in einer so gewaltigen Sprache verkündet, daß auch Taube sie hätten hören müssen.

In gleich engem Zusammenhange standen die Dinge, wenn Politik und Kriegführung Angelegenheiten, die die besetzten Gebiete betrafen, gemeinsam zu regeln hatten, mit den Bundesgenossen verhandelten oder Fragen erörterten, die Neutrale berührten.

Auch die Verhandlungen mit dem Feinde über Kriegsgefan-

gene, die vom Kriegsministerium, also einer politischen Behörde, geführt wurden, berührten das Gebiet der Kriegführung unmittelbar.

Noch auf einem besonderen Gebiete bedurfte die Kriegführung der unmittelbaren kriegerischen Mitarbeit der Politik, nämlich bei der Kriegführung gegen den Geist der feindlichen Völker durch die Propaganda. Dieses Kriegsmittel führte der Feind mit größter Treffsicherheit. Sein Gebrauch bei uns fiel selbstverständlich dem Reichskanzler zu. Er erhielt dadurch ein ihm leider neues, aber ungemein bedeutungsvolles, kriegsentscheidendes Arbeitsgebiet: es bedeutete nicht mehr und nicht weniger als eine Kriegshandlung zum Brechen des feindlichen Willens, eine Aufgabe, die um so größer wurde, je schwerer das Ringen an der Front war.

Die Zeit war vorüber, in der die Politik der Kriegführung sagen konnte: „Gewinne du den Krieg, das andere ist meine Sache", als Kriegführung und Politik noch je eine Staatshandlung war, der die andere untätig zusehen durfte. Kriegführung und Politik waren eins geworden. Es konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Gesamtpolitik des Staates dem Kriege zu dienen und dessen Anforderungen zu erfüllen habe. Ich sage, dem „Kriege" und nicht der „Kriegführung", weil ich nicht der Ansicht bin, der Reichskanzler habe sich der militärischen Kriegführung unterstellen sollen. Diese war nur ein Teil der Gesamtkriegführung geworden, gewiß immer noch ein sehr wesentlicher geblieben.

Das Wesen des Krieges verlangte nicht nur, daß „eine gewisse Einsicht in das Kriegswesen der Führung des politischen Verkehrs nicht fehlen solle", sondern der Reichskanzler mußte von solchen Anschauungen über den Krieg beseelt sein, daß er sich selbst an die Spitze der Gesamtkriegführung stellte und sie der Politik als übergeordnet ansah. Nur in der Erreichung des Friedens durfte die äußere Politik besondere, der Kriegführung in gewissem Umfange übergeordnete Wege gehen.

Die Friedensfrage sah die O. H. L. als eine Angelegenheit der Politik an. Sie stand damit auf dem Boden von Clausewitz. Sie hatte aber, ohne einen Friedensschluß zu gefährden oder den Krieg

zu verlängern, darauf zu achten, daß die Friedenspolitik des Reichskanzlers der Kriegführung nichts schadete, und auf eine Grenzgestaltung hinzuwirken, die auf Grund der Kriegserfahrungen die erfolgreiche Durchführung eines neuen Krieges unter militärisch und wirtschaftlich günstigen Verhältnissen gestattete. Bei Friedensschlüssen vor Beendigung der Gesamtkriegshandlung kam noch hinzu, daß der Kriegführung aus den Verhandlungen oder den Bedingungen keine unmittelbaren Nachteile erwachsen durften.

Der Reichskanzler konnte die große Aufgabe, die das Schicksal ihm auferlegte, nicht verstehen, noch viel weniger vermochte er, zu Taten zu schreiten, von denen allein das Weiterleben unseres Volkes als Großmacht in einem selbständigen Staatswesen abhing. Dies Unvermögen ist um so weniger zu begreifen, als der Reichskanzler an dem Ernst der Lage nicht zweifelte. Das aber lähmte ihn, statt anzuspornen.

Demgegenüber mußte die O. H. L., in Erkenntnis des Machtwillens der Feinde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung und zum Handeln entschlossen, an dem für die Kriegführung Notwendigen festhalten und auf dessen Erfüllung dringen. Auch scheinbar Unwesentliches wurde wichtig, wenn es um das Leben des deutschen Volkes ging. Nur deshalb hatte alles für sie Bedeutung.

Bei der grundlegenden Verschiedenheit der Auffassung vom Kriege und von den Kriegsbedürfnissen in dem Denken des Reichskanzlers und der O. H. L. mußte es zu Reibungen kommen. Die O. H. L. war so von dem Kriegsgedanken erfüllt, daß sie gar nicht verstehen konnte, wenn es nun bald und immer wieder hieß, sie „treibe Politik"*). Sie tat auch jetzt allein das, was die Krieg-

*) Die „Vossische Zeitung" schrieb am 8. April 1918: „Die politische Reichsleitung, die nicht hoffen durfte, für irgendeines ihrer meist schwächlichen Ziele Mehrheiten im Volk zu finden, berief sich in immer verstärkterem Maße bei allem, was sie tat und vorschlug, auf die Heerführer. Und während sie öffentlich und amtlich bei jeder Gelegenheit die Gemeinschaft mit der O. H. L. hervorhob, gingen ihre Anhänger im Lande mit der Klage hausieren, daß die Generale sich in die Politik mischten. Ohne Mut, auch für Mißerfolge einzustehen, zuckte bis in die letzten Tage der Ära Bethmann jeder angegriffene beamtete Politiker mit einem vielsagenden Augenaufschlag die Achseln: ›Ja, die Oberste Heeresleitung!‹"

Ebendort heißt es: „In diesem Kriege ..... war die politische Reichs-

führung erforderte. Leider ist sie hierin nicht dauernd folgerichtig verfahren und hat, überzeugt von der Ergebnislosigkeit weiterer Kämpfe und in der Haffnung, trotzdem den Sieg zu erringen, sich mit dem abgefunden, was der Reichskanzler gab. Das war ein Vergehen gegen Wesen und Gestalt des Krieges.

In ihrer Gesamtheit waren die Aufgaben der Kriegführung im Vergleich zu denen der früheren Kriege erweitert, nicht nur im Verhältnis zur Politik, sondern auch gegenüber dem Heere selbst. An die O. H. L. wurden Anforderungen auf Gebieten gestellt, die ihr bisher fern lagen.

Die Behauptung, die O. H. L. habe in der politischen Abteilung eine Einrichtung getroffen, um selbständige Politik zu treiben, bleibt unrichtig, auch wenn sie noch so oft wiederholt wird. Die O. H. L. hat sich mit allen ihren Forderungen nur an die zuständigen Reichsbehörden gewandt.

Die Ansicht, daß die O. H. L. in den Militärattachés eigene politische Dienststellen besessen habe, ist ebenso falsch. Die Militärattachés waren zur unentbehrlichen militärischen Berichterstattung da und haben auf diesem Gebiet unmittelbar der O. H. L. gemeldet unter Einreichung einer Abschrift an den vorgesetzten Gesandten. Sie hatten auch bei den Gesandtschaften den militärischen Aufklärungsdienst in dem betreffenden neutralen Lande zu versehen, und zwar

---

leitung bar jeder Willenskraft, und die Tatkraft stand vollkommen auf der Seite der militärischen Führung. . . . Aber die Schwäche der politischen Führung belastete schließlich das Militär gewaltsam mit politischer Verantwortung."

Die „Vossische Zeitung" gibt die Zustände richtig wieder. Daß sie die Wesensart des Weltkrieges verkennt und nicht versteht, daß es sich für die O. H. L. bei allen ihren Maßnahmen nur um eine militärische Verantwortung handelte, entspricht der allgemeinen Auffassung hiervon.

Als Graf v. Hertling im Jahre 1917 ablehnte, Nachfolger des Herrn v. Bethmann zu werden, begründete er dies damit, daß die O. H. L. „Politik treibe". Auf eigene Anschauung konnte er solche Ansicht nicht gründen. Sie ist ihm durch den Reichskanzler v. Bethmann oder dessen Anhänger hinterbracht worden, wie ich auch Gelegenheit hatte, festzustellen. Als Graf v. Hertling im November 1917 den Reichskanzlerposten annahm, war ihm vorher versichert worden, daß die O. H. L. sich nicht mehr in Politik einmischen wolle. Selbstverständlich hat die O. H. L. eine solche Zusicherung nie gegeben. Ein solches Ansinnen ist nie an sie gestellt worden.

ausdrücklich als Mitglieder der Gesandtschaft. Bei wirtschaftlichen Beratungen vertraten sie zuweilen die Forderungen der Kriegführung. Sie erkannten großenteils die zwingende Gewalt dieses Krieges, während die Gesandten sich mehr in den Anschauungen der Reichsleitung bewegten. Daß dadurch zuweilen Reibungen entstehen konnten, leuchtet ein. Die Einheitlichkeit des diplomatischen Dienstes nach außen hat aber dadurch nicht gelitten.

Ähnlich war die Stellung der Militärbevollmächtigten bei den verbündeten Heereskommandos. Bei der engen Wechselwirkung von Kriegführung, Politik und Wirtschaft war ihr Arbeitsgebiet umfassend und bot viele Berührungspunkte mit dem Arbeitsgebiet der Diplomatie. Sie haben in Eintracht mit- und nebeneinander gearbeitet. Die Militärbevollmächtigten nahmen im allgemeinen eine besondere Stellung gegenüber den Häuptern der verbündeten Reiche ein und genossen deren Vertrauen. Das kam in besonderem Maße auch der Politik zugute und wurde von ihr mit Recht ausgenutzt.

VI.

A. Innere Politik und Kriegführung bis zur Revolution von oben im Herbst 1918.

Beanspruchung des Ersatzes. — Hinterlassenschaft der Zweiten O. H. L. — Anforderungen der Kriegslage. — Änderung der Taktik. — Beanspruchung des Menschenbestandes der Heimat. — Schonung und Ersatz des Menschen durch Kriegsmaschinen. — Volksgeist. — Haltung des Reichskanzlers. — Die Sozialdemokratie. — Ihre Sorge vor einem deutschen Siege. — Durchhalten. — Hilfsdienstgesetz. — Hindenburgprogramm. — Weiteres Nachgeben des Reichskanzlers vor der Sozialdemokratie. — Demokratie und Zentrum. — Deren Sorge vor einem Siege. — Defaitismus. — Verständigungsfriede. — Stockholm. — Die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917. — Die Unabhängige Sozialdemokratie. — Kampf gegen Krieg und deutschen Sieg. — Versagen des Reichskanzlers, — des Reichstages. — Ohnmacht der rechten Parteien. — Wirtschaftliche Mißstände. — Der Niedergang des Volksgeistes. — Stellungnahme und Handeln der O. H. L. — Erweiterung des Arbeitsbereichs der O. H. L. — Ergebnis. — Wirkung der inneren deutschen Verhältnisse auf den Feind, — auf das Heer. — Stellung des Offiziers, — des Unteroffiziers. — Löhnungsverhältnisse. — Minderung der kriegerischen Tugenden. — Nachlassen der Kampfkraft. — Minderung der Stärken durch Fahnenflucht, Drückebergerei und Abgang an Gefangenen. — Ergebnis.

Jeder Krieg kostet Opfer. Die Länge des Krieges steigert sie. Die ersten großen Kämpfe im Westen und Osten 1914, in denen unsere tapfere Infanterie zu rücksichtslos angriff, waren besonders verlustreich verlaufen. Überaus hohe Abgänge verursachte die Strategie der Zweiten O. H. L. in den Herbstkämpfen 1914 bei Ypern, dem frontalen Nachdrängen 1915 in Polen, dem Ringen vor Verdun 1916 und trotz den Erscheinungen einer veränderten Kampfweise im Westen das Beibehalten unserer taktischen Formen. Allein der Infanterie waren bis November 1914 786 000 Mann Ersatz zugeführt worden, dann bis Ende August 1916, also in der Zeit der „Kriegführung mit beschränkten Zielen" oder der „Ermattungsstrategie", 3 484 000 Mann, mithin bis zur Übernahme des Amtes durch die Dritte O. H. L. 4 270 000 Mann. Wir führten 1916 den Krieg nicht mehr mit den Jahrgängen vom 20. bis zum

45. Lebensjahr, die im Frieden ausgebildet waren und im Kriege zur Verfügung standen, — wir hatten in dem gestellten Ersatz auch die Masse der im Frieden unausgebildet Gebliebenen verbraucht, die Neunzehnjährigen in das Feldheer eingestellt und die Achtzehnjährigen zu den Waffen gerufen. Ein tieferes Hinuntergreifen war nicht mehr möglich. Die Menschenbestände der Heimat mußten immer stärker beansprucht und auch die Männer zum Kriegsdienst herangezogen werden, die nach den bisherigen Grundsätzen hierfür nicht als geeignet galten. Trotzdem erhielt die Infanterie vom 1. September 1916 bis Kriegsende nur noch 2 170 000 Mann Ersatz aus der Heimat.

Die hier angegebenen Zahlen müssen im Gedächtnis behalten werden, wenn „Ermattungsstrategie" mit „Vernichtungsstrategie" verglichen wird.

Mit dem Gedanken, Ermattungsstrategie oder Strategie mit beschränkten Zielen zu treiben, und mit den Anschauungen über das Wesen und die Gestalt des Krieges mag der Wille verbunden gewesen sein, die Kräfte des Volkes trotz großen Anforderungen zur Schonung des Geistes in der Heimat doch nicht so vollständig in den Dienst des Krieges zu stellen, wie es nach der Marneschlacht 1914 unbedingt geboten war. Dies empfand das Heer bitter, ganz abgesehen von dem Nachlassen des Ersatzes, in dem Zurückbleiben des Stellungsausbaues im Westen*) infolge des Fehlens von Arbeitskräften hinter der Front und in einem schweren Munitions- und Materialmangel. Er beeinflußte unsere taktische Lage außerordentlich ungünstig und zog wiederum den Menschenbestand immer verhängnisvoller in Mitleidenschaft. Die feindliche Kampfwirkung, die auf Verwendung großer Munitionsmengen und Waffen aller Art beruhte, fand keine genügende und entsprechende Gegenwirkung. Die bisherige Strategie war in einen Widerspruch mit sich selbst geraten. Sie schonte das Volk, nicht aber die Truppe an der Front, was ihrem Wesen entsprochen haben würde. Die Schonung der

*) Im Osten hatte der Oberbefehlshaber Ost für den Bau rückwärtiger Stellungen gesorgt. In Mazedonien war der Ausbau der rückwärtigen Verbindungen nicht genügend gefördert.

Kräfte am Feinde mußte folgerichtig zu einer hohen Anspannung der Heimat führen. Mittellinien mögen in der Gedankenwelt leicht zu finden sein, nicht aber in der rauhen Wirklichkeit, wo auch der Feind ein gewichtiges Wort spricht. In ihr schlägt eine solche Strategie nur zu leicht in eine Strategie um, die die eigene Kraft ermattet.

Für die neue O. H. L. war das Ergebnis der bisherigen Gesamtkriegführung: eine stark gefährdete Kriegslage mit ungenügendem Stellungsbau namentlich im Westen; der Nichteinsatz eines Teiles der deutschen Streitmacht, der schwimmenden Streitmittel, in den Lebenskampf des Volkes; die Rückständigkeit des Kampfes gegen den Geist der feindlichen Völker; endlich, worauf es hier ankommt, eine überaus starke Beanspruchung der Truppe, Menschen-, Munitions- und Kriegsgerätmangel und eine verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme der Heimat durch Arbeit für den Krieg, obschon auch sie naturgemäß schwer durch ihn litt. Das Wirtschaftsleben war schwer krank, die Not groß und der Volksgeist ins Wanken geraten.

Die Kriegführung stand am 29. August 1916 nicht vor der Wahl, „Ermattungsstrategie", „Vernichtungsstrategie" oder sonst eine irgendwie bestimmte „Strategie" zu treiben oder nach Belieben kleinere oder größere Anforderungen an das Volk zu stellen. Der Feind und die Rücksicht auf die eigene Wirtschaftslage allein bestimmte zwangsläufig die Strategie, die sie zu treiben hatte, und die auch weiterhin für die neuen Männer nichts anderes als ein System der Aushilfen war. Der Feind bestimmte auch das Maß der Anforderungen, die die neue O. H. L. dem Lande aufzuerlegen hatte, wenn sie es vor den Zerstörungen des Krieges bewahren und ihm an der Front den Sieg erringen sollte.

Nicht die O. H. L., sondern die Feinde stellten an das deutsche Volk wie schon vor dem Kriege, ja wie in jedem Augenblick seines Daseins, nun nochmals eindringlich und für lange Zeit hinaus die Schicksalsforderung, endlich alle Kraft zusammenzufassen, um unter Aufbietung aller Mittel des Staates und des einzelnen, des Leibes und der Seele in verzweiflungsvollem Ringen seine Ehre und sein

Leben zu verteidigen und sich eine gesicherte Zukunft zu schaffen. Konnte oder wollte es diese Höchstleistung nicht aufbringen, so mußte es gewärtig sein, im Zusammenbruch, sei es an der Front, sei es in der Heimat, in schmachvollem Frieden auf Gnade und Ungnade in die Gewalt der Feinde zu kommen. Anderes gab es nicht.

Nicht die O. H. L., sondern der Feind und der Daseinskampf des deutschen Volkes stellte die Regierung vor die Frage, ob sie imstande und willens sei, nun endlich die Kräfte des deutschen Volkes zu kriegerischer Arbeit zusammenzufassen, auf den Sieggedanken einzustellen und mit der O. H. L. gemeinsam den Sieg zu erringen, oder ob sie, in Schwäche, Weltfremdheit und pazifistischem, später auch defaitistischem Denken befangen, das deutsche Volk in den Untergang taumeln lassen wolle*).

Auf dem eigensten Gebiet der Kriegführung, der Strategie und Taktik, tat die O. H. L. das Erforderliche, um die Verluste zu mildern.

In der Taktik lockerte sie die Form, um so die Menschenverluste zu verringern und die Anspannung der Truppe zu vermindern. Die Erfahrungen bei Verdun und an der Somme verlangten mit der Gewalt von Naturkräften den Übergang zu einer weniger starren Führung des Kampfes. Die O. H. L. war sich bewußt, daß die von ihr angeordnete Änderung der Taktik ein gefährliches Unternehmen zu einem Zeitpunkt wurde, in dem die Ausbildung des Ersatzes und der Truppe minderwertig geworden war und die Straffheit der Mannszucht im Vergleich zu der im Frieden nachgelassen hatte. Gerade diese Erscheinungen hätten zu geschlosseneren Gefechtsformen führen müssen, deren Anwendung aber unter der Gewalt des feindlichen Artilleriefeuers ausgeschlossen war. Schon die bisherigen Formen hatten sich für den Gebrauch als nicht mehr zulässig erwiesen. So blieb gar nichts anderes übrig, als den angedeuteten Weg einzuschlagen. Nur wenn die vorhandenen Kräfte mehr geschont und erhalten wurden als bisher, war eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges denkbar. Die neuen Formen haben die Ver-

*) Auch hier wieder ein Fremdwort für einen undeutschen Begriff: „Defaitistisch“ muß als „Niederlage fördernd“ gelesen werden.

luste gemindert, uns das Jahr 1917 überstehen lassen und dem Endsieg nahegebracht.

Um die Nachteile der neuen Taktik, aber auch die zahlenmäßige Unterlegenheit auszugleichen, mußten, wie es auch nach Möglichkeit geschah, Ausbildung und Mannszucht und, zu ihnen in engster Beziehung stehend, auch der Volksgeist gehoben werden. Gewiß ist, daß mit dem Nachlassen des Volksgeistes und der militärischen Zucht die unvermeidlichen Gefahren der neuen Taktik scharf hervortraten. Sie gaben später sogar zu einer nochmaligen Änderung der Taktik Veranlassung; sie war dadurch möglich geworden, daß auch der Feind seine Taktik geändert hatte. Er überschüttete unsere Linien nicht mehr wie bei Verdun, an der Somme, bei Arras, an der Aisne, in der Champagne und in Flandern tagelang mit stärkstem Artilleriefeuer, sondern brach nach ganz kurzem, wenn auch überaus gesteigertem Artilleriekampf mit Infanterie und Tanks zum Sturme vor. Unsere Linien konnten jetzt wieder geschlossener werden.

Daß überhaupt jede Änderung der Taktik, zumal im Drange der Not, erhebliche Schwierigkeiten für Führung und Truppe verursacht, muß der ältere Berufsoffizier einzuschätzen wissen. Er braucht nur an die Anforderungen zu denken, die jede Änderung der Taktik schon im Frieden an die Armee gestellt hat. Auch die Taktik stellt ein System der Aushilfen dar.

Um aus der Heimat für das Heer das zu erlangen, was die Kriegslage erforderte, trat die O. H. L. unmittelbar nach ihrem Amtsantritt als Vertreterin der Kriegführung mit Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers an den Reichskanzler als den Vertreter der Politik mit dem Ersuchen um mehr Menschen und mehr Kriegsgerät heran.

Die O. H. L. brauchte zur Entlastung des Heeres, zum Brechen des feindlichen Kriegswillens, der durch den Hinzutritt Rumäniens auf die Seite unserer Feinde neuen Antrieb erhalten hatte, und zum Ausgleich der zahlenmäßigen Verstärkung des Feindes durch Rumänien in besonders hohem Maße Ersatz. Eine weitgehende Vermehrung der Arbeitskräfte zum Ausbau alter und neuer Stellungen und namentlich zur gesteigerten Herstellung von

Kriegsgerät aller Art war nötig. Das setzte wiederum Vermehrung der Arbeitskräfte in vielen Großgewerben voraus, namentlich zur Kohlenförderung, die sehr stark zurückgegangen war. Es ist selbstverständlich, daß sich die O. H. L. bemühte, auch in ihrem Bereich Ersatz zu gewinnen; so stellte sie Garnisondienstpflichtige und Hilfsdienstpflichtige im weitesten Umfange überall da ein, wo es irgend zulässig war. Auch Frauen wurden in der Etappe, ja auch in der Truppe an Stelle von Männern verwendet.

Munition und Kriegsgerät wurden mehr als bisher gebraucht, nicht allein zur Gegenwirkung gegen die feindlichen Anstrengungen. Die Maschine mußte bei uns, soweit es überhaupt nur denkbar war, neben den Menschen treten. Sie hatte die kostbare Kraft des einzelnen Menschenlebens zu schonen, die Gesamtlast des Kampfes zu erleichtern, ja geradezu einen Ausgleich zu schaffen für den Mangel an Ersatz. Die Bedeutung des Menschen für die Kriegführung änderte sich dadurch nicht. In ihm und in seinen kriegerischen Tugenden lag nach wie vor die Entscheidung des Kampfes.

Das Sinken des Volksgeistes trat für die O. H. L. schärfer und sichtbarer erst zutage, nachdem sie mit den Verhältnissen der Heimat enger in Berührung gekommen war. Namentlich machten die Vorgänge bei Beratung des Hilfsdienstgesetzes und der Einblick, den sie sich nun pflichtmäßig selbst verschaffte, einen tiefen Eindruck auf sie. Es war natürlich, daß die Begeisterung des Herbstes 1914 nicht anhalten konnte, aber es war von ungemein schwerwiegender Bedeutung, daß jetzt Parteiführer des Reichstages Selbstsuchtspolitik auf Kosten des Staates trieben und daß die Masse des Volkes in ihrer Haltung schwankend geworden war und nicht mehr sieghoffend hinter den Männern stand, die klaren, machtpolitischen Willen besaßen und erkannt hatten, daß Deutschland in einem Daseinskampf stand.

Stahlharter Kriegs- und Siegeswille, Selbstvertrauen, Entsagungskraft und Einmütigkeit waren nötig, um die ungeheure Anspannung in der Heimat zu tragen, die der Weltkrieg uns auferlegte, und die kriegerischen Tugenden des Heeres zu erhalten. Jede Last mußte um so drückender wirken, die Kräfte von Volk und Heer

um so eher übersteigen, je mehr der Geist sank und je weniger die Notwendigkeiten des Geforderten erkannt wurden. Sie wurde um so leichter ertragen, je besser der Volksgeist war und je überzeugter Volk und Heer davon waren, daß es um das Leben des deutschen Volkes ging und daß alle Anforderungen nur den Zweck hatten, ihm das Leben zu erhalten.

Die O. H. L. erweiterte ihr Ersuchen an den Reichskanzler durch Anträge, den Reichstag über die Lage aufzuklären und den Volksgeist zu festigen.

Für sie war die Erfüllung ihrer Forderungen durch die Politik das entscheidende Mittel zur Erhaltung der Kraft und zum Siege in dem von außen aufgedrungenen Lebenskampf.

Mochten die beteiligten politischen Stellen die Berechtigung aller dieser Forderungen einsehen oder nicht, sie kamen, mit Ausnahme der Kriegsministerien, der Kriegführung in keiner Weise entgegen, geschweige denn, daß sie ihre Mitarbeit irgendwie auch nur anboten. Sie ließen sich alles abringen oder versagten sich vollständig.

Maßgebend für den Standpunkt des Reichskanzlers war seine Stellung zu den linken Parteien, namentlich zur Sozialdemokratie, mit der die Demokratie und der linke Zentrumsflügel immer mehr Hand in Hand arbeiteten, das Zentrum nur, soweit es sich um keine religiösen Fragen handelte.

Schlaglichter auf das sozialdemokratische Denken in den ersten Kriegsjahren werfen einige Veröffentlichungen der Partei.

Im Januar 1915 ist das sozialdemokratische Flugblatt erschienen: „Warum wir durchhalten müssen". Nach Wiedergabe von Äußerungen sozialdemokratischer Führer in den feindlichen Ländern, die als Losung die „Vernichtung der deutschen Heere", „den Kampf ohne Gnade" ausgegeben hatten, wird ausgeführt:

„Die Reden von der absoluten Notwendigkeit der Niederzwingung oder Vernichtung der deutschen Barbaren und »Boches« stützen sich auf die verlogenen Berichte der ausländischen Presse über ‚entsetzliche Zustände in Deutschland'. Solche Berichte werden veröffentlicht, um die Hoffnung auf den Sieg immer wieder zu nähren, den Willen zum Kampf bis zur Vernichtung des Feindes

immer wieder zu beleben. Wir hätten in Deutschland, so wird behauptet, nahezu nichts mehr zu essen, da uns England die Zufuhr sperre; wir hätten weder Kupfer, noch mancherlei andere Dinge, die zur Kriegführung unentbehrlich seien.

„Da fehlte in der Tat nichts weiter als eine ... Bekundung unserer Bereitschaft zum Frieden, um die Überzeugung in England und Frankreich felsenfest zu machen: Deutschland kann nicht mehr, es ist am Ende seiner Kraft! Nun noch eine äußerste Kraftanstrengung der Verbündeten, und die deutsche Barbarei ist vernichtet!

„Diese Täuschung jenseits der Grenzen könnte eine wesentliche Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Und viele Tausende unserer Brüder, Söhne und Genossen, die im Felde stehen, müßten ihr Leben dafür opfern. Das will aber niemand bei uns. Deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig: wir müssen durchhalten!

„Das Wort geht vielen gegen den Strich, und mancher deutet's falsch. Durchhalten heißt bei uns nicht, wie es uns aus dem feindlichen Ausland entgegenklingt: »Kampf bis zur Vernichtung des Gegners«. In unserm Sinne heißt es:

Durchhalten, bis das Ziel der Sicherung des Vaterlandes erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind!*)."

Die Schrift: „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen — ein Appell an Denkende", herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand Deutschlands im Frühjahr 1917, spricht sich unter anderem, wie folgt, aus:

„Unsere Darlegungen stellen die wirtschaftlichen Folgen einer deutschen Niederlage in den Mittelpunkt der Frage. Diese Folgen sehen wir in dem Programm der Pariser Wirtschaftskonferenzen umschrieben. Sie begreifen sich in der Vernichtung der deutschen Wirtschaftsmacht. . . .

„Politische Kinder mögen den ideologischen Phrasen lauschen, die von Freiheit der Völker und ähnlichen schönen Dingen zu sagen wissen. Für jeden Sozialisten ist es so klar wie der lichte Tag, daß auch die Kriegsziele in erster Linie ökonomischer Art sind. Je länger der Krieg währt, um so mehr fallen auch hier die letzten Schleier.

„... Es war merkwürdigerweise das englische Regierungsblatt, »Times«, das zuerst der Wahrheit die Ehre gab und schon im November 1914 die Flausen über die Wiederherstellung des Völkerrechts usw. an die Seite schob. Das Blatt setzte ganz nüchtern auseinander, daß es sich in diesem Kriege darum handle, ob Deutschland oder England die ausschlaggebende Wirtschaftsmacht sein solle. Damals mochte diese brutale Ehrlichkeit noch etwas peinlich wirken, in der Folge setzte sie sich auf der ganzen Linie durch.... Zuerst trieb der Gedanke, Deutschland durch diesen Krieg wirtschaftlich abzutun oder doch für lange Zeit aus der Bahn zu werfen, die wunderbarsten Blasen. Die kühnsten und verworrensten Pläne kamen auf — eine Aufteilung Deutschlands bis auf einen kleinen Rest von Spielzeugstaaten

*) Das Flugblatt ist in der auf Seite 57 angeführten Schrift „Einkehr" von Emil Kloth abgedruckt.

und was dgl. Phantasien mehr waren. Es hat hüben und drüben nicht an Leuten gefehlt, die derartiges Zeug ernst genommen wissen wollten. Darüber ist man heute wohl hinweg. Dagegen hat der Gedanke an sich weiter gewirkt und schließlich zu Ergebnissen geführt, die weitab von der Linie harmlosen patriotischen Zeitvertreibs liegen: Man hat die Frage, wie Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich ins Herz zu treffen seien, fachmännisch studiert und ein völliges System des Wirtschaftskrieges entworfen...... Man spricht ..... offen aus, daß der Krieg nur so enden darf, daß künftig ein ernsthafter wirtschaftlicher Wettbewerb Deutschlands ausgeschlossen ist. Um das zu erreichen, soll der Krieg so lange geführt werden, bis sich Deutschland und seine Verbündeten dem von den Wirtschaftskonferenzen aufgestellten Programm der zollpolitischen Knechtung unterwerfen.

„...So sollen Deutschland und seine Verbündeten vom Weltverkehr abgeschlossen und ferngehalten werden. Das bedeutete natürlich für ihre auf die Ausfuhr angewiesenen Industrien zwar nicht die völlige Erdrosselung, aber doch so viel, wie es für einen Menschen bedeuten würde, wenn man ihm die Fußsehnen durchschnitte.

„...Die natürliche Folge wäre ein dauernder Hochstand aller Preise, eine Ausbeutung der Masse des deutschen Volkes durch ausländische Lieferanten und einheimische Nahrungsmittelproduzenten*). Diese Ausbeutung würde den allgemeinen Verarmungsprozeß beschleunigen und verschärfen, der als Folge des Zusammenbruchs der deutschen Großindustrie eintreten müßte.

„Können wir als Volkspartei, als Partei der werktätigen Massen, vor solchen Konsequenzen einer deutschen Niederlage die Augen verschließen?

„Wir lassen die zum Teil höchst albernen Annexionspläne, in denen man zeitweise drüben schwelgte, ganz auf sich beruhen, wir ziehen als wichtigste Folge der deutschen Niederlage nur den Zusammenbruch des deutschen Industrialismus in Betracht und fragen: was würde die Arbeiterschaft von diesem Zusammenbruch fühlen?

„Daß damit eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit verbunden wäre, bedarf ja keines Beweises. Waren, die man nicht mit Gewinn verkaufen kann, stellt man nicht her. Aber man muß dabei daran denken, daß die Verminderung der Arbeitsgelegenheit nicht nur dort einträte, wo man sonst für den Export arbeitete, sondern daß davon auch alle jene Produktionsgebiete betroffen würden, die für den Eigenbedarf der Exportindustrie, ihrer Arbeiter und Angestellten tätig sind. Der Ausfall in diesen Produktionsgebieten würde wieder andere Stellen in Mitleidenschaft ziehen, denn wenn irgendwo, dann gilt für die Wirtschaft eines Volkes: Es hängt Gewicht sich an Gewicht. Alles ist untereinander verbunden, das eine ist abhängig vom anderen. Die Wirtschaft eines Volkes ist auch im kapitalistischen System etwas Gewordenes, wo jedes Glied seine Aufgabe für das Ganze zu erfüllen hat. So würde der Fortfall der Produktion für die Ausfuhr das Ganze der deutschen Volkswirtschaft erschüttern; die Verminderung der Arbeitsgelegenheit würde eine allgemeine Er-

*) Die Hetze gegen die Landwirtschaft ist ein trauriger Bestandteil der sozialdemokratischen Schriften und Reden.

scheinung werden. Überall würden mehr Hände nach Arbeit verlangen, als man brauchen könnte, überall wäre ein Überangebot an Arbeitskräften.

„Schon allein diese Wirkung läßt erkennen, wie töricht die Redensart ist, daß es sich bei diesen Interessen der Volkswirtschaft doch nur um solche des Kapitals handele. Allerdings stehen für das deutsche Großkapital gewaltige Werte auf dem Spiel.... Es ist eine Frage für sich, ob es uns wirklich gleichgültig sein könnte, wenn der aus dem Schweiß der deutschen Arbeiterklasse gemünzte Mehrwert eines Tages tatsächlich eliminiert würde. Aber davon ganz abgesehen: Kapital an sich ist nicht an einen bestimmten Ort gebunden, es kann seinen Arbeitsplan leicht wechseln,... — die Person des Kapitalisten braucht dabei noch nicht einmal den Stuhl zu wechseln, und die Renten lassen sich überall verzehren: die Arbeitskraft aber, die hier überflüssig würde, ist mit ihrem Besitzer untrennbar verbunden, und muß sie in das Ausland, um Erwerb zu finden, so muß auch die Person des Arbeiters mit. Der Unterschied ist der: das Kapital ist sachlich interessiert — der Arbeiter mit seinem allerpersönlichsten Schicksal.....

„Die ökonomische Machtstellung der Arbeiterklasse aber war bei Ausbruch des Krieges und ist noch heute mit der wirtschaftlichen Blüte Deutschlands in Frage gestellt. Welch unwürdige Ignoranz bedeutet es bei dieser Sachlage, die Haltung der Partei zu den Fragen der Kriegspolitik als Umfall, als Übergang zum Nationalismus oder als Preisgabe der Arbeiterinteressen darzustellen!....

„Aber man komme uns nicht mit dem Einwand, es sei ganz und gar ausgeschlossen, daß die Feinde ein solches Ziel erreichen. Deutschland steht mit seinen Verbündeten einsam in der Welt, es steht einer Koalition gegenüber, deren Volkszahl und Kapitalmacht der seinigen mehrfach überlegen ist und die über die Hilfe aller anderen Länder verfügt. Trotzdem glauben auch wir, daß es den Feinden nicht gelingen wird, uns ihre Kriegsziele aufzuzwingen — aber diese Zuversicht steht und fällt mit der Einmütigkeit des deutschen Volkes. Nur dieser Einmütigkeit hat es Deutschland zu danken, daß es sich der Feinde bisher erwehren konnte. Handelten wir so, wie es die Opposition*) verlangt, schlössen wir, die stärkste Massenpartei Deutschlands, uns von dieser Einmütigkeit aus, gäben wir, wie es die Opposition fordert, das Signal zur Störung des einmütigen Verteidigungswillens, dann wäre Deutschlands Schicksal besiegelt. Solange unser Volk in allen seinen Schichten nach außen einig bleibt, halten wir die Gefahren der wirtschaftlichen Erdrosselung in der Tat für ziemlich fern; sobald diese Einigkeit aber verloren geht, steht sie in furchtbarstem Ernste vor uns und hinge nur noch von dem Willen der feindlichen Koalition ab.

„Man kann unsere Haltung nur durch eins ins Unrecht setzen, nämlich durch den Nachweis, daß die feindlichen Regierungen nicht das Kriegsziel haben, Deutschlands Wirtschaftsmacht vernichtend zu treffen, daß sie im Gegenteil bereit seien, einen Frieden zu schließen, der unserem Lande auch nur die gleiche wirtschaftliche Bewegungsfreiheit ließe, die es vor dem Kriege hatte. Wäre dies nachgewiesen — dann, ja dann müßten wir all unseren Einfluß aufbieten, um dem

*) Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Kriege auch gegen den Willen der Regierung ein Ende zu machen! Wer aber nicht die ganze Kriegszeit verschlafen hat, der kann über die Absicht der feindlichen Regierungen nicht mehr im Zweifel sein. Nach dem Hohn, mit dem man von drüben das deutsche Friedensangebot*) beantwortet hat, nach der Veröffentlichung des ganzen Annexionsprogramms**) der Entente, bedarf es keines Wortes mehr darüber. Das deutsche Volk kämpft in der Tat nur um das Recht, seinen 70 Millionen auch künftig im eigenen Lande ausreichende Nahrung bieten zu können. Und diese Millionen sind nicht nur Kommerzienräte, Großindustrielle und Großbauern — ihre Masse bildet das werktätige Volk in Fabrik und Werkstatt, in Gruben, auf dem Bauplatz und auf dem Acker. Um deren Zukunft wird heute ebenso gekämpft, wie um die Gewinne des Großkapitals. Für das Schicksal dieser Massen fühlt die Partei sich mitverantwortlich.

„... Die Zeit ist nahe, die uns in Staat und Gesellschaft mehr Raum und Recht geben, die endlich die Kämpfe einer schon dahingegangenen Proletariergeneration belohnen wird! So standen wir im Juli 1914.

„Da erhoben sich die größten und stärksten Mächte der Erde, um Deutschland politisch zu demütigen, wirtschaftlich hinabzustoßen. Damit stand unser eigenes Werk, stand unsere eigene Zukunft auf dem Spiel. Da trat die deutsche Sozialdemokratie nicht beiseite, um den Dingen ihren Lauf zu lassen, sondern sie stellte sich schützend vor das Land, das ihre eigenen Werke und ihre eigenen Zukunftshoffnungen barg. Sie hatte genug geschichtlichen Sinn und politische Schulung, um zu wissen, daß mit der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands auch der deutsche Sozialismus zusammenbrechen müßte — für sie erhielt die allgemeine Parole: für das bedrohte Vaterland! den besonderen Sinn: für den deutschen Sozialismus!"

Die Auszüge sind in einem solchen Umfange wiedergegeben, um die Gedanken der deutschen Sozialdemokratie in den ersten Kriegsjahren — bis zum Frühjahr 1917 — in dem, was gesagt und nicht gesagt wurde, verstehen zu lassen. Es geht daraus einwandfrei hervor, daß die Führer der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter damals der Ansicht waren, der Krieg werde für den deutschen Arbeiter geführt. Sie erkannten aber nicht die großen machtpolitischen Zusammenhänge des Völker- und Volkslebens mit dem Wirtschaftsleben. Sie fühlten sich auch nicht als Deutsche, die für die deutsche Volksgemeinschaft einzutreten hätten, sondern allein als klassenbewußte Arbeiter, als sozialdemokratische Genossen, denen es nur um ihre sozialdemokratische Welt ging. Ihre Weltanschauung lief hinaus auf die wirtschaftliche Sicherstellung der „Arbeiterklasse"

*) Vom 12. Dezember 1916.

**) Antwort der Entente auf die Note Wilsons vom 18. Dezember 1916.

und auf die Ausübung ihrer Herrschaft im Staate*). Die deutsche Sozialdemokratie konnte es nicht begreifen, daß der Feind Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern, was gleich ist, auch politisch und in seiner Wehrkraft vernichtend treffen wollte. Sie konnte es nicht auffassen, daß die Schäden, die auch sie befürchtete, nicht mit Durchhalten, das bei der Gesamtlage zu einem Siege des Feindes führen mußte, sondern nur durch einen Sieg der deutschen Waffen auszuschließen waren. Ein solcher aber widersprach der Gedankenrichtung der sozialdemokratischen Führer vollständig. Sei es, daß sie Wesen und Gestalt dieses Krieges nicht verstanden, oder befürchteten, ein Sieg würde eine Stärkung der Staatsgewalt und eine Beeinträchtigung der politischen Machtstellung ihrer Partei und der freien Gewerkschaften im Gefolge haben. Sie bekannten sich schon 1915 zu dem Satz, „daß ein voller Sieg des Reichs den Interessen der Sozialdemokratie nicht entspräche". Die Rücksichtnahme auf den linken Flügel ihrer Partei, der späteren Unabhängigen Sozialdemokratie, ist für die Haltung der Sozialdemokratie von schwerwiegender Bedeutung gewesen.

So entsprach die sozialdemokratische Partei nicht der allein gebotenen Forderung der Lage: sie rief die Arbeiterschaft nicht zur äußersten Kräfteanspannung, zur Erringung des Sieges auf. Diese eindeutige Stellungnahme wurde ihr dadurch erleichtert, daß von der Regierung, aber auch seitens militärischer Führer immer nur vom „Durchhalten" gesprochen wurde, wenn dies auch den Sieg einschließen sollte. Hierbei spielte die Besorgnis der Regierung mit, den Feind und die Mehrheitsparteien**) zu reizen, wenn sie von einem Siege sprach. Das Wort „Durchhalten" war im Munde der Regierung genau so nichtssagend wie das „Erhalten des Friedens" vor Beginn des Weltkrieges. Das Wort „Durchhalten" wirkte

*) Der Mangel an politischem Blick, den die deutsche Sozialdemokratie dauernd gezeigt hat, ist ein Beweis ihrer Unfähigkeit, soziale Notwendigkeiten zum Nutzen des Gemeinwohls selbständig zu lösen.

**) Zentrum, Fortschrittspartei und Sozialdemokratie bildeten die Mehrheitsparteien zwar erst seit dem 19. Juli 1917. Der Kürze halber wird diese Bezeichnung für die drei Parteien dauernd gewählt.

lähmend und täuschte über die Notwendigkeit des Sieges hinweg. Es verschwand nie aus dem Wortschatz des politischen Lebens, auch wenn Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf meine Bitte, um dem Wesen unseres Daseinskampfes gerecht zu werden, das Wort sprach: „Wir wollen nicht durchhalten, sondern siegen."

Der Reichskanzler mußte naturgemäß mit dem sozialdemokratischen Denken rechnen. Aber er hatte im August 1914 gesehen, in welch hohem Maße die Masse der deutschen Arbeiterschaft von richtigem vaterländischem Empfinden erfüllt war und wie tapfer sie sich im Heere schlug. Es hätte keine zu schwere Aufgabe sein können, auch über die Zeit der Begeisterung hinaus die Masse der Arbeiter dem Einfluß der sozialdemokratischen Führer zu entziehen, sie dem vaterländischen Wollen und dem Siegedanken zu erhalten, ohne den ein Sieg nicht möglich ist. Auch hätte es gelingen müssen, ihr das Pflichtgefühl gegenüber Volk und Staat einzuprägen. Durch Aufklärung über die Wesensart und Gestalt des Krieges, die Absichten des Feindes und die Notwendigkeit eines vollen Sieges und — wo es sein mußte — durch rücksichtsloses Eingreifen gegen alle, die ihm entgegenwirkten oder entgegenarbeiteten, wäre dieses Ziel zu erreichen gewesen. Statt dessen verzichtete die Regierung darauf, die Masse des Volkes und in ihr die Arbeiterschaft zu führen. Sie blieb in der Auffassung stecken, durch Nachgiebigkeit im Kuhhandel die Gunst und die Mitarbeit der Sozialdemokratie zu erkaufen. Die Erkenntnis, daß das, was sie der Kriegführung durch diese Nachgiebigkeit nahm, viel größer war als das, was sie ihr zuführte, scheint ihr nie gekommen zu sein.

Der Reichskanzler war der Ansicht, der Krieg könne nicht gegen die Arbeiter, oder was für ihn damit gleichbedeutend war, gegen die Sozialdemokratie, gewonnen werden. Ein unseliger Gedanke! Der Krieg sollte nicht gegen die Arbeiter, sondern für das gesamte Volk und damit auch für die Arbeiter gewonnen werden, allerdings nicht für die eigennützigen Bestrebungen der sozialdemokratischen Führer. Solch Denken wurde zum Verhängnis. Es diente nur zur Entschuldigung der Waffenstreckung auf dem Gebiete der inneren Politik und schließlich auf allen Gebieten vor dem

starren Willen der Sozialdemokratie. Ausnahmen, wie das überraschend feste Auftreten der Regierung unter Einwirkung der O. H. L. gegen den politischen Streik Ende Januar 1918, ließen diese Schwäche nur noch schärfer hervortreten.

Als im Herbst 1916 die Kriegführung ihre Anträge an die Politik stellte, lagen für sie die Verhältnisse nicht so übersichtlich wie heute, aber sie waren in ihren Zusammenhängen bereits fühlbar, und wo noch Zweifel vorwalteten, wie leider bei der O. H. L. selbst, da sollten sie infolge der Behandlung der Anträge durch die Politik gründlichst schwinden.

Die O. H. L. war der Ansicht, nur dann könnten genügend menschliche Kräfte gewonnen werden, wenn sich, wie der Soldat im Heere, jeder männliche nicht wehrpflichtige Deutsche in den Dienst des Vaterlandes stellte und wenn die Frau in weitestem Umfange das gleiche tat. Das war ein großer Gedanke, geboren in der großen Zeit, in der wir standen.

Die O. H. L. wollte für den männlichen Deutschen die allgemeine Dienstpflicht als Wehrpflicht am Feinde oder als Arbeitspflicht (Hilfsdienstpflicht) hinter den Fronten gesetzlich festgelegt wissen. So befürwortete sie das Hilfsdienstgesetz in einer Form, die die Pflicht des vaterländischen Hilfsdienstes während des Krieges für jeden männlichen Deutschen vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen war, feststellte. Die Ausführungsbestimmungen sollten dem Bundesrat überlassen bleiben. Es entstand aber ein Gesetz mit sehr vielen Bestimmungen, das den Arbeitern keine Pflichten auferlegte, sondern die weitgehendsten Rechte gab und die Arbeiterschaft vollständig den sozialdemokratischen Gewerkschaften auslieferte. Es verlieh den aus ihren Reihen hervorgehenden Schlichtungsausschüssen uneingeschränkte Gewalt. Diese Gewalt war so stark, daß jeder Arbeiter sich gezwungen sah, zu den freien Gewerkschaften zu halten und der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, um leben zu können. Die Revolution behielt diese Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes bei, wenn sie auch naturgemäß das Gesetz selbst aufhob, da sie nur Rechte, keine Pflichten kennt. Ein

besserer Maßstab läßt sich an den Geist dieser Bestimmungen nicht legen*).

Für die Beschaffung von Munition und Kriegsgerät war das Hindenburgprogramm nötig geworden. Das Versäumnis in den ersten Kriegsjahren rächte sich. Die Zweite O. H. L. war über einen kurzen Anlauf nicht hinausgekommen. Die jetzt geforderte Hochspannung mußte große Schwierigkeiten mit sich bringen. Mag die O. H. L. vielleicht bei einer oder der anderen Anforderung nicht richtig verfahren sein und später selbst ihre Forderungen hier und da beschränkt haben, um Wesentlicheres voll zu erhalten, so ist das erklärlich. Sie hat aber an der Front in keiner Richtung hin zuviel gehabt, auch nicht Munition, deren Anfertigung, nach dem Programm der O. H. H., besondere Schwierigkeiten verursachte. Die eintretenden Mißstände lagen mehr als in dem unvermeidlichen Umfange des Programms in den ungeheuerlichen Preisbildungen und ihren schädlichen wirtschaftlichen und sittlichen Folgen, die aber mit dem Programm selbst nichts zu tun haben. Das Kriegsamt arbeitete nach dem Grundsatz, daß Geld keine Rolle spielen dürfe. Das war an und für sich richtig; aber zerstörend wirkte die Art, wie dieser Grundsatz in die Tat umgesetzt wurde. Vieles kam dabei zusammen. Besonders verderblich wurde es, daß der Gewinn, den der Hersteller usw. für sich beanspruchen konnte, nach den Gestehungskosten festgesetzt wurde. Hierbei mußte jede Sparsamkeit aufhören: hohe Gestehungskosten erhöhten den Gewinn. Dies führte naturgemäß zu einer sinnlosen Steigerung der Gewinne, aber auch zu einer solchen der Arbeitslöhne. Die Möglichkeit, viel zu gewinnen und jeden Lohn zu geben und zu erhalten, der gefordert wurde, steigerte die Gewinnsucht gewissenloser Unternehmer und die Begehrlichkeit vieler Arbeiter ins Ungemessene.

---

*) Das Gesetz hob auch die Freizügigkeit nicht auf. Jeder Arbeiter konnte dorthin gehen, wo er am meisten Lohn erhielt. Da Geld keine Rolle mehr spielte, so führte dies zu außerordentlichen Lohnangeboten von einzelnen Arbeitgebern, um sich damit Arbeiter zu sichern.

Sogar den Reklamierten wurde Freizügigkeit zuerkannt. Das war der reine Hohn auf das Reklamationswesen.

Aus dem Hindenburgprogramm und dem Hilfsdienstgesetz war durch die Politik vornehmlich aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie etwas geschaffen, was in seinen Auswirkungen der Kriegführung schadete und den militärischen Nutzen mittelbar beeinträchtigte, beim Hilfsdienstgesetz ganz aufhob.

Arthur Dix gibt in seinem Buche folgende Kritik des Reichsministers Dr. Schiffer an dem Hindenburgprogramm wieder:

„Wenn der Abg. Keil die Methode unserer Kriegsfinanzierung absprechend beurteilte, so kann ich ihm leider nicht widersprechen; ich halte sie sowohl in den Einnahmen wie in den Ausgaben mindestens nicht für tadelfrei. Die Ursache liegt in demselben Moment, das beinahe allen Erscheinungen dieses unglücklichen Krieges zugrunde liegt: man hatte an einen kurzen Krieg gedacht, und als er sachlich und zeitlich uns über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir ihm nicht gewachsen waren. Schon bald nach Beginn des Krieges trat die üble Erscheinung hervor, daß die Beschaffung des Kriegsmaterials in die Hände der allerungeeignetsten Elemente kam. Es sind damals Unsummen verschleudert und dadurch Leute bereichert worden, die auch moralisch sehr anfechtbar waren. Der Krieg wurde als Konjunktur betrachtet, und ich kann das Reich von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß durch die mangelhafte Finanzgebarung diesen Strömungen Vorschub geleistet wurde.

Es gab damals weite Kreise, die es anfangs sogar von sich wiesen, so unangemessen hohe Preise zu nehmen, wie sie geboten wurden. Das Eingreifen des Reichstags kam zu spät. Als neues Moment kam damals das Hindenburgprogramm, das ich militärisch nicht kritisieren will. Wirtschaftlich betrachtet war es aber ein Programm der Verzweiflung und hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die wüsteste Hochkonjunktur setzte ein. Es kam überhaupt nicht mehr auf die Kosten an. Es wurden geradezu Prämien dafür geboten, die Arbeiter eines Betriebes nach dem anderen auszumieten, und es wurde die Organisation durch das wurzellose System ersetzt, unter dem wir jetzt noch leiden. Der dadurch angerichtete wirtschaftliche und moralische Schaden ist ganz ungeheuer."

Arthur Dix schreibt hierzu:

„Was Herr Dr. Schiffer hier zur Kritik des Hindenburgprogramms beibringt, trifft natürlich nicht den kriegstechnischen Kern dieses Programms wesentlich gesteigerter Munitions- und Materialbelieferung des Heeres, die unter dem Vorgänger Hindenburgs in bedenklichster Weise hinter den Anstrengungen der Gegner zurückgeblieben war, sondern lediglich die finanzielle Durchführung, an der die Umgestaltung des gleichfalls an anderer Stelle besprochenen Hilfsdienstgesetzes durch den Reichstag beträchtliche Mitschuld trägt. Wäre rechtzeitig darauf hingewirkt worden, daß die Wehrpflicht ihre Ergänzung fand durch die Arbeitspflicht der nicht zur Front Berufenen in der heimischen Kriegsindustrie, dann hätte natürlich die deutsche Kriegstechnik, Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzpolitik auf ganz anderen Boden gestellt werden können und

wäre eine Fülle schädlicher Nebenwirkungen des Kriegsgewinnlertums nicht nur der Unternehmer und Händler, sondern auch der Munitionsarbeiter vermieden worden. Die Ära Bethmann-Delbrück bleibt auch in dieser Beziehung ob ihrer verhältnismäßigen Sorglosigkeit und ihres mangelnden Verständnisses für die volle Schwere der Kriegsaufgaben gekennzeichnet. An dieser für das Ausbleiben des deutschen Endsieges und für die spätere schwere Belastung der deutschen Kriegsfinanzwirtschaft hauptschuldigen Stelle muß die Kritik ihre wesentlichsten Angriffspunkte suchen, nicht aber an dem späteren Versuch, durch das Hindenburgprogramm allzulange Versäumtes mit größtmöglicher Beschleunigung nachzuholen."

Das Hindenburgprogramm hat die Munitions- und Geräteausstattung des Heeres bedeutend gebessert, der Truppe die erwartete Entlastung gebracht und der O. H. L. operative Freiheit gegeben. Ob ein anderer Weg zu dem gleichen Ziel geführt haben würde, ist eine müßige Erörterung. Dieser andere Weg war von der bisherigen O. H. L. und der Politik nicht beschritten worden. Eine schwere Notlage an der Front war die Folge gewesen. So blieb der neuen O. H. L. pflichtmäßig das zu tun übrig, was sie für richtig hielt. Es ist auf allen Gebieten immer einfacher, festzustellen, was zu geschehen hat, als die Wege zu finden, wie es vollbracht werden kann. Ein Unterlassen schafft nichts. Faßbares entsteht erst durch Handeln. Nun ist etwas da, was man auf die Wage legen kann. Nur vergißt hierbei die Beurteilung, daß, wo eine Tat geboten ist, ein Unterlassen weniger zu entschuldigen ist als ein etwaiges Fehlgreifen in der Wahl der Mittel.

Die Schäden, die Hilfsdienstgesetz und Hindenburgprogramm in der Heimat durch das Verhalten der Regierung in ihrer Wirkung auf die Kriegführung gehabt haben, lagen nicht nur in einer Kräftigung der Sozialdemokratie, sondern auch in einer gesteigerten Verschärfung aller Verhältnisse: in der weiteren Verschlechterung des Volksgeistes, in der wachsenden Erschütterung und Zerrüttung des Volks- und Wirtschaftslebens, in dem schärfer umsichgreifenden Wucher und dem stärker hervortretenden Kriegsgewinnler- und Schiebertum. Dieses dachte noch weniger als einige politische Parteien an Vaterland und Kriegführung, sondern allein an Übervorteilung des Staates und der Nächsten zur eigenen gewissenlosen Bereicherung.

Ich habe nicht die Absicht, den Abwegen der schwächlichen deutschen inneren Politik gegenüber der Sozialdemokratie weiter im einzelnen nachzugehen. Nur einiges sei noch hervorgehoben.

Die Schwäche des Reichskanzlers ging so weit, daß sie die Streiks erleichterte, statt sie, nach dem Gutachten des Reichsgerichts, als Landesverrat zu ahnden.

Sie opferte die wirtschaftsfriedlichen Gewerkschaften der Sozialdemokratie — ein Verrat ohnegleichen, denn früher hatte der Reichskanzler sie gestützt.

Sie überließ die Jugend durch Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung der sozialdemokratischen Verführung, indem sie ihr Koalitionsrecht und Versammlungsrecht verlieh. Das war um so unverständlicher, als die Regierung die Bestrebungen kannte, die die Sozialdemokratie stets verfolgt hatte, nämlich sich der unreifen und leicht beeinflußbaren Jugend zu bemächtigen, die jetzt obendrein meistens ohne elterlichen Einfluß heranwuchs. Über die nachhaltige Werbetätigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie unter der Jugend konnte bei der Regierung kein Zweifel bestehen.

Wie auf politischem Gebiet so wurde es auf wirtschaftlichem. Die ganz ungenügende Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse z. B. hatte ihren Ursprung ebenfalls in der Furcht der Regierung vor der Sozialdemokratie. Sie hatte den Schleichhandel und die Hamsterei im Gefolge und vertiefte den Gegensatz zwischen Stadt und Land.

Die Stärkung der Sozialdemokratie durch die Regierung brachte ihr wiederum Zulauf. Die Masse wendet sich der Kraft zu. Die Sozialdemokratie ihrerseits kam den Trieben der Masse entgegen, regte die Begehrlichkeit an und schürte Neid, Mißtrauen, Zwietracht, Klassenhaß, schürte vor allem gegen die Landwirte. Die Presse gab dem allem unverhohlen Ausdruck, trotz dem „Burgfrieden". Der Reichskanzler hinderte sie hieran nicht entscheidend. Er wich auf allen Gebieten vor der Sozialdemokratie zurück.

Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß bei dem Denken und den Zielen der sozialdemokratischen Führer die Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an deren Ehrgeiz, die Erstarkung der

Sozialdemokratie und ihrer wirtschaftlichen Einrichtungen, der freien Gewerkschaften, eine schwere Einbuße an der Stärke der Regierungsgewalt, an der Geschlossenheit des Staates und an dem Kriegs- und Siegeswillen des Volkes bedeuten mußte.

Der schwächliche Gedanke, der Krieg könne nicht gegen die „Sozialdemokratie" gewonnen werden, führte dahin, daß er wesentlich durch die Sozialdemokratie und ihre Helfershelfer verloren wurde.

Nicht so scharf ausgesprochen und in die Augen fallend, doch nicht minder bedeutungsvoll war die Begünstigung der Demokratie und des Zentrums oder das Nachgeben vor ihren Bestrebungen, der Verzicht auf jede Leitung und Einwirkung auch diesen beiden Parteien gegenüber. Bei den engen Beziehungen, die sich zwischen den drei Mehrheitsparteien herausbildeten, lief aber schließlich alles auf das gleiche hinaus.

Die Wahlrechtserlasse Seiner Majestät des Kaisers im April und Juli 1917*), die Einsetzung des Verfassungsausschusses im gleichen Jahre legen davon Zeugnis ab. Die Aufhebung des Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes wirft ein besonderes Schlaglicht.

Die Demokratie bekundete, nachdem die Kriegsbegeisterung verklungen war, den gleichen den Krieg nicht verstehenden, siegfeindlichen Geist wie die Sozialdemokratie, mögen die Gründe zum Teil auch andere gewesen sein. Besonders verderblich war das Wirken der jüdischen demokratischen Blätter, allen voran das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung". Jede wirkte in ihrem Bereich, in der Heimat und im Auslande, in der gleichen Richtung wie im Frieden**). Ihnen gesellten sich später die

*) Das Aufwerfen der Wahlrechtsfrage in diesem Augenblick, nach Ausbruch der russischen Revolution, war ein besonderes Zeichen der Schwäche der Regierung und mußte als solches auf den Feind kriegsermunternd wirken. Die Zeit zur Änderung des Wahlrechts in Preußen war so unglücklich als möglich gewählt.

**) Die demokratische „Vossische Zeitung" kennzeichnet die Tätigkeit des „Berliner Tageblattes", wie folgt:

„Die publizistische Tätigkeit des »Berliner Tageblattes«, die schon vor dem Kriege dazu beigetragen hat, jene vergifteten Pfeile der Verleumdung gegen

„Münchener Neuesten Nachrichten"*) zu, und bald standen sie jenen in nichts nach. Das Wort: „Nach Siegen pflegt eine Entwicklung in aristokratischem Sinne zu folgen, nach Niederlagen eine freiheitliche Periode der Politik", gab der Gesinnung der Demokratie klaren Ausdruck. Sie erstrebte, ebenso wie die Sozialdemokratie, einen Ertrag des Krieges auf innerpolitischem Gebiet. Und dieser Ertrag, das sei nochmals festgestellt, war nur zu erzielen, wenn Deutschland nicht siegte, wenn der deutsche Kaiser nicht als Sieger durch das Brandenburger Tor einzog**). Auch hier scheint man an einen Kriegsausgang ohne Sieg und Niederlage gedacht zu haben.

Neben dem Gedanken an einen Kriegsausgang ohne Sieg und Niederlage brach sich in den Mehrheitsparteien eine ausgesprochen defaitistische Strömung Bahn. Sie hielt einen deutschen Sieg nicht für möglich und prägte das Wort: „Ein Narr ist, wer an einen deutschen Sieg glaubt!" Sie überließ sich haltlos diesem Glauben, statt sich die Frage zu stellen: „Was hat zu geschehen, um den Krieg zu gewinnen?" Diese Willenlosigkeit, die auf ein Mies-

---

Deutschland zu schmieden, mit denen während des Krieges Lord Northcliffe unserem Vaterlande tödliche Wunden schlug, hat auch innerhalb Deutschlands die politische Atmosphäre vergiftet und Verderben im deutschen Volke verbreitet. Diese Tätigkeit entspricht keiner politischen Gesinnung, sondern einer Gesinnungslosigkeit . . . immer ist nur der Mißvergnügtheit und der Ausrottung jeder nationalen Auffassung Vorschub geleistet worden. . . . Uneinigkeit, Ziellosigkeit und Unwahrhaftigkeit sind die inneren Keime jener scheinbar geschickten, in Wirklichkeit aber plumpen Mache, durch die das »Berliner Tageblatt« selbst nur halbgebildete Leser nicht darüber hinwegzutäuschen vermag, daß es um die wichtigsten Probleme der äußeren und inneren Politik herumredet. Nur in einem ist es sich stets treu geblieben: es hat sich dauernd bemüht, dem deutschen Volke das Vaterland und den Glauben an deutsche Kraft und deutsche Ehrlichkeit zu verekeln."

Dem ist nichts hinzuzufügen; nur damit kann ich nicht einverstanden sein, daß diese Tätigkeit des „Berliner Tageblattes" nicht Ausfluß einer politischen Gesinnung gewesen wäre. Es wird die geschichtliche Wahrheit treffen, wenn festgestellt wird, daß es sich hier um die planmäßige Arbeit des Judentums und der unter seinem Einfluß stehenden demokratischen Kreise handelt.

*) Während die beiden erstgenannten Zeitungen in gleichem Fahrwasser geblieben sind, haben sich die „Münchener Neuesten Nachrichten" auf vaterländischen Boden gestellt.

**) „Der Kaiser", von Walther Rathenau. Berlin 1919.

machen schlimmster Art hinauslief, war eine überaus traurige Erscheinung, die die größte Verwüstung im Denken und Wollen des Volkes herbeigeführt hat. Die so Empfindenden sahen keinen anderen Ausweg als eine schnelle Beendigung des Krieges, überdachten nicht, daß der Weg dazu allein über die äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes führte.

Solange im Zentrum der rechte Flügel die Führung hatte, wies es solche Gedanken zurück; es hatte sich siegerstrebend neben die konservative und nationalliberale Partei gestellt. Aber vom Sommer 1917 ab unterwarf es sich in plötzlicher Schwenkung der Vorherrschaft des linken Flügels — insonderheit des Abgeordneten Erzberger —, kam damit vollständig in demokratisch-defaitistisches Fahrwasser und nahm einen sehr großen Teil des Volkes dorthin mit. Es ist eine überaus traurige Tatsache, daß es dem rechten Zentrum nicht gelang, sich von solchem Empfinden freizumachen, sondern daß es ihm willenlos nachgab. Ob und wieweit mit dem Hervortreten des Abgeordneten Erzberger jene Richtung im Zentrum die Vorhand gewann, die in einem starken Deutschland unter den protestantischen Hohenzollern eine Gefährdung des Katholizismus erblickt, bedarf einer Feststellung, die ich in ihrer ganzen peinlichen Widerwärtigkeit dem Leser überlasse.

Die verhängnisvollste Ausgeburt der Gedankenwelt der Reichstagsmehrheit war der Gedanke eines Verständigungsfriedens. Was vor dem Kriege nicht erreichbar war, nämlich die Beseitigung der macht- und wirtschaftspolitischen Gegensätze durch ein Schiedsgericht oder durch freie Vereinbarung, sollte nun möglich sein, nachdem die Waffen zur Entscheidung angerufen waren. Aber nicht von uns war dieser Ruf an die Entscheidung der Waffen ergangen, nicht wir hatten den Krieg gewollt, nicht wir verfolgten weitgehende Kriegsziele, sondern der Feind hat uns in den Krieg getrieben, um seine recht klaren Absichten zu verwirklichen, und nun sollte er das aufgeben, weil es uns plötzlich so paßte. Dabei überblickte der Feind aus der Entfernung durch seine Spionage, seine Verbündeten in unserem eigenen Volke und in unseren Grenzen unsere Verhältnisse weit mehr

als wir selbst es aus der Nähe zu tun vermochten. Man bemüht sich auch hier vergeblich, diesen neuen Auswuchs internationalen, pazifistischen, defaitistischen Denkens bei uns zu begreifen. Siegeswille war nötig, der das Volk einte, nicht laute Kundgebungen für den Frieden, zumal wenn man nicht gesonnen war, die Ablehnung des Angebots durch den Feind zur Kräftigung des Sieges- und Kriegswillens auszunutzen. Der Wunsch nach einem Verständigungsfrieden entsprang aber nicht nur der internationalen, pazifistischen, defaitistischen Gedankenrichtung, sondern auch jener innerpolitischen Hoffnung auf einen Kriegsausgang ohne deutschen Sieg und ohne deutsche Niederlage.

Der Gedanke eines „Verständigungsfriedens" nahm mit dem Ausbruch der russischen Revolution greifbare Formen an. Unsere internationale Sozialdemokratie sah plötzlich eines ihrer Kriegsziele, den Sturz des Zarentums in Rußland, erreicht. Damit war ihre Stellungnahme, aber auch die der Demokratie zum Kriege vollständig verändert. Sie glaubten, daß nun ihre Zeit gekommen sei, auch in Deutschland ihren Kriegsertrag einzuheimsen und den Krieg zu beenden, der außenpolitisch für sie nun gar keinen Sinn mehr hatte. Sie griffen deshalb das Wort auf, das, von Juden geprägt, aus Rußland herüberschallte: „Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen", und diesen Frieden wollten sie nicht nur zwischen Rußland und Deutschland, sondern zwischen den kriegführenden Mächten zustande bringen. Daß sie sich dabei zu ihren eigenen Worten vom Januar 1915 in vollständigen Widerspruch setzten, kümmerte sie wenig. Verschwunden war die Erkenntnis, daß jedes Bekennen zur Friedensbereitschaft als Schwäche wirken und die Siegeszuversicht des Feindes und seine Anstrengungen, uns nun endlich zu vernichten, steigern müsse. Sie hofften jetzt auf einmal, mit ihren Gedanken Widerhall bei den vermeintlichen Anhängern der Zweiten Internationalen in den kriegführenden Ländern zu gewinnen. Worauf sich die Meinung stützte, daß die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs und Italiens sich auf den gleichen Boden eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen stellen würde, ist nicht verständlich. Die Arbeiterschaft jener Länder hatte

nicht nur vor und nach Beginn des Krieges den vaterländischen Gedanken hochgehalten, sondern auch weiterhin sich so „nationalistisch" gezeigt, daß sie darin in nichts dem „Kapitalismus" und „Militarismus" ihrer Länder nachstand. Das Märchen von der Vergewaltigung der Arbeiterklassen jener Länder nach dieser Richtung hin kann nicht aufrechterhalten werden. Es hätte der deutschen Sozialdemokratie auch zu denken geben müssen, daß die Vertreter der holländischen und nordischen Sozialdemokratie sich viel mehr dem feindlichen als dem deutschen sozialdemokratischen Ideenkreis näherten. Endlich durfte sie nicht übersehen, wie sehr das Schlagwort vom „Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" in jener Kriegslage den Bedürfnissen Rußlands entsprach.

Trotz alledem förderte die deutsche Sozialdemokratie den Gedanken einer internationalen sozialistischen Konferenz zu Stockholm und beschickte sie mit Zustimmung des Reichskanzlers. Das Ergebnis war nach der Feindseite zu das im Januar 1915 angekündigte. Der Gedanke der Zweiten Internationalen versagte vollständig; der feindliche Kriegswille wurde gestärkt, der Kriegswille des Vierbundes infolge einseitiger Berichterstattung über Verlauf und Ergebnis der Konferenz gemindert. Das pazifistische Denken nahm bei uns zu. Die Pazifisten von Beruf hielten ihre Zeit für gekommen.

Mit diesem ersten Mißerfolg gaben sich die sozialdemokratischen Führer natürlich nicht zufrieden. Sie fanden Unterstützung bei den anderen Mehrheitsparteien, die sich noch im Mai im Reichstage scharf gegen ähnliche Erklärungen ausgesprochen hatten, und auch beim Grafen Czernin. Sie leiteten nunmehr im Reichstage die Handlung ein, die in der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 ihren Abschluß fand. Ihr Ergebnis war noch verhängnisvoller als das der Konferenz zu Stockholm.

Eine politische Befähigung haben die Urheber der Friedensresolution nicht, jedenfalls nur dann erwiesen, wenn sie bewußt auf unsere Niederlage hingesteuert haben; denn darauf liefen die Folgen dieser öffentlichen Bekundung unseres Friedenswillens

im Reichstage hinaus. Sie ergab die Stärkung des Kriegswillens beim Feinde, der Deutschlands Niedergang vor Augen sah, das Irrewerden der Türkei und Bulgariens an unserem Vertrauen auf den Sieg und die Schwächung unseres Kriegswillens.

Reichskanzler v. Bethmann wurde verabschiedet, bevor die Friedensresolution zum Austrag kam. Reichskanzler Dr. Michaelis verhielt sich in seinem Innern gegen die Friedensresolution ablehnend, nahm sie aber an. Die O. H. L. hatte vor ihr gewarnt, ohne indes, wie es richtig gewesen wäre, im Falle ihrer Annahme die äußerste Folge für sich zu ziehen. Der Reichskanzler Graf v. Hertling stellte sie ohne jede Einschränkung in sein Regierungsprogramm ein und hielt an ihr fest, auch als ihn die O. H. L., namentlich im Januar 1918, bat, sich von ihr freizumachen. Dadurch, daß die Regierung nun rückhaltlos für die Richtigkeit des Gedankens der Friedensresolution eintrat, gewann diese nach allen Richtungen an schädlicher Bedeutung. Der feindliche Kriegswille bekam dauernd von neuem Nahrung; ihm wurde ja immer wieder die Schwäche des deutschen Volkes gezeigt. Der Feind erhielt schließlich einen Freibrief für jede beliebige Verlängerung des Krieges. Die „Versöhnung" stand ihm stets in sicherer Aussicht. Er konnte gewinnen, ohne zu wagen. In Deutschland festigte sich der Glaube, daß tatsächlich ein solcher Friede jeden Augenblick erhältlich sei und daß nur die Alldeutschen, die Vaterlandspartei und die O. H. L. dem widerstrebten. Wir verloren endgültig den Glauben an unsere eigene Kraft und hofften nur noch auf andere. Aus den Miesmachern, wo es eigenes Können galt, wurden überzeugte Menschen in dem Hoffen auf das Wohlwollen der Feinde.

Das Hoffen auf die Zweite Internationale hatte nachgelassen, trotzdem es noch verschiedentlich von Führern der Sozialdemokratie als berechtigt bezeichnet wurde. Es wandte sich jetzt dem feindlichen Versöhnungswillen zu, der nur leider nicht vorhanden war, und richtete sich endlich auf Wilson. Ihm blieb es vorbehalten, die unverständliche Leichtfertigkeit des deutschen Volkes recht gründlich und grausam zu täuschen, ohne es allerdings von dem Hoffen auf andere ein- für allemal gründlich zu heilen. Etwas Kläglicheres

als dieses Hoffen auf andere, statt sich auf eigene Kraft zu verlassen, läßt sich nicht denken. Die Urheber der Friedensresolution sind Volksverderber und Schädlinge. Nach ihren eigenen Anschauungen aus früheren Tagen zu schließen, wußten sie, daß sie die Gesamtkriegführung durch das dauernde Sprechen vom Frieden schwer schädigten.

So enthüllte sich immer mehr das Wollen und Denken der Parteien, die vor dem deutschen Volke tatsächlich, wenn auch noch nicht verfassungsmäßig, die Verantwortung für die Politik mit der Regierung teilten. Hinter diesen Parteien stand die Mehrheit der Wähler des deutschen Volkes. Befand diese sich auch zum Teil auf erheblich anderem Boden wie ihre Führer im Reichstag und in den Fraktionen, so wurde sie doch in ihren Anschauungen wankend, fühlte sich bedrückt und gelähmt, verlor die Hoffnung auf einen Sieg und förderte durch ihre Bedenken die Arbeit des Feindes an unserer Niederlage. Hierbei gewann die Tatsache an Bedeutung, daß mir aus der Umgebung des Reichskanzlers schließlich in allen Fragen Augenmaß abgesprochen wurde. Damit war verhindert, daß die Entschlossenheit der O. H. L. sich auf andere übertrug.

Die Verhältnisse im Innern Deutschlands waren rückläufig wieder auf dem Standpunkt der Vorkriegszeit angelangt. Die Entwicklung hatte sich folgerichtig vollzogen. Die Masse des Volkes, ohne eigenen Willen und gefestigte Überzeugung und von der Regierung nicht geleitet, hatte sich in seiner Not und Ratlosigkeit gegenüber den Anforderungen des Krieges hinter die internationalen, pazifistischen und nun auch defaitistischen Führer gestellt. Das geschah zu einer Zeit, in der im Heere die Vaterlandsliebe und das Pflichtgefühl wie im Frieden noch immer ihre höchste und schönste Verkörperung fanden und der Glaube an den Sieg noch ungebrochen war.

Die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Deutschland war damit aber noch nicht abgeschlossen; sie verschlechterten sich noch erheblich darüber hinaus:

Zu den Parteien, die den Sieg nicht wünschten, gesellte sich sehr bald, und von ihnen geschützt, eine neue Partei. Ein kleiner Teil der sozialdemokratischen Führer war bei Kriegsbeginn dem

Druck der Masse nicht gefolgt. Er blieb in seinem bisherigen Lager und vertrat weiter unter Verneinung des Vaterlandes ohne jede Hemmung die internationale, proletarische Weltanschauung. Ihm kam es darauf an, den Klassenkampf mit aller Schärfe fortzusetzen und, wie es später hieß, die Diktatur des Proletariats den anderen Teilen der Bevölkerung aufzuzwingen. Er erkannte, daß es sich hier um eine reine Machtfrage handelte, und daß sie nur dann zugunsten des Proletariats entschieden werden könnte, wenn es „aktionsfähig“ und einheitlich geleitet gegen den „Feind im eigenen Lande“ eingesetzt wurde. „Einen anderen Ausweg aus dem Kriege als die revolutionäre Erhebung des internationalen Proletariats zum Kampfe um die Macht gibt es nicht“, heißt es in einem Flugblatt.

Zur Entscheidung dieser Machtfrage war die Vernichtung des „Militarismus“ Voraussetzung. In allen Staaten sollte nach den Ansichten des internationalen Proletariats „der Feind im eigenen Lande“ vernichtet und das Proletariat zum Siege geführt werden. Die meisten Staaten waren aber von vornherein auf der Hut. In Frankreich wurde die Bewegung 1917 mit rücksichtsloser Gewalt niedergeworfen. Nur in Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland konnten die Gedanken sich ungestört verbreiten. Das internationale Proletariat dieser Länder handelte in gegenseitiger Übereinstimmung. Es erstrebte als Vorbedingung zur Vernichtung des „Militarismus“ die Niederlage der bewaffneten Streitkräfte seines Landes.

Die Bestrebungen dieses Teiles der deutschen Sozialdemokratie deckten sich mit den Zielen des Feindes, gegen den Volk und Heer rangen. Wir hatten es also in Deutschland mit einer hoch-, landes- und kriegsverräterischen Bewegung zu tun, die unmittelbar den Bestand des Heeres und das Dasein des Vaterlandes bedrohte.

Die Träger dieser Bewegung sonderten sich erst im März 1916 von der sozialdemokratischen Partei ab und bildeten die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In ihr war der jüdische Volksstamm besonders stark vertreten. Die neue Partei blieb in engster Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei,

die ihr um so weiter nachgab, je mehr sie eine Abwanderung der Massen nach links befürchtete. Aber auch die anderen Mehrheitsparteien nahmen die Unabhängige Sozialdemokratie in ihren Schutz. Ihre Arbeit kennen wir jetzt in großen Umrissen aus der Verteidigungsrede des Abgeordneten Ledebour, aus Schriften wie „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" von Emil Bart*), oder der „Unterirdischen Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges"**), aus „Vom 4. August bis zur russischen Revolution, ein Beitrag zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland"***) und aus einzelnen Aussprüchen, z. B. des damals Unabhängigen Sozialdemokraten Vater, des Unterstaatssekretärs des Reichsjustizamtes aus der Revolutionszeit Dr. Oskar Kohn, der sich rühmt, die Gelder von Joffe zur Revolutionierung Deutschlands verwendet zu haben. Wir sollten auch die Verhandlungen der Zimmerwalder Konferenz verfolgen und die Reichstagsreden der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei während des Krieges nochmals lesen, wir würden sehen, wie planmäßig sie an der Zermürbung des Volksgeistes und der kriegerischen Tugenden gearbeitet hat.

Ihre Werbetätigkeit begann gleich nach Kriegsbeginn. Sie bemächtigte sich planmäßig der Jugendlichen. Bereits im Sommer 1915 weigerten sich in Stuttgart infolge revolutionärer Verhetzung einzelne Jugendliche, dem Rufe zur Fahne Folge zu leisten. Mit den Jugendlichen gewann die revolutionäre Gesinnung um so mehr Eingang ins Heer, je länger der Krieg dauerte und je mehr Jahrgänge eingestellt wurden. Bei der Marine wurde seit 1915 für die Revolutionierung der Flotte gearbeitet†). Gleichzeitig fand die

*) Berlin 1920.

**) Von Ernst Drahn und Susanne Leonhard. Berlin-Fichtenau 1920.

***) Von Fritz Rück. Leipzig 1920.

Ferner verweise ich auf die Schrift „Ursprung und Entwicklung der Novemberrevolution 1918. Wie die deutsche Republik erstand". Von Lothar Popp unter Mitarbeit von Karl Artelt, Vorsitzende des Obersten Soldatenrates Kiel. Kiel 1919.

†) Aus Fikentscher: „Die Wahrheit über den Zusammenbruch der Marine", Monatshefte für Politik und Wehrmacht, Oktober 1919. „Am 30. 8. 19 äußerte der frühere Marineangehörige Haase in einer Versammlung des radikalen Seemannsbundes zu Geestemünde: Wir haben schon von Beginn des Krieges, von

Werbetäigkeit starken Rückhalt in den Munitionsarbeitern der mitteldeutschen Großstädte. Bereits im Juni 1916 fanden die ersten politischen Streiks statt.

Der Umfang der Werbetätigkeit durch Wort und Schrift, der Anleitung von Mund zu Mund, der Verbreitung des Lesestoffes und der Einrichtung für eine schnelle Weitergabe der schriftlichen und mündlichen Mitteilungen nahm zu. Die Werbearbeit wurde aufreizender und arbeitete immer ausdrücklicher auf den Umsturz hin; der Boden war durch die Mehrheitsparteien gut vorbereitet.

Die Saat war zu einer gewissen Reife gelangt, als im März 1917 die Revolution in Rußland ausbrach. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands und die Bolschewisten Rußlands unterstützten sich von nun an offensichtlich. In welchem Zusammenhang hiermit die Entsendung Lenins nach Rußland steht, muß dahingestellt bleiben*). Streiks im April in Deutschland waren die ersten Früchte der erhöhten Tätigkeit.

Ihre zersetzende Arbeit wandte sich mit besonderer Stärke der Marine und namentlich der Hochseeflotte zu, die, wie die Geschichte zeigt, stets besonders aufnahmefähig für revolutionäre Irrlehren ist. Sie richtete sich auch gegen das Heer unmittelbar.

Mit dem 7. November 1917, dem Tage, an dem die Bolschewisten die Macht in Rußland endgültig ergriffen, beginnt ein neuer Abschnitt in der Werbetätigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie. Sie trat in engste Beziehungen zu der neuen russischen Regierung und erhielt von ihr jede Förderung. Die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in Rußland war für sie ein Ansporn, das gleiche in Deutschland und Österreich-Ungarn zu erreichen.

Vom Januar 1918 ab war die unheilvolle Arbeit der Unabhängigen Sozialdemokratie in voller Höhe. Die Streiks Ende Januar, die auch von der Mehrheitssozialdemokratie begünstigt wurden, warfen ein grelles Schlaglicht auf die fortschreitende er-

---

Anfang des Jahres 1915, systematisch für die Revolution der Flotte gearbeitet. Wir haben von unserer Löhnung alle zehn Tage 50 Pfennige gesammelt, uns mit Reichstagsabgeordneten in Verbindung gesetzt und revolutionäre Flugblätter verfaßt, drucken lassen und verteilt, um für die Novemberereignisse die Bedingungen zu schaffen."

*) Siehe auch Abschnitt VII und VIII.

folgreiche Tätigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratie und auf die Abhängigkeit der Sozialdemokratie von ihr.

Von nun ab steigerten sich die Anstrengungen zur Revolution in Deutschland und zur Schwächung der Front in demselben Maße, wie unsere Erfolge im Sommer 1918 uns einem Endsieg nahezubringen schienen. Da gleichzeitig auch die Propaganda Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten auf die Westfront und im Innern Deutschlands sich täglich steigerte, so arbeitete die Unabhängige Sozialdemokratie wie an der Ostfront, jetzt auch an der Westfront und verstärkt im Innern des Vaterlandes — man könnte beinahe sagen überraschend planmäßig — dem Feinde in die Hände*). Ihr Streben war darauf gerichtet, die kriegerischen Tugenden und den Volksgeist so tief zu schwächen, daß an der Front die Kraft des Heeres, durch Minderung der Widerstandsfähigkeit des einzelnen und der zahlenmäßigen Stärke der Truppen durch Fahnenflucht und Drückebergerei, gebrochen und in der Heimat die Leistung für das Heer geringer und das Proletariat „aktionsfähiger" wurde. Hierfür waren Fahnenflüchtige besonders geeignet, die sich ja nur durch Umsturz der Verhältnisse der Heimat ihrer Bestrafung entziehen konnten.

Als letzter Schritt im proletarischen Klassenkampf blieb, durch Streik, Gewalt und Bewaffnung des Proletariats im Innern und an der Front das Ende des Krieges und den Zusammenbruch des Heeres herbeizuführen, das das Vaterland vor Vergewaltigung durch den Feind schützte**).

Der Reichskanzler stand der Entwicklung der Verhältnisse im Innern vollständig hilflos gegenüber. Er verzichtete nach wie vor

*) Nach dem Waffenstillstande war das Zusammenarbeiten der Unabhängigen Sozialdemokratie mit Frankreich und England bei der Wehrlosmachung und Entwaffnung Deutschlands vollständig offensichtlich. Hieraus die gegebenen Rückschlüsse zu ziehen, muß dem Leser überlassen bleiben.

**) Aus dem Rundschreiben Nr. 9 des Spartakusbundes: „Die Partei hatte schon während des Krieges als Spartakusbund die Bedeutung der Militärpropaganda erkannt. Sie sah ihre Hauptaufgabe darin, den Zersetzungsprozeß innerhalb des militärischen Machtapparates der Burgeoisie in revolutionärem Sinne zu beeinflussen. Soweit es in den Kräften des Spartakusbundes stand,

auf jede Führung, jede Aufklärung sowie auf irgendwelche Einwirkung auf das Volk durch Presse oder Propaganda oder durch einen entscheidenden Eingriff in das verderbliche Handeln der Mehrheitsparteien, einschließlich der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, einzelner Mitglieder dieser Parteien und ihrer Presse. Reichskanzler Dr. Michaelis sah zwar die Gefahren, vermochte aber doch nicht durchzugreifen. Solch ein Unterlassen wurde zu einem Vorschubleisten, es machte das unmittelbare Begünstigen noch bedeutungsvoller. Das ging so weit, daß die Mehrheitsparteien als Gegengabe Staatssekretär- und Ministerposten erhielten, als Graf Hertling mit ihrem Einverständnis zum Reichskanzler ernannt wurde und so, wenn auch nicht der Verfassung nach, der erste parlamentarische Reichskanzler war. Die Sozialdemokratie zwar ging dabei noch leer aus, ihr Einfluß blieb, ja wurde um so größer.

Der Reichskanzler ließ den Parteien und ihren Mitgliedern im In- und Auslande weiteste Bewegungsfreiheit, er gestattete die Beschickung der Zimmerwalder Konferenzen und führte sogar auch der Unabhängigen Sozialdemokratie unmittelbar Bundesgenossen im Kampf gegen das eigene Volk und Heer zu, indem er mit ihr den Gesandten der Sowjetrepublik in Berlin ungestört zusammenarbeiten, eine russische Telegraphenagentur und russische Konsulate als bolschewistische Propagandastellen in einigen Städten Deutschlands errichten ließ. Ja sogar Waffen wollte der Reichskanzler den Bolschewisten aushändigen.

Der Reichskanzler stellte sich insonderheit nicht vor seinen Kaiserlichen Herrn, so oft ihn das Ausland mit Schmähungen überschüttete und man im Reichstage seine verfassungsmäßigen Rechte

---

ist er dieser Aufgabe während des Krieges allen Schwierigkeiten zum Trotz gerecht geworden. Mit dem Zerfall und der Auflösung des alten regulären Heeres und mit dem gleichzeitig einsetzenden Kampfe des Proletariats um die politische Macht wurde der Aufgabenkreis erweitert. Neben die propagandistische Zersetzungsarbeit des bürgerlichen Militarismus trat die Aufgabe der Propaganda des Gedankens der roten Armee. Die allgemeine politische Lage zu Anfang der Revolution führte darüber hinaus zur Zusammenfassung der innerrevolutionären Kräfte im militärischen Sinn. Das führte zur Gründung des roten Soldatenbundes."

antastete, sondern gab ihn preis. Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses 1917 warfen düstere Schatten voraus.

Selbstverständlich vermied der Reichskanzler, was irgendwie danach aussehen konnte, den gebotenen Haß und andere kriegerische Leidenschaften zu erregen, wozu das Verhalten unserer Feinde, namentlich die Ablehnung unserer Friedensbemühungen, recht häufig und recht mannigfach Veranlassung gab. Tief beklagenswert war das Verhalten der Regierung gegenüber der unmenschlichen Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen namentlich in Frankreich und Rumänien. Kein Wort durfte darüber verlauten.

Was die Regierung zu solcher Haltung veranlaßt hat, ist noch nicht geklärt. War es allein Unvermögen, war es Sorge vor dem Unwillen des Feindes und der Mehrheitsparteien oder vor der „Herrschaft des Militarismus", den sie in der O. H. L. verkörpert sah?

Besonders empfindlich war es, daß die Politik den stellvertretenden Kommandierenden Generalen in den Rücken fiel. Sie hatten auf Grund des Kriegsleistungs- und Belagerungsgesetzes eine große Macht in Händen, die sie zunächst auch — je nach Anschauung und Willensstärke — verschieden ausübten. Um diesem Übelstand abzuhelfen, brauchte man ihr Wirken ja nur in der Richtung des Willens einheitlich zu gestalten. Das aber geschah nicht. Der Regierung war die Machtstellung der Kommandierenden Generale unbequem, erst recht den linken politischen Parteien. Der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident begann sich in ihre Anordnungen einzumischen, und bei dem Ansehen, das auch die schlechteste Regierung in „bürgerlichen" Kreisen in Deutschland hat, hörten die stellvertretenden Generale auf die Einsprüche aus Berlin. Sie waren aber noch nicht willfährig genug, und so entkleidete man sie ihrer Macht, indem man für Presse und Versammlungsrecht in dem preußischen Kriegsminister, ähnlich wie es bereits in Bayern war, als Militäroberbefehlshaber eine Aufsichtsstelle schuf. Der preußische Kriegsminister aber war eine politische Stelle und unterstand als solche dem Reichskanzler. Damit geriet letzten Endes die Aufsicht über Presse und Versammlungsrecht in die Hand

der schwachen Regierung und der sie beherrschenden internationalen, pazifistisch, defaitistisch denkenden Reichstagsmehrheit. Die Regierung selbst hatte eine Machtbefugnis aus der Hand gegeben, und das war ein unverzeihlicher Fehler. Die stellvertretenden Kommandierenden Generale fühlten sich gehemmt und wurden unsicher. Die Sozialdemokratie und Demokratie konnten mit Recht zufrieden sein, denn sie hatten einen großen Erfolg in ihrem Kampf gegen den „Militarismus" davongetragen, dessen Widerstand sie befürchteten, wenn sie ihre Maske fallen ließen.

Leider hat die O. H. L. der Einrichtung des Militäroberbefehlshabers auf Vorschlag des Kriegsministers im Herbst 1916 in einem Augenblick zugestimmt, als sie die inneren Verhältnisse noch nicht vollkommen übersah und ihr Vertrauen zu dem Reichskanzler v. Bethmann noch nicht vollständig erschüttert war.

Auch der Rechtspflege bediente sich die Regierung nicht, um gegen die Schäden einzuschreiten, die dem Volksgeist täglich und stündlich zugefügt wurden. Schutzmaßnahmen und auch einzelne Bestrafungen kamen wohl vor, aber Durchgreifendes geschah nicht. Ein Mann, wie der Fürst Lichnowsky, und viele andere, darunter die Pazifisten, durften ihr frevles Treiben gegen den Volksgeist fortsetzen. Die Wohlfahrt des Staates konnte gefährdet werden, aber solange kein Paragraph verletzt wurde, war in unserem Rechtsstaat, auf den wir so stolz waren, vieles erlaubt. Der tote Buchstabe blieb Trumpf in unserem Recht auf Kosten unseres Volkstums. Ich habe mich bemüht, dem natürlichen Volksbewußtsein Geltung zu verschaffen und ein Einschreiten gegen verschiedene Persönlichkeiten, insbesondere gegen den Fürsten Lichnowsky, herbeizuführen. Reichskanzler Dr. Michaelis und Reichskanzler Graf v. Hertling standen, als richtige Juristen, dem verständnislos gegenüber. Sie blieben an irgendeinem Gesetzesparagraphen hängen und konnten nicht verstehen, daß die Wahrung des Staatswohls das höchste Gesetz ist, dem alles andere unterzuordnen ist, selbst irgendwelche Gesetzesparagraphen*).

*) Die Leipziger Gerichtsverhandlungen gegen die „Kriegsverbrecher" beleuchten dies. Sie sind in einzelnen Fällen eine schwere Vergewaltigung des

Reichskanzler und Reichstagsmehrheit sind an der Gestaltung der Verhältnisse im Innern Deutschlands gleichmäßig beteiligt. Die Schwäche des Reichskanzlers wird dadurch nicht entschuldigt, ebenso wenig das verderbliche Wirken des Reichstages. Wie in Friedenszeiten in rein innerpolitischem Denken befangen und bar jeden Verständnisses für die Anforderungen des Krieges, erkannten Reichskanzler und Reichstagsmehrheit nicht, daß die Politik, mag man sie sonst als Kunst des Möglichen bezeichnen, jedenfalls jetzt zur Kunst der Erfüllung des Notwendigen geworden war.

Die rechten Parteien, die dem Vaterland und der Kriegführung wie im Frieden alles, auch die letzte Kraft geben wollten, die den Volksgeist und den Siegeswillen hochhielten, sahen sich einfach an die Wand gedrückt. Ihren Absichten und Vorschlägen blieb jede Wirkung versagt. Was zur Festigung des Kriegswillens geschah, wurde im Reichstage planmäßig bekämpft. Die aufreizendsten Reden durften gehalten werden. In den Herbsttagen 1917 nahmen die Mehrheitsparteien Haase, Dittmann und Genossen, die an der Revolutionierung und der Niederlage Deutschlands arbeiteten, in Schutz, prüften dagegen peinlich die Weisungen der O. H. L. für den vaterländischen Unterricht, ob nicht etwas darin enthalten sei, was, in „nationalistischer" Geistesrichtung geschrieben, den Siegedanken über Gebühr stärken konnte.

Selbstverständlich übten auch die schweren Mißstände der Kriegszwangswirtschaft, der Kriegsgesellschaften und die Not des täglichen Lebens, der Verpflegungsmangel, das Fehlen von Bekleidung und Schuhzeug einen tiefen Einfluß auf den Volksgeist aus. Das muß aber richtig eingeschätzt werden. Es hat am meisten der Mittelstand gehungert, und sein Geist war noch der kräftigste.

Rechtsempfindens unseres Volkes, jedenfalls der Angehörigen des alten unnadeligen Heeres, die am Feinde gekämpft und dem Vaterlande die Treue gehalten haben.

Die Männer daheim, die den Krieg nicht kennen, lohnen schlecht, indem sie unsere Soldatenehre dem Feinde ausliefern.

Wir gehen über den Satz „La légalité nous tue" — Seite 27 — noch hinaus!

England dagegen sagt: „Was ich tue, ist recht, was andere tun, unrecht."

Um die Arbeiter stand es erheblich günstiger. Die Kreise, die das Volk wohl am meisten schädigten, haben den Krieg im Wohlleben verbracht und sich bereichert. Diese Ungerechtigkeit hat gerade in den deutsch empfindenden Kreisen tiefe Erbitterung verursacht; denn die Genießer und Kriegsgewinnler waren zunächst vornehmlich Juden, deren Bestrebungen sie mit tiefstem Mißtrauen verfolgten. Ihnen war in den Kriegsgesellschaften, so wie es die Urheber unserer Kriegswirtschaft wohl wollten, ein vorherrschender Einfluß eingeräumt und damit Gelegenheit gegeben worden, sich immer mehr auf Kosten des deutschen Volkes zu bereichern und von der deutschen Wirtschaft Besitz zu nehmen, um so eines der machtpolitischen Ziele des jüdischen Volkes zu erreichen. Die deutsch empfindenden Kreise fühlten das deutsche Volk, das mit den Waffen in der Hand um seine Freiheit rang, an das jüdische Volk verkauft und verraten. In der Ausnutzung der Not des Vaterlandes traten neben Juden Deutsche, die viele Eigenschaften des jüdischen Volkes, nur nicht dessen Rassen- und Volksbewußtsein, dessen nationalen Sinn angenommen hatten. Ihr Handeln, bar jeden höheren Antriebes, wirkte noch abstoßender als das von Juden, die, wenigstens zum Teil, bewußt jüdische Machtpolitik trieben, — allerdings auf Kosten des Staates, dessen Angehörige sie zu sein vorgaben.

Unheilvoll wirkte auf den Volksgeist die Erkenntnis ein, daß zahlreiche Verordnungen, namentlich auf dem Gebiete der Kriegsverpflegungswirtschaft, gar nicht befolgt zu werden brauchten, da es nützlicher, auch angenehmer, ja auch gewinnbringender war, sie zu umgehen. Einer entschuldigte sich mit dem Handeln des anderen und fand in dem Handeln des anderen oft einen Antrieb zu gleichem Tun. Die Folge war die Lockerung aller sittlichen Begriffe und eine starke Beeinträchtigung des Ansehens des Staates, an dessen Macht man früher geglaubt hatte.

Zu der verderblichen Einwirkung aus dem Innern des Landes selbst gesellte sich die Kraftäußerung der feindlichen Propaganda*), die sich sowohl dem bolschewistischen, dem sozialdemokratischen wie

---

*) Siehe auch Abschnitt VII.

dem demokratischen Denken in unserem Volke anpaßte und es immer mehr verschärfte. Sie hätte aber, trotz der Blockade, nie so wirken können, wie sie es tat, wenn die falschen Führer des deutschen Volkes nicht selbst den Boden für die Saat bereitet hätten. Sie waren eben nichts anderes als Bundesgenossen des Feindes, gegen den das Heer kämpfte.

Die Selbstsicherheit und Schwungkraft des Volksgeistes mußte erlahmen. Vernachlässigt und aufs heftigste bekämpft, erlag er schließlich den vereinten Anstürmen von innen und außen. Das hatten viele von denen nicht gewollt, die ihn geschädigt hatten. Das entlastet sie nicht. Mit ihrer Mithilfe hatten die inneren und äußeren Feinde ihr Ziel erreicht. Die einzige Gegenwirkung, die diese fanden, waren unsere Siege an der Front. Aber das ungeheure Geschehnis, die Niederwerfung Rußlands und Rumäniens, der Waffenstillstand und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest, lösten schon keinen nachhaltigen Widerhall mehr aus.

Unsere Siege im März, April, Mai und Juni 1918 hoben die Stimmung. Weil sie keinen durchschlagenden Erfolg hatten — zum Teil schon deshalb, weil der Geist der Truppe durch den mißleiteten und zersetzten Volksgeist bereits angekränkelt war —, setzte die Kritik sofort ein. Als dann mit dem 15. Juli die Siege ausblieben und Mißerfolge eintraten, ergab man sich auf der einen Seite willenlos dem Mißgeschick, auf der anderen erhoffte man endliche Erfüllung parteipolitischer Wünsche, sei es im Sinne der Demokratisierung, sei es im Sinne der Sozialisierung und Bolschewisierung Deutschlands oder zur Schwächung der protestantischen Vormacht.

Was tat nun die O. H. L. angesichts dieser Zustände, die die Kriegführung so eng berührten?

Auch wohlwollende Beurteiler der Gesamttätigkeit der Dritten O. H. L. lehnen ihr Handeln ab. Ich gebe hier folgendes Urteil als bezeichnend für das Denken der Mehrzahl des deutschen Volkes wieder: „Wie allerdings Ludendorff .... dieser gefahrvollen Sachlage zu begegnen suchte durch rein militärische Machtmittel, durch

Agitation im Heere, durch Agitation der Vaterlandspartei im Lande, das war grundfalsch, urfalsch, war so falsch, daß diese Maßnahmen, anstatt den sinkenden Kampfwillen zu heben, ihn vielmehr schwächten, ja die deutsche Volkskraft geradezu untergraben, die Revolution züchten mußten. Nach der Seite des Landes, dem Innern, dem eigenen Volke zu hat es Ludendorff an jedem politischen Blick und Augenmaß gefehlt, darin liegt sein Verhängnis und seine Schuld*)."

Die O. H. L. tat erheblich mehr und handelte, um diese schwere und entscheidende Störung der Kriegführung zu verhindern, anders, als viele Deutsche es annehmen. Allerdings würde ich ganz anders gehandelt haben, wenn ich damals die Verhältnisse so übersehen hätte wie jetzt.

Es wollte mir nicht einleuchten, warum an die Männer daheim geringere Anforderungen zu stellen seien als an die Kämpfer draußen an den Fronten, die, schlecht besoldet, dauernd den vielerlei Unbilden des Frontlebens ausgesetzt, jeden Augenblick des Todes gewärtig, dem Feind die Stirne bieten mußten — während die anderen bei hohen Löhnen, nicht schlechter verpflegt, bei regelmäßigem Wechsel von Arbeit und Ruhe unter schützendem Dach und ohne Lebensgefahr im Schoß der Familie meist beinahe friedensmäßig lebten.

Auch hatte ich kein Verständnis für die Schwäche und Unfähigkeit der Regierung auf allen Gebieten der inneren Politik. Aber ich gebe zu, daß es z. B. ein Fehler war, auf ein Verständnis für die Not des Landes bei den Führern der internationalen Sozialdemokratie, den Führern der Demokratie, des linken Zentrumsflügels und der Judenschaft in Deutschland und auf ein Zurückstellen ihrer eigensüchtigen Bestrebungen zu rechnen, wenigstens nur so lange, als das deutsche Volk im Daseinskampf stand. Es war ein weiterer Fehler, ein Gesetz wie das Hilfsdienstgesetz einem Manne von der Gedankenrichtung des Reichskanzlers v. Bethmann anzuvertrauen.

Gewiß war ich dafür, daß alle Machtmittel des Staates, auch

*) Ernst Horneffer, Erkenntnis. Kassel 1920.

militärische, entschlossen und rücksichtslos da einzusetzen seien, wo es die Rettung und das Ansehen des Staates und die Rücksicht auf die schwer ringende Armee erforderten. Aber ich war von der Anwendung militärischer Machtmittel im Innern durchaus kein Freund. Das war unter dem „fluchwürdigen alten Regime" etwas zu Außerordentliches, als daß ich als bewußter Sohn der Regierungsform, wie sie von Bismarck geschaffen war, leichten Herzens daran gedacht hätte.

Ich richtete mein Augenmerk auf die Festigung des Volksgeistes, sobald ich erkannt hatte, wie es um diesen bestellt war. Die O. H. L. packte diese Frage an dem gegebenen Ende an. Sie bat den Reichskanzler v. Bethmann und später die anderen Kriegsreichskanzler, wirkliche Führer des ganzen Volkes zu sein, es über den Ernst der Lage aufzuklären, die Leitung der öffentlichen Meinung und der Presse in die Hand zu nehmen, dem Volke starken Kriegswillen und Siegfreudigkeit zu geben und kraftvoll gegen die feindliche Propaganda aufzutreten und selbst solche zu treiben.

Die O. H. L. hat den Reichskanzler auf alle schweren Schäden hingewiesen, die sich im Laufe des Krieges entwickelt hatten, und auf Abhilfe gedrungen. Namentlich hat sie die verderblichen Folgen des Hilfsdienstgesetzes in der Form, die es erhalten hatte, der unerhörten Preisbildung, der Arbeiterlöhne, der Kriegswirtschaft, des Wucher- und Schiebertums gezeigt. Sie hat ihn gedrängt, mit allen Machtmitteln des Staates dagegen, gegen die Fahnenflüchtigen und gegen die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie einzuschreiten, den Gesandten des bolschewistischen Rußlands von Berlin fernzuhalten und seinen Verkehr mit jenen Führern zu unterbinden.

Sie hat nach dieser Richtung hin nichts unterlassen.

Es war ein besonderes Verhängnis, daß sie bei ihrem Amtsantritt glaubte, in dem Reichskanzler einen Mitarbeiter zu haben, und daß sie nicht im August 1916 auf seine Amtsenthebung drang. Sobald sie aber die ganze Unfähigkeit des Reichskanzlers v. Bethmann, das Volk in diesem Kriege zu leiten und dem Kriege zu dienen, erkannt hatte, hat sie Seine Majestät den Kaiser über das

verderbliche Wirken des Reichskanzlers aufgeklärt und ihm als einzige mögliche Nachfolger Großadmiral v. Tirpitz und Fürst v. Bülow vorgeschlagen. Sie hat schließlich Seiner Majestät ihre Stellung zur Verfügung gestellt, falls dieser unheilvolle Mann nicht entlassen würde, weil mit ihm der Krieg nicht zu gewinnen, nur zu verlieren sei.

Der vaterländische Unterricht war nur ein Notbehelf, da etwas Ganzes vom Reichskanzler nicht zu erreichen war. Sollte die O. H. L. zusehen, wie internationales, pazifistisches, defaitistisches Denken und die sozialdemokratische Werbetätigkeit gegen Vaterland und Krieg das Volk und Heer unterwühlten? Sollte sie die Vaterlandspartei, mit der sie nichts zu tun hatte und die der Kriegführung Kraft zuführen wollte, verdammen, sie, die im ganzen Lande so wenig Unterstützung fand? War denn der Gedanke der Einheitsfront und des Burgfriedens nur dazu da, um Defaitismus großzuziehen und Parteisuppen zu kochen?

Die Tätigkeit des Kriegspresseamtes wurde vom Reichskanzler nicht unterstützt, im Gegenteil zu der Führung seiner Politik mißbraucht. Das Kriegspresseamt selbst fühlte deren Schädlichkeit in vollem Umfange, ließ sich aber durch die Angriffe der Demokratie aller Schattierungen, die sich als vergewaltigt hinstellte, vollständig in die Verteidigung drängen. Es betonte immer wieder den „Burgfrieden"; da dieser aber nur der Macht der linken Parteien diente, so gewannen diese von der Haltung des Kriegspresseamtes gegen dessen Willen Vorteile. Hierin liegt eine Belastung der O. H. L., allerdings anderer Art, als oft angenommen wird.

Es kann nur wiederholt werden, daß die O. H. L. zunächst alles tat, um von der Politik das zu erlangen, was die Kriegführung brauchte, um eine erfolgreiche Beendigung des Krieges sicherzustellen. Ja, sie übernahm mit Zustimmung des Reichskanzlers Aufgaben, die ihr dem innersten Wesen nach fern lagen. So war es z. B. mit der Leitung des Kriegspresseamts gewesen, das nicht ihr zu unterstellen war. So war es mit der Unterstellung des Untersuchungsrichters gegen bolschewistische Umtriebe. Die politischen Stellen weigerten sich aus Furcht vor dem Reichstage, Aufgaben zu

übernehmen, deren Erfüllung ihnen oblag. So mußte die O. H. L. in die Schranken treten. Heer und Volk sollten nicht leiden, wenn die Politik vollständig ihre Aufgabe verkannte und dem Kriege nicht geben wollte, was er mit äußerster Folgerichtigkeit beanspruchte. Nun meint man, die O. H. L. habe selbst, durch ihre Heeresberichte, dem Volksgeist geschadet, das Volk jedenfalls nicht genügend auf den unglücklichen Endausgang vorbereitet. In die Heeresberichte wurde das aufgenommen, was auch der Feind lesen konnte. Sie waren bereits derart abgefaßt, daß mich der Vertreter der O. H. L. beim k. u. k. Oberkommando bat, mich bei Rückschlägen weniger scharf auszudrücken. Vor allem sollten aber die Berichte den Leistungen der Truppe gerecht werden, für die sie an erster Stelle bestimmt waren. Sie waren stets einwandfrei wahr. Nicht durch die Heeresberichte konnte die Aufklärung des Volkes bewirkt werden, sondern allein durch den Reichskanzler*). Er leitete die Politik und mußte nach der Marneschlacht 1914 dem Volk das Wesen und die Gestalt des Krieges zeigen, in dem es stand. Ein einseitiges Vorgehen der O. H. L. war nicht denkbar, es konnte nur zu leicht nach außen und innen verwirrend wirken.

In der Zeit, als Graf Hertling Reichskanzler war, ließ das Ringen der Kriegführung mit der Politik zur Herbeiführung des Sieges nach, weil sie doch nichts von ihm erhielt. Die Politik des dritten Kriegsreichskanzlers war nicht besser als die des ersten. Bei der sich bessernden Kriegslage an der Front hoffte damals jedoch die Kriegführung, gegen die Politik und gegen den international-pazifistisch-defaitistisch denkenden Teil des Volkes den Krieg zu gewinnen. Das stellte sich aber als ein schwerer Irrtum heraus, und insofern war es ein Fehler, daß die O. H. L. — trotz persönlicher Verehrung — nicht auf schnellsten Ersatz dieses Reichskanzlers durch eine vollkräftige Persönlichkeit drang.

In dem Ringen der Kriegführung mit der Politik traf die

---

*) Es ist nicht ohne Reiz und Bedeutung, die Heeresberichte der O. H. L. mit den Mitteilungen zu vergleichen, die von der Regierung der „Deutschen Republik" gelegentlich der revolutionären Aufstände im Innern Deutschlands und über die Verhandlungen mit unseren Feinden gemacht worden sind.

Krone keine Entscheidung. Seine Majestät der Kaiser, von seiner nächsten Umgebung lange Zeit allein im Sinne des Reichskanzlers beeinflußt, ließ ihm im Innern vollständig freie Hand. Die O. H. L. erkannte dies. So wurde es letzten Endes die Schuld der O. H. L., nicht zur Rettung des Staates und der Monarchie mit deren Zustimmung die Diktatur ergriffen und die unfähige Regierung ersetzt zu haben.

Das Gesamtergebnis des Verhältnisses der inneren Politik zur Kriegführung ist ein vollständiges Versagen der Politik. Ihr, nicht der Kriegführung, fehlte jeder Blick und Wille, jegliche Welt- und Menschenkenntnis. Wenn sie es jetzt anders darstellt, so ist die Absicht nur zu leicht zu durchschauen.

Die Politik schuf und ließ im Lande selbst Verhältnisse zu, die schwere Gefahren für die Kriegführung zeitigten. Es kam dahin, daß die Anforderungen, die dieser Daseinskampf nun doch einmal mit zwingender Gewalt stellte und die sich mit der Länge des Krieges immerzu steigerten, nur widerstrebend oder gar nicht erfüllt und im Volk so als Überspannung der Kraft empfunden wurden. Es kam dahin, daß Fahnenflüchtige in der Heimat jedwede Unterstützung fanden und daß deutsche und fremdstämmige Männer innerhalb unserer Grenzen unsere Niederlage ebenso erstrebten wie der Feind vor unseren Fronten, daß sie zu ausgesprochenen Bundesgenossen der Feinde, also zu Volksfeinden, wurden.

Hierzu trat, daß diese innere Politik bei dem Feinde, wie vor dem Kriege kriegsanregend, jetzt kriegsverlängernd wirken mußte.

Am 19. Juni 1917 schrieb Generalfeldmarschall v. Hindenburg an den Reichskanzler:

„Die Gefahren werden sicher von klardenkenden Leuten unter unseren Feinden erkannt. Wenn sie trotzdem — ich denke dabei vor allem an England, Frankreich und die Vereinigten Staaten — für die Fortsetzung des Krieges sind, so rechnen sie darauf, daß der Zusammenbruch Deutschlands und seiner Bundesgenossen vor dem eigenen erfolgt. Diesen Zusammenbruch erhoffen sie vielleicht militärisch durch einen Sieg zu Lande herbeizuführen; vor allem aber erwarten sie ihn in wirtschaftlicher und innerpolitischer Beziehung, d. h. durch Ernährungsschwierigkeiten und Rohstoffmangel, durch Uneinigkeit, Unzufriedenheit und den Sieg der deutschen radikalen Sozialdemokratie. Sie gründen sich dabei auf das

Nachlassen unserer inneren Widerstandskraft, auf das Anwachsen internationaler Strömungen, auf unsere Ernährungslage und auf unsere, leider von vielen Stellen laut verkündete Friedenssehnsucht.

„Solange unsere Feinde an diesen Hoffnungen festhalten, werden sie hartnäckig den Krieg fortsetzen, denn der Unterschied, der besonders für unsere westlichen Gegner beim Friedensschluß darin besteht, ob Deutschland zusammengebrochen ist oder nicht, ist ungeheuer. Nur von einem am Boden liegenden Deutschland kann England die Erfüllung seiner wichtigsten Kriegsziele — Aufrechterhaltung der Seeherrschaft durch Ausscheiden der U-Boote als Kriegs- und Handelsmittel, Zerstörung der deutschen Wirtschaftskonkurrenz — und Frankreich einen Frieden, der der nationalen Eitelkeit Genüge tut, erreichen. Sie werden daher — solange sie einen baldigen Zusammenbruch bei uns erwarten — Hungersnöte überstehen und ein allmähliches Abflauen der Schärfe des Krieges auf sich nehmen."

Im Frühjahr 1918 sprach sich ein einsichtsvoller Ententepolitiker, wie folgt, aus:

„Es ist heute in London und Paris eine allgemeine und grundlegende Auffassung unter den führenden Staatsmännern der Entente, daß die deutsche Armee an der Westfront nie rein militärisch zu besiegen ist. Aber klar ist es trotzdem jedem, daß die Entente siegen wird, und zwar wegen der inneren Verhältnisse in Deutschland und den Zentralmächten, die zum Sturz des Kaisertums führen werden. Spätestens im Herbst dieses Jahres wird die Revolution in Deutschland ausbrechen. Es ist uns vollständig klar, daß in Deutschland einflußreiche Kräfte sind, für die es nichts Schlimmeres gibt als einen militärischen Sieg Ludendorffs."

Die schwächliche innere Politik des Reichskanzlers, das Denken und Wollen der Mehrheitsparteien und der Unabhängigen Sozialdemokratie wirkten auf das Heer selbst ein, dessen kriegerische Tugenden dadurch gemindert wurden. Daß dies eine Folge der Verschlechterung des Volksgeistes und der darauf hinzielenden Propaganda sein mußte, versteht sich bei der engen Wechselwirkung zwischen Volk und Heer von selbst. Unzählige Kanäle führten von dem einen zum andern. Gewiß wirkte auch der Krieg selbst in seiner Länge und in seinen Begleiterscheinungen unmittelbar auf den Geist des Heeres und namentlich auf die Mannszucht nachteilig ein. Das steht unzweifelhaft fest und ist für den Soldaten eine ernste Mahnung. Es geschah auch hier nicht alles, um den kriegerischen Geist festzuhalten. Aber wir haben es doch bei der Betonung aller Fehler mit sehr starken Übertreibungen zu tun. Insonderheit sind die Angaben, die den Offizier verunglimpfen

und ihm die Schuld an der Verschlechterung des Geistes im Heere zusprechen, falsch oder auf unrichtige Voraussetzungen bezogen. So konnte z. B. der junge Kriegsoffizier als Kompagnieführer unmöglich das leisten, wie unsere in der sozialen Tradition unseres Heeres alt gewordenen Kompagniechefs. Wie die Entente gegen den deutschen Militarismus kämpfte, weil er ihr am gefährlichsten war, so kämpften Sozialdemokraten, Demokraten und teilweise das Zentrum, wie wir es bereits in der „Zaberndebatte" gesehen haben, erst recht die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gegen den Offizier. Sie haßten ihn unwillkürlich und erblickten in ihm die Stärke des Staates, den sie schwächen oder umstürzen wollten. Daran sollte man sich erinnern, wenn man sich für berechtigt hält, aus nicht genug zu verurteilenden und nicht streng genug zu ahndenden Einzelfällen zu verallgemeinern.

Bedenklich war es, daß die Offiziere zum großen Teil von den Mannschaften nicht mehr das für ihre Person beanspruchten, was sie der Mannszucht schuldig waren und zu ihrem eigenen Ansehen verlangen mußten. Verhängnisvoll wirkte es, daß die militärische Rechtsprechung ganz unter dem Einfluß des unklaren Denkens der Heimat stand, die fortwährend auf Straferlaß drang und die Militärstrafgesetze milderte, während sie der Feind verschärfte. Sie konnte sich nicht zu schweren Strafen, geschweige denn zur Verhängung der Todesstrafe entschließen*).

Schwerwiegend war es, daß die Stellung der Unteroffiziere erschüttert wurde. Das lag zum Teil in äußeren Verhältnissen, wie dem engen Zusammenleben mit der Mannschaft; aber anderseits muß ausgesprochen werden, daß zu wenig geschah, um das Ansehen des Unteroffiziers in der Truppe und den Stäben zu festigen. Auch war die Auswahl nicht immer glücklich.

Einer besonderen Kennzeichnung bedürfen die schlechten Löhnungsverhältnisse des Heeres. Sie waren eine Unnatur. Diese wurde noch gesteigert durch die nicht zu verantwortenden Folgen

*) Viele Vergehen wurden allein mit der Absicht begangen, eine Bestrafung hervorzurufen, die den Betroffenen aus dem feindlichen Feuer fernhielt. Es kam dahin, daß die O. H. L. Bestrafte im feindlichen Feuer arbeiten ließ.

des Hindenburgprogramms, die die großen Unterschiede zwischen Soldatensold und Arbeiterlohn zunächst in der Heimat scharf hervortreten ließen. Dadurch, daß viele Stellen der Etappe, um Mannschaften für die Front zu gewinnen, mit Hilfsdienstpflichtigen besetzt wurden, traten diese Mißstände auch unmittelbar im Rücken des Heeres hervor. Die Gesamtwirkung war bei den Ersatztruppenteilen und der Etappe Steigerung der Unzufriedenheit. Es bleibt ein Ruhmesblatt der fechtenden Truppe, daß bei ihr schließlich auch dies nicht ausschlaggebend war.

Einer Erwähnung bedarf noch die Handhabung der Reklamationen durch die militärischen Dienststellen der Heimat. Vieles hätte dort besser sein müssen. Die Ungerechtigkeiten, die hierbei vorkamen, sind nicht zu entschuldigen. Sie sind aber nicht allein den militärischen Dienststellen, sondern vornehmlich anderen Behörden und Arbeitgebern oder auch politischen Stellen zur Last zu legen. Der Mißmut, den sie erregten, saß namentlich bei den fechtenden Truppen, die die Last des Krieges zu tragen hatten und über eine solche Günstlingswirtschaft erbittert wurden.

Betrachtet man die Verschlechterung des Geistes in der Heimat und im Heere getrennt voneinander, so kann das Urteil nur dahin gehen, daß der Geist des Heeres zu einer Zeit noch fest war, als der Volksgeist schon im Abnehmen begriffen war.

Das war eine natürliche Folge der Zustände in Heer und Volk: soweit das Heer in Betracht kam, das Verdienst des Offizierkorps, vorzugsweise des aktiven Offizierkorps; soweit das Volk in Betracht kam, die Schuld der Regierung und der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokratie. Diese Abstufung blieb bestehen, als der Geist auch im Heere nachgab und im Volke sich weiter minderte.

Von einer nennenswerten Verschlechterung des Volksgeistes aus dem Heere selbst heraus kann nicht die Rede sein. Dagegen ist unzweifelhaft, daß der Volksgeist zerstörend auf das Heer eingewirkt hat, was dann wieder auf die Heimat zurückgeschlagen haben kann. Die Minderung der kriegerischen Tugenden lag in ihrer Wirkung in der gleichen Richtung wie die des Volksgeistes in

der Heimat. Das Gefühl der Überspannung trat auch bei der Truppe ein, das sich ebenfalls in der Verringerung der Widerstandsfähigkeit äußerte.

Ich gebe hierüber folgende Stelle aus meinen Kriegserinnerungen:

„Zweifellos brauchte die Kriegführung die Mitarbeit der Regierung, um die Wirkung der militärischen Erfolge zu vertiefen. Aber die Waffe sprach doch das letzte Wort. Darüber bestand kein Zweifel. Kannte man wirklich den Vernichtungswillen des Feindes so wenig, kannte man nicht die Psyche und die Reden eines Lloyd George und Clemenceau? Wozu noch ein Kampf, wenn er doch nicht mehr nötig ist, um den Krieg zu gewinnen oder einer Niederlage vorzubeugen? Machte man sich denn gar keine Vorstellung von der Gemütsstimmung des Mannes, der von seinem häuslichen Getriebe hinweg, hinweg von Frau und Kind und gutem Verdienst hinausziehen sollte in Not und Gefahr, wenn es doch nutzlos war? Konnte man nicht den Mann verstehen, der in dunkler Nacht allein über verschlammtes Trichtergelände hinweg sich in steter Lebensgefahr nach vorn durcharbeiten mußte, wo ihn die Hölle erwartete, oder der morgen den langersehnten Urlaub hatte und heute noch kämpfen, vielleicht sterben mußte? Weltbeglückende Ideen wurden erdacht, weit schweiften die Gedanken in die Zukunft, und die harte vorhandene Wirklichkeit wurde vergessen. Der Gewissensnot des Soldaten, der sein Leben hinzugeben hatte, erinnerte man sich nicht."

Und:

„So wurde in dem Reichstage, in der Presse, an allen Orten zu unserem müden Volke und zum Soldaten gesprochen, von dem die Oberste Heeresleitung für das Vaterland den Einsatz seines Lebens auf dem Schlachtfelde verlangen mußte. Sollten unter diesen Einflüssen weiche Naturen stark werden? War es zu erwarten, daß verwahrloste Jugendliche, die, in den letzten Jahren ohne elterliche Zucht im politischen Parteigetriebe und im Lebenstaumel aufgewachsen, sehr viel verdient hatten und nun nach kurzer Dienstzeit zur Truppe kamen, oder unruhig gesinnte Männer nach Ablauf ihrer Reklamation Soldaten würden, die für König und Vaterland hingebungsvoll kämpften? Lag nicht der Gedanke viel näher, daß sie alle nur an die Erhaltung ihres Lebens dachten? War nicht anzunehmen, daß jene Eindrücke auf weniger gefestigte Charaktere verderblich einwirken würden, namentlich in Stunden der Not, wo menschliche Schwächen sich hervordrängten?"

Ich setze heute hinzu:

„Konnte man von einem Manne volle Hingabe verlangen, dem man sagte, daß ein deutscher Sieg für seine Partei nicht nützlich sei, oder daß er ein Narr sei, wenn er an den Sieg Deutschlands glaube?"

Als ich meine Kriegserinnerungen schrieb, war mir auch der Umfang des internationalen, pazifistischen und defaitistischen Denkens der Heimat, aber auch die Wühlarbeit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unmittelbar im Heere nicht derartig bekannt wie heute.

Ich würde sonst auch noch gefragt haben:

„Was ist von einem Soldaten zu erwarten, dem man sagt, seine Aufgabe sei, zur Erreichung der Diktatur des Proletariats, dem er angehöre, den Krieg durch Streik und Gewalt zu beendigen? was von Fahnenflüchtigen, die nur durch den Umsturz schweren Strafen sich entziehen konnten?"

Die Minderung der kriegerischen Tugenden zeigte sich, wie es in der Natur der Sache liegt, in ihrer Wirkung am frühesten bei der Marine, in der es schon im Sommer 1917 zu schweren Meutereien kam und deren Geist sich seitdem nicht wieder erholte, wie z. B. in der französischen Armee nach den Erscheinungen des Sommers 1917 infolge rücksichtslosen Eingreifens einer starken Regierung. Beim Landheer verschlechterte sich der Geist in den Ersatzbataillonen schon frühzeitig erheblich, wenn auch für die O. H. L. nicht erkennbar. Auch in Lazaretten setzte die Wühlarbeit erfolgreich ein. Im Feldheer war sie von 1917 an fühlbar. Den Geist der Widersetzung, der Kriegs- und Kampffeindlichkeit brachte in besonderem Maße der Jahrgang der 19jährigen mit, die im Frühjahr 1918 in das Feldheer eingestellt wurden. Später fanden bei dem starken Bedarf an Ersatz zahlreiche Einstellungen bisher reklamierter Arbeiter statt, die den gleichen Geist mitbrachten. Es wird besonders von demokratischer Seite getadelt, daß auffässige und revolutionäre Arbeiter aus den Fabriken auf dem Wege der sogenannten Strafversetzung zum Feldheere kamen. Dieser Tadel ist gewiß richtig. Wo aber sollten diese Leute bleiben, da sie in der Heimat dank dem Einflusse der Mehrheitsparteien nicht unschädlich gemacht wurden und zufolge unserer Rechtsanschauung sich frei betätigen konnten?

Scharf zeigte sich das Nachlassen der Mannszucht und aller kriegerischen Tugenden im Jahre 1918 bei den Ersatznachschüben aus der Heimat nach der Front und in den Urlauberzügen. Es

kam oft zu den schwersten Ausschreitungen. Von den Nachschüben verkrümelten sich sehr starke Teile vor dem Eintreffen auf dem Kriegsschauplatz. Auch der Geist in den Rekrutendepots wurde schlechter, namentlich in dem Lager von Beverloo, wohin auch Mannschaften aus dem Osten und deutsche Gefangene aus Rußland kamen, die infolge des Friedensschlusses in Brest-Litowsk zurückkehrten. Im besetzten Gebiet Rußlands verfiel die Truppe dem Geist unabhängig-sozialdemokratischer und russisch-reinbolschewistischer Propaganda. Auch in der russischen Gefangenschaft hatte sie teilweise gelitten.

Die verminderte Widerstandsfähigkeit an der Kampffront offenbarte sich naturgemäß mehr in der Verteidigung als im Angriff. Auch das ist eine Erscheinung, die nicht überall verstanden wird, obschon sie recht einfach ist. Die Einwirkungen auf Leib und Seele sind bei dem Angriff ganz anders als bei der Verteidigung. In dem Angriff liegt das Gefühl der Stärke, in der Verteidigung das der Schwäche. Selbstverständlich wird eine Truppe, deren Geist bereits gelitten hat, sofern sie überhaupt noch kampffähig ist, nur dann vorgehen, wenn man ihr durch starke artilleristische Vorbereitung oder sonstige Kampfmittel die Gewähr eines Erfolges verschafft hat. Sie wird aber ihre Aufgabe eher erfüllen, als in der Verteidigung unter der Wirkung lang anhaltenden feindlichen Artilleriefeuers. Schwankende Gemüter schließen sich dem Angriff an, in der Verteidigung weichen sie nach rückwärts aus.

Wir haben im Frühjahr 1918 im Angriff den Feind geschlagen und uns den Franzosen und Engländern überlegen gezeigt. Wir hätten die Erfolge weiter ausbauen können, wenn der Mann mehr in Zucht und in der Hand des Offiziers und dieser mehr der Herr des Mannes gewesen wäre. Als wir dann in die Verteidigung geworfen wurden und der Rückzug begann, trat an vielen Stellen, aber nicht im gesamten Heere, das Sinken der kriegerischen Tugenden offensichtlicher hervor. Verringerung der Widerstandsfähigkeit bis zum Verzicht auf jeden Kampf, Zunahme der Drückebergerei, der Fahnenflucht und große Gefangenenzahlen waren die Folge. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß alle in Ge-

fangenschaft geratenen die schlechtesten Soldaten waren. Sehr häufig waren es die besten. Die schlechtesten gingen nach hinten davon, vorn hielten die guten aus, wurden umgangen und gefangen.

Die zahlenmäßige Schwächung des Heeres durch unblutige, also ungerechtfertigte und von den geschilderten Ursachen hervorgerufene Abgänge nahm zu. Unmittelbar schwächend wirkten noch andere Erscheinungen, die sich alle aufs Gleiche, das Sinken des Volksgeistes, zurückführen lassen. So wurde in den Fabriken der Heimat seitens der Arbeiter die Arbeitsleistung planmäßig gemindert, um möglichst zahlreiche Arbeiter in der Heimat festzuhalten und damit ihre Einziehung in das Heer zu verhindern.

Die Gefangenenzahlen gingen in die Hunderttausende.

Eine Schätzung der Höhe des Abganges an Fahnenflüchtigen und Drückebergern ist schwer anzustellen. Nach einer mir zugegangenen Meldung sollen sich in Holland 1918 rund 40 000 Fahnenflüchtige befunden haben. Diese Zahl nachzuprüfen, ist mir unmöglich. Man wird aber nicht zu hoch greifen, wenn man die Zahl der Fahnenflüchtigen und Drückeberger in ihrer Gesamtheit mit einigen hunderttausend Mann berechnet, einschließlich derer, die im Oktober 1918 nicht mehr vom Urlaub zurückkehrten. Unter den Fahnenflüchtigen befanden sich sehr viele Elsaß-Lothringer. Besonders schwerwiegend war es, daß die meisten Drückeberger und Fahnenflüchtigen der Infanterie angehörten, die die Schwere des Kampfes zu tragen hatte.

Wäre durch den Volksgeist auch nur ein Teil dieses Abganges dem Heere erhalten worden, so hätte sich das Fehlen von Ersatz aus der Heimat nicht so fühlbar gemacht. Unsere Truppen wären in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 stärker gewesen, als es tatsächlich der Fall war. Wir hätten auch trotz dem Mangel an Ersatz nicht so viele Divisionen aufzulösen brauchen, die Divisionen wären länger in der Kampffront, daher andere länger in der Ruhe verblieben. Die Truppe wäre nicht so überaus stark beansprucht worden.

Wir sehen also hier, wie sich das Sinken des Volksgeistes un-

mittelbar an der Front auswirkt, in der Minderung des inneren Gehalts und der zahlenmäßigen Stärke der Truppen. Daß auch andere Ursachen hierbei mitsprechen, wie der natürliche Abgang, eine starke körperliche Erschöpfung der Truppen, die auch eine starke seelische im Gefolge haben muß, und die allein aus der Kriegslage entsprang, kann nur hervorgehoben werden. Sie ändern übrigens an dem schlimmen Einfluß des Volksgeistes nichts, sondern treten nur zu ihm hinzu. Sie sind als unvermeidliche Erscheinungen eines Krieges anzusehen, bei dem der feindliche Wille ein so gewichtiges Wort mitspricht. Die Forderung der Kriegführung an die Politik, den Volksgeist hochzuhalten, war deshalb nur um so berechtigter. Wenn trotz der Vernachlässigung des Volksgeistes und der Minderung der kriegerischen Tugenden im Heer noch eine gewaltige Kraft zurückblieb, so erhöht dies den Ruhm der alten deutschen Armee, die selbst diese Belastung ertrug und kampffähig blieb, so daß auch feindliche Staatsmänner den Ausgang des Krieges als auf der Messerschneide stehend bezeichneten.

Wie anders würden sich die Verhältnisse gestaltet haben, wenn die Politik und das Volk in seiner Gesamtheit die Kriegführung auch nur annähernd so unterstützt hätten, wie sie es erstrebt hat*).

*) Unter der Aufschrift „Die Revolutionierung der österreichischen Armee im Kriege" bringen die „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 19. Juli 1921 folgende Mitteilung:

„Interessante Aufklärungen über die Art, in der die innere Zersetzung und Revolutionierung der österreichischen Armee vorbereitet und durchgeführt wurde, erhält man aus den eben erschienenen Memoiren des früheren Leiters des österreichischen Heerwesens und sozialdemokratischen Abgeordneten Julius Deutsch. Er rühmt sich offen, wie ihm seine Stellung im Kriegsministerium die Kenntnis wichtiger Maßnahmen verschafft habe, die er für die sozialdemokratische Partei ausgenützt habe. Bei Tag sei er als Offizier im Kriegsministerium, nachts — ohne auch nur die Uniform abzulegen — in den Vertrauensmännerversammlungen der Partei tätig gewesen. Er hatte es sich im Amte so eingerichtet, daß die amtlichen Meldungen, die sonst nur an die Abteilungsvorstände gingen, auch in seine Hände gelangten. Sobald er eine wichtige Nachricht bekam, eilte er damit zu Otto Bauer (dem späteren revolutionären Bundeskanzler), der damals im gleichen Hause wie Deutsch in der kriegswissenschaftlichen Abteilung des österreichischen Kriegsministeriums arbeitete.

„Zusammen berieten beide sorgsam jeden Situationsbericht. Deutsch begann, als er aus den Nachrichten, die durch seine Hand liefen, sich überzeugte, daß

B. Kriegführung und Wirtschaftspolitik.

Mißstände der Kriegswirtschaft. — Kriegführung und Kriegswirtschaft. — Einfluß der Kriegswirtschaft auf Operationen, — auf einzelne Kriegshandlungen. — Heeresversorgung und Volksversorgung. — Versorgung Deutschlands und der Verbündeten. — Verkennen der Lage durch den Reichskanzler und den Reichstag. — Wirtschaft und Kriegsausgang.

Ich sehe davon ab, Volkswirtschaft und Kriegführung ausführlicher zu behandeln, trotzdem die Beziehungen zwischen beiden Bereichen nicht minder eng sind als die zwischen der inneren und äußeren Politik und der Kriegführung.

Wir alle wissen, wie groß die Not in unserem Lande war, und daß sie an unserer Volkskraft zehrte. Diese Not wurde nun durch Volksgenossen, die aus ihr ein Geschäft machten, und durch die Politik vermehrt. Ich habe kurz gezeigt, wie namentlich die Rücksicht auf die Sozialdemokratie die Wirtschaftspolitik beeinflußt hat, und widerstehe der Versuchung, noch eingehender die Frage zu erörtern, inwieweit die Volkswirtschaft durch den verhängnisvollen Einfluß der inneren Politik geschädigt worden ist. Es genügt für diesen Abriß, wenn ich nochmals auf die Schäden hinweise, die die Kriegszwangswirtschaft, die Kriegsgesellschaften, die eigenartigen Preisbildungen, die Kriegsgewinnler, Wucherer

---

der Umwälzungsplan weit genug fortgeschritten war, sich nach Vertrauensmännern in den Kasernen (darunter auch Offiziere) umzusehen: bald hatte er es erreicht, daß kein Befehl, kein wichtigeres Schriftstück abgefertigt werden konnte, ohne auf dem kürzesten Wege zu seiner Kenntnis zu gelangen. Als sein nächstes Ziel betrachtete es Deutsch, einzelne Formationen soweit zu bringen, daß sie nicht mehr den Befehlen ihrer Vorgesetzten, sondern den Weisungen seiner Vertrauensleute folgten.

„Als es dann zur Revolution kam, waren die Soldatenräte das wichtigste Werkzeug zur völligen Auflösung der Armee; während sie angeblich nur eine Beschwerdekommission der Mannschaft sein sollten, waren sie in Wirklichkeit überall die tatsächlich entscheidenden Männer, die die völlige Auflösung des Heeres vollzogen. Die Sozialdemokratie hat also in Österreich nach dem eigenen Zeugnis des Deutsch genau wie bei uns durch planmäßiges Zerrütten der Disziplin und des Vaterlandsgedankens die Zerstörung der Armee und damit des Staates herbeigeführt."

Das Buch habe ich für diesen Abriß nicht mehr bearbeiten können.

und Schieber dem Volksgeist und schließlich der Kriegswirtschaft verursacht haben, ohne daß der Reichskanzler dagegen einschritt.

Aber auch die Kriegswirtschaft selbst wurde dadurch in ihrer Leistungsfähigkeit schwer getroffen; das erschwerte wiederum unsere Notlage und verschärfte damit den Druck auf den Volksgeist.

Über die Kriegswirtschaft selbst nähere Angaben zu machen, muß ich Berufeneren überlassen. Ich begrüße, daß Fachmänner es übernehmen, ein vielbändiges Werk über die Kriegswirtschaft zu schreiben*). Ich hoffe aber, daß sie es nicht unterlassen werden, dabei immer wieder auf die Auswirkung wirtschaftlicher Maßnahmen auf Volksgeist und Kriegführung und auf ihre Beeinflussung durch Innen- und Außenpolitik oder auch auf ihre Einwirkung auf diese einzugehen. Nur dann wird ihr Werk zu einem lebendigen und zu einem Lehrbuch für die Zukunft, wenn alle Zusammenhänge auch auf diesem Gebiet lückenlos klargelegt werden.

Die Blockierung Deutschlands durch die Entente, die mangelnde Fürsorge für eine wirtschaftliche Mobilmachung, die Unentschlossenheit, spätestens nach der Marneschlacht 1914 bewußt Kriegswirtschaft für einen langen Krieg zu führen, waren die Ursache für die überaus ernste Wirtschaftslage der Mittelmächte. Die Schwierigkeiten wurden dadurch vermehrt, daß wir und unsere Verbündeten nicht alle Rohstoffe oder nicht in genügender Menge hervorbringen konnten, die wir zur Kriegführung und zur Erhaltung der Heere und des Volkes brauchten. Wir hätten den Krieg schon im Jahre 1914 verloren, falls wir Ostpreußen und Oberschlesien damals den Russen überlassen mußten, wenn es dem Feind im Westen gelungen wäre, das lothringische oder das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu besetzen, oder der englischen Flotte, uns in der Ostsee die Eisenzufuhr aus Schweden abzuschneiden. Wir konnten trotz der Blockade eine Reihe von Jahren wirtschaftlich durchhalten — hier sei dieses Wort gestattet, weil es sich um die tote Masse handelt —, weil wir in den beiden ersten Kriegsjahren im Osten und im Westen

*) Die deutsche Heereswirtschaft während des Weltkrieges, ihre volkswirtschaftlichen Voraussetzungen und Wirkungen. Herausgegeben von M. Sering, Universitätsprofessor.

weite und zum Teil sehr reiche Gebiete verschiedener wirtschaftlicher Bedeutung besetzt hatten. Sie lieferten uns Rohstoffe aller Art und Verpflegungsmittel. Auch blieben wir in Verbindung mit Schweden.

Auf die Dauer zehrten wir an unseren Friedensbeständen, und die Erträgnisse der Landwirtschaft wurden schlechter. Im Herbst 1916 wurde die Eroberung der Walachei eine Lebensnotwendigkeit: wir mußten die Lebensmittel und Motorbetriebsstoffe erhalten, die uns durch die Kriegserklärung Rumäniens entzogen waren. Im Jahre 1918 mußten wir in die Ukraine und noch darüber hinaus gehen, weil uns wiederum Lebensmittel und Motorbetriebsstoffe fehlten, da Rumänien eine Mißernte hatte und im Verein mit Galizien nicht genügend Öl liefern konnte.

Die Wirtschaftslage hat demnach unsere Operationen entscheidend beeinflußt und teilweise in bestimmte Bahnen gelenkt. Der Wunsch, den Feind in seinem wirtschaftlichen Leben kriegsentscheidend zu treffen, hat eine Zeitlang sogar die Gesamtkriegführung geleitet und gekennzeichnet. Im Frühjahr 1917 verteidigten wir die Landfronten und griffen allein zur See mit den U-Booten an.

Ebenso zwingend beeinflußte die Rücksicht auf wirtschaftliche Verhältnisse bestimmte Kriegshandlungen.

Die Versorgung Deutschlands aus neutralen Ländern führte hier und da zu einer Beeinträchtigung des uneingeschränkten U-Bootkrieges.

Aus der Bedeutung besetzter Gebiete für die Kriegswirtschaft ergab sich zwangsläufig die Zerstörung industrieller Anlagen, Kohlenbergwerke usw. bei Rückzügen, um zu verhindern, daß der Feind mit seinem militärischen und politischen Gewinn auch noch wirtschaftliche Vorteile errang. So zerstörte England in Rumänien die gesamte Ölproduktion und hat uns damit die schwersten Nachteile bereitet.

Als im Herbst 1914 die Möglichkeit hervortrat, Oberschlesien den Russen überlassen zu müssen, traf der Oberbefehlshaber Ost in Verbindung mit dem stellvertretenden Generalkommando des

VI. Armeekorps in Breslau und den Bergbaubehörden Schlesiens Vorbereitungen zur Zerstörung der oberschlesischen Bergbau- und Industrieanlagen. Aus dem Verhalten verschiedener Stellen war zu entnehmen, daß sie die Notwendigkeit solcher Maßnahmen nicht einsahen. Da auch ihnen wohl der Staatszweck als das Höchststehende galt, so kann nur angenommen werden, daß sie die Kriegslage nicht überblickt — was an sich verständlich ist — und die Zusammenhänge zwischen Kriegführung und Volkswirtschaft nicht verstanden haben.

Nach entsprechenden Grundsätzen verfuhren wir auch in Frankreich bei dem Rückzug 1918, solange wir noch auf Fortsetzung des Krieges in das Jahr 1919 hinein rechnen konnten. Wir berücksichtigten aber bereits bei der Ausführung der Zerstörungen die mögliche Dauer des Krieges*).

Endlich wurde die Kriegführung unmittelbar dadurch getroffen, daß sie das Heer durch Abgabe von Mannschaften schwächen mußte, um die Volks- und Kriegswirtschaft daheim aufrechtzuerhalten. Im Frühjahr 1917 entließ ich z. B. 50 000 Mann zur Hebung der Kohlenförderung aus dem Heere.

Die Wirkungen der Kriegswirtschaft für die Kriegführung erstreckten sich bis zur Truppe. Die Verpflegung von Mann und Pferd war oft nicht vollwertig. Die Verpflegung war knapp und zu einseitig. Das Pferdefutter reichte bei weitem nicht aus. Die Leistungen von Mann und Pferd wurden geringer. Pferde und Betriebsstoffe fehlten. Kriegsgerät aller Art und die Betriebsstoffe waren zuweilen minderwertig, die Verkehrsmittel nicht voll leistungsfähig.

Die Verhältnisse wurden für die Kriegführung noch verwickelter, als Heereswirtschaft und Volkswirtschaft tatsächlich eins waren.

Ähnlich stand es um die Beziehungen der Heeres- und Volkswirtschaft Deutschlands zu der Heeres- und Volkswirtschaft der verbündeten Länder.

---

*) Bei den Zerstörungen in Frankreich 1917 waren strategische und taktische Gründe maßgebend. Die Angabe, die O. H. L. hätte das Abhauen von Obstbäumen und die Vergiftung der Brunnen befohlen, ist freie Erfindung. Es ist kein Brunnen vergiftet worden. Obstbäume wurden nur da abgehauen, wo dies aus taktischen Gründen nötig wurde.

In Bezug auf Verpflegung bildeten auf der einen Seite das deutsche Volk und sein Heer, auf der anderen Deutschland, seine Streitmacht und die verbündeten Länder und Heere schließlich doch nur einen Magen, der zu füllen war. Das Heer gab oft der Heimat und diese den Verbündeten.

Entsprechend lagen die Dinge auf vielen anderen Gebieten, z. B. auf dem Gebiete der Eisenbahnverkehrsmittel, der Kohle, der Motorbetriebsstoffe, der Versorgung des bulgarischen und türkischen Heeres mit Bekleidung und Kriegsgerät, Verbandzeug und Arzneimitteln gegen Lieferung von Rohstoffen durch Bulgarien und die Türkei zur Erhaltung unserer eigenen Volks- und Heereskraft.

So sah sich die O. H. L. genötigt, selbst oder auch durch den Generalquartiermeister, den Generalintendanten und den Chef des Feldeisenbahnwesens Kriegswirtschafts- und Verkehrsfragen an den politischen Stellen der Heimat und den militärischen und politischen Stellen der verbündeten Mächte zu behandeln.

Die fachtechnischen Stellen der Heimat zeigten dabei tiefe Einsicht; anders lag es aber bei den politischen. Hier war die Bedeutung der Kriegswirtschaft für die Kriegführung und damit für den Ausgang des Krieges nicht verstanden worden. Reichskanzler und Reichstagsmehrheit hielten andere Erwägungen für wichtiger.

Auch hier will ich nur kurz zwei Beispiele anführen:

In Belgien hatte die Arbeitslosigkeit und damit die Unsicherheit im Laufe des Jahres 1916 zugenommen. Es fehlte daselbst an Arbeitsgelegenheit. Diese fand sich sehr reichlich in Deutschland. Alle irgendwie in Betracht kommenden Stellen, auch der Reichskanzler, waren sich über die Notwendigkeit der Verwendung belgischer Arbeiter in Deutschland klar, und so erfolgte sie. Daß hierbei Ungeschicklichkeiten vorkamen, mag möglich sein. Sie haben aber mit dem Wesen der Sache an sich nichts zu tun. Es war durchaus vorauszusehen gewesen, daß die Entente mit ihrer gewohnten Hetze hiergegen einsetzen würde, so, wie es ihrem Nutzen entsprach. Sie zögerte damit keinen Augenblick, sie sprach sofort von

völkerrechtswidrigen „Deportationen". Die deutsche Regierung hatte nichts getan, dem vorzubeugen; so war scheinbar wieder das Unrecht auf unserer Seite. Die linken Parteien des Reichstags, und vor allem das Zentrum, hieben in die gleiche Kerbe und beteten das Wort „Deportationen" genau so nach wie später die Worte „Wiedergutmachung" und „Sanktion". Sie drangen darauf, daß die „Deportationen" eingestellt und rückgängig gemacht wurden, besonders, nachdem der Papst sich ins Mittel gelegt hatte. Dem wurde natürlich entsprochen; unsere Industrie hatte das Nachsehen, mit ihr die Kriegführung, die für die ausfallenden Belgier in schließlicher Auswirkung deutschen Heeresersatz stellen mußte. Der Feind hatte sein Ziel durch die deutsche Politik erreicht.

Das zweite Beispiel ist die Ukraine, wo wir im Geist echter deutscher Demokratie eine Verwaltung oder richtiger eine Vertretung schufen, die vollständig versagte und verhinderte, daß wir der großen wirtschaftlichen Vorteile teilhaftig wurden, die wir aus der Ukraine für Volkswirtschaft und Kriegführung ziehen konnten.

Man sieht, wie eng auch hier alles ineinander griff, und wie schließlich die Kriegführung immer wieder beteiligt war.

Es war eine natürliche Erscheinung, daß mit der Dauer des Krieges die ernsten Gefahren, die uns aus der Wirtschaftslage entsprangen, größer wurden. Die Vorräte nahmen dauernd ab, weil ihr Ersatz nicht möglich war. Das Fehlen von Rohstoffen machte sich für die militärische Kriegführung unmittelbar immer empfindlicher fühlbar. In der Heimat mußte die Not sich steigern und den Volksgeist drücken. Da dieser ohne jede Gegenwirkung schädlichen Einflüssen ausgesetzt war, so nahm seine Verschlechterung in noch viel ungünstigerem Verhältnis zu, als die Not schon an und für sich wuchs. Gerade in wirtschaftlicher Beziehung war der Vierbund eine belagerte Festung. Eine belagerte Festung muß fallen, wenn sie nicht entsetzt wird oder der Feind nicht ermattet und abzieht. An Entsatz von außen war nicht zu denken. Auch ist der Gedanke als unvereinbar mit dem Geist des Weltkrieges zurückzuweisen, daß der willensstarke und zielbewußte Gegner, dessen Kriegs-

wirtschaftsleben, im Gegensatz zu dem unsrigen, unberührt und voll leistungsfähig geblieben war, ermatten würde.

Die Kriegswirtschaftslage mußte mit der Zeit den Verlust des Krieges für den Vierbund hervorrufen. Man vergegenwärtige sich die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seit Kriegsbeginn, man denke an die ungenügenden Verpflegungsmengen, die für den einzelnen ausgeworfen waren, und lese schließlich die Ausführungen des ungarischen Ernährungsministers im Jahre 1918, Prinzen Ludwig Windischgrätz, über die erschreckende Notlage Österreichs in diesem Jahre, allerdings auch über das Unvermögen der Doppelmonarchie, in allen Gebietsteilen rücksichtslos durchzugreifen*).

Wir konnten dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nur entgehen, wenn wir zu Lande den Feind besiegten, die Blockade durch einen Frieden mit Rußland brachen und von ihm Rohstoffe erhielten oder die Kriegswirtschaft des Feindes dadurch schwächten, daß wir ihm mehr antaten, als was er uns mit der Blockade zufügte. Hierzu gab es nur den uneingeschränkten U-Bootkrieg. Die Bedeutung der Kriegswirtschaft für die Gesamtkriegführung wird noch einmal durch diese Feststellung in die richtige Beleuchtung gesetzt.

*) „Vom Roten zum Schwarzen Prinzen" von Ludwig Windischgrätz. Berlin 1920.

VII.

Die Kriegführung der Dritten Obersten Heeresleitung.

1. Einsetzen der Seestreitkräfte. Abwehr an den Landfronten im Herbst 1917. Die polnische Armee.

Möglichkeit eines Friedens. — Notwendigkeit, die Marine voll auszunutzen. — Nichtausnutzung der Marine ein militärischer Widersinn. — Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Ihr Wille zum Kriege. — Ursache ihres Eintritts in den Krieg nicht der U-Bootkrieg. — Besprechungen über den U-Bootkrieg Ende August 1916. — Kriegführung zu Lande. — Feldzug gegen Rumänien. — Ergebnis der Kriegführung um die Jahreswende 1916/17. — Verhandlungen zwischen Politik und Kriegführung über den U-Bootkrieg im Herbst 1916. — Der Entschluß. — Der U-Bootkrieg eine „Vergeltungsmaßnahme". — Wirkung des U-Bootkrieges. — Beschränkung durch die Politik. — Politik und Kriegführung bei den Feinden.

Der Reichskanzler über seine polnische Politik. — General v. Beseler zur Frage der polnischen Armee. — Friedensaussichten mit Rußland. — Gründe für die Stellungnahme der O. H. L. — Drahtung des Reichskanzlers vom 4. Oktober 1916. — Stellungnahme der O. H. L. — Scheitern der Bildung einer polnischen Armee. — Friedensfrage. — Haltung der Polen.

Als die Dritte O. H. L. ihr Amt übernahm, war der Krieg zu Lande allein so lange nicht zu gewinnen, als keine Änderung in der feindlichen Mächtegruppierung eintrat. Hieran war nicht zu denken. Ein Friede mit Rußland, der unsere Wirtschaftslage entscheidend bessern konnte, lag nach den Äußerungen des Staatssekretärs v. Jagow nicht im Bereich der Möglichkeit, viel weniger noch ein Friede mit der Entente und Italien.

Ein eigenes Friedensangebot war ausgeschlossen. Worauf sollte es sich gründen? Jetzt, wo der Feind durch den Hinzutritt Rumäniens, wie seinerzeit durch den Hinzutritt Italiens, der Erreichung seines Zieles: Sieg über Deutschland! sicher zu sein wähnte? Und zu welchem Preis sollte der Friede dem Feinde angeboten werden? Sollten wir uns als besiegt erklären und alle Folgen

einer militärischen Niederlage auf uns nehmen, die wir jetzt kennen und die die Kriegführung im wesentlichen voraussah? Und haben wir den Frieden nicht schließlich am 12. Dezember angeboten, was jetzt vielen mit Recht als ein Fehler erscheint? Wie man auch zur Friedensfrage stand, es konnte kein Zweifel sein, daß wir den Krieg doch mit allen irgendwie erreichbaren Machtmitteln weiterzuführen hatten, sei es, um zu siegen, sei es, um unser Leben als Volk und unsere Ehre zu erhalten. Je größer unsere Machtmittel waren, desto vorteilhafter mußte es für die Politik beim Friedensschluß sein. Auch aus diesem Grunde hätte die O. H. L. von ihr unterstützt werden müssen.

In dieser Lage war die Ausnutzung der Marine für den uneingeschränkten U-Bootkrieg in gewissen Sperrgebieten zur Lähmung und Zerrüttung des Wirtschaftslebens und zur Vernichtung der Lebensbedingungen der feindlichen Völker das einzige Mittel zum Siege. Es bot die Möglichkeit des Erfolges, und darum mußte es angewandt werden. Die Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges war genau so zwangsläufig wie alle Forderungen, die die O. H. L. an den Reichskanzler auf dem Gebiete der sogenannten Innenpolitik stellte. Es gab gar keine Wahl. Hinzu kam die Wahrscheinlichkeit, der U-Bootkrieg werde auch die Versorgung der feindlichen Fronten mit Kriegsgerät erschweren und so die eigenen Fronten entlasten. Das war dringend geboten, wenn sie den zu erwartenden Anstürmen auf die Dauer trotzen sollten.

Es war in der Tat ganz ausgeschlossen und an und für sich ein Widersinn, daß in dem Daseinskampf des deutschen Volkes die Marine das schwer ringende Heer nicht mit aller Kraft unterstützte, zumal der zahlenmäßig überlegene Gegner aus seiner Flotte, trotz ihrer abwartenden Haltung, durch unsere Blockierung und den Druck auf die Neutralen vollen Nutzen zog. Die Seeschlacht vor dem Skagerrak war eine Einzelerscheinung geblieben. Die Anläufe zur Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges übten keinen Einfluß auf die militärische Kriegführung aus. Wohl hielt die Flotte durch ihr Vorhandensein die Ostsee offen und ermöglichte dadurch den Bezug von Rohstoffen aus Schweden, darunter das für die Kriegs-

industrie unentbehrliche Eisenerz, und die Versorgung des linken Flügels der Armeen des Oberbefehlshabers Ost auf dem Seewege nach Libau. Das Marinekorps tat in Flandern seine Schuldigkeit. Die Mittelmeer-Division in Konstantinopel hatte wesentlichen Anteil an dem Anschluß der Türkei an den damaligen Zweibund. Kreuzer beunruhigten gelegentlich die Meere. Tapfer kämpften Matrosen in Ostafrika. Das war aber kein vollwertiges Handeln in einem Kriege, in dem das Heer bisher allein um den Sieg rang. Das Heer hatte berechtigten Anspruch auf wirksamen Beistand, zumal die Ausgaben für die Marine im Frieden, dank der Politik des Reichstages und der Regierung, dem Heere Kraft gekostet hatten. Es war auch geradezu eine Ungeheuerlichkeit, daß der Vierbund den Wirtschaftskrieg mit seiner ganzen Schwere fühlte, während die Völker der Entente annähernd wie im Frieden lebten, obschon wir ihnen Ähnliches bereiten konnten, wie sie uns. Allerdings hatten unsere maßgebenden Stellen ebenso wie die Allgemeinheit auch jetzt noch recht wenig über das Wesen des Wirtschaftskrieges nachgedacht, sonst wäre bei uns ein Verständnis für die Ungleichheit der Kampf- und Lebensbedingungen der kriegführenden Völker vorhanden gewesen und unsere Notlage gegenüber den Verhältnissen beim Feinde viel schärfer zugunsten des U-Bootkrieges in die Wagschale geworfen worden. Das Volk konnte erwarten, daß auch die Marine voll in seinem Daseinskampf eingesetzt wurde, was diese selbst so sehr erstrebte.

Gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg schien die Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu sprechen.

Auf die Irrwege unserer Politik ihnen gegenüber in der Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges vor dem 29. August 1916 soll hier nicht eingegangen werden. Sie bekundeten die grenzenlose Schwäche unserer Politik den kriegführenden und neutralen Mächten gegenüber. Sie mußten den Schein hervorrufen, daß wir vor Drohung stets zurückwichen. Sie waren somit eine ernste Belastung für die Zukunft.

Der Verzicht auf die Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges im Frühjahr 1916 unter dem Zwang der Politik kann nur

als schwerer Fehler angesehen werden. Dieser Verzicht hat mit Recht zu den größten Bedenken Veranlassung gegeben. Vielleicht hat er uns um den Sieg gebracht. Der Zuwachs in der Zahl unserer U-Boote wurde vom Feinde nur zu leicht durch Verbesserungen der Abwehrmaßnahmen ausgeglichen.

Wie die Politik im Jahre 1914 an den Kriegswillen Englands nicht glauben und den Einsatz der Flotte nicht zugeben wollte, so lehnte sie jetzt, in der Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten uns in äußerster Not den Frieden bringen könnten, mit dem U-Bootkrieg die Einsicht ab, daß die Vereinigten Staaten immer mehr auf allen Gebieten, nicht zuletzt auf dem seelischen, ihre Selbständigkeit an England verloren hatten. Die Politik wollte die Tatsache nicht sehen, daß die Vereinigten Staaten mit oder ohne U-Bootkrieg gegen Deutschland Krieg führen würden, sobald es militärische Vorteile errang, und die Wagschale des Sieges sich zu seinen Gunsten senkte. Diesen Eintritt Amerikas in den Krieg konnte Deutschland nicht verhindern, wenn es gewinnen wollte; und gewinnen mußte es, wenn es sich nicht selbst aufgab. Die Haltung der Vereinigten Staaten war von Kriegsbeginn an gegen Deutschland gerichtet. Das trat bereits in dem Schriftwechsel Seiner Majestät des Kaisers mit Wilson im Herbst 1914 deutlich hervor. Es war die erste Schlappe der deutschen Politik durch die Vereinigten Staaten.

Bekannt sind die Nachsicht Wilsons gegenüber den Völkerrechtsbrüchen Englands zur See, die Unterstützung der Entente durch Kriegslieferungen aller Art und die engen wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu der Entente, die durch die Kriegslieferungen, aber auch durch Anleihen noch inniger wurden. Sie hatten sich so ausgestaltet, daß eine Niederlage der Entente den Vereinigten Staaten Verluste bringen mußte. Auch über den uns feindlich gesinnten und von der englischen Propaganda gegen uns, ohne Gegenwirkung, aufgepeitschten Volksgeist konnten Zweifel nicht bestehen, ebensowenig für jeden Einsichtigen darüber, daß der Einfluß des jüdischen Volkes in den Vereinigten Staaten sie auf die Seite Englands drängte.

Fest steht die Tatsache, daß schon im September 1914 drei ame-

rikanische Botschafter, Becon, Herrick und Shage, den Franzosen die amerikanische Hilfe in sichere Aussicht gestellt hatten. Im September 1915 äußerte sich ein hervorragender amerikanischer Korrespondent dahin: „Amerika hat Interesse daran, daß Deutschland nicht als Sieger aus diesem Kriege hervorgeht." Wilson selbst gab am 27. September 1918 zu: „Wir sind in den Krieg hineingekommen, als sein Charakter sich schon vollständig geklärt hatte und es feststand, daß kein Volk abseits stehen oder gleichgültig gegen sein Ergebnis sein könnte."

Noch klarer drückte sich Wilson im Sommer 1919 aus. Er hob ausdrücklich hervor, daß die Vereinigten Staaten auch ohne U-Bootkrieg in den Krieg getreten wären. Wenn das nun von Anhängern Wilsons so hingestellt wird, als habe es sich hierbei um eine „hypothetische Betrachtung" gehandelt, so kann man dem entgegenhalten, daß doch sonst die feindlichen Staatsmänner, obschon sie den Krieg wollten, versichern, in ihn hineingetrieben oder von Deutschland dazu gezwungen worden zu sein. Glaubte Wilson mit diesem Zugeständnis der öffentlichen Meinung Amerikas entgegenkommen zu sollen, so muß sie zum mindesten stark kriegerisch gewesen sein. Ein Zweifel an Wilsons Aufrichtigkeit oder an dem Kriegswillen der Vereinigten Staaten erscheint in diesem Falle kaum zulässig.

Ihren Kriegswillen belegen außerdem folgende nackte Tatsachen:

1. Die Vereinigten Staaten traten nicht in den Krieg gleich nach Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges oder gleich nach der ersten Versenkung von Schiffen der Vereinigten Staaten im Februar 1917, sondern erst Anfang April. Die Kriegserklärung hätte sofort darauf erfolgen müssen, wenn wirklich der U-Bootkrieg der Grund dazu gewesen wäre.

2. Sie traten in den Krieg, als durch den Ausbruch der Revolution in Rußland und die Wirkung des U-Bootkrieges sich die Lage der Entente von Grund aus verschlechtert hatte.

Ende März hörte der amerikanische Admiral Sims die Befürchtungen des englischen Admirals Jellicoe, daß England die

Schiffsverluste nicht über den November hinaus ertragen könne. Am 2. April erklärte Wilson den Krieg an Deutschland.

U-Bootkrieg und die bekannte Depesche des deutschen Auswärtigen Amtes, in der es Mexiko gewinnen wollte, waren lediglich Mittel, den Volksgeist in den Vereinigten Staaten noch mehr gegen Deutschland zu erregen.

Sogar in demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen gewinnt die Einsicht an Boden, daß die von der O. H. L. schon im Kriege vertretene Ansicht richtig ist, die Vereinigten Staaten würden im Falle eines deutschen Sieges gegen Deutschland in den Krieg eingegriffen haben*).

Die falsche Einschätzung der Geistesrichtung der Vereinigten Staaten ist eine besonders schwere Belastung der Politik zum Schaden der Kriegführung. Sie verhinderte uns lange Zeit, rechtzeitig von einer Waffe Gebrauch zu machen, die uns einen Sieg sichern konnte, und wirkte dadurch auch lähmend auf den U-Bootbau. Dies sollte sich, wie jedes Schwanken, rächen, als die Politik dem U-Bootkrieg zustimmte.

Als die neue O. H. L. Ende August 1916 ihr Amt antrat, fand sofort auf Anregung des Reichskanzlers in Pleß eine Besprechung darüber statt, ob der uneingeschränkte U-Bootkrieg geführt werden solle, wie der Admiralstab es wünschte, oder nicht. Die neue O. H. L. mußte in ihrer ganzen Auffassung vom Kriege für diese Kriegführung eintreten. Sie sprach sich zu der Zeit noch dagegen

---

*) Professor Hans Delbrück schreibt in den „Preußischen Jahrbüchern“ 1921 über den Fall eines deutschen Sieges im Herbst 1914: „Kein Zweifel, daß ... die Amerikaner schon damals in den Krieg getreten wären ..... denn die Amerikaner wollten zwar nicht gerade, daß Deutschland unterliege, aber sie wollten unter keinen Umständen dulden, daß es siege.“

In der ostpreußischen sozialdemokratischen Wochenschrift „Morgen“ schreibt nach der München-Augsburger Abendzeitung vom 22. 7. 21 der sozialdemokratische Abgeordnete und Führer Südekum: „Wilson hat offen eingestanden, daß er von Anfang an den festen Willen gehabt hat, militärisch in den Krieg einzugreifen, daß also seine sogenannten Friedensbemühungen nur den Zweck gehabt haben, das ursprünglich friedensliebende amerikanische Volk allmählich an den Gedanken der Teilnahme am Kriege zu gewöhnen. Dazu dienten die ungeheuerlichen Lügen, die die englisch-französische Propaganda nach Amerika geschleudert hat.“

aus, weil der Reichskanzler das militärische Eingreifen Dänemarks und Hollands in Aussicht stellte. Unsere militärischen Kräfte waren bereits derart beansprucht, daß selbst diese schwachen Staaten kriegsentscheidend wirken konnten. Die wirtschaftliche Bedeutung beider Staaten als Bezugsquelle von Nahrungs- und sonstigen Bedarfsmitteln für Deutschland und somit die volle Tragweite ihres Ausscheidens aus der Reihe der neutralen Staaten überblickte die neue O. H. L. damals noch nicht. Der Reichskanzler sprach sich schließlich etwa dahin aus, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg kommen würde, wenn der Generalfeldmarschall v. Hindenburg dies wünsche. Das Einvernehmen zwischen Politik und Kriegführung erschien vollkommen.

Die O. H. L. rechnete mit dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges, sobald durch Zurückweisung Rumäniens das militärische Ansehen der Mittelmächte wieder hergestellt sei.

Rumänien sollte uns den Gnadenstoß geben, während an den übrigen Fronten die Kräfte der verbündeten Heere durch feindliche Angriffe gefesselt wurden. Einheit des Oberbefehls über die Streitkräfte des Vierbundes unter der deutschen O. H. L. war in dieser schwierigen Lage Vorbedingung jeden Erfolges. Sie wurde in gewissem Umfange erreicht. Leider übte später Kaiser Karl eine hemmende Wirkung aus.

Der Angriff auf Verdun wurde eingestellt. Im Westen und in Mazedonien griff die O. H. L. tatkräftig ordnend ein. Mit äußerster Kraftanstrengung wehrte der Vierbund die feindlichen Angriffe auf den langen Fronten im Westen, gegen Italien, auf der Balkanhalbinsel und im Osten ab*). Es gelang, daneben so viel Kräfte nach und nach gegen Rumänien verfügbar zu machen, daß es in angriffsweiser Kriegführung zwar nicht vernichtet, aber doch entscheidend geschlagen wurde. Mehr war nicht zu erreichen gewesen.

Die zuerst freigemachten Kräfte genügten, die rumänischen Armeen, die in die Dobrudscha und in Siebenbürgen eingerückt waren, zu schlagen. Sie reichten nicht aus, wie vorübergehend gehofft

*) Die Kriegsschauplätze in Mesopotamien, Palästina und im nordöstlichen Kleinasien ziehe ich im allgemeinen nicht in die Betrachtung ein.

wurde, in gleichem Vormarsch die Donaumündung unterhalb und den Sereth oberhalb Galatz zu gewinnen und die Teile der rumänischen Armee, die in der Walachei standen — es waren nebenbei nicht allzustarke —, zu vernichten. Als dann nach Wochen neue Divisionen für die Fortsetzung des Feldzuges frei wurden und stärkere rumänische Kräfte als früher in der Walachei standen, war die ideale Stoßrichtung auf Galatz nicht mehr möglich. Der Feind hatte sich im Gebirge bei Kronstadt so stark gemacht, daß nicht darauf zu rechnen war, seinen Widerstand in dem breiten Gebirgsgebiete bei der vorgeschrittenen Jahreszeit zu brechen. So blieb nichts übrig, als die Operation zu wählen, die erfolgreich durchgeführt wurde: Einbruch in die Walachei über den Szurdukpaß und Donau-Übergang bei Zimnicea. Sie brachte, was militärisch überhaupt nur zu erreichen war: den Sieg über die rumänische Armee und die Sicherstellung der Verpflegung und des Benzinbedarfs der Mittelmächte für die nächste Zeit.

Wenn nun behauptet wird, die O. H. L. habe mit dem Angriff über den Szurdukpaß genau die gleiche Strategie betrieben, wie die frühere O. H. L. im Sommer 1915, als sie den Stoß von Mlawa her gegen den Narew führte, eine Strategie, die sie ja selbst bekämpft hatte, so ist das ein Irrtum. Im Sommer 1915 lag die strategisch und taktisch günstige Stoßrichtung von Kowno auf Wilna, im Herbst 1916 die strategisch günstigste in der Richtung Kronstadt auf Galatz. Die taktischen Verhältnisse waren jedoch hier so ungünstig, daß kein Waffenerfolg für möglich gehalten wurde. Auf ihm allein beruhte die Auswertung des strategischen Gedankens. So nahm die O. H. L. bei ihrem Angriff über den Szurdukpaß strategisch ungünstige Verhältnisse in den Kauf, um einen taktischen Sieg und schließlich nicht unerhebliche strategische Erfolge zu erringen.

Das war ein Stück Schlieffenscher und Moltkescher Strategie, und ich glaube, kein schlechtes. Die O. H. L. hat in ihm den Vernichtungsgedanken verwirklicht, soweit es die Kräfte erlaubten, und wohl die richtigen Aushilfen gefunden. Die Politik konnte der Kriegführung danken.

Trotz dem Sieg in der Walachei waren aber die Nachteile des Hinzutritts Rumäniens auf die Seite der Entente naturgemäß nicht auszugleichen. Wir mußten Truppen gegenüber den Rumänen stehenlassen, die an den anderen, schwerbedrängten Fronten fehlten.

Dank der gewählten Kriegführung und den sonstigen Anordnungen standen wir jetzt auf dem Lande fest. Durch ausgedehnten Stellungsbau im Westen mit neu aufgestellten Armierungs-Bataillonen und Verbesserung der rückwärtigen Verbindungen der Truppen in Mazedonien wurde die Gesamtkriegslage von Zufällen unabhängiger. Sie hatte sich aber nicht grundlegend geändert, die Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges blieb ein Gebot. Die Erschöpfung der Truppen an der Front war zudem so groß geworden, daß ihre Entlastung dringend notwendig war. Wir konnten auch fernerhin nicht daran denken, zu Lande einen anderen als einen reinen Abwehrkrieg zu führen. Selbst zu Angriffen mit beschränkten Zielen, die mehr als eine enge taktische Bedeutung hatten, fehlte uns die Kraft.

Da ein Eingreifen der kleinen neutralen Staaten in den Krieg nicht mehr zu befürchten stand, forderten die O. H. L. und der Admiralstab von dem Reichskanzler die Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges vom 1. Februar 1917 ab.

Der Reichskanzler hatte ihn seit der Besprechung in Pleß am 30. August 1916 in seine Betrachtung gezogen und mit einem Friedensschritt beim Präsidenten Wilson verquickt.

Am 29. September erhielt Graf Bernstorff von ihm die Weisung: „Eine diesbezügliche Aktion des Präsidenten (Friedensvorschlag Wilsons an die Mächte) müsse schnell erfolgen. Auch dürften sich die Verhandlungen über die Annahme des Friedensvorschlages nicht weiter in die Länge ziehen, da uns dann die Aktion keinen Vorteil, sondern nur Zeitverlust für das Einsetzen des U-Bootkrieges bringen würde*)."

Die Anschauungen der Politik und Kriegführung deckten sich auch jetzt: der uneingeschränkte U-Bootkrieg müsse kommen, wenn

*) Siehe auch Abschnitt VIII 2.

der Friedensschritt nicht schnell erfolge. Die Übereinstimmung wurde später noch dahin erweitert, daß, bevor der Entschluß zum U-Bootkrieg gefaßt wurde, das Ergebnis des Friedensangebots vom 12. und des Friedensschritts des Präsidenten Wilson vom 18. Dezember abzuwarten sei.

Bereits im Oktober entstanden indes gewisse Schwierigkeiten zwischen Politik und Kriegführung. Sie steigerten sich, je mehr die O. H. L. unter Beibehaltung ihres einmal eingenommenen Standpunktes den Beginn des U-Bootkrieges forderte und die Politik in gleichem Maße vor der Verantwortung zurückschrak. So antwortete der Reichskanzler auf den Antrag der O. H. L. vom 8. Dezember, den U-Bootkrieg, falls unser Friedensangebot erfolglos sein würde, am 1. Februar zu beginnen, durchaus ausweichend. Er warf die Frage der bewaffneten Handelsschiffe auf und wies auf die Schwierigkeit hin, die an Amerika, Holland, Dänemark und Schweden gegebenen Zusagen zurückzunehmen, eine Schwierigkeit, die aber später gar nicht in die Erscheinung trat. Ebenso ausweichend verhielt sich der Reichskanzler in den menschlich so unerquicklichen schriftlichen und mündlichen Auseinandersetzungen Ende Dezember. Sie wurden herbeigeführt, da die O. H. L. auf Grund der Kriegslage im Westen und der Nachrichten über feindliche Rüstungen in West und Ost von neuem auf eine schnelle Entscheidung drängte. Der Reichskanzler betonte dabei in scharfer Form die eigene Verantwortung in dieser Frage, eine Verantwortung, die von der Kriegführung nie in Zweifel gezogen war. Er hatte aber selbst eine Zeitlang auf sie verzichtet, indem er den Generalfeldmarschall v. Hindenburg in den Vordergrund stellte. Sie war ihm auch durch einen Beschluß des Reichstages abgenommen, wonach tatsächlich die Entscheidung über die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges in die Hände der militärischen Stellen gelegt war.

Die Erklärung des Reichskanzlers über seine Verantwortung ist eine bedeutungsvolle Urkunde. Sie sticht stark von der späteren Behauptung ab, die Kriegführung habe den Reichskanzler vergewaltigt.

Die O. H. L. und der Admiralstab blieben auf dem uneingeschränkten U-Bootkrieg bestehen, weil ihn die Kriegslage mit zwingender Notwendigkeit forderte. Die Lage stellte sich so einfach und klar dar, daß selbst ein Mann, der so wenig kriegerisch dachte wie der Reichskanzler, sich ihrer Wucht nicht zu entziehen vermochte. Zwar widerstrebte er seiner Denkungsart zufolge innerlich den Absichten der Kriegführung. Er sah aber auch keinen anderen Ausweg und schloß sich am 9. Januar 1917 in vollem Verantwortungsgefühl dem Vorschlage der Kriegführung an.

Die Alliierten hatten sowohl das deutsche Friedensangebot vom 12. als auch Wilsons Vermittlungsschritt vom 18. Dezember schroff zurückgewiesen. Eine Friedensmöglichkeit bestand nicht mehr.

Der Sachverständige im Zweiten Untersuchungsausschuß*), Gesandter v. Romberg, sagt: „Man muß sich die Situation auszumalen versuchen, wie sie damals von der Reichsleitung vorausgesehen werden mußte für den Fall, daß sie sich zu dem Verzicht auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg entschlossen hätte: eine Situation, wie sie für die Entente gar nicht günstiger ausgedacht werden kann. Der zermürbende und nach Ansicht der O. H. L. nicht mehr erträgliche Zweifrontenkrieg wäre weitergegangen. Unsere militärische Position wäre von Tag zu Tag schwächer geworden. Gleichzeitig hatte ein Notenaustausch über Friedensmöglichkeiten eingesetzt, den beliebig hinzuziehen in der Hand und im Interesse der Entente gelegen hätte. Je schwächer unsere militärische Lage geworden wäre, desto geringer die Aussicht für einen Erfolg Wilsons. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Entschluß zum Verzicht auf den U-Bootkrieg schon damals eine militärische Kapitulation bedeutet

*) Der Untersuchungsausschuß hatte nach den in Kurzschrift aufgenommenen Berichten über seine öffentlichen Verhandlungen die Aufgabe, „Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu schaffen, zu Friedensbesprechungen mit dem Feinde zu gelangen, und Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben."

„In erster Reihe hat der Zweite Untersuchungsausschuß dabei sich zur Aufgabe gestellt, die Vermittlungsaktion Wilsons zur Aufklärung zu bringen."

Bekanntlich hat der Zweite Untersuchungsausschuß die Verhandlungen hierüber beendet, ohne allen einschlägigen Fragen nachzugehen.

hätte. Daß uns aber nicht Amerika, sondern die russische Revolution aus dieser furchtbaren Lage gerettet haben würde, konnte damals niemand voraussehen."

Diesen Worten ist nur hinzuzufügen, daß zwar die russische Revolution uns zweifellos aus einer militärisch unendlich schwierigen Lage befreit, daß sie aber den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg mit herbeigeführt hat. Durch die russische Revolution hatten wir in Verbindung mit dem inzwischen begonnenen U-Bootkrieg Anwartschaft auf den Sieg erhalten.

Die Worte des Gesandten v. Romberg haben auch volle Gültigkeit für die Zeit Ende Januar 1917, als Wilson seiner „Vermittlungsabsicht" dem Grafen Bernstorff gegenüber ganz plötzlich und doch aus leicht ersichtlichen Gründen schärferen Ausdruck gab*). In einen solchen Zustand, wie Gesandter v. Romberg ihn schildert, durfte die Politik die Kriegführung und sich selbst auch nun nicht bringen. Die Politik blieb deshalb bei dem einmal gefaßten Entschluß des uneingeschränkten U-Bootkrieges, zumal auch die Marine erklärt hatte, daß es technisch nicht mehr möglich sei, die Boote zurückzurufen. Selbst wenn sie hätten zurückgerufen werden können, wäre ein Verzicht auf den uneingeschränkten U-Bootkrieg, wie nochmals hervorgehoben sei, wider den Geist des Krieges gewesen, in den wir durch gewalttätige Gegner verstrickt waren.

Nach den Ansichten des Reichskanzlers sollte der uneingeschränkte U-Bootkrieg als „Vergeltungsmaßnahme" gegen die Vergewaltigungen Englands zur See geführt werden, obschon das gute Recht auf unserer Seite stand. Daß neue Kriegsmittel neue Formen verlangen, ist selbstverständlich. Es kostete Mühe, diesen Standpunkt gegenüber dem verschwommenen Denken anderer durchzudrücken. Es soll mich nicht wundern, wenn noch heute Deutsche ihn als völkerrechtswidrig bezeichnen. Daß die Entente es getan hat, war ihr gutes Recht. Sie kannte den dummen, in falschen Rechtsbegriffen befangenen Deutschen. Jetzt aber spricht dort kein Mensch mehr von der Völkerrechtswidrigkeit des unein-

*) Siehe auch Abschnitt VIII 2.

geschränkten U-Bootkrieges. Die Sieger bauen U-Boote in großer Zahl, und Frankreichs Admiralität stellt sich in der Revue militaire aus guten Gründen ausdrücklich auf den gleichen Boden, auf dem die deutsche Kriegführung stand.

Durch den U-Bootkrieg wurde die Tätigkeit der gesamten Marine eine vollwertige Unterstützung für das Heer. Jetzt erst waren die gesamten militärischen Streitkräfte Deutschlands und seiner Verbündeten in unseren Daseinskampf eingesetzt. Die Zeit hatte aufgehört, in der allein die Armeen auf Tod und Leben rangen und die Seestreitkräfte mit ihren Hauptteilen wider ihren Willen abseits gehalten wurden.

Das Heer hat die Wirkung der U-Boote hoch eingeschätzt. Daß sich nicht alle Hoffnungen verwirklichten, ist ein natürlicher Vorgang im Kriege, und niemand, der das Wesen des Krieges kennt, kann daraus zu einem abweichenden Urteil über den U-Bootkrieg kommen. Die Fesseln der Politik, die besonders schwer die Kriegführung der Marine hemmten, beeinträchtigten auch den uneingeschränkten U-Bootkrieg. Er sollte in seiner Nebenwirkung die Neutralen davon abschrecken, ihre Schiffe fahren zu lassen, und sie nötigen, ihren Schiffsraum aufzulegen. Die Neutralen erfuhren aber bald, daß der deutsche Reichskanzler selbst den U-Bootkrieg verdamme und nur „durch die O. H. L. zu ihm gezwungen sei". Es war kein Wunder, daß sie bald wieder zuversichtlicher wurden, ihre Schiffe fahren ließen und mit immer neuen Anträgen kamen, ihnen die Schiffahrt zu erleichtern. Hinzu kamen noch, soweit die Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden in Mitleidenschaft gezogen wurden, wirtschaftliche Bedenken gegen die unbeirrte Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Vielleicht waren Admiralstab und O. H. L. zu nachgiebig gegen die immer wieder vorgebrachten, in der gleichen Richtung sich bewegenden Wünsche der Politik. Tatsächlich erlitt der uneingeschränkte U-Bootkrieg recht viele Beschränkungen in den zuerst bestimmten Sperrgebieten. Ihre Ausdehnung stieß auf sehr viele Schwierigkeiten. Die Gefahren, die die Politik hierbei stets grau in grau malte, sind nie eingetreten. Das Auftreten von U-Booten an der Küste der Vereinigten Staaten wurde untersagt.

Dies alles in seiner Wechselwirkung zwischen Politik, Wirtschaft und Kriegführung eingehend klarzulegen, ist Aufgabe der Marine.

Der Einfluß der deutschen Politik auf die deutsche Seekriegführung ist ein besonders dunkles Blatt in dem Buche des Weltkrieges. Bei der Entente war es anders. Für England namentlich hatte jedes See- und Völkerrecht aufgehört zu bestehen. Sein wesentliches Mittel zur Erringung des Sieges war die Blockade, die durch Hunger die Völker des Vierbundes in ihrer Lebens- und Volkskraft entscheidend schwächen und auf eine Folge von Geschlechtern hinaus treffen sollte. Dieses Ziel hat England erreicht. Daß es nur durch ungeheuerliche Rechtsbeugungen möglich war, kommt heute nicht in Betracht. Niemand wagt davon zu sprechen. Ein starker politischer Wille war der beste Verbündete der feindlichen Kriegführung. Er glich das schwere Unterlassen der englischen Flotte aus, zu Beginn des Krieges die Schlacht zu wagen, um die deutschen Nord- und Ostseehäfen eng zu blockieren, starke deutsche Landstreitkräfte an den Küsten zu binden und die Erzzufuhr aus Schweden abzuschneiden. Erst durch die Zurückhaltung der englischen Flotte wurde für Deutschland der U-Bootkrieg möglich, der England so schwere Sorgen gemacht hat. Doch aus diesen Sorgen befreite sich die Entente durch immer neue Gewalttaten: die Vergewaltigung Griechenlands im Frühjahr 1917, als durch Verlust von Schiffsraum die Saloniki-Expedition gefährdet erschien, und die Vergewaltigung der Neutralen, namentlich Hollands, im Frühjahr 1918, als Schiffsraum fehlte, um die Truppen der Vereinigten Staaten nach Europa zu führen und dabei die Versorgung der Völker und Heere der Entente aufrechtzuerhalten. Diese Handlungen der Entente kamen ihrer Kriegführung zugute und trugen zum Siege bei. Fürwahr eine Politik, die sich ganz in den Dienst des Krieges stellte.

Die polnische Armee.

Nach einem Briefe des Fürsten v. Bülow an Herrn Bassermann*) hat der Reichskanzler v. Bethmann bereits August 1914 an

*) „Fürst Bülow" von Dr. W. Spickernagel, Hamburg 1921.

ein Polen „von Libau bis Odessa" gedacht. Dies entsprach der zarenfeindlichen und polenfreundlichen Politik der Sozialdemokratie, der Demokratie und des Zentrums im Frieden. Gleichzeitig dachte er an einen besseren Schutz der preußischen Provinzen östlich der Weichsel. Er trat hierüber auch mit dem Oberbefehlshaber Ost in Verbindung und suchte ihn für den Gedanken seiner Polenpolitik zu gewinnen.

Nach der Eroberung Kongreßpolens durch die deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen im Sommer 1915 gewannen die Absichten des Reichskanzlers klarere Gestalt. Am 19. August 1915 führte er im Reichstage aus:

„Aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen im Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann."

In der Reichstagsrede vom 5. April 1916 enthüllte der Reichskanzler seine Absichten noch klarer:

„Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage aufzurollen, das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den Status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht.

„Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik*) an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher und ein Pole ehrlich für das Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den Wolynischen Sümpfen wieder

*) Russischer Beamter, insbesondere niederen Ranges.

dem Regiment der Reaktionäre Rußlands ausliefern wird? mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein. Nein, meine Herren, Rußland darf nicht zum zweitenmal seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen und mit französischem Gelde das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten*)."

Unverkennbar ist bei dem Reichskanzler der Einfluß der parteipolitischen Verhältnisse Deutschlands, insonderheit der Einfluß der Reichstagsparteien, auf die er glaubte sich stützen zu müssen. Wie weit er sich nur zum Vollstrecker des Willens dieser Parteien gemacht oder eine Politik aus eigenster Überzeugung getrieben hat, kann nur entscheiden, wer die damaligen innerpolitischen Verhältnisse genauer übersieht, als ich es vermag**). In unmittelbarer Umgebung des Reichskanzlers befand sich in Herrn Legationsrat Riezler ein Mann, der die polenfreundliche Politik aus Überzeugung trieb und starken Einfluß auf den Reichskanzler ausübte. Aus allen Zusammenhängen kann geschlossen werden, daß die äußere Politik wie überall, so auch in der polnischen Frage in vollständiger Abhängigkeit von innerpolitischen Anschauungen stand. Hierüber sollten die damaligen Reichstagsabgeordneten dem deutschen Volke Rechenschaft ablegen und sich über ihre Beteiligung an der Verkündung des Königreichs Polen ebenso einwandfrei äußern, wie es durch die O. H. L. geschehen ist.

In Österreich führte die Notwendigkeit, die Polen Galiziens zu befriedigen, und die Hoffnung, in Warschau die Herrschaft einer habsburgischen Seitenlinie einzusetzen oder vielleicht die Doppelmonarchie durch ein selbständiges Polen zu einer „Dreifachmonarchie" zu erweitern, in die gleiche Gedankenrichtung.

---

*) Siehe auch Abschnitt VIII 1.

Gleichzeitig weise ich auf die von mir herausgegebenen „Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18", Berlin 1920, hin. Ihnen sind die Belege entnommen, die ich im Wortlaut wiedergebe.

**) Nach Helfferich, „Vom Eingreifen Amerikas bis zum Zusammenbruch", Berlin 1919, war der Reichskanzler von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Errichtung eines sich an die Mittelmächte anlehnenden polnischen Pufferstaates überzeugt.

Es war daher nur eine natürliche Folge, daß die beiden führenden Staatsmänner am 11./12. August 1916 in Wien jenes jetzt wohl genugsam bekannte Abkommen trafen, nach dem ein selbständiges Königreich Polen errichtet werden sollte als erbliche Monarchie mit verfassungsmäßiger Volksvertretung und einer Armee, deren Aufsicht und oberste Führung einheitlich sei und Deutschland zufalle. Auch in der Absicht, „über die Gründung dieses Nationalstaates baldmöglichst eine Kundgebung der beiden verbündeten Monarchien zu erlassen", herrschte Übereinstimmung.

Der Anregung eines Schutzes der preußischen Provinzen östlich der Weichsel war insofern entsprochen, als das Gouvernement Suwalki nicht Polen zugeteilt werden sollte, und ausgesprochen worden war, „daß zur militärischen Sicherung der deutschen Grenze gewisse Abtretungen des jetzigen russisch-polnischen Gebietes erforderlich sein würden. Doch sollten dieselben auf das unbedingt militärisch Notwendige beschränkt werden".

Zur Besiedlung des hiernach an Preußen fallenden russisch-polnischen Gebietsstreifens durch Deutsche waren Anregungen aus der Reichskanzlei ergangen.

Generalgouverneur v. Beseler*) hatte endlich unter gewissen Voraussetzungen die Aufstellung des polnischen Heeres als sehr aussichtsreich hingestellt, ein Plan, dem auch die Zweite O. H. L. nicht abgeneigt war.

Am 31. August stellte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes fest, daß eine Friedensmöglichkeit mit Rußland nicht bestehe. Über die vorangegangenen Friedensfühler mit Rußland war die Dritte O. H. L. nicht unterrichtet**).

Insonderheit blieb der O. H. L. das befriedigende Ergebnis der Besprechungen Anfang Juli 1916 zwischen dem Hamburger Bankier Fritz Warburg und dem russischen Staatsmann Protopopow un-

*) Im Jahre 1915 war in Kongreßpolen ein deutsches Generalgouvernement Warschau unter General v. Beseler und ein k. u. k. Militärgouvernement Lublin geschaffen worden.

Der Generalgouverneur unterstand unmittelbar Sr. Majestät dem Kaiser.

**) Siehe auch Abschnitt VIII 2.

bekannt. Bei Herrn Warburg war der Eindruck entstanden, die russischen Vertreter seien im wesentlichen der Ansicht, daß die Fortsetzung des Krieges zwecklos wäre. Protopopow habe sich bei der Verabschiedung dahin geäußert, daß man sich auch im Frieden begegnen und daß dies bald geschehen könne*).

Das war die Lage, als die neue O. H. L. die Geschäfte übernahm.

In unserer gespannten Kriegslage, namentlich bei unserer zahlenmäßigen Unterlegenheit, mußte die Kriegführung dauernd darauf bedacht sein, sich Kräfte zu schaffen. Die Lage erforderte einen Entschluß, der in der weiteren Zukunft mit schweren Nachteilen verknüpft sein konnte, aber zunächst dazu beitragen sollte, die Unabhängigkeit des Volkes und die Unversehrtheit des Landes zu erhalten. Die Aufbesserung der durch jenen Entschluß entstandenen Nachteile nach erfolgreichem Friedensschluß war eine spätere Sorge. Wären wir dazu nicht in der Lage gewesen, wenn wir den Krieg mit Hilfe von polnischen Divisionen gewonnen hätten, ohne unseren Zusagen an Polen untreu zu werden?

Man tut gut, sich immer wieder die Zahlenverhältnisse und die gesamte Kriegslage in das Gedächtnis zurückzurufen. Man muß sich daran erinnern, welche gewaltigen Anstrengungen die Entente dauernd machte, um aus den eigenen Gebieten, den Kolonien, auch aus Kriegsgefangenen des österreichisch-ungarischen Heeres Divisionen zu bilden und die eigene Überlegenheit fortgesetzt zu steigern, während wir Menschenmangel hatten. Man muß sich den ganzen Ernst der Zukunft, der wir entgegengingen, immer wieder vor Augen führen, um das Handeln der O. H. L. zu verstehen. Boten ihr jetzt Reichskanzler und Generalgouverneur die Möglichkeit, die Kriegslage durch die Aufstellung einer polnischen Armee zu bessern, so mußte sie diesen Weg beschreiten, nachdem ihr gesagt worden war, daß ein Frieden mit Rußland nicht zu erhalten sei. Das war sie dem Kaiser, Volk und eigenen Gewissen schuldig. Die Gestellung von Arbeitskräften aus Polen genügte allein nicht. Selbstverständ-

*) „Der Kardinalfehler unserer Politik" von Dr. W. Spickernagel, Berlin 1920.

lich war der O. H. L. aus rein militärischen Gründen ein Friede mit Rußland sehr viel lieber als noch so zahlreiche polnische Truppen, die immer nur einem ganz schwachen Bruchteil des russischen Heeres gleichkommen konnten.

Der Reichskanzler führte in einer Drahtung vom 4. Oktober aus, daß „die politische Gesamtlage die Opportunität der beabsichtigten Proklamation im gegenwärtigen Augenblick zweifelhaft erscheinen läßt". Er wies dann auf die Berufung Protopopows in das russische Kabinett, auf Andeutungen des schwedischen Ministers des Äußeren Wallenberg und eines Vertrauensmannes in Petersburg hin und meinte, diese Tatsachen verböten es, „zur Zeit mit einer Maßnahme hervorzutreten, die die Gefahr in sich birgt, die nach den gewiß noch sehr vagen Anzeichen in der Entstehung begriffenen Friedensneigungen in Rußland im Keime zu ersticken. Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß die Herren Stürmer und Protopopow sofort ihre Karten aufdecken, auch werden die angeblich bevorstehenden weiteren Veränderungen im russischen Ministerium ebenso wie das Ergebnis der Sondierung des Herrn Wallenberg abzuwarten sein. Ich denke, daß wir in 14 Tagen bis 3 Wochen klar sehen. . . Zeigt es sich zu dem gedachten Zeitpunkt, daß ein Separatfrieden mit Rußland außerhalb des Erreichbaren liegt, so wird der Proklamation dann nichts mehr im Wege stehen."

In seiner Antwort sagte Generalfeldmarschall v. Hindenburg: „Euer Exzellenz hoffen in 14 Tagen bis 3 Wochen klar zu sehen, ob wir in kurzem zu einem Separatfrieden mit Rußland gelangen können. Auch ich bin der Ansicht, daß wir so lange noch mit der beabsichtigten Proklamation zurückhalten müssen." Die O. H. L. bat nur, mit den Verhandlungen mit Baron Burian fortzufahren. „Sonst gehen wiederum einige für die militärische Ausnutzung der polnischen Volkskraft wertvolle Wochen verloren, was für den Ausgang des Krieges von schwerwiegender Bedeutung sein kann."

Der Reichskanzler kam weiterhin der O. H. L. gegenüber nicht mehr auf eine Friedensmöglichkeit mit Rußland zu sprechen. Er bewirkte am 5. November die Verkündung des Königreichs Polen

und sprach sich am 9. November in dem Ausschuß für den Reichshaushaltsplan dahin aus, daß er einen Sonderfrieden mit Rußland gegenwärtig für ausgeschlossen halte. Die Proklamation am 5. November habe also einen Frieden nicht vereitelt. Hoffentlich sei einmal zu erreichen, daß Rußland, von der Überzeugung durchdrungen, den Krieg aufgeben zu müssen, dies seinen Alliierten erkläre, und daß infolgedessen ein Frieden zustande komme.

Fest steht die Tatsache, daß der Reichskanzler die Möglichkeit, einen Frieden mit Rußland zu erreichen, die für ihn am 4. Oktober vorzuliegen schien, Ende Oktober nicht mehr als bestehend erachtete. Sonst wäre es seine Pflicht gewesen, diesen Faden weiter zu verfolgen.

Der Absicht, von Polen eine Heeresverstärkung zu gewinnen, war kein Erfolg beschieden. Die Eifersucht des Barons Burian hinderte, daß die eine der Vorbedingungen erfüllt wurde, die General v. Beseler zunächst für die erfolgreiche Durchführung seiner Absichten für erforderlich gehalten hatte, nämlich: Vereinigung des österreichischen mit dem deutschen Verwaltungsgebiet des ehemaligen Kongreßpolens. Die deutsche O. H. L. trat sehr warm dafür ein. Der Reichskanzler drang aber gegenüber Baron Burian nicht durch. So blieb es allein bei der Verkündung des Beschlusses der verbündeten Mächte. An ihr hielt General v. Beseler fest, wenn er seine Zusagen erfüllen sollte. Nur deshalb hatte sie für die O. H. L. Bedeutung; hätte sich nach Ansicht des Generals v. Beseler ein anderer gangbarer Weg gefunden, um polnische Divisionen zu erhalten, so hätte sie auch dem zugestimmt. Er sah sich indes bald, trotz der inzwischen erfolgten Verkündung des Königreichs Polen, außerstande, sie zu verwirklichen. Die Polen dachten nicht daran, die Mittelmächte zu unterstützen.

Mit dem Mißlingen des Planes, eine polnische Armee zu bilden, änderte sich die Stellung der O. H. L. zur polnischen Frage grundlegend. Die Politik aber verfolgte ihr Ziel, ein Königreich Polen zu bilden, weiter. Sie trieb damit Polen in Frankreichs Arme. Der Sieg der Entente brachte ihm Erfüllung aller nationalen Wünsche; im Falle eines Sieges der Mittelmächte war ihm

Selbständigkeit in engeren Grenzen beschieden. In jedem Falle gewann es. Als selbstverständlich ergibt sich, daß sich Polen von den Mittelmächten ab-, der Entente zuwandte, wo ihm ohne Gefährdung des geringeren größerer Gewinn werden konnte*).

Es ist eine geschichtliche Unwahrheit, wenn die Dritte O. H. L. mit dem Gedanken der Selbständigkeitserklärung Polens belastet wird. Der Gedanke stammt von der Politik, aber auch General v. Falkenhayn hat sich im Juli 1916 mit der Selbständigkeit Polens dem Reichskanzler gegenüber abgefunden. Die Dritte O. H. L. hat es nie verstanden, daß bei dem so klaren Sachverhalt ihr die politische Verantwortung hierfür zugeschoben wurde. Hier lag wieder der Fall vor, daß die Politik das Ansehen der O. H. L. für die Erreichung ihrer Absichten vor der öffentlichen Meinung mißbrauchte und sie zudem hinterher mit ihrem Mißerfolg belastete**).

Es war selbstverständlich, daß die Erklärung des Königreichs Polen auf Rußland einen tiefen Eindruck machen und den Frieden erschweren mußte, falls Rußland ihm geneigt war. Ausschlaggebend war diese Erklärung aber nicht; das sollte sich im Frühjahr 1917 zeigen. Weil sie keinen militärischen Vorteil brachte, war sie zweifellos ein politischer Fehler.

Wir sind nach unserem traurigen Geschick jetzt eifrig bemüht,

---

*) Es scheint, daß bereits damals Polen von der Entente Westpreußen und Posen und von Frankreich Oberschlesien zugesprochen erhielt.

**) Die Vossische Zeitung schreibt am 8. April 1918: „Das beste Beispiel dafür (für den Mißbrauch des Namens der O. H. L. durch den Reichskanzler) war die ... Selbständigkeitserklärung Polens, als deren Urheber noch heute bis in die weitesten Kreise hinein General Ludendorff angesehen wird. In Wirklichkeit war dieser Plan schon seit dem Winter 1915 zu 1916 in der Reichskanzlei sorgsam vorbereitet, waren die Einzelheiten von Herrn v. Mutius in Warschau und vom Geheimrat Riezler in Berlin bis ins einzelne erzählt und vom Reichskanzler selbst geheimnisvoll angedeutet worden. Die amtlichen Politiker hatten die militärischen Annehmlichkeiten des selbständigen Polen im Hauptquartier vorgetragen und dafür selbstverständlich bei dem General Verständnis gefunden, der damals wohl an alles andere eher als daran gedacht hat, daß ihm auch für die politischen Voraussetzungen des Plans hinterher die Verantwortung zugeschoben werden sollte.... Die politische Reichsleitung brauchte eben damals den breiten Buckel der Heerführer für ihre politischen Plänchen gegenüber der öffentlichen Meinung. ....“

eine versäumte Friedensgelegenheit festzustellen, glauben auch gar zu gern an verschiedene Möglichkeiten und verwandeln bloße Möglichkeiten sehr schnell und nur zu leicht in den Frieden selbst*). Wenn im August 1916 eine Friedensmöglichkeit nach Ansicht des Reichskanzlers und des Barons Burian vorhanden gewesen wäre, so hätten die beiden verantwortlichen Staatsmänner Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht Ziele verfolgt, die dem widerstrebten. Sie hätten zum mindesten nicht am 11./12. August die baldmöglichste Verlautbarung der Gründung des Königreiches Polen beschlossen oder doch in ihre Abmachungen eine Bemerkung aufgenommen, die diese ausschloß, falls durch Stürmer, der damals schon Ministerpräsident in Petersburg war, oder Protopopow ein Frieden erreichbar erschiene. Deutschlands und Österreich-Ungarns führende Staatsmänner können sich nicht so durch ihr innerpolitisches Denken vor sich selbst festgelegt haben, daß sie dies alles nicht gesehen haben.

Man muß sich fragen, ob im September/Oktober 1916 die Wahrscheinlichkeit vorlag, daß Rußland an einen Frieden dachte, und ob es überhaupt in der Lage war, ungeschlagen einen Sonderfrieden zu schließen.

Der Vierbund hatte die Angriffe im Osten und Westen und auf den anderen Fronten unter starker Einbuße an Kraft im wesentlichen abgeschlagen und Rumänien besiegt. Die Entente wußte, daß die Lage der Mittelmächte schwierig war. Zwar war auch sie militärisch zur Zeit am Ende ihres Könnens und fürchtete Deutschland, sie verfügte aber noch über Kräfte, die sie zu dem neuen Feldzuge bereitstellte. Ihr Wirtschaftsleben war noch unberührt, und die Vereinigten Staaten standen abwartend da. Daß England und Frankreich in dieser, wenn auch für sie schwierigen Lage ihre politischen Ziele aufgeben würden, für die sie den Krieg begonnen hatten, konnte nicht angenommen werden. In Petersburg herrschte der englische Botschafter. Er würde Rußland genau so im Jahre 1916 die Revolution gebracht haben, wie er dies im Früjahr 1917 getan hat, als der verbündete Zar trotz der Selb-

*) Siehe Abschnitt VIII 1.

ständigkeitserklärung Polens wohl im Hinblick auf die kommende Revolution friedenswillig wurde. Jedenfalls wäre die Entente vor keinem Mittel zurückgeschreckt, einen Frieden zu verhindern. Die Entthronung des Zaren und die Ermordung Rasputins, der für den Frieden tätig war, beweisen dies zur Genüge. Selbstverständlich wäre es Pflicht der Regierung gewesen, jeder Friedensmöglichkeit ernsthaft nachzugehen. Ob sie dies getan oder aus Gründen der inneren Politik nicht getan hat, muß die Geschichte entscheiden. Durch die O. H. L. ist sie von der Ausnutzung einer Friedensmöglichkeit mit dem Rußland des Zaren nicht abgehalten worden.

Nun wird behauptet, daß die Verkündung des Königreichs Polen die Ursache für die späteren traurigen Verhältnisse im östlichen Preußen war. Mag sie diese verschärft haben; die Ursache war sie nicht. Diese liegt in unserer schwankenden Polenpolitik der Friedenszeit und in dem starken Volksbewußtsein der Polen. Sie bedurften eines solchen Antriebes wie der Verkündung des Königreiches Polen nicht, um ihren jahrhundertalten Traum zu verwirklichen, sobald sich ihnen Gelegenheit dazu bot. Wer nur einen Blick in die Schulbücher der russischen Polen geworfen und die Haltung vieler Polen, namentlich ihrer Geistlichkeit, im Laufe der letzten hundert Jahre verfolgt hat, kann darüber keinen Zweifel haben. Wer politische Vorgänge beurteilt, sollte die geschichtlichen Zusammenhänge verfolgen. Um diese auch hier zu wahren, ergänze ich frühere Ausführungen*).

Bismarck sagte 1884:

„Die polnischen Herren erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf vierundzwanzigstündige Kündigung, an. Wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen uns nach vierundzwanzigstündiger Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen."

Und 1885:

„Ich habe weiter gesagt: Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von

*) Siehe Abschnitt II und III.

Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens."

Bismarck hatte die Polen richtig eingeschätzt, auch andere nach ihm. Starke Reichstagsparteien waren aber einer starken Politik entgegen. Die Mittel, die zur Festigung der Stellung Preußens in Posen und Westpreußen nötig waren, wurden nicht gefordert oder nicht bewilligt, auch nicht angewandt. Die Regierung selbst schwankte in ihren Anschauungen hin und her, so daß die deutschfeindliche Haltung der Polen in der Zeit nach Bismarck nicht mehr ganz so klar zutage trat als zu seinen Zeiten.

Wenn es nach der Revolution zur offenen Empörung in Posen und Westpreußen kam, so wurde sie durch jene Reichstagsparteien mitverursacht. Diese waren auch in der Revolutionsregierung vertreten, die beide Provinzen in unverzeihlicher Schwäche preisgab, oder standen in enger Fühlung mit ihr.

2. Das Ringen um den Sieg 1917 und 1918.

Abwehr zu Lande, Angriff zur See. — Die Propaganda, ein Mittel der Kriegführung. — Arbeitsart und Erfolg der feindlichen Propaganda. — Versagen der deutschen Propaganda. — Kriegführung bei uns und beim Feinde. — Rückzug in die Siegfriedstellung. — Die russische Revolution, Erfolg des U-Bootkrieges, deutscher Abwehrsieg im Westen. — Eingreifen der Vereinigten Staaten. — Entschluß zum Angriff zu Lande. — Betrachtungen. — Angriff im Osten. — Friedensmöglichkeit mit Rußland. — Russischer Angriff. — Angriff an der italienischen Front. — Feldzug in Venetien. — Abwehr im Westen, Cambrai. — Ergebnis der Kriegführung 1917. — Verhalten der Politik. — Betrachtungen über die Kriegführung 1918. — Der Angriff im Westen. — Ergebnisse der Angriffe vom 21. März und 27. Mai. — Verhalten der Politik. — Der Angriff am 15. Juli. — Betrachtungen. — Scheitern des Angriffs. — Der 8. August. — Kriegführung und Politik. — Fortsetzung der Operationen. — Antwerpen—Maas-Stellung. — Ausführung des Rückzuges.

Mit der Abwehr des großen feindlichen Ansturms auf allen Fronten und der Eroberung der Walachei in entschlossen geführtem Angriff war Ende 1916 der erste Abschnitt der Kriegführung der Dritten O. H. L. beendet und die militärische Grundlage für den zweiten Abschnitt gewonnen. Dieser begann mit dem Einsetzen des uneingeschränkten U-Bootkrieges in Sperrgebieten um England,

Frankreich, Italien und den übrigen Teilen des Mittelländischen Meeres.

Die deutsche Kriegführung hatte damit wieder, freilich nur in gewisser Weise, die Vorhand an sich genommen. Während sie zu Lande gegenüber den mächtigen Rüstungen der Feinde in der reinen Abwehr verharrte, gespannt, wo der Feind zum Angriff ansetzen würde, und wohin sie Reserven werfen müßte, war sie zur See zum entscheidungsuchenden Angriff übergegangen, allerdings nicht zur unmittelbaren Herbeiführung der Waffenentscheidung, sondern einer Entscheidung, die zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet lag.

Das Schicksal des Landes stand, um mit Friedrich dem Großen zu sprechen, nicht auf dem Ausgang einer Schlacht, sondern auf der mehrmonatigen Wirkung des U-Bootkrieges.

Inzwischen hatte es sich als zwingende Notwendigkeit herausgestellt, durch großzügige Erweiterung der Propaganda die rein militärische und die mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg einsetzende wirtschaftliche Kriegführung durch die Kriegführung gegen den Geist der feindlichen Völker und Heere umfassend zu ergänzen. Das sollte naturgemäß auch dem Geist des deutschen Volkes zugute kommen. Es galt, zur Sicherung des Endsieges die Geschlossenheit der feindlichen Völker zu erschüttern und ihnen den Glauben an den Sieg zu nehmen. Dabei war die Wirkung etwaiger militärischer Erfolge des Vierbundes zu vertiefen und die Geschlossenheit und der Siegeswille des deutschen Volkes zu betonen.

Nicht nur im Innern, auch an der feindlichen Front selbst mußte in Ausübung der Propaganda die Politik die Gehilfin der Kriegführung werden. Die Lage erforderte ein enges Zusammenwirken beider zum Brechen des feindlichen Willens. Ich habe aber schon gezeigt, wie weit wir davon entfernt waren, und wie unsere Innenpolitik den entgegengesetzten Weg ging und damit den feindlichen Kriegswillen stärkte.

Wir wissen es aus der Geschichte des Weltkrieges, aus den Namen Bolo Pascha und Caillaux, aus dem Vorgehen der Gerichte der Vereinigten Staaten und vielem anderen, mit wie starker Hand

und mit welch rücksichtsloser, jedes vermeintliche Recht mißachtender Gewalt die Regierungen der Entente und der Vereinigten Staaten alle Regungen und Strömungen in den eigenen Völkern zurückhielten, die geeignet waren, den Kriegswillen zu schwächen. Wir kennen die Reden der feindlichen Staatsmänner, die ihren Völkern neue Kraft geben, vornehmlich aber weit über die Grenzen hinaus wirken sollten. Überall in der Politik der Feinde war Kraft und ein unerschütterlicher Vernichtungs- und Siegeswille, der den der Heeresleitungen zuweilen übertraf. Ich erinnere daran, wie sich im Frühjahr 1916 Briand der Räumung Verduns widersetzte, wie am 23. März 1918 Clémenceau ruhig und sicher in Compiègne auftrat, wie die Staatsmänner der Entente auf einen einheitlichen Oberbefehl drangen. Clémenceau sprach im Mai nach der Niederlage des französischen Heeres die stolzen Worte: „Wir werden siegen, wenn die öffentlichen Gewalten ihre Schuldigkeit tun.“ Ich erinnere daran, daß in den unglücklichen Novembertagen 1918 nicht Foch, sondern die Politik der Entente auf die Entwaffnung Deutschlands drang.

Wir haben die Rücksichtslosigkeit am eigenen Leibe gefühlt, mit der die Entente sich über jedes Völkerrecht gegenüber dem Vierbund und den Neutralen bei Führung des See- und Handelskrieges hinwegsetzte, um eine Blockade zu erreichen, die uns entscheidend, selbst in dem ungeborenen Kinde, traf.

Die feindliche Politik vertiefte nun die Wirkung der Blockade auf den durch die Not beeinträchtigten Willen der Völker des Vierbundes planmäßig durch die Propaganda. Sie verschärfte dadurch zugleich das vaterlandslose, kriegsabgewandte, defaitistisch flaue Denken in Kreisen, die nie gehungert haben und allein dem eigenen Wohlleben und dem eigenen Verdienst nachgingen, und verhalf den Gewalten zur Macht, denen Pazifismus und Kampf gegen Militarismus und Krieg nur Vorwand für ihr eigennütziges, staats- und vaterlandswidriges Wollen war.

Die Politik war bei der Entente auch auf diesem Gebiete der erfolgreiche Zwilling der Kriegführung und stellte die Propaganda geschickt auf die Kriegslage und die Psychologie der Völker des

Vierbundes ein, in denen sie nur zu willige Bundesgenossen fand. Für Deutschland äußerte sich ihre Propaganda zunächst so, wie bereits im Frieden. Sie sprach uns immer wieder vor, was sie aus der Presse und den Gedankenrichtungen unserer linken Parteien entnommen hatte und wieder entnehmen konnte, was geeignet war, diese zu stärken, Zwietracht in das Volk zu säen, seinen Geist zu zerstören, ihm den Glauben an den Sieg zu nehmen und es endlich zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt und den Krieg aufzurufen. Sie verfolgte allein den Zweck, uns militärisch zu schwächen und ihren Heeren mit allen Mitteln den Sieg zu sichern*).

Die Entente-Propaganda im Weltkrieg bürdete sofort dem deutschen Volk die Schuld am Kriege auf, für die aber nur Kaiser und Regierung als die Urheber, nicht das Volk zu bestrafen seien, und sprach im Zusammenhang hiermit von den Welteroberungsplänen Deutschlands, die es in Deutschland nicht gab. Sie trat in den Kampf für die Demokratie gegen die angebliche Autokratie, das kaum noch vorhandene Junkertum und den deutschen Militarismus, der den Feinden ringsum in heldenhaftem Ringen von ihr nicht erwarteten zähen Widerstand leistete.

Mit der steigenden Not bei uns und der überhandnehmenden Kriegsmüdigkeit begann ihr Ruf an die Instinkte der Massen. Begehrlichkeit, Neid und Mißgunst, Mißtrauen wurden angestachelt und die glücklichsten Tage versprochen für die Zeit des künftigen Friedens, den Volk und Soldat durch Gewalt und Streik, Überlaufen und Wegwerfen der Waffen herbeizuführen hätten. Mit Verschlechterung der Kriegslage an der deutschen Front wurde dies immer eindringlicher gepredigt und der Segen der Revolution gepriesen. Monarchie — vor allem das Haus Hohenzollern — und Offiziere, die Stützen eines starken Deutschlands, wurden besonders getroffen.

„Fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohen, ist heutzutage seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands", sagte Bismarck um das Jahr 1860, und Lord Canning bereits 1826: „Wenn wir uns an einem Kriege beteiligen, werden

*) Siehe auch Abschnitt VI A.

wir unter unseren Fahnen versammelt sehen alle Unruhigen, alle Unzufriedenen eines jeden Landes, mit dem wir in Unfrieden stehen werden*)."

In diesem Kampf gegen den Volksgeist in Deutschland und Österreich-Ungarn stand das jüdische Volk in seiner Masse ausgesprochen auf seiten der Entente und verstärkte ihre Werbearbeit. Es arbeitete für sie mit dem Bne-Brith-Orden**), mit der Alliance israélite universelle, dem Zionismus und der inter-

---

*) Das Juliheft 1921 der Süddeutschen Monatshefte „Der große Betrug" bringt aus der Feder des früheren Gouverneurs von Samoa, Herrn Dr. Erich Schulz-Ewerth, noch folgende, wenig bekannte Aufzeichnungen von Engländern über die Art ihrer Welthetze:

Schon David Hume schrieb in seinem Treatise on Human Nature Band II. Buch II. Teil II Abschnitt 3:

„Wenn sich unsere eigene Nation im Kriege mit einer anderen befindet, hassen wir diese als grausam, verräterisch, ungerecht und gewälttätig; aber immer halten wir uns und unsere Verbündeten für gerecht, gemäßigt und barmherzig."

Ebenso Thackeray für die Zeit der Napoleonischen Kriege:

„Wir behandelten unseren Feind mit ungeheuerlicher Ungerechtigkeit, voll Verachtung und Spott; wir bekämpften ihn mit allen Waffen, gemeinen sowohl wie heldenhaften. Da war keine Lüge, die wir nicht glaubten; keine Beschuldigung eines Verbrechens, welche unser wütendes Vorurteil nicht glaubwürdig gefunden hätte."

Für den Krim-, Buren- und Weltkrieg stellte der jüngere Stead — Review (Melbourne). Vol. LI Nr. 4 und 5 vom 22. 3. und 5. 4. 1919 — fest:

„Die erste Pflicht feindlicher Regierungen ist, einen bitteren Haß in ihren Völkern gegen die, mit denen sie Krieg führen werden, zu erzeugen..... Sogar in Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht war diese Haßpropaganda notwendig. In solchen, die sich auf freiwillige Armeen zu verlassen hatten, war sie unentbehrlich....."

**) Bne Brith oder Bnei Briß, d. h. Söhne des Bundes.

In der Sammelschrift „Das deutsche Judentum, Seine Parteien und Organisationen, Berlin-München 1919", gibt der Jude Dr. Alfred Goldschmidt ein Bild über die weite Verbreitung des Unabhängigen Ordens Bne Brith — U. O. B. B. — in Nordamerika, Europa und Asien und fährt fort:

„In gleicher Weise darf von der Großloge gesagt werden, daß es wohl kaum eine jüdische Organisation von Bedeutung in Deutschland gibt, in der sie nicht in irgendeiner Weise beteiligt ist.... Der U. O. B. B. ist ein jüdischer Orden. Er setzt Treue zum Judentum voraus und dient der Pflege und Stärke jüdischen Bewußtseins. Diese Note, die sich stützt auf Stammesgemeinschaft, geistige Wesenheiten, gemeinsame Geschichte und gemeinsames Geschick ..... darf neben der religiösen

nationalen Freimaurerei. Die Entente arbeitete wiederum für das jüdische Volk. Am 2. November 1917 erklärte Balfour, getreu der seit langem verfolgten Politik, daß die englische Regierung die Schaffung einer politisch und rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit allen Mitteln durchsetzen werde.

Das Geschick des jüdischen Volkes war damit allen fühlbar aufs engste mit dem Siege der Entente verbunden*).

Über die Zusammenarbeit von in Deutschland lebenden Juden

---

und neben der nationalen, die von einer bestimmten Partei vertreten wird, beanspruchen, die Judenheit auf gemeinsamer Grundlage aus den verschiedenen Lagern zu einen und zu verbinden."

In dem Heft „Das Wesen und die Leistungen des Ordens U. O. B. B." gedruckt 1911, neuaufgelegt 1917, schreibt Bruder Kuznitzky:

„... Was von ihm selbst und unter seiner Ägide vollbracht worden ist, redet eine so deutliche Sprache, daß jeder Kommentar überflüssig erscheint.....

„... Sie werden ... wohl ermessen, daß, was wir in vielen Jahren (seit 1843!) an Ideen und Werten geschaffen haben, nicht nur für die Güte unseres Ordens spricht, sondern daß vielmehr unser Orden als eine Tatsache von ungeheurer Tragweite, von überragender Bedeutung für die gesamte Judenheit wie für die gesamte Menschheit sich erwiesen hat....."

Endlich weise ich auf das Buch „Geschichte des Ordens Bnei Briß in Deutschland 1882 bis 1907" von Sanitätsrat Dr. Maretzki — Berlin, ohne Jahresangabe — hin. Es gibt ein anschauliches Bild von der Entwicklung des U. O. B. B. in Deutschland, „von seinem gewaltigen Wirken und seiner furchtbaren Energie" sowie von seinem Zielbewußtsein.

*) Siehe Anmerkung Seite 42.

Sehr lesenswert ist die „Geschichte des Zionismus: 1. Der Zionismus während des Weltkrieges", von Nahum Sokolow mit einer Vorrede von A. S. Balfour, Britischem Minister des Äußeren. Aus dem Englischen übertragen von Dr. Lothar Hofmann. Wien-New York 1921.

Im Frühjahr 1920 wurde in San Remo die britische Regierungserklärung durch den Obersten Rat bestätigt. Mit der Sorge für das Land Israel ließ sich Großbritannien beauftragen. Es soll, nach Nahum Sokolow, die ganze politische Welt mit sich reißen.

Da die Politik Dankbarkeit nicht kennt und England stets eine starke Eigennutzpolitik getrieben hat, wird es für seine Haltung gute Gründe haben.

Aus den Äußerungen einiger Führer des jüdischen Volkes in Deutschland ist zu entnehmen, wie befriedigt die bei uns lebenden Juden von diesen Ereignissen waren. Lloyd George aber sagte: „Ich zweifle nicht daran, daß die Juden der ganzen Welt mit Großbritannien zusammenarbeiten werden....."

Er meint beim „Wiederaufbau Palästinas". Aber dieser Zusammenarbeit war eine solche auf dem Gebiet der Weltpolitik vorausgegangen.

mit unseren Feinden ist kein Zweifel. Nur Deutschlands Niederlage konnte ihnen die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche bringen.

Die Propaganda begnügte sich aber mit dieser Arbeit noch nicht. Sie nutzte der Entente auch auf rein militärischem Gebiet unmittelbar entscheidend, indem sie ihr die Vereinigten Staaten als Bundesgenossen zuführte und den Volksgeist hochhielt.

Es liegt etwas Großzügiges und Starkes in dieser unmittelbaren Unterstützung der Kriegführung durch die Politik. Sie scheute vor nichts zurück, wo es galt, den Waffen- und Enderfolg zu sichern.

Als die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich den Alliierten anschlossen, gewann ihre Propaganda neue Kraft.

Die deutsche Kriegführung wie überhaupt die Kriegführung des Vierbundes mußte auf solche Mitwirkung der Politik verzichten, was namentlich bei der Geistesrichtung der deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsmänner nicht verwunderlich ist*). Bei

---

Nach Nr. 4 der Jüdischen Rundschau, Jahrgang 1920, führte der englische Staatsangehörige, der Jude Professor Weizmann, in einem Vortrage in Jerusalem aus:

„Es ist eine irrtümliche Auffassung, daß England uns den Vorschlag nur aus eigenem Interesse heraus machte..... Die Engländer glauben an die Bibel (muß für Christen heißen: Altes Testament) noch mehr als manche Schichten des Judentums. Zuerst kamen also die ideellen Gründe, nachher kamen die materiellen hinzu. Wir sind es, die den englischen politischen Führern klar gemacht haben, daß es im Interesse Englands ist, sich mit uns zu vermählen, die Fittiche des britischen Adlers über Palästina auszubreiten. Wir erreichten die Deklaration nicht durch Wundertaten, sondern durch beharrliche Propaganda, durch rein äußerliche Beweise von der Lebenskraft unseres Volkes. Wir sagten den maßgebenden Persönlichkeiten: Wir werden in Palästina sein, ob Ihr es wollt, oder es nicht wollt. Ihr könnt unser Kommen beschleunigen oder verzögern, es ist aber für Euch besser, uns mitzuhelfen, denn sonst wird sich unsere aufbauende Kraft in eine zerstörende verwandeln, die die ganze Welt in Gärung legen wird."

Am 12. Juli 1920 sagte der deutsche Staatsangehörige, der Jude Nordau, auf der zionistischen Massenversammlung in London nach der Jüdischen Rundschau 1921, Nr. 49:

„Die britischen Staatsmänner begannen von Palästina als von der jüdischen Heimstätte zu sprechen und erwarteten von den Juden, daß sie verstehen würden, was ihre Pflicht ist. Wir verstanden und handelten demgemäß."

*) Siehe Abschnitt IV und V.

unserer zahlenmäßigen Unterlegenheit war die Kriegführung des Vierbundes doppelt und dreifach auf diese Hilfe angewiesen. Oft genug ist die deutsche O. H. L. an die deutsche Reichsleitung mit entsprechenden Vorstellungen herangetreten. Sie erreichte so gut wie nichts. Es muß dahingestellt bleiben, ob dem Reichskanzler auch auf dem Gebiet der Propaganda jedes Verständnis für die Mitarbeit an der Kriegführung und für die Beeinflussung der neutralen Staaten fehlte oder ob, wie es wahrscheinlich ist, auch an dieser Unterlassung der Geist unserer verhängnisvollen Innenpolitik schuld war, die alles mied, was den Kriegswillen stärken konnte, um die Mehrheitsparteien und den Feind „nicht zu reizen". Die Kriegführung allein besaß nicht die Mittel, Ausgleich zu schaffen. Was sie an Propaganda und Aufklärung veranlaßte, mußte trotz dem besten Willen aller Beteiligten Stückwerk bleiben. In den verbündeten Ländern lag es ähnlich.

Die Verhältnisse, unter denen der Vierbund und die Alliierten den Krieg führten, erlitten bei dieser Sachlage eine weitere Verschiebung zuungunsten der Kriegführung des Vierbundes. Zu der Unterlegenheit an Zahl, an Kraft des Volksgeistes und in der wirtschaftlichen Versorgung trat jetzt als weiterer Ausfall für den Vierbund das völlige Fehlen des Kampfes gegen den Geist der feindlichen Völker. Die Kriegführung des Vierbundes sah sich im Gegensatz zu den Verhältnissen beim Feinde wie in den früheren preußisch-deutschen Kriegen allein auf die militärischen Machtmittel angewiesen, die aber nun einmal in die engste Abhängigkeit von Volksgeist und Wirtschaftslage geraten waren. Die Politik hielt daran fest, daß das Feldheer aus eigener Kraft zu siegen habe. Nach ihrer Ansicht hatten Staatsmann und Feldherr immer noch getrennte Aufgaben zu erfüllen, während Politik und Kriegführung durchaus eins sein mußten.

Von dem vorstehend Gesagten bildet nur ein Fall eine schwerwiegende Ausnahme: die Beförderung Lenins aus der Schweiz nach Schweden, die anscheinend lediglich Rücksichten der inneren Politik entsprungen ist. —

In dem am 1. Februar 1917 beginnenden zweiten Abschnitt der Kriegführung der O. H. L. war die Gesamtkriegslage folgende:

Der Feind trieb „Vernichtungsstrategie" gegen den Vierbund — und zwar schon über zwei Jahre — mit seinen Heeren zu Lande, mit den Seestreitkräften durch die Blockade gegen die wirtschaftliche Kraft und mit der Propaganda im Verein mit der Blockade gegen den Geist der Völker des Vierbundes. Alles geschah ausgesprochen zu dem Zweck, den Sieg an der Front und den Sieg über die dahinter stehenden Völker zu erringen.

Wir trieben reine „Abwehrstrategie" zu Lande und nahmen jetzt den Vernichtungsgedanken in die Kriegführung unserer Seestreitkräfte auf, um die wirtschaftliche Kraft und damit mittelbar auch den Geist der feindlichen Völker zu treffen.

An den Landfronten standen die Handlungen der beiderseitigen Heere in vollständiger Wechselwirkung. Der Erfolg der einen war die Niederlage der anderen.

Der Kampf der Gegner gegen die wirtschaftliche Macht des anderen berührte sich nicht. Die Kampfgebiete griffen ineinander über, ohne gegeneinander gerichtet zu sein. Der Erfolg auf der einen Seite schloß den Erfolg auf der anderen Seite nicht aus. Wir hatten indessen einen Vorsprung des Feindes von zwei Jahren einzuholen.

Im Kampf gegen den Volksgeist waren nur die Länder des Vierbundes infolge der Haltung ihrer politischen Führer das Schlachtfeld. Auch in den neutralen Staaten führte der Feind den Kampf gegen den Volksgeist der Vierbundstaaten.

In Ausführung der strategischen Absichten mieden wir im Frühjahr 1917 an der Westfront die zwischen Arras und Noyon drohende Schlacht. Anfang Februar 1917 erging für Mitte März der Befehl zum lange vorbereiteten Rückzug in die im Herbst 1916 mit dem Ausbau begonnene und im März beziehbare Siegfried-Stellung*). Er wurde zu dem befohlenen Zeitpunkt zur schweren Enttäuschung des Feindes ausgeführt, der einen großen, die Ent-

*) Stellung Arras—Laon.

scheidung suchenden Doppelangriff angesetzt hatte. Die O. H. L. hatte das Gebiet vor der Siegfried-Stellung auf etwa 12 km Breite planmäßig zerstören lassen. Dies wertete sich taktisch dahin aus, daß der Feind es schwerer hatte, nachzudrängen und sich vor der neuen Stellung festzusetzen, strategisch dahin — und hierauf muß besonderer Wert gelegt werden —, daß auf einem breiten Frontteil ein feindlicher Angriff auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen wurde. So erhielt die O. H. L. die Möglichkeit, hier die Abwehr den ganzen Sommer über bis tief in den Herbst hinein mit abgekämpften, in großen Breiten stehenden Divisionen durchzuführen und hinreichende Kräfte für die anderen kriegerischen Handlungen des Jahres 1917 zu gewinnen.

Als der Rückzug in die Siegfried-Stellung in Ausführung begriffen war, trat ein Ereignis ein, das die Gunst der Kriegslage zu Lande mit einem Male außerordentlich verschieben sollte: die russische Revolution.

Sie war eine wichtige Entlastung für uns. Es war anzunehmen, daß die Ostfront vorläufig mit ihren eigenen, schwachen Kräften auskommen, einer Zuführung von Truppen und Kriegsgerät also nicht bedürfen würde.

Auch der Angriff zur See hatte Erfolg. Die Entente fühlte sich in ihrem Wirtschaftsleben schwer bedroht.

Jetzt verbesserte sich auch die Lage an der Westfront entscheidend. Es gelang, den englisch-französischen Angriff im April und Mai, trotz den anfänglichen Erfolgen des englischen Angriffs bei Arras, nicht nur abzuwehren, sondern dem französischen Heere durch die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz eine schwere Niederlage zu bereiten.

Dem englisch-französischen Angriff lag, ähnlich wie den Angriffen 1915 und später denen des Jahres 1918, der Gedanke zugrunde, die deutsche Westfront ins Wanken zu bringen. Der nach Frankreich ausspringende Bogen unserer Dauerstellung sollte wie mit einer Zange an zwei Stellen — bei Arras und Reims — eingedrückt und dadurch der dazwischen liegende Teil unserer Front umfassend herausgeschnitten werden. Die ursprüngliche Absicht,

den Angriff auf unserer Westfront durch einen gleichzeitigen Angriff auf unsere Ostfront zu unterstützen, dadurch unsere schwachen Reserven, sei es an der Ost- oder Westfront, zu binden und an der anderen im Durchbruch den Sieg zu erringen, war durch die Revolution in Rußland vereitelt worden.

Die Wirkung des deutschen Abwehrsieges im Westen im April und Mai 1917 war so groß, daß im französischen Heere in Verbindung mit einer starken revolutionären Propaganda, an der Deutschland keinen Anteil hatte, umfangreiche Meutereien ausbrachen, über die wir naturgemäß erst nach und nach Klarheit bekamen. Die deutsche Regierung hielt kein Propagandamittel in der Hand, um die Wirkung der französischen Niederlage zu vertiefen und auch auf den Volksgeist Frankreichs einzuwirken, der an einigen Stellen erheblich nachließ.

Noch vor den Kämpfen an der Westfront hatte die Schwächung der Entente durch die russische Revolution und durch die Erfolge des U-Bootkrieges die Vereinigten Staaten auf den Plan gerufen. Sie erklärten Anfang April an Deutschland den Krieg. Vor Jahresfrist war aber nicht auf ihr Eingreifen in den Landkrieg mit nennenswerten Kräften zu rechnen; dagegen stellten sie Abwehrmittel gegen die U-Boote unmittelbar zur Verfügung und vergrößerten noch ihre Anstrengungen in der Lieferung von Kriegsgerät.

Die vollständig veränderte Kriegslage ließ den Gedanken bei der deutschen O. H. L. reifen, neben dem Angriff der Marine zur See auch zu Lande wieder zum Angriff, d. h. von der „Ermattungsstrategie" zu einer unmittelbar die Entscheidung suchenden Kriegführung überzugehen, um den Sieg zu erringen, bevor die Streitkräfte der Vereinigten Staaten wirksam eingreifen konnten. Oder sollte die O. H. L. wirklich weiter in der Abwehr bleiben, wie die Anhänger der Ermattungsstrategie es für richtig hielten? Dann hätte die Überlegenheit des Feindes an Menschen, Kriegsgerät und Rohstoffen, die Geschlossenheit des Volksgeistes und die Wesenseinheit zwischen Politik und Kriegführung unfehlbar ihm den Sieg, uns die Niederlage gebracht, wenn der U-Bootkrieg nicht die erhoffte Wirkung hatte. Wie die Ententepolitik stets alle Hebel

in Bewegung setzte und restlos jedes Mittel, sogar Lüge, Verleumdung, Bruch des Völkerrechts für den Endsieg ausnutzte, so mußte bei uns, wenigstens militärisch, jede Gunst der Lage ausgenutzt werden, um für die Politik mehr Eisen im Feuer zu haben.

An der Westfront anzugreifen, fehlten noch die Kräfte. Die April- und Maischlachten hatten das deutsche Heer, das durch das Jahr 1916 noch stark geschwächt und ermüdet war, erheblich mitgenommen. Es bedurfte zunächst der Ruhe. Die Kampfkraft des englischen Heeres war ungebrochen, was die englischen Angriffe auf den Wytschaete-Bogen Anfang Juni und die Flandernschlacht Ende Juli zeigten. Die französische Armee fand unter der festen Hand ihrer Regierung und des Generals Pétain, die mit größter Schärfe gegen die internationale, pazifistische und defaitistische Propaganda in Heer und Volk vorgingen und zahlreiche Todesurteile vollstrecken ließen, ihren Halt sehr bald wieder*). Die Angriffe des französischen Heeres, die mit dem 20. August bei Verdun begannen, haben dies bewiesen.

Eine Schwächung unserer Ostfront kam trotz der russischen Revolution nicht in Frage. Tatsächlich hatten die russische und namentlich die rumänische Armee immer noch Angriffskraft; das erhärteten die feindlichen Angriffe im Juli 1917 südöstlich Wilna, in Galizien und westlich Focsani.

Die Ansicht, eine kräftige „Demonstration" an der Westfront im Juni oder Juli hätte genügt, die Nerven des französischen Volkes endgültig zu zerschlagen, entbehrt der zutreffenden Grundlagen. Man kann sogar behaupten, daß eine Demonstration, also doch ein Scheinangriff großen Stils, wie ein abgeschlagener Angriff im französischen Heere das genaue Gegenteil bewirkt hätte.

Ein deutscher Angriff durfte sich daher nur gegen die Ostfront richten. Es war zu hoffen, daß die Kräfte, die die O. H. L. an allen Fronten freimachen konnte, dazu ausreichen würden, das durch die Revolution erschütterte Rußland, dann Rumänien friedenswillig zu

*) Ich verweise auf den Aufsatz in „Wissen und Wehr", zweites und drittes Heft, Jahrgang 1921: „Im Großen Französischen Hauptquartier 1915—1918".

machen; es sei denn, daß beide Staaten vorher zum Frieden bereit waren.

Die O. H. L. stellte sich das große Ziel, während der uneingeschränkte U-Bootkrieg in den Sperrgebieten um die Kriegsentscheidung auf wirtschaftlichem Gebiet rang, Rußlands und Rumäniens Kriegswillen zu brechen, um dann im Westen anzugreifen, noch bevor die Vereinigten Staaten mit nennenswerten Streitkräften in Europa auftreten konnten. Sie verfolgte dies Ziel in dem dritten Abschnitt ihrer Kriegführung mit zäher Entschiedenheit.

Der Reichskanzler hatte eine Zeitlang gehofft, daß die Verhältnisse in Rußland nach Entthronung des Zaren einen Frieden heranreifen lassen würden. Er war im April an die O. H. L. mit dem Wunsche herangetreten, jede Angriffshandlung zu unterlassen. Diese war dem nachgekommen. Im Einverständnis mit der O. H. L. übte der Oberbefehlshaber Ost eine starke Werbetätigkeit für den Frieden an der russischen Front und durch Funkspruch auch in deren Rücken aus*). Die Anfang April 1917 in Rußland zutage tretenden internationalen und revolutionären Strömungen, die den allgemeinen Frieden „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" forderten, waren nicht von Dauer. Der sozialistische Friedenskongreß in Stockholm übte in Rußland keine Wirkung aus. Der englische Botschafter und Kerenski drückten die Fortsetzung des Krieges durch.

*) Ein Militär-Schriftsteller gibt folgende, bereits recht häufig geäußerte Ansicht wieder:

„Eine Botschaft oder ein Funkspruch dieses Inhalts an das russische Volk und Heer: Friede mit dem russischen Volke unter vollem Verzicht auf russischen Boden und auf jede Einmischung in die russische innere Politik oder Einwirkung auf die russische Staatsform — hätte, nach menschlichem Ermessen, dessen Kampfbereitschaft und Kampfwillen vollends zerbrochen."

So wie ich die Verhältnisse Rußlands 1917 beurteilt habe, gründet sich diese Ansicht nicht auf die tatsächlichen Zustände in Rußland. Dort gab es damals zwei Strömungen, die eine von England geleitet, die den Krieg fortsetzen wollte, die andere, die international-proletarische, die den allgemeinen Frieden unter Verzicht aller kriegführenden Mächte auf Annexionen und Kriegsentschädigungen bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker forderte. Der Gedanke eines Sonderfriedens mit dem Vierbund hatte damals in Rußland wohl keine maßgebenden Anhänger.

Inzwischen war der Reichskanzler dem sozialistischen Vorschlage, Lenin nach Schweden zu befördern, gefolgt. Die O. H. L. stimmte dem zu, ohne zu erfahren, wer die Urheber dieses Vorhabens waren. Sie brauchte für die erfolgreiche Weiterführung der Operationen endgültige Schwächung Rußlands und Frieden im Osten. Die Revolution hatte beides bisher nicht gebracht. Je entschiedener Rußland geschwächt wurde, je eher die O. H. L. den Frieden im Osten unter Schonung der eigenen Kräfte erreichte, desto günstiger war es für die Kriegführung.

Endlich traten die Angriffsabsichten Kerenskis so deutlich hervor, daß der Reichskanzler seine Bedenken gegen einen deutschen Angriff im Osten zurückstellte. Zeitlich fallen die Vorbereitungen des russischen und des deutschen Angriffs zusammen. Der russische Angriff begann Anfang Juli 1917. Er brach südöstlich Wilna und in Galizien in unsere Front ein. Bei Wilna wurde die Spannung durch die hervorragende Haltung pommerscher Landwehr beseitigt. In Galizien warf der deutsche Gegenangriff, der durchaus den Stempel Schlieffenscher Strategie trug, die eingedrungenen Russen zurück. Die Kämpfe selbst endeten mit dem Rückzuge des russischen Heeres von Brody südwärts bis zur galizisch-russischen Grenze.

Der rumänische Entlastungsangriff hatte vorübergehenden Erfolg. Er zwang eine dort beabsichtigte Operation, die über den Sereth führen sollte, auf dem westlichen Ufer in eine nördliche Richtung.

Unsere weitere Absicht, nach Herstellung der Eisenbahnverbindungen in Ostgalizien und in der Bukowina zur Erzwingung des Friedens im Osten den Feldzug gegen die russisch-rumänische Front südlich des Dnjestr fortzusetzen, mußte aufgegeben werden. Er sollte in einem doppelten Angriff über den oberen Sereth westlich Galatz und hart südlich des Dnjestr bestehen und auch zangenartig wirken.

Graf Czernin und General v. Arz hatten nach der elften Isonzo-Schlacht im August/September 1917 erklärt, die k. u. k. Armee sei nicht mehr imstande, einen zwölften Angriff auszuhalten. Das machte einen dicken Strich durch die Gedankengänge und Hoffnungen der O. H. L. Sie mußte, ob sie wollte oder nicht, die k. u. k.

Armee unterstützen und konnte im Osten dem Angriff bei Riga nur die Landung auf den Inseln Ösel und Moon folgen lassen. Beide Unternehmungen trugen wiederum den Stempel der „Vernichtungsstrategie".

Diese Angriffe genügten, um das durch die Revolution geschwächte russische Heer derart zu erschüttern, daß Lenin am 7. November die Gewalt ergreifen konnte. Er trat in Verhandlungen mit Deutschland ein. Die Erwartungen, die sich an seine Verschickung geknüpft hatten, erfüllten sich. Politik und Kriegführung hatten tatsächlich an der Ostfront 1917 zusammengearbeitet, und die Kriegführung hatte nun der Politik den Weg freigemacht.

Es ist eine tiefe Tragik, daß die beiden aufeinander angewiesenen Völker, Deutsche und Russen, sich bekämpften und daß die deutsche Kriegführung gezwungen war, Rußland den Todesstoß zu geben, damit Deutschland den Kampf um sein Dasein bestünde. Die deutsche Kriegführung sah sich aber vor keine andere Wahl gestellt, nachdem selbst die Kämpfe im Juli Rußland nicht friedenswillig gemacht hatten.

Die Unterstützung, die die O. H. L. der k. u. k. Front gegen Italien gewährte, durfte nur vorübergehend sein. Es war nicht möglich, deutsche Divisionen dort dauernd zu belassen. Ihr Platz war an der Westfront; denn daß dort bald wieder um die Entscheidung gerungen werden müsse, war sicher, gleichviel, ob in Abwehr oder Angriff. Eine solche Lage schloß die Abwehr gegen Italien aus, die deutsche Divisionen dauernd beansprucht hätte. Es konnte nur die Führung eines entscheidenden Schlages in Frage kommen, selbstverständlich so wirksam wie möglich, mindestens zur langanhaltenden Entlastung der österreichisch-ungarischen Front gegen Italien. Die deutsche O. H. L. entschloß sich in Verbindung mit dem k. u. k. Oberkommando zum Angriff auf die italienische Isonzofront unter Einsatz der deutschen Truppen in der Hauptstoßrichtung Tolmein—Udine. Die Operation verlief erfolgreich. Die feindlichen Stellungen bei Tolmein wurden am 24. Oktober erstürmt. Nach wenigen Tagen war das italienische Heer geschlagen, der Tagliamento überschritten und der Piave erreicht. Der Erfolg

war groß; er hätte noch bedeutender sein können, wenn die k. u. k. Armee bei Görz trotz dem Fehlen von Pferden schärfer angegriffen und nachgedrängt hätte. In diesem Falle wären weit größere Teile des italienischen Heeres östlich des Tagliamento gefangen genommen worden.

Noch konnte ein jetzt einsetzender Angriff aus Tirol eine große strategische Wirkung auf die italienische Armee ausüben und die Heeresbewegung in Fluß erhalten; aber er kam nicht mehr zur Entwicklung. Der k. u. k. Armee mangelte auch hierbei die Stoßkraft. Eine Verstärkung der in Tirol stehenden Teile vom Isonzo her war nicht erfolgt. Die Bahnverbindungen waren schlecht. Deutsche Truppen konnten nicht rechtzeitig nach Tirol gefahren werden. Divisionen der Ostfront, die noch gegen Italien eingesetzt werden sollten und dorthin auf der Fahrt waren, mußten nach der Westfront abgedreht werden, wo die Lage ernst geworden war. Die Engländer griffen in zäher Ausdauer in Flandern an, um sich unserer dortigen U-Bootstützpunkte zu bemächtigen, und die Franzosen waren vor Verdun und an der Laffaux-Ecke wieder auf den Plan getreten.

Der Feldzug gegen Italien kam an dem Piave zum Stehen. Seine Fortsetzung war nicht mehr möglich. Sein Ergebnis war eine so starke Schwächung des italienischen Heeres, daß es von der englischen Westfront her unterstützt werden mußte. Die deutschen Divisionen wurden entbehrlich, auch k. u. k. Divisionen waren frei geworden, um deutsche im Osten zu ersetzen.

Man ist zuweilen mit dem Ergebnis des Feldzuges gegen Italien nicht zufrieden. Dies ist richtig, wenn man an die Erfolge denkt, die ein kraftvolles Handeln der k. u. k. Armee am Isonzo und aus Tirol hätte erreichen können. Die Bemängelung ist aber nicht gerechtfertigt, wenn man die Gesamtanlage der Operationen in Betracht zieht; andernfalls hätte die Politik Grund zur Klage. Die Nichtzufriedenen befürworten statt der Operation aus der Front eine Operation aus Tirol gegen den Rücken des italienischen Heeres am Isonzo. Das ist keine zutreffende Ansicht, trotzdem sie auf den ersten Blick viel für sich hat. Nicht nur die deutsche O. H. L., sondern recht viele Stellen, die von klugen, entschlossenen und tapferen Män-

nern vertreten waren, haben unabhängig voneinander auch diese Operation geprüft, aber abgelehnt, vornehmlich mit Rücksicht auf die Stärke der für den Angriff zur Verfügung stehenden Truppen, die Eisenbahnverbindungen und die Jahreszeit. Es kann auch noch daran erinnert werden, daß die österreichisch-ungarische Offensive 1916 noch vor dem russischen Angriff stecken blieb, weil sie mit zu geringen Kräften unternommen wurde. Diese waren aber damals stärker als die 1917 verfügbaren Kräfte. Auch hier kann nur gesagt werden, Strategie ist ein System der Aushilfen, die nicht Lehrmeinungen und Wünschen zuliebe, sondern aus herber Wirklichkeit zu wählen sind. Auch an der italienischen Front hat wohl die Kriegführung mit den vorhandenen Mitteln für sich und für die Politik alles geleistet, was erwartet werden konnte.

Zum Halten der Westfront in Frankreich war die O. H. L. in der Abwehr geblieben. Sie würde zweckmäßiger gehandelt haben, wenn sie einige vorgeschobene Stellungsteile, wie den Wytschaetebogen, die Laffaux-Ecke und Stellungen vor Verdun, vor dem Angriff hätte räumen lassen, statt in ihnen die Schlacht in der Hoffnung eines Abwehrsieges anzunehmen. Die Flandernfront war, wie es auch geschah, zu halten. Diese Flandernschlacht kostete dem Heere besonders viel Kraft. Aber die deutsche Kraft reichte noch aus, in einem Gegenangriff bei Cambrai Ende November 1917 der englischen Armee eine empfindliche Niederlage beizubringen. Die Strategie, die hierbei verfolgt wurde, lief wiederum auf die Vernichtung des in unsere Stellung eingedrungenen Feindes hinaus. Daß diese Absicht dem dort befehligenden Oberkommando nicht voll gelang, lag in der Ungeübtheit der Unterführer und Truppen, im Westen anzugreifen, und in der Verfassung einiger Truppenverbände, die nicht so in der Hand der Führer waren, wie es geboten war. Unter diesen Umständen verwirklichten sich erst recht nicht Hoffnungen, die bei Cambrai vorübergehend noch erheblich mehr als einen örtlichen Sieg erwartet hatten.

Zuweilen wird die Ansicht geäußert, ein großer Erfolg wäre bei Cambrai möglich gewesen, wenn die O. H. L. gleich nach dem

Einsetzen des Flandernangriffs, also Anfang August, Truppen von Ost nach West gefahren hätte. Das hätte auch die Anspannung der Truppen im Westen verringert, was naturgemäß für 1918 nutzbringend gewesen wäre.

Aber sollte Rußland wie nach dem Sommerfeldzug 1915 auch jetzt nach dem Angriff in Galizien sich wieder selbst überlassen bleiben und sich erholen? Die Russen hatten in den Julikämpfen, auch auf dem Rückzuge und dann am Grenzfluß, dem Zbrucz, eine bemerkenswerte Kampfkraft gezeigt. Noch immer war es möglich, daß das russische Heer wieder ein schärferes Kriegswerkzeug wurde. Gewiß sind die Kämpfe bei Riga und auf den Inseln vor dem Rigaischen Meerbusen an und für sich nicht erheblich und deshalb, nach flüchtigem Urteil, unnötig gewesen. Sie zielten auf Petersburg und machten dort einen ungewöhnlichen Eindruck, viel mehr, als es militärisch begründet war. Es besteht kein Zweifel, daß sie den Zusammenbruch Rußlands, wie es die Lage erforderte, zu guter Letzt herbeigeführt haben. Niemand kann sagen, wie sich die Verhältnisse in Rußland entwickelt haben würden, wenn wir in den russischen Ostseeprovinzen nicht angegriffen hätten. Im übrigen wurden gleich nach Riga, also in den allerersten Septembertagen, unmittelbar aus dem Kampf einige Divisionen nach dem Westen gefahren. Ein Mehr wäre zu jenem Zeitpunkt nur möglich gewesen, wenn auf den Feldzug gegen Italien verzichtet wurde. Das aber war mit Rücksicht auf die Lage bei der k. u. k. Armee unmöglich.

Aus der Fahrt vom Osten nach Italien wurden, wie gesagt, nicht zum Nutzen des Feldzuges gegen Italien, notgedrungen zwei Divisionen nach dem westlichen Kriegsschauplatz abgedreht und auch weiterhin eine und die andere Division aus dem Osten nach dem Westen gefahren. Die große Eisenbahnbewegung deutscher Divisionen aus dem Osten konnte aber erst befohlen und eingeleitet werden, als die Zersetzung des russischen Heeres offensichtlich war. Auch war es nötig, deutsche Truppen durch k. u. k. Divisionen freizumachen. Es ist wohl seitens der O. H. L. zur Entlastung des

Westens alles geschehen, was unter den gegebenen Verhältnissen nur möglich war. Mit den vorhandenen Kräften konnte leider nicht alles das gemacht werden, was niemand für wünschenswerter hielt als die O. H. L. selbst.

Die Kriegführung des Jahres 1917 zeigt klar, wie die O. H. L. die Strategie als ein System der Aushilfen ansah.

Die O. H. L. hat ihr Ziel im Osten, den Kriegswillen Rußlands zu brechen, weil ihr die Kräfte zu einem einzigen großen Schlage fehlten, dadurch erreicht, daß sie mehrere kleine Angriffe mit beschränkten Zielen geführt hat, in denen jeder einzelne von dem Vernichtungsgedanken getragen war.

Gegen Italien hat sie ihre Absichten durch einen eine große Entscheidung erstrebenden Angriff durchgeführt. Auch hier hat sie sich Beschränkung auferlegen müssen, um Gutes zu erreichen, da das Beste nicht zu erzielen war.

Alle übrigen Fronten hat sie gehalten, indem sie sich auf den Abwehrgedanken eingestellt und ausgesprochene „Ermattungsstrategie“ getrieben hat. Sie zögerte indes nicht, einen kraftvollen Angriff zu führen, als sich ihr die Gelegenheit bot, Teile des englischen Heeres zu schlagen. Dieser Angriff stellt sich in seinem Ergebnis als ein Angriff mit beschränktem Ziel dar.

In der Landkriegführung war erreicht, was sich die O. H. L. als Ziel gesetzt hatte. Selbstverständlich hatten die Kräfte der Truppen herhalten müssen. Das war aber durch nichts zu ändern, solange wir in der Unterlegenheit den Krieg gegen eine starke Überlegenheit führten und diese bezwingen mußten. Die Vorbereitungen für den Angriff im Westen konnten nun beginnen.

Kriegführung und Politik konnten mit dem Kampfergebnis des Jahres 1917 zu Lande durchaus zufrieden sein. In äußerster Anspannung war Rußland friedenswillig gemacht, Italien stark geschwächt worden. Die französische Armee hatte zwar wieder Kraft gewonnen; alle Frankreichs Kriegswillen berührenden Störungen waren beseitigt, aber die Armee war müde, ihre Stärke sehr vermindert. Der Geist des englischen Heeres war schwer getroffen.

Eine tiefe Niedergeschlagenheit hatte sich der englischen Armee infolge ihrer verlustreichen und vergeblichen Angriffe in Flandern und bei Cambrai bemächtigt. Auch in England begann die Ersatzlage Schwierigkeiten zu machen. Das Vordringen Englands in Palästina fiel diesen Erfolgen gegenüber nicht ins Gewicht.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg hatte nicht die hohen Erwartungen erfüllt, die ihn begleitet hatten. Er hatte aber das Wirtschaftsleben unserer Feinde schwer getroffen. Der Krieg hat erst damit auch die feindlichen Völker empfindlich in Mitleidenschaft gezogen; nur konnte das eine Jahr der Not und Sorge, das für sie seit Beginn des U-Bootkrieges verstrichen war, auf den Volksgeist Englands, Frankreichs und Italiens nicht so einwirken wie der Druck dreier Notjahre auf die Völker des Vierbundes, zumal, da wir auf die Vertiefung der Wirkung des Wirtschaftskrieges durch Propaganda verzichtet hatten.

Die hohe Gunst der militärischen Lage im Sommer 1917 wurde von der deutschen Politik nicht nur nicht benutzt und erweitert, sondern durch verschiedene Vorgänge in Deutschland zerstört, an erster Stelle durch die laut betriebene Friedenspropaganda. Diese gipfelte in der Reise sozialdemokratischer Führer nach Stockholm und in der Friedensentschließung des deutschen Reichstages. Hinzu trat das Bekanntwerden jenes Briefes des Grafen Czernin bei der Entente, in dem er, um die deutsche O. H. L. gefügig zu machen, mit dem revolutionären Feuer, der Erschöpfung Österreichs und der Unmöglichkeit, den Krieg über den Herbst 1917 hinaus weiterzuführen, frevantlich gespielt hat. Der Kriegswille des Feindes, der unter dem Eindruck der Vorgänge an der Front nachließ, erhielt dadurch neue Kraft. Er zog sie auch aus der Hoffnung, Österreich-Ungarn von Deutschland zu trennen, was durch die Verhandlungen Kaiser Karls mit der Entente durch seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Parma, in greifbare Nähe gerückt zu sein schien.

Die Politik verschlechterte nun auch weiterhin die Gunst der Kriegslage durch die hinschleppende und unwürdige Art, in der sie die Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk und bald darauf mit Rumänien in Bukarest führte. Die unmittelbare Folge

für die Kriegführung war die Verzögerung der Abfahrt von Divisionen der Ostfront nach dem Westen und ein Zustand im Osten, der eher einem Waffenstillstand als einem Frieden glich und mehr Kräfte im Osten fesselte, als ursprünglich angenommen war. Die Schwäche den Vertretern der Sowjet-Regierung gegenüber mußte auf die Entente ermutigend wirken, nicht minder die Aufforderung des Vierbundes an sie, in Brest-Litowsk in allgemeine Friedensverhandlungen einzutreten.

Im Zusammenhange damit gewann die fortschreitende Verschlechterung der Zustände in der Heimat eine besonders große Bedeutung: das Festhalten an der Friedensentschließung, die Zunahme des Defaitismus und der Miesmacherei, der große politische Streik in Berlin und anderen Städten Ende Januar 1918 und das starke Einsetzen der unabhängig-sozialdemokratisch-bolschewistischen Propaganda. Das alles wird der Entente nicht verborgen geblieben sein.

Während der Geist des eigenen Volkes trotz den großen Waffenerfolgen immer mehr litt, festigte sich die Kriegsentschlossenheit des Gegners trotz schweren Niederlagen und Mißerfolgen. Je weiter der Feind sich von einem Waffensiege an der Front entfernt sah, desto größere Wucht legte er in den Angriff gegen unseren Volksgeist und den unserer Verbündeten.

An die deutsche Kriegführung trat jetzt die schwere Frage heran, ob sie ihren Gedanken, im Westen 1918 anzugreifen, verwirklichen wollte, obschon im Osten nicht so reiner Tisch gemacht und vielleicht auch nicht zu machen war, wie sie gehofft hatte. Das Stärkeverhältnis noch günstiger zu gestalten, erschien nicht möglich. Es war besser als je seit Beginn des Krieges. Eine sorgfältige Ausbildung sollte die Vorteile erhöhen, die in der zahlenmäßigen Stärke lagen.

Die O. H. L. konnte auf allen Fronten hinhaltend in Abwehr verbleiben und Kräfte sammeln für die Entscheidung im Jahre 1919. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die amerikanischen neu aufgestellten Truppen mit ihrer Ausbildung fertig und in Frankreich eingetroffen. Die Entente, durch sie verstärkt und durch die Ruhe ebenfalls gekräftigt, konnte nun im Westen den Angriff unter den

günstigsten Bedingungen beginnen. Ähnlich lag es auch auf den anderen Fronten. Auch eine Wiedererstarkung Rußlands mit der Hilfe der Entente war möglich; an Versuchen der Entente hierzu hat es nicht gefehlt. Der Kampf 1919 gegen den vereinigten und gekräftigten Feind mußte sehr ungleich werden, zumal der Vierbund seine Streitkräfte nicht weiter vermehren konnte.

Es war zu erwägen, ob die O. H. L., ähnlich wie im Frühjahr 1917, den Ausgang des Krieges allein auf den Erfolg des U-Bootkrieges aufbauen sollte. Jenes uneingeschränkte Vertrauen hatte sie zu dieser Waffe nicht mehr, selbst wenn sie auch weiterhin von ihrem Wirken bedeutungsvollste Unterstützung erhoffte. Der U-Bootkrieg war ein sehr wesentliches Mittel zum Siege geblieben, aber nicht mehr das alleinige. Tatsächlich ist seine große wirtschaftliche Wirkung 1918 bis zur Einstellung besonders auch darauf zurückzuführen, daß durch den deutschen Angriff im Westen 1918 der Feind gezwungen wurde, Schiffsraum in weit höherem Maße für die beschleunigte Überführung des Heeres der Vereinigten Staaten zu gebrauchen und damit der wirtschaftlichen Versorgung zu entziehen, als wenn er, ohne jenen Angriff, die Überführung in größerem Zeitraum hätte vornehmen können.

Die weitere Frage, ob etwa bei dieser abwartenden Kriegführung ein Verständigungsfriede zu erwarten gewesen wäre, muß gegenüber dem Vernichtungswillen des Feindes und seiner Hoffnung auf die Armee der Vereinigten Staaten verneint werden. Kein anderer Weg führte zum Frieden, als der Kampf.

Eine abwartende Kriegführung hätte aller Wahrscheinlichkeit nach auf den Bestand des Vierbundes schwächend, vielleicht zersetzend gewirkt. Es darf nicht vergessen werden, daß durch die Friedensresolution das Vertrauen zu Deutschland in Bulgarien und der Türkei sehr beeinträchtigt war und daß sich namentlich in Bulgarien starke Kräfte regten, die einen Austritt Bulgariens aus dem Vierbund wünschten. Der Regierungswechsel in Bulgarien im Frühjahr 1918 zeigte es. In Sofia war der Generalkonsul der Vereinigten Staaten nach ihrer Kriegserklärung an Deutschland verblieben. Das stellte sich in seiner Wirkung auf die innerpoliti-

schen Zustände Bulgariens als immer verhängnisvoller heraus. Das Drängen der O. H. L. in die Politik, seine Entfernung zu veranlassen, war ergebnislos.

Österreich-Ungarn war stark geschwächt, die Haltung Kaiser Karls noch lauer, als damals erkannt wurde. Doch hatte er gelegentlich der Verhandlungen von Brest-Litowsk seine Gedanken dadurch geoffenbart, daß er mit einem Sonderfrieden mit Rußland gedroht hatte.

Nur die Hoffnung auf einen baldigen deutschen Sieg hielt den Vierbund zusammen.

Die Verhältnisse im Innern Deutschlands sind jetzt in der Betrachtung rückschauend klarer zu übersehen als damals. Das unterirdische Wirken der unabhängigen sozialdemokratischen Führer gegen den Krieg, die Haltung der Mehrheitsparteien, die Schwäche des Reichskanzlers, die sich steigernde feindliche Propaganda würden den Volksgeist immer rascher zu Boden gedrückt haben. Das trat schon ein, trotzdem wir 1917 und im Sommer 1918 siegreich waren. Diese Wirkung wäre auch im Heere fühlbar geworden, selbst wenn in der Ruhe die Mannszucht stellenweise gestärkt worden wäre.

Die Wirtschaftslage endlich fiel zugunsten eines Angriffs stark ins Gewicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren, und darüber kann kein Zweifel bestehen, nach allen Richtungen hin äußerst schwierig und so drückend, daß nur mit größter Sorge, namentlich in Österreich, einer Verschlechterung entgegengesehen werden konnte, die durch die Verlängerung des Krieges bis zum Jahre 1919 eintreten mußte. Dem Vierbund fehlte Verpflegung. Die Hoffnung auf Deckung durch Rumänien versagte, da die Ernte daselbst 1918 eine Mißernte zu werden drohte. Diese fehlende Verpflegung mußte geholt werden und konnte nur aus der Ukraine genommen werden. Eine rein abwartende Kriegführung war daher aus Verpflegungsrücksichten überhaupt völlig ausgeschlossen.

Überblickt man die Verhältnisse in ihrer Gesamtheit, die eine abwartende Kriegführung Deutschlands im Jahre 1918 gezeitigt haben würden, so ist der Schluß gerechtfertigt, daß nichts zu deren

Gunsten sprach. Das Heer allerdings hätte sich erholt, der Gewinn wäre aber durch weitere Nachteile ausgeglichen worden, nicht zum mindesten durch die eben geschilderte Kräftigung des Feindes. Ob die Entente im Jahre 1918 angegriffen haben würde, wenn wir es nicht taten, muß natürlich dahingestellt bleiben. Der Wille zum Angriff war an einigen Stellen der feindlichen Heeresleitungen vorhanden. Die O. H. L. mußte ihn für möglich halten: er hätte sie zu einem entscheidungsuchenden Gegenangriff gezwungen. Wir begannen empfindlichen Mangel an Ersatz zu spüren und durften nicht wieder in die Lage kommen, unsere Kräfte in hinhaltenden Kämpfen zu verbrauchen. Eine kriegsentscheidende Kriegführung war 1919 nicht mehr möglich, wenn 1918 die Verluste groß waren.

Deutschland mußte 1918 angreifen, und daß es dies nach genügender Vorbereitung mit Kraft und Aussicht auf Erfolg tun konnte, haben die Siege 1918 gezeigt. Der Angriff entsprach der militärischen und politischen Lage und den Wünschen des Heeres, das Zermürbungsschlachten fürchtete und nicht mehr ertrug wie z. B. 1915. Das lag in der Abnahme der kriegerischen Tugenden, aber auch daran, daß es in der Abwehr immer schwerer wurde, sich der Wirkung des Kriegsgeräts zu entziehen, das der Angreifer in Massen ansammelte und verwendete.

Nun ließen sich verschiedene Angriffsmöglichkeiten denken: Fortsetzung des Krieges gegen Rußland und Angriff in Mazedonien im Frühjahr 1918, um den Rücken wirklich freizubekommen und sich dann im Laufe des Sommers nach dem Westen zu wenden. Auch ein Angriff gegen Italien kam in Betracht. Zu diesen drei Operationen auf einmal reichten die Kräfte nicht aus, da mit Sicherheit zu erwarten stand, daß in diesen Fällen die Entente in Frankreich zum Angriff übergegangen wäre. Trotz ihren Niederlagen in den drei ersten Kriegsjahren, namentlich 1917, und der starken Beanspruchung ihres Mannschaftsbestandes, war sie bei ihrer großen Überlegenheit an Kriegsgerät hierzu vollständig in der Lage.

Eine Fortsetzung des Angriffs auf Rußland im Frühjahr 1918 wäre auf schwere innerpolitische Widerstände gestoßen. Militärisch hätte er nicht viel mehr Kräfte gekostet, als auch so an der Ostfront

zurückgelassen werden mußten. Eine widerstandsfähige russische Armee gab es zu jener Zeit nicht. Wirtschaftlich hätte uns die Besetzung Rußlands über viele Nöte hinweghelfen können, wenn wir in ihm eine starke Verwaltung aus zaristischen Elementen errichtet und diese grundsätzlich und weitgehend unterstützt hätten. Aber hieran würde uns unsere Politik gehindert haben. Dieser Schluß ist aus ihrem Auftreten in der Ukraine, wie wir noch sehen werden, gerechtfertigt. So wie unsere Beziehungen zu Rußland und die Verhältnisse dort nun einmal waren, konnten wir nicht darauf rechnen, daß die Versorgung Deutschlands aus Rußland so groß sein würde, daß unsere wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber der Entente ausgeglichen war und wir hierauf unsere Kriegführung aufbauen konnten.

Ein Angriff auf Saloniki wäre wohl erfolgreich gewesen, er hätte ebenfalls keine zu starken Kräfte erfordert. Aber er hätte Zeit gekostet, und die dort eingesetzten deutschen Kräfte wären geschwächt aus jenen Kämpfen hervorgegangen. Bulgarien wäre vorläufig am Bündnis festgehalten worden. Bulgarische Truppen für die Westfront hätte die O. H. L. indes nicht gewonnen. Wieweit sich die Entente und Italien an der Westfront und in Venetien zu Gunsten der Front in Mazedonien geschwächt haben würden, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hätte das deutsche Heer im Sommer 1918 im Westen unter ungünstigeren Verhältnissen angegriffen, als es dies am 21. März tat.

Ein Angriff auf Italien wird von verschiedenen Stellen günstig beurteilt. Daß er wegen der Schneeverhältnisse im Gebirge erst spät beginnen konnte, wird nicht beachtet. Die Befürworter dieses Angriffs sehen schon das italienische Heer vernichtet und abgeschnitten und nehmen dies für ihre weiteren Betrachtungen als feststehend an. Wäre im Frühjahr 1916 mit starken Kräften überraschend aus Tirol angegriffen worden, oder wären wir hierzu 1917 Ende Oktober in der Lage gewesen, so hätte das italienische Heer, das mit seinen Hauptkräften am Isonzo stand, vielleicht entscheidend geschlagen werden können. 1918 war dies erheblich schwerer. Die italienische Armee stand nicht mehr am Isonzo, sondern an dem

Piave und hatte sich im Gebirge stark gemacht. Ein Angriff aus Tirol traf nicht mehr auf schwache Kräfte und führte nicht mehr in den Rücken des feindlichen Heeres, sondern hatte starken Widerstand in einem besonders schwierigen Gebirgsteil zu überwinden und traf nur noch die Flanke der feindlichen Piave-Front. Gewiß wäre auch hier ein großer Erfolg zu erringen gewesen, wenn der Angriff glückte.

General Krauß redet einer Umfassung zu beiden Seiten des Gardasees das Wort. Ich kann sie aber nicht für so einfach ansehen, als General Krauß es tut. Die Entfaltung starker Kräfte war sehr erschwert. Ständige Befestigungen und ein schwieriger Gebirgsteil waren zu überwinden, was kaum in wenigen Stunden geglückt wäre. Auch Verona war Festung. Diese ganze Umfassung konnte nur zu leicht selbst durch Kräfte umfaßt werden, die bei Mailand und östlich versammelt waren oder von Frankreich her dort ausgeladen wurden.

Ich möchte ganz im allgemeinen davor warnen, Siege beweisen zu wollen, deren Erringung sich nicht einwandfrei aus den Ereignissen herleiten läßt. Bei willkürlichen Annahmen kann man schließlich alles begründen, was in die Kunst des Gedankenganges hineinpaßt. Gesetzt den Fall, wir hätten bei den Schneeverhältnissen im Gebirge im Mai gesiegt, die italienische Armee wäre in unserer Stoßrichtung nach Süden über den Po bis in die Apenninen ausgewichen und wir hätten in Italien Gelände gewonnen, so wären deutsche Truppen in ansehnlicher Stärke — was nun einmal die Voraussetzung zu einem solchen Siege ist — dort festgelegt gewesen; die k. u. k. Armee konnte dort nicht allein gelassen werden. Amerikanische Verstärkungen oder Ententedivisionen wären nach Italien geschickt worden, um in der Linie Genua—Mailand oder östlich versammelt zu werden und schon durch ihre Anwesenheit dem deutsch-österreichisch-ungarischen Heere Halt zu gebieten, das auch seine rückwärtigen Verbindungen ordnen mußte. Wollten Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg in Italien fortsetzen, so hätten sie weitere Kräfte nachziehen müssen. Je mehr Kräfte der Feind dorthin fuhr, um so stärker mußten sie sich machen. Es wäre wohl der

Sommer vergangen, bis eine weitere Entscheidung fiel, die schwerlich die Kriegsentscheidung gebracht, wohl aber das deutsche Heer für die Entscheidung im Jahre 1919 geschwächt haben würde.

Etwas anderes wäre es gewesen, wenn einem erfolgreichen Angriff in Italien ein deutscher Angriff an der Westfront unmittelbar hätte folgen können. Zeitlich könnte man seinen Beginn im Juni denken.

Es ist schwer zu sagen, ob er dann in günstigeren oder ungünstigeren Stärkeverhältnissen durchgeführt worden wäre als der Angriff am 21. März, oder ob die Entente inzwischen die Vorhand an sich genommen und selbst angegriffen hätte. Jedenfalls war es bei den vorhandenen rückwärtigen Eisenbahnverbindungen für die Entente leichter, ihre Kräfte in Frankreich zu dem sich nun hier entwickelnden Entscheidungskampf wieder zu vereinigen, als für die deutsche O. H. L.

Nichts rechtfertigt also die Annahme, daß ein deutsch-österreichisch-ungarischer Angriff gegen Italien im Frühjahr 1918 den Kriegsausgang günstig beeinflußt hätte.

Wollte die deutsche O. H. L. im Jahre 1918 eine Entscheidung zu ihren Gunsten erstreben, und das mußte sie, so blieb ihr nur der Angriff im Westen.

Wurde nach dem unglücklichen Ende des Krieges zuerst alles, was im Jahre 1918 geschehen war, getadelt, so neigen jetzt namentlich militärische Kreise der Ansicht zu, daß der Angriff im Westen im März und Mai richtig war. Zum Teil ist man bei dem Märzangriff mit der gewählten Angriffsrichtung auf Amiens einverstanden, zum Teil gibt man einem Angriff der 4. und 6. Armee in Flandern den Vorzug. Daß für einen solchen Angriff sehr viel sprach, ist gewiß. Die O. H. L. hat die strategischen Vorteile nicht verkannt und um so schwerer darauf verzichtet, weil sie von General v. Kuhl hoch bewertet wurden. Sie verzichtete, weil das sumpfige Gelände der Lys-Ebene, durch die ein Teil des Angriffs geführt werden mußte, vor Mitte April nicht mit Sicherheit gangbar war und weil dieser Zeitpunkt in Rücksicht auf die Amerikaner für den Angriff zu spät erschien. Ferner, und das war der

andere wesentliche Grund, stand der Feind bei Ypern und Lille mit starken Reserven. Die Gefahr war vorhanden, daß der deutsche Angriff nach einem Erfolge über die erste Linie auf einheitlich verwendete frische Kräfte stieß, die sozusagen eine neue Schlachtordnung bildeten. Dieser Widerstand war aber wohl nicht zu überwinden. Die Truppen bedurften sehr starker Artillerievorbereitung durch große Munitionsmengen, wenn die Infanterie zum Vorgehen veranlaßt werden sollte, und dies hätte wieder zu einem starken, Zeit erfordernden Einsatz von Artillerie in den Kampf gegen die neue, aus den feindlichen Reserven gebildete Front geführt. Dies mußte dem Feinde Zeit zur Heranführung weiterer Reserven und zur schnellen Festigung der Front geben.

Die Angriffsrichtung der 17. Armee auf Bapaume in der großen Schlacht in Frankreich zeitigte, ganz abgesehen davon, daß hier auch andere Umstände mitsprachen, ähnliche Verhältnisse. Die Angriffe der 18. Armee bei St. Quentin aber trafen auf einen Teil der feindlichen Stellung, hinter dem keine nennenswerten Reserven standen. Der Feind konnte dort Verstärkungen nur verspätet, zeitlich und örtlich vereinzelt einsetzen. Der Angriff traf auf keine neue, geschlossene Front. Anklammerungspunkte des Feindes konnten umfaßt werden. Die Kampfkraft der Truppen reichte aus, diese Widerstände mit einem mäßigen Aufwand von Artillerie zu überwinden.

Bei einem Durchbruch — und um den handelte es sich bei dem nördlichen wie bei dem südlichen Angriff — kommt es zuerst darauf an, weit nach vorn Gelände zu gewinnen. Erst dann ist der zweite Schritt möglich: die strategische Ausnutzung. Wenn diese Voraussetzung — weites Eindringen in den Feind — fehlt, so bleibt dem Angriff, mag seine Richtung strategisch noch so vielversprechend sein, die Ausnutzung versagt. Darum sind die taktischen Verhältnisse bei einem Durchbruch genau ebenso ausschlaggebend, wie auch sonst in der Kriegführung. Wir haben gesehen, daß z. B. bei den vom Oberbefehlshaber Ost im Herbst 1914 und im Sommer 1915 beabsichtigten Angriffen die taktisch und strategisch günstigen Richtungen zusammenfielen. Anders war es bei dem Einbruch in die Walachei gewesen; und wie es dort war,

war es im Frühjahr 1918 in Frankreich: die strategisch und taktisch günstigsten Richtungen fielen nicht zusammen. Wären beide dem Angriff in Flandern eigentümlich gewesen, die O. H. L. würde sich zu ihm entschlossen haben.

Nun sagen auch einige, man müsse die stärksten Stellen angreifen. Sie würden recht haben, wenn sie dem Führer Truppen gäben, die durchdringen, und Menschenmassen, die die Verluste ertragen können, die solche Kämpfe fordern. Wir hatten beides nicht. Die Truppe war im März so gut wie nur möglich zum Angriff geschult. Aber die kriegerischen Tugenden waren doch nicht die des alten Friedensheeres, und die Mannszucht war nicht mehr überall gefestigt. Daß der Ersatz knapp war, dürfte jetzt hinreichend bekannt sein.

Diese Erwägungen führten zu dem Entschluß, zwischen Arras und Laon anzugreifen. Die näheren Anordnungen und den Verlauf der Schlacht setze ich als bekannt voraus.

Wäre der Angriffsrichtung der O. H. L. strategische Ausnutzung und operativer Erfolg beschieden gewesen, würde durch den Angriff das englische und französische Heer getrennt, wenigstens Amiens genommen worden sein, so würde sich die ganze Welt mit der O. H. L. auf gleichen Boden stellen. So ist es natürlich, daß jetzt häufig andere Wege als besser angesehen werden. Der Beweis aber, daß diese anderen Wege mehr Erfolg gebracht haben würden, ist nicht zu erbringen, da sie nicht mehr beschritten werden können.

Nun soll der Angriff, der mit dem 21. März begann, nicht rechtzeitig genug eingestellt worden sein und daher zuviel Kräfte beansprucht haben, die richtiger bei dem späteren Angriff der 6. und 4. Armee in der Lys-Ebene und gegen den Kemmel eingesetzt worden wären. Hier hätte dann ein voller Sieg errungen werden können. Es liegt etwas Wahres in dieser Beurteilung. Sie ist aber auf dem jetzt gekannten Gang der Ereignisse aufgebaut. Die Zustände beim Feinde bestätigen, wie nahe wir daran waren, Amiens zu gewinnen. Auf die Absicht, es zu erreichen, durfte erst verzichtet werden, wenn klar war, daß unsere Angriffskraft nicht mehr dazu

ausreichte. Diese Klarheit war aber nur durch den Angriff selbst zu gewinnen.

Man prüft ferner, ob der Angriff, dessen Schwerpunkt entgegen der ersten Anlage südlich der Sommestrecke Péronne—Amiens gelegt werden mußte, weil dort der feindliche Widerstand leichter überwindbar war, mit noch stärkeren Kräften geführt werden konnte. Es wird dann der Schluß gezogen, daß es besser gewesen wäre, auf den Angriff der 17. Armee auf Arras am 28. März zu verzichten und die Divisionen, die dort angriffen, südlich der Somme mit zu verwenden.

Vier Divisionen hätten dadurch gewonnen werden können. Wegeverhältnisse, der Nachschub von Verpflegung und Munition, dessen Bewältigung bereits ernste Schwierigkeiten machte, stehen diesem Vorschlage ebenso entgegen wie die Tatsache, daß der Angriff vom 21. an den meisten Stellen der Front ein gutes Ergebnis gehabt hat. Es war nicht unberechtigt, darauf auch bei dem Angriff am 28. zu hoffen. Ein erfolgreicher Angriff bei Arras hätte Kräfte auf sich gezogen, die vorwärts Amiens gefehlt haben würden. Der Angriff stand also in engster Beziehung zu der begonnenen Operation. Diese Wechselwirkung von Ereignissen auf zwei auch räumlich getrennten Kampffeldern darf nicht unterschätzt werden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die der Entente zur Verfügung stehenden zahlreichen Kraftwagenkolonnen und Motorzugmaschinen ihr ein ganz anderes Verschieben von Reserven auf weite Entfernungen gestatteten als uns. Räumlich getrennte Kampffelder blieben für die Entente, und damit in diesem Falle für uns, ein Schlachtfeld.

General Foch spricht den Gedanken aus, die deutsche O. H. L. hätte nach dem Totlaufen des Angriffs am 21. März die ganze Front von Verdun bis zum Kanal zurücknehmen und so wieder operative Freiheit gewinnen sollen. Was vielleicht im Herbst 1914 nicht unrichtig gewesen, war im Sommer 1918 unmöglich. Das Heer war nicht mehr beweglich; ihm fehlten zu einer solchen großzügigen Operation die Bespannungen und Kraftwagen, der Hafer und Betriebsstoff. Diese Verhältnisse hatten bereits dazu geführt, nur

einen Teil der vorhandenen Divisionen voll auszustatten und beweglich zu machen. Es war dadurch der schwere Übelstand hervorgerufen, daß es von nun an nach der Soldatensprache „Angriffs-Divisionen" und „Stellungs-Divisionen" im deutschen Heere gab. Diesen Übelstand hat auch die O. H. L. bedauert. Sie war aber einfach nicht in der Lage, ihn abzustellen.

Gern hätte die O. H. L. Ablenkungsangriffe dem Hauptangriff vorausgehen lassen, wie es der französische General Buat vorschlägt. Aber dazu fehlten uns, wie auch er richtig vermutet, die Kräfte und namentlich schwere Artillerie und technische Angriffsmittel. Die vorhandenen Kräfte reichten gerade, einen Angriff auf so breiter Grundlage zu führen, daß es möglich erschien, den Feind zu durchbrechen und zur Operation zu kommen.

An Stelle von Ablenkungsangriffen wurden an der gesamten Front Täuschungsmaßnahmen vorgenommen, und zwar mit dem Erfolg, daß die Entente erst am 23. März erkannte, der Angriff vom 21. März sei der Hauptangriff.

Die O. H. L. hatte im Westen von vornherein mit mehreren, in unregelmäßig langen Zeitabständen aufeinander folgenden großen Angriffen gerechnet, bevor sie zu einer Operation kommen würde. Die Pausen lagen in den Stärken begründet, die zur Verfügung der O. H. L. standen. Man kann die Pausen bedauern, zu vermeiden waren sie nicht.

Nachdem der Kampf an der englischen Front Ende April eingestellt war, entschloß sich die O. H. L. zum Angriff auf den Chemin des dames. Lieber hätte sie in Flandern den Angriff fortgesetzt. Aber der Feind war dort zu stark geworden. Auch zahlreiche französische Divisionen waren dorthin gefahren worden. Die eigenen Kräfte reichten nicht aus, um den Widerstand in Flandern zu überwinden. An der Absicht, in Flandern anzugreifen, wurde indes festgehalten.

Der Angriff zwischen Soissons und Reims konnte erst nach Ende Mai beginnen und zeitigte große örtliche Erfolge. Ein Angriff des k. u. k. Heeres in Italien sollte gleichzeitig stattfinden, um das Einsetzen der feindlichen Reserven zu erschweren. Er kam aber

erst im Juni zur Ausführung. Auch die Erweiterung des Angriffs durch ein Vorgehen der 18. Armee auf Compiègne verzögerte sich. Es gelang nicht, zu einer Operation zu kommen.

Die im allgemeinen jetzt günstiger werdende Beurteilung der beiden ersten Angriffe ist vorwiegend durch die feindlichen Veröffentlichungen herbeigeführt. Sie zeigen, wie nahe wir in beiden Fällen einem durchschlagenden Erfolge waren. In der Tat waren die Verluste des Feindes erheblich. Bei dem Angriff, der mit dem 27. Mai begann, war die Zahl der feindlichen Gefangenen höher als unsere blutigen Verluste.

In seinem Buche „Französisch-englische Kritik des Weltkrieges"*) schildert General v. Kuhl auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden feindlichen Äußerungen die Lage nach dem Angriff am 21. März, wie folgt:

Unser Angriff hatte die 3. und besonders die schwache 5. englische Armee Gough getroffen. Nun fehlte Fochs Hauptreserve. Statt dessen wurde zwischen Engländern und Franzosen verhandelt. Pétain bestritt zunächst, daß es sich um den deutschen Hauptangriff handele. Dieser komme bei Reims, wo die Beschießung schon begonnen habe. Erst am 23. März einigte man sich dahin, daß die Franzosen sofort die Front bis südlich Péronne übernehmen und dazu ihren linken Flügel über Chauny—Noyon in Richtung auf Montdidier ausdehnen sollten. Inzwischen hatte Gough den Rückzug auf Amiens angetreten, dem die 3. Armee folgen mußte. Als Gough Amiens erreichte, war die Verbindung zwischen Franzosen und Engländern noch nicht hergestellt. Wenn die deutsche Heeresleitung, meint Haig in seinen Kriegsberichten, im März nur zwei bis drei gute Kavalleriedivisionen zur Verfügung gehabt hätte, so wäre es ihr möglich gewesen, einen Keil zwischen das englische und französische Heer zu treiben. General Mangin bestätigt, daß der Führer des französischen linken Flügels gemeldet habe: „Zwischen beiden Heeren besteht eine Lücke von 15 km, in der sich kein Mann befindet." Eine große Gefahr sei entstanden, wenn hier starke deutsche Kavallerie eingedrungen wäre. Der Weg in den Rücken der englischen und französischen Front, wo die Verstärkungen auf Lastkraftwagenkolonnen, die Artillerie ohne Bedeckung heraneilten, sei frei gewesen. Jeder der beiden Oberbefehlshaber habe hauptsächlich an das Heil des Heeres gedacht, das ihm anvertraut war. Pétain habe am 24. März befohlen, daß es in erster Linie darauf ankomme, die französische Front zu festigen, dann, wenn möglich, die Verbindung mit den Engländern aufrechtzuerhalten. Haig habe am 25. März aus Abbeville geschrieben, die Trennung der Engländer von den Franzosen sei nur eine Frage der Zeit. Er bereitete sich zum Rückzug vor, um die Kanalhäfen zu decken. „Der Zusammenbruch stand bevor."

*) Berlin 1921.

Ebenso schwarz malt Wright die Lage. Wurden die Engländer von den Franzosen getrennt, konnten die Deutschen entweder die erschütterten Engländer auf die Kanalhäfen werfen oder sich gegen den linken französischen Flügel wenden. „Man konnte die Entfernung, die die Deutschen vom endgültigen Siege trennte, in Schritten messen. Es ist die kleine Entfernung von der deutschen Front bis Amiens.“ Der Verlust von Amiens hätte den Verlust des Krieges bedeutet. Abermals habe den Deutschen der Sieg gewinkt. „Sicherlich war dies die größte Niederlage, die wir in der Geschichte erlitten haben.“ Am 26. März hatte die Armee des Generals Gough aufgehört zu bestehen. Eilig wurde in London, Paris und Versailles verhandelt. Die Räumung von Paris wurde angeregt, Berechnungen wurden angestellt, um die Reste der englischen Armeen einzuschiffen und zu retten. So entschlossen auch die Staatsmänner waren, man mußte doch damit rechnen, daß die Völker nicht mehr gewillt wären, weitere Kriegsanstrengungen zu machen.

Der „Matin“ (13. November 1920) bestätigt, daß man an die Räumung von Paris gedacht habe. Clémenceau sei am 23. März von Compiègne, wo er mit Pétain gesprochen hatte, nach Paris zurückgekommen und habe Poincaré berichtet: „Die Sache steht sehr schlecht. Ich weiß nicht, ob wir nicht daran denken müssen, Paris zu räumen.“ Marschall Foch hat sich gegenüber Jules Sauerwein („Matin“, 8. November 1920) ähnlich geäußert: „Nach allem, was ich hörte, war General Pétain im Begriffe, auf Paris zurückzugehen, General Haig auf das Meer. Das Tor stand den Deutschen offen: das bedeutete die Niederlage.“ Im „Matin“ (13. November 1920) wird behauptet, Pétain habe bereits die Befehle zum Rückzug gegeben.

Auch der Maiangriff brachte tiefe Beunruhigung. Aus dem Bericht des Generals Pershing, der in amerikanischen Zeitungen erschienen ist, wissen wir, daß am 2. Juni auf Antrag des Generals Foch die leitenden Staatsmänner Frankreichs, Englands und Italiens an Wilson einen Hilferuf richteten: „Der Krieg gehe verloren, wenn die »Unterlegenheit« der Alliierten nicht durch schleunige Ankunft amerikanischer Truppen behoben würde. Nur dadurch könne eine Niederlage abgewendet werden; sonst würden deren Reserven früher als die der Deutschen erschöpft sein.“

Die Untersuchung über die beiden ersten Angriffe ist naturgemäß noch nicht abgeschlossen. Ihr politischer Erfolg war, daß Wilson sich meldete und England im Haag über den Frieden mit den Deutschen sprach. Die Politik brauchte mit den Leistungen der Kriegführung nicht unzufrieden zu sein. Diese Leistungen waren das Ergebnis einer Kriegführung, die die Entscheidung suchte. Sie wären größer gewesen, wenn die kriegerischen Tugenden des Heeres

nicht stellenweise erschüttert gewesen wären. Die Angriffserfolge hatten an einigen, und zwar entscheidenden Stellen dadurch gelitten. Hierüber zu schreiben möchte ich anderen überlassen. Der Abriß würde unvollständig sein, wenn ich nicht auf diese überaus ernste Folge des Nachlassens der Mannszucht für unser Geschick hingewiesen haben würde.

Um aus den erhofften Erfolgen des Angriffs im Westen politische Erfolge zu erzielen, hatte sich die O. H. L. an den Reichskanzler schon frühzeitig mit ganz bestimmten und ausführlichen Vorschlägen zur Einleitung einer „Friedensoffensive" gewandt, ohne aber irgend eine Unterstützung zu finden. Es fehlte also in den entscheidenden Augenblicken jedes auf Sieg gerichtete Zusammenarbeiten zwischen Kriegführung und Politik. Die Friedensregungen bei den Völkern der Entente, die infolge unserer Siege sich fühlbar machten, wurden nicht verstärkt.

Beim Feinde sehen wir ein durchgreifendes Handeln der Staatsmänner, um die Einheitlichkeit des militärischen Oberbefehls an der Westfront und ein schnelles Eintreffen der Truppen der Vereinigten Staaten zu sichern und den Volksgeist trotz der Schwere der Niederlage aufrechtzuerhalten. Daß ihnen der Hinweis auf die Hilfe der Amerikaner, die in gedrängter Folge eintrafen, die Aufgabe erleichterte, ist gewiß. Wir nehmen aber auch wahr, wie gleichzeitig die feindliche Propaganda gegen unsere Front sich verstärkte.

Der Volksgeist und die Stimmung der Heimat hatten sich nicht gehoben. Sie hatten sich im Gegenteil verschlechtert unter der Einwirkung der immer kräftigeren Propaganda der Unabhängigen Sozialdemokratie und des pazifistischen, defaitistischen Denkens, das, von der Demokratie und Sozialdemokratie verbreitet, immer weiter um sich griff. Die Heimat lehnte sich immer mehr gegen den Kriegsgedanken auf.

Der Angriff am 15. Juli wird — da er erfolglos war — überwiegend verurteilt, und damit kurzerhand die gesamte Kriegführung der Dritten O. H. L., auch die als Oberbefehlshaber im Osten, bis zurück auf Tannenberg.

Zunächst richtet sich das Urteil nicht gegen die Art der Anlage des Angriffs, sondern vornehmlich gegen den Angriff an und für sich. Es wird gesagt: Jetzt spätestens hätten wir auf seine Fortsetzung verzichten müssen. Dann aber mußten wir uns an der ganzen Front auf die Verteidigung einstellen und sofort in die Ausgangsstellung vom 21. März zurückgehen.

Wer das für richtig hält, möge sich unter anderem die Frage beantworten: Welche Folgerungen hätten daraus im Juli 1918 die Türkei, Bulgarien, Österreich-Ungarn und endlich ganz besonders auch das führerlose deutsche Volk gezogen, auf das damals die Propaganda der Bolschewisten und der Entente in gewaltigem Anstürmen eindrang, das in breiten Teilen von der Möglichkeit eines „Verständigungsfriedens" überzeugt, kriegsmüde und schon schwer krank war? Was hätten die Kreise unternommen, die den Ertrag des Krieges für sich auf innerpolitischem Gebiete liegen sahen, und die, die den Kampf gegen Krieg und Armee immer erbitterter, und erfolgreicher denn je, führten, um eine „Diktatur des Proletariats" nach russischem Muster zu errichten?

Das Heer war nicht mehr so gefestigt, daß es die zermürbenden „Materialschlachten" auf längere Dauer aushalten konnte. Im Angriff hatte es durchschnittlich noch Glänzendes geleistet und sich dem Feinde überlegen gezeigt. Beim Angriff trommelte unsere Artillerie auf den Feind; unsere Infanterie empfand die feindliche Gegenwirkung nur wenig. Anders in der Abwehr. Da trommelte die feindliche Artillerie auf uns herum, und unsere Infanterie bekam die ganze Schwere des Kampfes zu fühlen. Gewiß hatten wir noch 1917 glänzende Abwehrerfolge gehabt, aber doch an einzelnen Stellen sehr starke Einbußen erlitten. Zwar waren wir 1918, wenigstens vorläufig, stärker als 1917; aber wir hatten es 1918 nicht nur mit Franzosen und Engländern zu tun, deren Kraft gemindert war, sondern auch mit frischen, wenn auch nicht gut ausgebildeten Truppen der Vereinigten Staaten, die an Stärke dauernd zunahmen. Die Angriffskraft des Feindes wuchs von Tag zu Tag; unsere Abwehrkraft mußte geringer werden, zumal Mannschaftsmangel an der Front eintrat, teils weil die Heimat keinen Ersatz

mehr aufbrachte, der in gewissen Mengen immer noch vorhanden war, teils wegen der bedenklichen Ausfälle durch Fahnenflucht und Drückebergerei. Eine Gewähr für die glückliche Durchführung der Abwehr war nicht geboten, ebensowenig für die Erwartung, daß nun die Wirkung des U-Bootkrieges ausreichen würde, die feindlichen Völker und Staatsmänner friedenswillig zu machen.

Rein taktisch-strategisch, völlig losgelöst von den großen Zusammenhängen betrachtet, hätte das Westheer den Endkampf in der Verteidigung unter günstigeren Bedingungen geführt, wenn es am 15. Juli nicht mehr angegriffen hätte. Die Truppe wäre weniger ermüdet gewesen, auch stärker geblieben. Ob der Mißerfolg vom 18. Juli und namentlich der vom 8. August, der mit dem Angriff vom 15. Juli in keinem Zusammenhang stand, vermieden worden wäre, ist eine andere Frage. Auch der Rückzug in die Ausgangsstellung hätte erst nach längerer Zeit beginnen können, um bei der Truppe nicht den Eindruck des Geschlagenseins zu erwecken, selbst wenn auf das Kriegsmaterial, das vor ihr lag, planmäßig verzichtet worden wäre.

Sei dem, wie es mag — der Schwerpunkt liegt darin, daß der Rückzug einen Sieg ausschloß und die Niederlage mit ihren traurigen Folgen, wenn nicht im Herbst 1918, so doch 1919, unabweislich machte, während der Angriff durchaus die Möglichkeit des Sieges hatte. Unsere Truppen hatten bisher im Angriff den Feind geschlagen. Im Falle eines Mißlingens konnte der erste Weg immer noch, wenn auch unter vermehrten Schwierigkeiten, beschritten werden.

In dieser Lage hielt die O. H. L. daran fest, um den Sieg zu kämpfen und am 15. Juli anzugreifen. Ein Sieg am 15. Juli konnte die feindlichen Heere viel mehr erschüttern, als die Erfolge es im Jahre vorher getan hatten. Er war allein imstande, die bei der Entente vorhandenen Friedenskeime zur Reife zu bringen. Ein Sieg allein konnte uns über die inneren Schwierigkeiten hinwegbringen. Die O. H. L. faßte den Entschluß in vollem Bewußtsein der schweren Verantwortung, die ihr das Amt auferlegte; das sollten wenigstens Soldaten anerkennen.

Der Angriff auf den Chemin des dames war so weit als möglich durchgeführt worden, um den Feind zum Einsatz seiner Reserven zu zwingen. Das war auch in weitestem Umfange erfolgt. Leider aber hatte der Angriff der 18. Armee in Richtung Compiègne nicht einsetzen können, bevor die feindliche Front zwischen Aisne und Marne gefestigt war. Er kam zeitlich spät und führte nicht den restlosen Verbrauch der feindlichen Reserven herbei. Der Angriff des k. u. k. Heeres in Italien war ein vollständiger Mißerfolg. Feindliche Reserven wurden durch ihn nicht verbraucht.

In der Folgezeit konnte der Feind sich neue Reserven bereitstellen. Auch trafen amerikanische Divisionen in wachsender Zahl an der Front ein. Der Feind war in Flandern wieder so stark, daß das deutsche Heer auch im Juli dort nicht angreifen konnte. So entschloß sich die O. H. L. zu einem strategischen Doppelangriff.

Dem Angriff beiderseits Reims sollte der Angriff in Flandern unmittelbar folgen.

Es war zu hoffen, daß im Fall des Gelingens des ersten Angriffes ein so starker Verbrauch feindlicher Reserven eintreten würde, daß der Angriff in Flandern endlich möglich wurde. Um die Zeit zwischen beiden Angriffen abzukürzen, war die Eisenbahnfahrt der besonderen Angriffstruppen von der Marne und der Champagne nach Flandern planmäßig vorbereitet. Der Angriff in Flandern hätte um den 1. August beginnen können.

Der Angriff beiderseits Reims mißlang, nicht weil nicht hinreichend Kräfte eingesetzt waren, sondern weil der Feind zum Teil durch unglaubliche Redseligkeit des Heeres und der Heimat die Absicht erfahren und Gegenmaßregeln ergriffen hatte. Hätte die O. H. L. gewußt, daß die Truppe nicht an eine Überraschung glaubte, so würde sie voraussichtlich den Angriff abgesagt haben.

So kam der Angriff im wesentlichen vor der zweiten Stellung zum Stehen und wurde auf dem größten Teil der Front bereits am 16. Juli mittags auf Befehl unter Ausscheidung von Reserven eingestellt. Gleichzeitig hätte auch der Befehl zum Einstellen der Vorbereitungen für den Angriff in Flandern ergehen müssen. Er wurde aber erst am 18. Juli erteilt.

Der französisch-amerikanische Gegenangriff am 18. Juli südlich Soissons war erfolgreich. Die deutschen Truppen ließen sich überraschen, obschon ein Angriff wenige Tage vorher erwartet wurde. Taktische Unterlassung der örtlichen Führung, Ermüdung der Truppen und ihre Schwächung durch Grippe wirkten an dem Mißerfolge mit. Eine bessere Ausstattung der Front durch die O. H. L. würde naturgemäß einen feindlichen Erfolg erschwert haben.

Die 7. und der rechte Flügel der 1. Armee gingen in fester Hand hinter die Vesle zurück. Die Front stand wieder. Da fiel der Schlag am 8. August. Er traf eine Front, die durchaus hinreichend besetzt war. Die hier stehenden Truppen waren verhältnismäßig frisch. Sie hatten im allgemeinen seit Ende April oder Anfang Mai nicht mehr gekämpft und die gleiche Ruhe genossen wie der angreifende Engländer. Die bessere Verpflegung und die bessere Unterkunft, die er genoß, konnte die deutsche O. H. L. den deutschen Truppen nicht geben.

Der 8. August zeigte ein erschreckendes Nachlassen der kriegerischen Tugenden bei einzelnen Divisionen, das durchaus nicht mit einer Überspannung der Kräfte durch die Kriegführung erklärt werden kann, sondern lediglich in dem Nachlassen des Geistes der Heimat seine Ursache hatte. Es war eingetreten, was die Unabhängig-sozialdemokratische Arbeit bezweckte: deutsche Soldaten warfen die Waffen weg, statt zu kämpfen; die Wühlarbeit gegen den Krieg hatte in die Reihen des deutschen Heeres Anhänger geschoben und dazu geworben. Wer kämpfen wollte, wurde als „Kriegsverlängerer" und „Streikbrecher" bezeichnet. Beide Ausdrücke — der Widerhall der Stimmen in der Heimat gegen Volksgeist und Krieg — lähmten draußen leider nur zu oft Arm und Willen.

Die Kriegführung trat wieder an die Politik mit der dringenden Aufforderung heran, nun endlich den Volksgeist zu heben, um Volk und Heer widerstandsfähiger und willensstark zu machen. Seine Majestät der Kaiser gab dem am 14. August scharfen Ausdruck. Gleichzeitig sprach die O. H. L. aus, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne. Die Politik zog daraus den Schluß, eine neutrale Friedensvermittlung anbahnen zu müssen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Politik durch die Erklärung der O. H. L. vor eine schwere Lage gestellt wurde. Sie war doppelt schwer, weil alle ihre seit 1916 anhaltenden Versuche, zum Frieden zu kommen, ergebnislos geblieben waren. Die Politik mußte aus der Lage, die sie verschuldet und die Kriegführung trotz den größten Anstrengungen nicht gemeistert hatte, die Folgerung ziehen, die unausbleiblich ist, wenn man im Kriege unterliegt.

Das deutsche Heer war vollständig in die Verteidigung geworfen. Es trat nun ein, was die O. H. L. befürchtet hatte, daß abzuwehren für die Truppe schwerer sei als anzugreifen.

Gewiß waren die blutigen Verluste hoch, aber noch höher waren die Abgänge an Gefangenen, Fahnenflüchtigen und Drückebergern, Abgänge, deren erschreckende Höhe wesentlich der Geist der Heimat verschuldet hat. Wie der Geist der Heimat in der Front eingeschätzt wurde, geht daraus hervor, daß Divisionen trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche mit der Begründung auf Ersatz verzichteten, sein Geist sei verdorben, er nütze an der Font nichts und schade nur der Truppe. Mit dem Auflösen von Divisionen und Herabsetzen der Stärke der Infanterie-Bataillone infolge des Ausfalts von Menschen und des Mangels an Ersatz wuchs die Anspannung der Truppen. Die einzelnen Verbände mußten häufiger eingesetzt werden; die Reserven, die der Ruhe pflegen sollten, schmolzen dahin. Das wieder förderte den Abgang. Eins zog immer wieder das andere nach sich. Aus der Anspannung der Truppe wurde eine Überanspannung, und diese führte zum Verbrauch von Reserven.

Trotzdem lautet das einstimmige Urteil des Feindes dahin, daß der deutsche Soldat an der Front bei dem Rückzuge hartnäckig gekämpft und starken Widerstand geleistet hat. Die Leistungen der Truppen waren in sehr vielen Fällen unvergleichlich. Die Taten, die hier von deutschen Männern aller Dienstgrade, vom General bis zum Musketier, verrichtet wurden, reihen sich unvergänglichen Heldentaten der Geschichte würdig an.

Auf die Operationen nach dem 8. August gehe ich nicht mehr ein, weil der O. H. L. die operative Entschlußfreiheit fehlte. Es

kann hier nur die Frage aufgeworfen werden, ob ein schnelleres Zurückführen des Heeres in die Antwerpen—Maas-Stellung zweckmäßig gewesen wäre und warum deren Ausbau unterblieben war.

Die Ansicht, als sei der Ausbau jener Stellung unterblieben, weil als Ersatz für Kampfstellungen die Kampfart der beweglichen Verteidigung mit Vorfeld und Hauptwiderstandslinie aufgekommen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Zum Bau rückwärtiger Stellungen fehlten die Kräfte. Das ist der einzige sehr einfache Grund, weshalb der Ausbau unterblieben ist.

Die Armierungsbataillone und Arbeiter, die von der Dritten O. H. L. in großem Umfange von der Heimat angefordert waren, hatten im Herbst 1916 und Winter 1916/17 die Siegfried- und die Michelstellung*) gebaut und im Laufe des Jahres 1917 an zweiten Stellungen längs der Front vom Kanal bis Verdun gearbeitet und vor Verdun, in Lothringen und im Elsaß die bisherigen Stellungen verbessert, was sich als dringend notwendig herausgestellt hatte. Gern hätte die O. H. L. auch weiter rückwärts durchlaufende Stellungen geschaffen. Das war bei den vorhandenen Arbeitskräften nicht ausführbar gewesen. Neue waren nicht mehr zu erlangen. Truppen durften dazu nicht verwendet werden. Sie bedurften, zurückgezogen, dringend der Ruhe und taktischen Ausbildung.

Im Winter 1917/18 wurden die vorhandenen Arbeitskräfte zu Arbeiten für den Angriff und die Täuschungsangriffe voll beansprucht, im Frühjahr und Sommer 1918 zu Arbeiten in dem gewonnenen Gelände, zur Vorbereitung des zweiten und dritten großen Angriffs und zum Stellungsausbau an den Teilen der Front bei Verdun, in Lothringen und im Elsaß verwendet, wo der Stellungsbau in den hinteren Linien immer noch rückständig war.

Für den Bau rückwärtiger strategischer Stellungen waren auch später Menschen nicht verfügbar, im besonderen keine fechtenden Truppen aus dem Osten, wie im folgenden Unterabschnitt gezeigt werden wird. Hätten wir sie in noch größeren Stärken frei-

*) Michelstellung: Stellung Verdun—Metz.

bekommen, so wären sie vorn eingesetzt worden und nicht zu Schanzarbeiten. Die Feldzüge im Osten 1914 bis 1916 zeigen hierfür recht viele Beispiele.

Auch von dem k. u. k. Oberkommando waren Kräfte für den Stellungsbau nicht zu erhalten.

Die Arbeiten an rückwärtigen Stellungen im Westen hatten großzügig erst nach Einstellung des Angriffs beginnen können, und von dem Augenblick an ist fleißig an ihnen gebaut worden. Nun wird die Frage aufgeworfen, ob die O. H. L. nicht lieber auf Stellungen unfern der alten Front verzichtet und gleich den Ausbau der weit zurückgelegenen Antwerpen—Maas-Stellung begonnen hätte. Gewiß wäre ein früher Beginn vorteilhaft gewesen, aber die Truppen brauchten Geländeverstärkungen noch in weiter westlich gelegenen Stellungen, um in ihnen Kämpfe zu bestehen.

Zerstörungsarbeiten waren auszuführen. Für die Fortsetzung des Krieges durchaus notwendiges Kriegsgerät mußte zurückgebracht werden.

Nur wenn wir auf alles das verzichteten, war es möglich, das Heer sofort in die Antwerpen—Maas-Stellung zurückzuführen und mit ihrem Ausbau etwa gleichzeitig zu beginnen.

Leisteten wir in diesem Fall dem angreifenden Feind in unseren vorderen Stellungen nur mit Nachhuten Widerstand, so wäre der Feind sehr bald vor der Antwerpen—Maas-Stellung eingetroffen. 1914 hatten wir zum Zurücklegen der gleichen Strecke etwa sechs Tage gebraucht.

Bei einem derart schnellen Rückzug wären wir nicht in der Lage gewesen, die Eisenbahnen nachhaltig zu zerstören. Die Truppen hätten sie bis zum letzten Augenblick gebraucht, um wenigstens Verwundete zurückzuschaffen. Welche Widerstände die Führung bei Eisenbahnzerstörungen tatsächlich zu überwinden hat, lehrt der Rückzug von Warschau im Oktober 1914. Immer wieder mußte das Oberkommando der 9. Armee nachprüfen, ob die Zerstörungen auch ausgeführt waren. Wir hatten damals nur zwei Linien zu zerstören, und jede war nur die Lebensader für wenige Divisionen während eines kurzen Vormarsches gewesen. 1918 hatten wir eng zusammengedrängte Truppenmassen, ein dichtes Eisenbahn- und

Kanalnetz. Ein vierjähriger Stellungskrieg lag hinter uns. Unter derartigen Verhältnissen wären wir im Spätsommer 1918 im Fall einer schnellen Zurücknahme der Truppen zu wirklichen Zerstörungen der Eisenbahnen und Kanäle nicht gekommen. Der Feind wäre nicht aufgehalten worden. Er hätte auch mit dem Angriff, der dann planmäßig auf die Lothringer Front ausgedehnt worden wäre, fast unverzüglich nach seinem Eintreffen vor der Antwerpen—Maas-Linie beginnen können.

Die Bedingungen, unter denen wir die sich entspinnenden Kämpfe geführt haben würden, wären kaum gut gewesen. Gewiß wären unsere Truppen zunächst erholter gewesen und hätten geschlossener gestanden; aber auch der Feind war frischer und hätte sich zusammengeschoben. Eine Stellung hätte noch nicht bestanden. Der Ausbau einer solchen von der Ausdehnung der Antwerpen—Maas-Stellung bedeutet eine sehr langwierige Arbeit zahlreicher Arbeitskräfte. Es hätte an sehr vielem, vor allem an schußsicherer Unterkunft gefehlt. Unsere Einbuße an allem Kriegsgerät, namentlich an Geschützen und Munition, die wir aus Mangel an Bespannung, Kolonnen und Betriebsstoffen nicht zurückgeschafft hätten, hätte die feindliche Überlegenheit an Kriegsgerät aller Art noch empfindlicher gesteigert. Die Heimat war nicht in der Lage, hierin einen Ausgleich zu schaffen.

Es wird also der Schluß gestattet sein, daß bei einem schnellen Rückzug sich im Laufe der Kämpfe in Belgien und Lothringen die Verhältnisse so gestaltet haben würden, wie wir es aus den Kämpfen im September und Oktober kennen. Nur würden die Kämpfe viel näher an unserer Grenze oder in Lothringen auf deutschem Gebiet stattgefunden haben.

Wollten wir während des Rückzuges Zeit gewinnen, um das auszuschließen und notwendige Arbeiten auszuführen, so mußte eben so gehandelt werden, wie es geschehen ist. Selbstverständlich wäre es von den Truppen dankbar empfunden worden, wenn der Rückzug in manchen Stufen schneller hätte ausgeführt werden können. Die zu späte Räumung des St.-Mihiel-Bogens vorwärts der Michelstellung zwischen Verdun und Metz ist keine glückliche Maßnahme gewesen.

Nun wird sogar von deutscher militärischer Seite geschrieben: Wäre die Antwerpen—Maas-Stellung ausgebaut gewesen, so konnte sich unmöglich dieser Zusammenbruch militärisch zu einer „vollständigen Niederlage" ausgestalten. Diese Behauptung, daß das tapfere Heer eine vollständige militärische Niederlage erlitten hat, muß entschieden zurückgewiesen werden. Sie vertritt einen ganz unhaltbaren Standpunkt, den nicht einmal der Feind einnimmt.

Daß selbstverständlich eine ausgebaute Antwerpen—Maas-Stellung die operative Freiheit erhöht haben würde und außerordentlich nützlich hätte werden können, ist keine Frage.

Der Rückzug wurde so, wie er geschah, außerdem in der Absicht geführt, dem auch müder werdenden Feind größtmöglichen Widerstand zu leisten und später, während der Verhandlungen mit Wilson, zähe deutsche Kraft und festen Willen zu zeigen. Daß dieser Zweck erreicht wurde, geht aus feindlichen Urteilen hervor, die die glänzende Führung des deutschen Rückzuges feststellen. Damals dachte noch niemand in der O. H. L. an die Möglichkeit der Annahme von Bedingungen, wie es am 11. November geschah. Zahlreiche Beweise liegen dafür vor, daß die Kampfkraft des Feindes weitgehend nachließ.

Bis zum 26. Oktober, dem Tage meines Ausscheidens aus der O. H. L., waren diese Gedanken in der Rückzugsoperation die maßgebenden und wohl auch nicht unbegründet.

Welche Ansichten und Absichten nach dem 26. Oktober bis zum 11. November vorgewaltet haben, ist mir nicht bekannt. Ich glaube, sie werden nicht wesentlich von den meinigen abgewichen sein.

Um die Antwerpen—Maas-Linie ist entscheidend nicht mehr gekämpft worden. Bis zum 11. November fanden nur Kämpfe auf ihrem linken Flügel hart nördlich Verdun statt. Wir gaben den Widerstand auf, nicht weil die Antwerpen—Maas-Stellung nicht ausgebaut, sondern weil die Revolution in Berlin ausgebrochen war. Diese steht aber in keinem Zusammenhange mit dem Nichtausbau der Antwerpen—Maas-Stellung oder der Anordnung des Rückzuges.

3. Der Kräftehaushalt im Jahre 1918.

Allgemeines. Verwendung von k. u. k. Truppen im Westen. — Verhandlungen mit dem k. u. k. Armee-Oberkommando. — Einheitliches Handeln. — Angriff am Piave. — Entsendung von k. u. k. Divisionen an die Westfront. — Belassung von Truppen im Osten. — Ergebnis der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. — Folgerung hieraus für die O. H. L. — Ergebnis der Friedensverhandlungen in Bukarest. — Ansichten der O. H. L. über die Belassung von Truppen im Osten. — Entsendung der Ostsee-Division nach Finnland. — Die Besetzung der Ukraine. — Verpflegungslage Österreichs. — Fehlen von Motorbetriebsstoffen. — Beschaffen von Verpflegung aus der Ukraine. — Versagen der Verwaltung. — Gesamturteil.

Mit Recht wird die Frage geprüft, ob die Kriegführung im Frühjahr und Sommer 1918 ihre Kräfte für den Angriff im Westen zusammengehalten und alles getan hat, um sich und der Politik den Erfolg zu sichern. Eine der Hauptursachen für das Mißlingen der deutschen Angriffe im Westen und für die schwierige Lage des deutschen Heeres daselbst wird darin gesehen, daß die O. H. L. dies unterlassen habe. Zwei Punkte sind vornehmlich zu untersuchen:

1. die Nichtverwendung von k. u. k. Truppen an der Westfront,
2. die Belassung zu starker Truppen im Osten.

1. Die Versuche, die von der O. H. L. unternommen wurden, um die Mitwirkung von österreichisch-ungarischen Truppen bei dem Angriff im Westen zu erlangen, begannen im Herbst 1917 gleich nach Einstellung des Angriffs in Italien und zogen sich bis zum Frühjahr 1918 hin. Graf Czernin erklärte zwar in diesen Tagen, die Doppelmonarchie würde für Straßburg ebenso kämpfen wie Deutschland für Triest, aber tatsächlich dachte Kaiser Karl nicht daran, dem zuzustimmen. Der Gedanke stieß auf starken Widerstand bei der Kaiserin Zita, den nichtdeutschen Völkern der Monarchie und der Sozialdemokratie. Diese befürchtete eine Erschwerung des Friedens mit Frankreich oder einen deutschen Sieg. So kam zu dem Märzangriff nur österreichisch-ungarische Artillerie mit wenig Munition nach dem Westen*).

*) „Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege", von General v. Cramon. Berlin 1920.

Die O. H. L. beschied sich damit. Sie schätzte die Angriffskraft und Widerstandsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Infanterie unter den Kampferscheinungen an der Westfront nur überaus gering ein und glaubte, die Kampfkraft der österreichisch-ungarischen Truppen vorteilhafter gegen die italienische Armee ausnutzen zu können. General v. Arz hatte einen Angriff in Venetien in sichere Aussicht gestellt. Gelang er, dann mußten die Entente oder die Vereinigten Staaten Divisionen nach Italien fahren, und die deutsche Westfront, auf der die Kriegsentscheidung zu gleicher Zeit angestrebt wurde, war entlastet. Deutschland und Österreich-Ungarn handelten damit in vollständiger strategischer Übereinstimmung.

Die Verhältnisse lagen anders, als General v. Cramon es meint, wenn er schreibt, daß jeder der Verbündeten 1918 ebenso seine eigenen Wege gegangen sei wie 1916; damals fehlte der einheitliche Gedanke und vertrauensvolle Gedankenaustausch und auch die zeitliche Übereinstimmung, die 1918 angestrebt wurde. Der Angriff auf Verdun hatte bereits lange seine Schwungkraft verloren, als im Mai 1916 die österreichisch-ungarische Armee in Italien aus Tirol angriff.

1918 waren die Fronten in Italien und Frankreich für Deutschland und Österreich-Ungarn ganz ausgesprochen eine einzige Front. Der Sieg im Oktober 1917 in Venetien hatte eine Schwächung der Entente in Frankreich herbeigeführt, weil sie Divisionen nach Italien senden mußte. Ein deutscher Sieg in Frankreich 1918 hätte Truppen aus Italien nach Frankreich gezogen, ein österreichisch-ungarischer Sieg in Italien Truppen aus Frankreich nach Italien. Ein Sieg an der einen Front fand somit im großen Rahmen seine unmittelbare strategische Auswertung auf der anderen. Die Ereignisse auf beiden Kriegsschauplätzen übten eine enge Wechselwirkung aufeinander aus.

Der Angriff des österreichisch-ungarischen Heeres in Italien war zunächst auf den 20. Mai 1918 festgesetzt. Er sollte dem Angriff auf den Chemin des dames, der am 27. begann, als „Ablenkungsangriff" vorausgehen. Daß die k. u. k. Armeen den Angriff immer wieder hinausschoben, war strategisch ungünstig.

Dies abzustellen, lag aber nicht im Möglichkeitsbereich der deutschen O. H. L., auch wenn sie der Form nach Oberste Kriegsleitung war.

Noch am Tage der Schlacht an dem Piave nahm die deutsche O. H. L. die Besprechungen mit dem k. u. k. Oberkommando über die Entsendung von österreichisch-ungarischen Truppen an die Westfront auf. Es kamen zuerst zwei Divisionen. Nach langen Bemühungen sollten weitere folgen. Die Widerstände in Wien blieben dabei dauernd dieselben.

Gleichzeitig mit den Besprechungen über Entsendung von Kampftruppen an die Westfront wurden Verhandlungen über die Entsendung von Arbeitskräften aus der Doppelmonarchie ebendorthin gepflogen. Sie führten zu keinem Ergebnis. Im besonderen wurde der Vorschlag, Divisionen zu Arbeitszwecken zu stellen, grundsätzlich abgelehnt.

2. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, die Weihnachten 1917 begonnen hatten, hatten zunächst nicht zum Ziel geführt. Am 18. und 19. Februar wurden die Feindseligkeiten von neuem aufgenommen. Die O. H. L. konnte den unklaren Zustand an der Ostfront weder bestehen lassen, noch sich mit einer starken Absperrung begnügen, da zu starke Kräfte im Osten gebunden worden wären.

Es war in Brest-Litowsk klar zutage getreten, daß auf einen wirklichen Frieden mit den Bolschewisten nicht zu rechnen war, und daß die Entente immer noch hoffte, im Osten eine neue Front zu bilden. Die Möglichkeit bestand, daß Lenin und Trotzki aus dem russischen Umsturz eine Revolutionsarmee schufen, ähnlich wie Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts, und daß die Entente sie dabei unterstützte. Daß Frankreich Trotzki militärische Hilfe und Geldmittel zum Kampf gegen Deutschland auch tatsächlich angeboten hat, hat der „Temps" bestätigt. Dies war bei der Zielsicherheit der feindlichen Kriegführung und bei der Notlage, in der sie sich befand, auch mehr als selbstverständlich. Diese Verhältnisse waren um so schwerwiegender, als im Westen der Ausgang der Kämpfe nicht vorauszusehen war. Zwar wurde ihm hoffnungsvoll entgegengesehen, aber in der O. H. L. war man sich klar be-

wußt, daß auch dort der Krieg nicht in einem Schlage beendet werden könne. Sie erstrebte eine Entscheidung im Laufe des Jahres 1918, sie durfte indes nicht den Gedanken von der Hand weisen, daß der Krieg auch noch länger dauern konnte.

Das russische Heer befand sich zur Zeit in voller revolutionärer Auflösung. In Rußland ergriff die Revolution zuerst die bewaffnete Streitmacht, dann das Volk, in Deutschland im wesentlichen zuerst das Volk, das das Heer wehrlos machte. Dieser Unterschied zwischen der russischen Revolution und der Revolution in Deutschland mußte hervorgehoben werden, um dem deutschen Leser die Absicht der O. H. L. verständlich zu machen, durch einen kurzen Stoß der im Osten verbliebenen Kräfte das russische Heer in völlige Auflösung zu versetzen, ihm Verkehrsmittel und Kriegsgerät in den größten Mengen abzunehmen und es so, wenigstens für die nächste Zeit, entscheidend zu schwächen.

Nur widerstrebend war der Reichskanzler, der sich durch den Reichstag und die innerpolitischen Strömungen gehemmt fühlte, diesen Erwägungen gefolgt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hatte sich ihnen überhaupt nicht angeschlossen.

Der Stoß, der am 18. und 19. Februar einsetzte, erreichte seinen Zweck. Schon am 3. März schloß die Sowjetrepublik Frieden, der aber leider für die deutsche Kriegführung bei der Denkweise der Bolschewisten nur ein bewaffneter Waffenstillstand wurde.

Im Osten mußte man mit ihrer Feindschaft und mit der der Entente immer noch rechnen. Dies erforderte weitere Schutzmaßnahmen an der Ostfront. Zur Entlastung des eigenen Heeres war es nötig, sich nach Bundesgenossen umzusehen. Auch war die Versorgung der Bolschewisten mit Kriegsmaterial zu verhindern.

Die Abschnürung der bedeutungsvollsten Zufuhradern der Entente nach Rußland, besonders der Murmanbahn, die längs der finnischen Grenze von dem eisfreien Alexandrowsk nach Petersburg führt, sowie die Aussperrung der Bolschewisten aus dem Gebiete der finnischen Ostseehäfen wurde dadurch nötig.

Der Einwurf ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, daß es bei dieser Sachlage besser gewesen wäre, wenn die Krieg-

führung es unternommen hätte, die Bolschewisten aus Petersburg und Moskau zu vertreiben, d. h. den kurzen Stoß weit nach Osten in das innere Rußland hinein fortzusetzen und damit endgültige Klarheit im Osten zu schaffen und ein neues Versorgungsgebiet zu erhalten. Warum dies unterblieb, ist im vorhergehenden Abschnitt erörtert*).

Ähnliche, militärisch unklare Verhältnisse wie gegenüber Rußland, ließen die Verhandlungen mit Rumänien, und zwar allein durch die Schuld der Politik, zurück. Hier hatte sie entgegen den Erwartungen der Kriegführung versäumt, die Abreise des Königs samt seiner Familie und die Ausweisung der feindlichen Diplomaten zu erwirken. Jassy, mit dem Hofhalt des Königs, blieb eine Hochburg und Festung der Entente in dem bezwungenen Rumänien. Dies war um so bedenklicher, als die Rumänen einen Teil ihres Heeres voll ausgerüstet behalten hatten, ein Zugeständnis der Kriegführung in der Erwartung, daß die Politik den König nebst Familie und Entente-Diplomaten aus dem Lande entfernen und eine deutschgerichtete Regierung in Bukarest ans Ruder bringen werde. Das hatte durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen, scheiterte aber an der Unfähigkeit der deutschen Politik und der Eigenbrötelei des Grafen Czernin. Die Politik hatte in Rumänien vollständig versagt. Das wurde erst später ganz offensichtlich.

Das Hinziehen der Verhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest hatte die Abfahrt von Divisionen nach dem Westen verzögert. Sie waren noch im Abrollen, als der Angriff im März bereits begonnen hatte.

Bei einem Vortrag am 13. Februar 1918 vor Seiner Majestät dem Kaiser hatte ich in Homburg in Gegenwart des Reichskanzlers ausgeführt:

„Seine (des Chefs des Generalstabes des Feldheeres) erste Aufgabe ist, noch mehr Truppen für den Westen im Osten verfügbar zu machen, nicht von heute auf morgen, sondern im Laufe des ersten Halbjahres. Bis jetzt sollen nach dem Willen Seiner Majestät

*) Siehe Seite 209 und 210.

37 Divisionen daselbst zurückbleiben. Das ist zu viel; die eine oder die andere Division wird noch weggezogen werden können; ein entsprechendes Mehr wird erst veranlaßt werden können, wenn gegen Rußland und Rumänien volle Klarheit herrscht."

Das Heer im Westen kam so im Sommer, vor dem Angriff am 15. Juli, auf 204 Divisionen. Außerdem standen dort die gesamte schwere Heeres-Feldartillerie und die übrigen Angriffstruppen.

Im Osten waren 39 Divisionen verblieben, einschließlich der für Finnland bestimmten Ostsee-Division. Diese Stärke wurde später noch um neun vermindert. Im Oktober 1918 waren in Rußland 25, in Rumänien 4 Divisionen. Den Bataillonen waren die Mannschaften unter dem fünfunddreißigsten Lebensjahr genommen und dem Westheer als Ersatz zugeführt. Sie hatten nur geringen Mannschaftsstand mit Leuten von über 35 Lebensjahren. Die Truppen der Ostsee-Division waren kampfkräftig.

Hätten wir in Rußland über die Linie Narwa—Pinsk—Kowel nicht hinauszugehen brauchen, d. h. auf die Besetzung der Ukraine verzichten können, so wären wir seit Sommer 1918 mit diesen schwachen 25 Divisionen ausgekommen, um die 1000 km Luftlinie von Narwa bis Kowel — auf 40 km die Division — zu sichern. Jedes Bataillon hätte dann einen Abschnitt von etwa 4 km zu überwachen gehabt, seine wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen und auch Urlaub erteilen können.

Nach Festigung der Verhältnisse an unserer Front hätten wir vielleicht noch einige Divisionen nach dem Westen fahren können; wieviel, ist schwer zu sagen. Man kann nicht feststellen, in welchem Umfang sich die Sowjetherrschaft in Rußland gefestigt hätte, wenn wir nicht nach Finnland und in die Ukraine gegangen wären. Dies war aber eine Notwendigkeit. Das wird jeder zum mindesten für die Ukraine zugeben, der die Verpflegungslage des Vierbundes in ihrer Gesamtheit vorurteilsfrei betrachtet.

Oft genug ist von der O. H. L. an den Oberbefehlshaber Ost die Anfrage ergangen, ob er nicht Truppen abgeben könne. Dieser und das Heeresgruppenkommando Kiew verneinten es aber. Der

Oberbefehlshaber Ost war zu sehr Soldat, um nicht zu wissen, worum es im Westen ging, und hat stets die O. H. L. nach Kräften und durch freiwilliges Angebot, nicht bloß erst auf Anfrage, unterstützt.

Anfang Juni schrieb die O. H. L. an den Reichskanzler: „Wir haben in Rücksicht auf unseren Menschenmangel die daselbst (in der Ukraine) stehenden Divisionen weiter schwächen müssen. Sie haben die Kraft, ihre Okkupationsaufgabe zu erfüllen; aber ihre Kraft reicht nicht mehr aus, wenn die Verhältnisse im Osten sich verschlechtern. Wir müssen uns auf alle Fälle bei der unklaren Haltung der schwachen Sowjetregierung nach weiteren Bundesgenossen im Osten umsehen."

Sollte dies wirklich nicht ein Zeichen dafür sein, daß die Frage nach Verringerung der Kräfte im Osten immer wieder nachgeprüft wurde?

In Finnland rang ein tapferes Volk ebenso wie das deutsche um sein Dasein. Es war durch seine Lage der gegebene Bundesgenosse Deutschlands.

Um die finnischen Ostseehäfen und die Murmanbahn zu sperren und Finnland unter Umständen für die weitere Kriegführung nach Osten nutzbar zu machen, gingen wir nach Zustimmung des Reichskanzlers mit der Ostseedivision nach Finnland. Sie bestand aus 3 Jägerbataillonen, 3 Kavallerie-Schützenregimentern in Bataillonsstärke, 3 Radfahrerkompagnien, 2 Gebirgs-Maschinengewehrabteilungen und 5 Batterien mit den Sondertruppen, insgesamt 10 000 bis 12 000 Mann.

Die Kräfte, die in Finnland im Kampf gegen die Bolschewisten standen, wurden durch diese deutsche Entsendung vervielfacht. Die Bolschewisten erlitten eine schwere Niederlage, das finnische Volk wurde befreit und die finnische Armee gebildet. Eine Versorgung der bolschewistischen Streitkräfte mit Kriegsgerät wurde tatsächlich dadurch in Verbindung mit anderen Umständen verhindert. Weitere militärische Vorteile, die wir aus der Finnlandunternehmung hätten gewinnen können, wurden nicht erreicht, weil wir, neben einer unglücklichen Politik mit der Sowjetregierung,

uns in Finnland schwankend verhielten. Vom August 1918 ab wurden Teile der Ostseedivision zurückgeführt.

Gingen wir nach Finnland aus rein militärischen Gründen, so gingen wir in die Ukraine aus wirtschaftlichen Sorgen, an erster Stelle, um die Verpflegung Österreichs zu ermöglichen. Daß wirklich Brotgetreide in großen, aber schwer greifbaren Mengen in der Ukraine im Frühjahr 1918 vorhanden war, darüber bestand damals kein Zweifel. Dieser ist auch heute in keiner Weise begründet.

Graf Czernin erklärte am 5. Februar 1918 der O. H. L. in Berlin, daß Österreich ohne Verpflegungszuschuß aus der Ukraine nicht leben könne. Er habe sich gezwungen gesehen, ihr in Ostgalizien weitgehende Zugeständnisse zu machen, um von ihr Verpflegung zu erhalten. Der österreichische Verpflegungsgeneral, General Landwehr, bestätigte die Notlage des Landes und des Heeres und verlangte einen sehr erheblichen Verpflegungszuschuß für die nächsten Wochen aus deutschen Beständen. Der ungarische Ernährungsminister, Prinz Windischgrätz, schrieb an Kaiser Karl „daß, falls es nicht gelänge, die Lebensmittel aus der Ukraine zu erhalten, der absolute Niederbruch erfolgen müßte". Er gibt uns eine scharf umrissene Schilderung von der schweren Notlage Österreichs, besonders Wiens und des Alpenlandes und des Heeres an der italienischen Front*). Er vertritt die Ansicht, daß die Verpflegungslage einen Friedensschluß erforderlich mache. Den ganzen Ernst zeigt die Beschlagnahme rumänischen Getreides, das Deutschland zustand, im Juni bei der Durchfuhr durch Österreich. Die Handlung war an und für sich ungeheuerlich, aber eben darum ein Beweis für die Notlage Österreichs. General Landwehr äußerte sich: „Ich weiß, es ist Straßenraub gewesen, aber ich hatte keinen anderen Ausweg; jetzt haben die Wiener wenigstens 15 Tage lang zu essen."

Ein erschreckendes Bild der schwierigen Verpflegungslage des k. u. k. Heeres, das aber gleichzeitig dessen Leistungen gerecht wird, gibt ein Brief des Generals Boroevic vom 29. Juni 1918, abgedruckt im „Pester Lloyd":

„Die Offensive gegen Italien war für den 20. Mai 1918 be-

*) Siehe Anmerkung S. 162.

fohlen. Das Ansetzen dieses Datums zeigte mir, daß man in Baden trotz zahlloser genauester Berichte von mir keine blasse Ahnung von dem Zustand der Armee hatte. Diese war seit Anfang Februar infolge gänzlichen Ausbleibens der Nachschübe derart verhungert, daß die Leute bei den gewöhnlichen Ausrückungen umfielen. Selbst Erzherzog Joseph mußte von ungarischen Soldaten Klagen wegen Hungerns hören. Die Pferde waren Skelette, die Artillerie einfach unbeweglich. Es sah trostlos aus."

Wie wir militärisch Österreich-Ungarn unterstützten und deutsche Divisionen an österreichisch-ungarischen Fronten hatten, so mußten wir Österreich auch, trotzdem wir widerstrebten, in der Verpflegung helfen. Wir verfuhren dabei ebenso gewissenhaft wie bei der Bemessung der Streitkräfte. Aber schließlich war eben Österreichs Magen unser Magen. Wir waren auf Gedeih und Verderb mit Österreich-Ungarn verbunden und Österreich-Ungarn mit uns. Wir durften Österreich nicht verhungern lassen.

Brauchte nun Österreich Getreide, und dies stand einwandfrei fest, so bekam man es nur, wenn man es sich aus der Ukraine holte. Die ukrainischen Behörden, die es zugesagt hatten, waren außerstande, es zu liefern. Hieraus ergab sich mit zwingender Folgerichtigkeit der Entschluß, den Stoß, der das bolschewistische Heer entwaffnen sollte, zu einer Besetzung der westlichen Ukraine auszudehnen. Diese brachte ihr Befreiung von der Bolschewistenherrschaft und die Möglichkeit, ihr nationales Leben zu entfalten.

Die Wirtschaftslage übte hier einen zwingenden Einfluß auf die militärischen Maßnahmen aus, wie seinerzeit bei der Eroberung der Walachei. Während aber hier die militärische Lage das gleiche gebot, waren bei der Besetzung der Ukraine die wirtschaftlichen Forderungen derart im Vorrang, daß sogar militärische Nachteile in den Kauf genommen werden mußten, die dadurch nicht aufgehoben wurden, daß die Besetzung der Ukraine den Widerstand in Rußland gegen die Bolschewisten stärkte.

In der Ukraine wurde mit Charkow das Getreidegebiet besetzt. Bald trat auf den ukrainischen Bahnen ein solcher Feuerungsmangel ein, daß er aus Deutschland nicht mehr gedeckt werden

konnte. Die Besetzung des Donezbeckens ergab sich hieraus zwangsläufig.

Und noch ein weiterer Schritt mußte aus kriegswirtschaftlichen Gründen getan werden. Beim Westheer begannen Motorbetriebsstoffe für Flieger und Kraftwagen zu fehlen. Die Angriffe im Westen hatten die Vorräte erschöpft. Wir mußten tatsächlich mit jedem Liter haushalten und konnten nicht mehr den Bedarf decken. Der Betrieb in Rumänien und Galizien war nicht ergiebig genug. Ein Mehr war dort zu jener Zeit nicht zu gewinnen. Wir mußten uns nach anderen Bezugsquellen umsehen. Nun hatten die Türken sich in Batum festgesetzt und strebten nach dem Naphthagebiet von Baku. Dorthin blickten auch wir. Gern hätte die O. H. L. jene Gebiete ganz den Türken überlassen. Aber es war dann mit Sicherheit anzunehmen, daß kein Öl nach Deutschland kommen würde. Darum mußten wir in jenen Gebieten militärisch mitsprechen können. So ging im Juli, mit Zustimmung des Reichskanzlers, ein deutscher Vertreter mit zwei Kompagnien nach Georgien. Ihre Verstärkung durch Infanterie und Kavallerie aus der Ukraine trat ein, als englische Truppen sich in Baku behaupteten und von dort zu vertreiben waren. Das Unternehmen kam nicht mehr zur Ausführung, da inzwischen Bulgarien zusammenbrach.

Je länger im Sommer 1918 die militärische Entscheidung in Frankreich sich hinzog, um so mehr mußte die O. H. L. sich darauf vorbereiten, daß der Krieg in das Jahr 1919 hineindauerte, desto gewichtiger wurden die wirtschaftlichen Gründe, die uns nach der Ukraine geführt hatten. Diese wuchsen noch an Bedeutung, als sich zeigte, daß Rumänien 1918 eine gänzliche Mißernte hatte*).

Die O. H. L. ist in die Ukraine nicht in napoleonischer Eroberungssucht, sondern allein wegen der wirtschaftlichen Zwangs-

*) Der schwere Verpflegungsmangel im Frühjahr 1919 in Deutschland und Österreich war nicht nur die Folge der Revolutionswirtschaft, sondern die Folge des Fehlens von Getreide. Hätten wir noch im Frühjahr 1919 gekämpft, woher hätten wir bei der Mißernte Rumäniens Verpflegung erhalten sollen, wenn nicht aus der Ukraine.

lage gegangen. An dieser unumstößlichen Feststellung sollte nicht gerüttelt werden; dann wird auch das Urteil über die Maßnahmen der O. H. L. im Osten anders ausfallen.

Man mißbilligt den Einmarsch in die Ukraine unter anderem auch mit der Begründung, daß unsere österreichischen Bundesgenossen uns einen Teil der Verpflegung wegnahmen. Sie nahmen uns diesen Teil nicht weg, sondern er gehörte ihnen, und dieser Teil hat Österreich den Sommer über neben Zuschüssen aus Deutschland und Ungarn vor dem tatsächlichen Verhungern gerettet. Wenn schließlich in Österreich sehr üble Schiebungen mit ukrainischem Getreide vorgekommen sind, so ändert dies an vorstehender Tatsache nichts.

Österreich versuchte, sich das Getreide auf kriegsmäßige Art zu holen, da seine Verwaltungsmaßnahmen versagten. Die Bauern wollten für die festgesetzten Höchstpreise ihre Vorräte nicht abgeben. Prinz Windischgrätz sagt: „Wir hatten kein Geld, wir hatten keine Nahrungsmittel, wir hatten kein Verständnis für Zusammenwirken."

Wir fanden ebenfalls nicht den richtigen Weg*). Die Hoffnung, die militärischen Nachteile der Besetzung der Ukraine dadurch wenigstens in etwas auszugleichen, daß wir durch die Verpflegungszufuhr von dort den ganz ungenügenden Verpflegungsanteil für den Kopf der Bevölkerung in der Heimat und damit den Volksgeist heben und den Neutralen das gleiche bieten konnten wie die Entente, sollte sich nicht erfüllen. Die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine kam erst in Fluß, als wir gezwungen waren, das Land aufzugeben.

Die Verwaltung hatte vollständig versagt. Die Einsetzung einer einfachen militärischen Kommandogewalt, die alle Befugnisse gegenüber der schwachen Landesregierung in sich vereinigte und uns aus der Ukraine, wie es durchaus möglich war, das verschaffte, was wir brauchten, verstieß gegen den Geist der Demokratie, der damals schon über ganz Deutschland lag und auch in Kiew — selbst im deutschen Heeresgruppenkommando —

*) Siehe Abschnitt VI B.

eingezogen war, und erschien als Ausgeburt des „Militarismus", der nicht genug zurückgedrängt werden konnte. So hatten wir neben der schwachen ukrainischen Regierung einen deutschen Botschafter, der ganz im demokratischen Sinne Politik treiben mußte, ferner ein Heeresgruppenkommando, dessen Befugnisse nicht scharf abgegrenzt werden konnten, und das Reichswirtschaftsamt, das weitfristige Friedenswirtschaft statt kurzfristiger Kriegswirtschaft trieb. Dem Reichskanzler und dem Reichstage galt die Rücksichtnahme auf demokratisches Denken für löblicher als die Sorge, den Hunger des Volkes zu lindern. Wir hatten die völkerrechtswidrige Blockade der Entente nach Osten durchbrochen und vermochten nicht daraus den Gewinn zu ziehen, den die Notlage mit zwingender Gewalt forderte.

Der Vorschlag, besonderes Geld für den Ankauf von Getreide in der Ukraine auszugeben, wie es sich in dem früheren Ober-Ost-gebiet seit meiner Verwaltung bis auf den heutigen Tag voll bewährt, zog den Urhebern desselben den Verdacht der Falschmünzerei zu. So war es in Großem und Kleinem. Wir konnten organisieren und überorganisieren, aber aus den Organisationen kam nichts Fruchtbringendes heraus. Alles blieb in ihnen stecken, weil uns das einfachste Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten fehlte und weil wir demokratischen Wahngebilden nachgingen, statt von natürlichem Lebenswillen beseelt zu sein.

Wir erhielten, und zwar auf militärischem Wege, im Sommer 1918 Vieh und Pferde in großer Zahl aus der Ukraine. Schon dies war von größtem Nutzen. Ohne diese Pferde wäre das Heer im Westen unbeweglich geworden. Die Heimat konnte nicht mehr beansprucht werden, da sonst ihr landwirtschaftlicher Betrieb unterbunden worden wäre.

Wie in Finnland versuchte die O. H. L. auch in der Ukraine und in Georgien Truppen aufzustellen. Insonderheit versprach sie sich Vorteile von engen Beziehungen zu den Donkosaken unter General Krasnow. Diese angebahnten Verhältnisse fanden nicht die volle Unterstützung der Regierung. Sie reiften nicht mehr aus. Das Kriegsende vernichtete sie.

In der Ukraine hat die Politik dem deutschen Volk unermeßlich geschadet. Ihr verdankt die Kriegführung an erster Stelle den Vorwurf, die Kräfte im Jahre 1918 zersplittert zu haben. Die Frage, wie mit geringen Kräften es hätte versucht werden sollen, die dringenden Aufgaben in einem Gebiet zu lösen, dessen Räume nicht mit mitteleuropäischen zu vergleichen sind, ist bisher nicht beantwortet worden.

Bei dem Besetzen einer Stellung läßt sich sagen, daß die Truppen da und dort zu dicht stehen. Bei den eigenartigen Verhältnissen des Ostens ist das nicht mehr möglich. Da kann die Frage nur lauten: War die Unternehmung in Finnland und der Vormarsch in die Ukraine hinein richtig oder nicht? Das Für und Wider ist dargelegt, der Leser mag selbst urteilen.

Noch eine andere Frage drängt sich auf. Warum wurde nicht die zwangsweise Belassung von so starken Truppen im Osten im Sommer 1918 nun doch noch dazu benutzt, um die Bolschewistenherrschaft zu stürzen? Diese Kräfte hätten damit eine sachgemäße kriegerische Verwendung gefunden.

Derselbe Geist, der im Frühjahr 1918 einen entscheidenden Angriff auf Rußland verhindert haben würde und der später von Deutschland aus in der Ukraine regierte, verhinderte auch eine klare Politik gegen die Bolschewisten und die Sammlung der in Finnland, in der Ukraine, bei den Kosaken, kurz in dem früheren zaristischen Rußland vorhandenen Bolschewisten-Gegner zu einem Schlage gegen Petersburg und Moskau im Verein mit den deutschen Besatzungstruppen. Ein solcher Schlag war möglich, er wurde auch bei der Politik angeregt; diese bewegte sich in formgerecht-juristischem Denken und schwamm wie in der inneren, so auch in der äußeren Politik vollkommen im Fahrwasser der Reichstagsmehrheit. Sie verkannte, daß der Augenblick gekommen war, in dem, nach Bismarcks hoher Denkweise, die Aufbesserung der durch die Entsendung Lenins angerichteten Schäden zu erfolgen habe. Die O. H. L. wies klar auf diese Schäden hin; aber sie vertrat nicht folgerichtig und scharf genug den Gedanken des Angriffs auf Petersburg und Moskau. Sie hätte dies tun müssen, auch wenn sie keine

Aussicht hatte, durchzudringen. Die Politik verhandelte aber mit Joffe in Berlin und ließ ihn hier zusammen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie die Revolution vorbereiten. Sie ließ sich in Moskau unwürdig behandeln und nahm den Gesandtenmord gelassen hin. Sie unternahm nichts gegen das Treiben der bolschewistischen Friedensabgeordneten in Kiew und die Ermordung des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn. Sie erhob nicht ihre Stimme gegen den Zarenmord. Sie entzog sich einer gegen die Bolschewisten gerichteten Politik in Finnland, in der Ukraine, bei den Donkosaken und auch wohl in Georgien. Sie trieb überall nur „innere Politik" nach dem Willen der Reichstagsmehrheit.

Und wie gut hätte eine wirklich deutsche, klar ihr Ziel verfolgende Gesamtpolitik noch im Kriegsjahr 1918 das Vaterland sichern und die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes retten können, wenn sie wie ein guter Haushalter dem Kriege hätte dienen wollen.

VIII.

Außenpolitik und Stellung der Kriegführung zu den Friedensfragen bis zur Revolution von oben im Herbst 1918.

1. Kriegsziele.

Parteien und Kriegsziele nach Beginn des Krieges. — Kriegsziele des Reichskanzlers und des Reichstages vor dem Amtsantritt der Dritten O. H. L. — Anschauungen der Dritten O. H. L. über Kriegsziele. — Denkschrift vom September 1917. — Alle Kriegsziele und Richtlinien für etwaige Verhandlungen. — Festlegung von Kriegszielen im Herbst 1916 und Winter 1916/17. — Spätere Stellungnahmen der O. H. L., der Regierung; Verhältnis zwischen der O. H. L. und dem Reichskanzler in der Friedensfrage. — Das Verbrechen des „Verständigungsfriedens". — Aufklärung über Friedensmöglichkeiten.

Unter dem Aufflammen vaterländischen und deutschen, machtbewußten Denkens hatten alle Parteien nach Kriegsbeginn mehr oder weniger weitgehende Kriegsziele vertreten, als Ergebnis des uns aufgezwungenen Krieges und zur Verhinderung neuer Gewalttaten gegen uns. Mit dem Rückfall der Stimmung und dem Überhandnehmen internationalen, pazifistischen, defaitistischen Denkens änderte sich die Haltung der Mehrheitsparteien zu der Kriegszielfrage. Sie verleugnen seitdem ihre eigenen Gedanken und Absichten. Wie alles bei uns, so wurde auch die Kriegszielfrage immer mehr zu einer rein innerpolitischen Angelegenheit, während sie eine reine Machtfrage war.

Der Streit der Meinungen war schon voll entbrannt, als die Dritte O. H. L. ihr Amt übernahm. Sie fand zwar keine Abmachungen mit dem Reichskanzler aus der Zeit vor ihrem Amtsantritt vor, aber die Kriegsziele waren tatsächlich in bestimmten Richtungen festgelegt.

Der Reichskanzler hatte in der Reichstagssitzung vom 5. April 1916 über Polen und Belgien folgende Ausführungen*) gemacht:

*) Vgl. Abschnitt VII 1: „Die polnische Armee".

„Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage aufzurollen; das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den Status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht.

„Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher und ein Pole ehrlich für das Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den Wolynischen Sümpfen wieder dem Regiment der Reaktionäre Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein? Nein, meine Herren, Rußland darf nicht zum zweitenmal seine Heere an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen und mit französischem Gelde das Weichselland als Einfallstor in das ungeschützte Deutschland einrichten.

„Das Belgien nach dem Kriege wird nicht mehr das alte vor dem Kriege sein. . . . . Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein englischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird."

Abgeordneter Spahn äußerte sich in der gleichen Sitzung zu der Rede des Reichskanzlers, wie folgt:

„Der Krieg muß mit einem greifbaren Ergebnis enden. Nun hat uns der Herr Reichskanzler nach dem Osten hin das greifbare Ergebnis gezeigt. Nach dem Westen hat er sich vorsichtiger ausgedrückt. Belgien, ein Avulsum Imperii*), dürfe kein Bollwerk Englands bleiben; das hat zur notwendigen Folge, daß es politisch, militärisch und wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen kommen wird (Beifall). Dabei bleibt die staatsrechtliche Organisation des Landes unberührt; darüber mag der wirklich geschlossene Frieden seinerzeit entscheiden. Wir wollen — das wiederhole ich mit dem Herrn Reichskanzler — keinen Eroberungskrieg. Aber nun müssen wir unsere Grenzen berichtigen nach unseren eigenen Interessen. Unsere Gegner dürfen nicht in ihrem politischen, militärischen Kern unangetastet bleiben."

In Bezug auf Polen hatte der Reichskanzler zur Verwirklichung seiner Absichten am 11./12. August 1916 einen großen Schritt nach vorwärts getan, indem er sich mit Baron Burian über die Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen einigte. Bei gelegentlichen Besuchen im Hauptquartier des Oberbefehlshabers

*) d. h. gewaltsam losgerissenes Stück des Reiches.

Ost hatte der Reichskanzler einen Schutzstreifen um Ostpreußen für erforderlich gehalten.

Vorstehenden Gedanken über die Kriegsziele schloß sich auch die Dritte O. H. L. an. Mit Recht hebt Prof. Dr. Dietrich Schäfer in seinem Gutachten zu dem Bericht des Zweiten Untersuchungsausschusses über die sogenannte Friedensvermittlung Wilsons hervor, daß die O. H. L. sich Ende 1916 in Bezug auf Friedensbedingungen in den Gedankengängen bewegt habe, wie sie bisher in der Politik vertreten waren.

Hierbei waren für die O. H. L. bereits damals Erwägungen maßgebend, die erst im Kronrat vom 11. September 1917 geäußert und dann in einer Denkschrift zu einer Zeit niedergelegt wurden, in der die Kriegslage zu großen Hoffnungen berechtigte*). Sie trugen einmal den militärischen Erscheinungen dieses Krieges, wie sie Flieger und weittragende Geschütze gezeitigt hatten, dann auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen Deutschlands für den Fall Rechnung, daß es noch einmal um sein Dasein zu kämpfen haben würde. Wir haben gesehen, daß der Weltkrieg ein Krieg war, in dem neben rein militärischen und seelischen auch die wirtschaftlichen Tatbestände in bisher nie dagewesener Weise Bedeutung erlangt hatten. Uns fehlte Nahrung, obschon wir weite Feindgebiete besetzt hielten, uns fehlten Rohstoffe, die wir nur teilweise unter stärkster Ausnützung jener Gebiete decken konnten. Nur unsere militärischen Erfolge hatten uns die wirtschaftlichen Mittel zur Führung des Krieges gegeben. Wir hätten gleich zu Beginn des Krieges die Waffen strecken müssen, wenn im Osten die landwirtschaftlichen Gebiete Preußens oder die Kohlengebiete Oberschlesiens verloren gegangen wären, und im Westen das Industriegebiet Lothringens, das Saarkohlenbecken oder gar das rheinisch-westfälische Kohlen- und Industriegebiet in der Arbeit auch nur lahmgelegt worden wären. Es kam darauf an, diesen Schwierigkeiten, über die nun auch beim Feinde klare Erkenntnis bestand, für die Zukunft vorzubeugen.

Aus diesen Erwägungen heraus war die Denkschrift vom September 1917 entstanden. Sie lautet in den entscheidenden Sätzen:

*) Man vergleiche die Denkschrift mit den Bedingungen von Versailles.

„Trotzdem bin ich auch der Ansicht, daß ein Friede für uns vor Beginn des Winters*) erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen, und uns in eine wirtschaftliche und militärische Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt.

„Die Kraftquellen unseres wirtschaftlichen und unseres militärischen Widerstandes**) liegen — außer in der Armee und Flotte — in der Landwirtschaft, den Bodenschätzen und unserer stark entwickelten Industrie.

„Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine hochbedenkliche Verpflegungslage gekommen. Auch mit Rumänien ist sie ernst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir später, wie wir hoffen müssen, Belgien zu verpflegen haben. Dies könnten wir zur Zeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Dieses finden wir nur in Kurland und Litauen***), die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenze Litauens über Grodno nach Süden schieben und Ost- und Westpreußen etwas verbreitern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Provinz Posen läuft die Grenze militärisch zu ungünstig.

„Ob wir mit Kurland auf die anderen Ostseeprovinzen anziehend wirken, muß der weiteren politischen Entwicklung überlassen bleiben.

„Wie günstig ein besserer Lebensmittelbestand unser Verhältnis zu den neutralen Staaten beeinflussen würde, soll hier nur gestreift werden. Korn und Kartoffeln sind Macht, wie Kohle und Eisen.

---

*) Um diese Fragestellung handelte es sich in dem Kronrat vom 11. September 1917, in dem diese Betrachtungen vorgetragen wurden.

**) Die Erwähnung des Volksgeistes gehörte nicht in den Rahmen der Denkschrift.

***) In der Frage der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts Kurlands und Litauens herrschte damals im wesentlichen Übereinstimmung zwischen Reichskanzler und O. H. L.

„Unsere Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reiches so ungünstig wie möglich. Regierung und Reichstag hatten die schwierige Lage des oberschlesischen Kohlenbeckens schon vor dem Kriege erkannt und die militärischen Standorte dort vermehrt und verstärkt. Dies allein genügt nicht, wir müssen Oberschlesien auch durch Landgewinn schützen. Eine Liquidation der dort liegenden, in feindlichem Besitz befindlichen Werke mit Übergang in deutsche Hand würde dies erleichtern.

„Im Westen haben wir die beiden großen Zentren des lothringisch-luxemburgischen Erzbeckens mit dem Saarrevier und das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Die Gefährdung dieser Gebiete ist in diesem Kriege nicht in Erscheinung getreten, weil wir im Aufmarsch der Entente zuvorgekommen sind. Außerdem war die Bedeutung der Industriegebiete anfangs überhaupt nicht voll erkannt. Hieran besteht jetzt kein Zweifel, und es muß damit gerechnet werden, daß unsere Feinde alles versuchen werden, uns in diesen Gebieten zu treffen. Würde nur dies gelingen, so wären wir nicht in der Lage, einen Verteidigungskrieg zu führen. Wir wären auch wirtschaftlich erledigt. Die inneren politischen Folgen brauche ich nicht zu erörtern.

„Der sichere Schutz dieser beiden Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unsere Lage berechtigt. Erreichen wir nichts, so kann an unsere Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden, und es wäre vorzuziehen, weiterzukämpfen und noch nicht an Frieden zu denken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen militärischen Aufwand (Luftabwehr, Unterhaltung von Flieger-Streitkräften, starke Grenzbesetzung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

„Das lothringische Erzbecken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Beibehalt der Grenze, wie vor dem Kriege, würde es mit sich bringen, daß jede politische Beunruhigung auf die Werke mit ihrer

starken Arbeiterschaft zurückwirken würde. Bei Beginn von Feindseligkeiten wäre der Betrieb lahmgelegt und Zerstörungen ausgesetzt. Auch in den zu erwerbenden Gebietsstreifen liegen Gruben. Zunächst würde dieser Zuwachs gestatten, im Frieden sparsamer mit unseren Erzen umzugehen. Da die deutschen Erzvorkommen leider ziemlich beschränkt sind, ist dieser Punkt nicht unwesentlich. Vor allem aber wird der zu erwerbende Gebietsstreifen eine Gewähr geben, daß die jetzt in deutschem Besitz befindlichen Gruben auch im Kriege arbeiten, wenn sie dann unmittelbaren militärischen Schutz haben*). Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Artillerie und Flieger immer sehr gefährdet und wird starke Sicherungsmaßnahmen nötig machen, da wir unsere Grenze dort nicht bis zur Maas vorschieben können.

„Um so dringender ist die Unversehrterhaltung des niederrheinisch-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses Land ist, das ist die Maas-Linie bei Lüttich in noch erhöhtem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden.

„Der Besitz der Maas-Linie allein genügt nicht, um dem In-

*) Hauptmann im Generalstabe v. Goßler erhielt im Herbst 1917 folgenden Erkundungsauftrag:

„Das deutsch-lothringische Erzgebiet liegt unmittelbar an der bisherigen Grenze und ist bei Ausbruch eines Krieges sofortigen Zerstörungen ausgesetzt. Suchen Sie eine Grenze aus, die sich taktisch nach den Grundsätzen des derzeitigen Stellungsbaues zur Verteidigung eignet. Die Grenze soll möglichst wenig vorgeschoben werden, aber doch so verlaufen, daß die deutschen Gruben nicht feindlicher Feldartilleriebeschießung von jenseits der Grenze ausgesetzt sind."

Hauptmann v. Goßler meldete als Ergebnis:

Dementsprechend habe ich die Stellung nach dem Gelände ausgesucht. Die Grenze verlief im allgemeinen 6 bis 8 km jenseits der alten Grenze; nur an einer Stelle war sie bis auf 10 bis 12 km vorgeschoben.

Die O. H. L. hat diesen Standpunkt nicht verlassen. Sie entsprach damit nicht den an vielen Stellen gehegten Erwartungen.

dustriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf.

„Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover—Calais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzten und an der flandrischen Küste stünden. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies zur Zeit nicht erreichen.

„Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus.

„Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien, wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden und in Wallonien und Vlamland geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält.

„Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer klar ihr Ziel verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenüberliegende Festlandsküste und verwirklichen das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt. Wir erhalten eine Stellung England gegenüber, die es uns ermöglicht, unseren Handel im nächsten Kriege aufrechtzuerhalten. Dies ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

„Hierzu gehören außer Rußland überseeische Absatzgebiete in

Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und Flottenstützpunkte inner- oder außerhalb des Kolonialreichs. Namentlich wenn wir jetzt auf die flandrische Küste verzichten, hat die Marine ein Recht, Stützpunkte als Kompensation, wie das auch der Herr Reichskanzler ausgesprochen hat, zu fordern, die es ihr ermöglichen, im nächsten Kriege Deutschland den Weg auf das Weltmeer und damit seine Zufuhr von auswärts zu erhalten. Je mehr wir von diesem Ziele zurückbleiben, desto größer werden die Mittel, die wir zinslos in Deutschland an Rohstoffen niederlegen müssen.

„Daß ein durch günstige Handelsverträge eng mit uns verbundenes Dänemark unsere maritime Geltung und unsere Handelsfreiheit stark erhöhen würde, sei nur gestreift."

Diese von der O. H. L. vertretenen Bedingungen lagen im wesentlichen in dem Rahmen, den die Politik festgelegt hatte, und den einzuhalten geboten war, wenn Deutschland nach dem Kriege die Stellung einer unabhängigen Großmacht behalten und frei atmen wollte, wofür es die Waffen ergreifen mußte. Daß dazu gegen früher ein Mehr gehörte, lag in der Erkenntnis der Bedeutung der Land-, Kohlen- und Eisenwirtschaft und der Kriegstechnik für die Kriegführung. Es war nur eine scheinbare Folgewidrigkeit gegen den Grundgedanken dieses Krieges, wenn Politik und Kriegführung derartige Kriegsziele vertraten. Leider gingen diese Gedankengänge in der Masse des deutschen Volkes verloren.

Selbstverständlich waren alle Vorschläge nur Richtlinien, in denen die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes festzulegen waren. Naturgemäß war auch je nach der Kriegslage, aus der heraus der Friedensschluß zustande kommen würde, zu entscheiden, wie weit ihnen nachzugehen sei. Die Kriegsziele der O. H. L. haben nie als Grundlage für Verhandlungen gedient. Sie haben auf die Entschließungen der O. H. L. auf dem Gebiete der Kriegführung keinen Einfluß ausgeübt oder den Frieden verhindert. Es ist keine Stunde für ihre Verwirklichung gekämpft oder der Krieg ihrethalben verlängert worden. Die Betrachtung über die Kriegsziele war die pflichtmäßige Äußerung der Kriegführung gegenüber der Politik und sogar von dieser herbeigeführt.

Sooft Verhandlungen möglich schienen, wurden als Grundlage für sie zwischen Politik und Kriegführung Kriegsziele besonders festgelegt; so folgende im Dezember 1916, falls das Friedensangebot der Mittelmächte zu Verhandlungen führen würde:

1. Anerkennung des Königreichs Polen.

2. Annexion kurländischen und litauischen Gebietes derart, daß mit Einbegriff des Königreichs Polen eine gute, von Norden nach Süden laufende, strategische Grenze gegen Rußland gewonnen wird.

3. Handelsvertrag mit Rußland, bzw. wirtschaftliche Vorteile.

4. Garantien in Belgien, welche möglichst durch Verhandlungen mit König Albert fortzusetzen sind. Sollten solche nicht in genügendem Maße zu erreichen sein, Annexion von Lüttich mit entsprechendem Landstreifen.

5. Räumung des französischen Okkupationsgebiets mit Ausnahme von Briey und Longwy, gegen Räumung des von den Franzosen besetzten Teils von Elsaß-Lothringen und strategische Grenzberichtigungen für uns in Elsaß-Lothringen, sowie Kriegsentschädigungen bzw. Kompensationen.

6. Rückgabe der Kolonien mit Ausnahme von Kiautschou, Karolinen und Marianen, bzw. allgemeine koloniale Verständigung, Erwerbung des Kongostaats oder eines Teils desselben.

7. Entschädigung für die Auslandsdeutschen und den deutschen Besitz im Ausland, soweit dieser geschädigt ist.

8. Einverleibung Luxemburgs in das Deutsche Reich.

Die Bedingungen Österreich-Ungarns lauteten:

1. Integrität der Monarchie.

2. Geringfügige Grenzverbesserungen gegen Rußland.

3. Strategische Grenzverbesserungen gegen Rumänien (Eisernes Tor, ev. auch Bistritza-Tal).

4. Wiederherstellung des Königreichs Serbien unter Abtretung der an Bulgarien versprochenen Gebietsteile, albanischer Gebietsteile an Albanien, der Matschwa und von Belgrad. Um Bulgarien zu befriedigen, will Baron Burian diesem ev. noch mehr Land, als vereinbart, zugestehen. Das wiederhergestellte restliche Serbien soll wirtschaftlich eng an die Monarchie angeschlossen werden.

5. Wiederherstellung des Königreichs Montenegro unter Abtretung gewisser Gebietsteile an Österreich-Ungarn und Albanien.

6. Selbständigkeit Albaniens unter österreichischem Protektorat.

7. Strategische Grenzverbesserungen gegen Italien (einzelne unfruchtbare Berge).

Das Telegramm des Reichskanzlers vom 29. Januar 1917, das für den Präsidenten Wilson bestimmt war, führt die Bedingungen, wie folgt, auf:

Rückerstattung des von Frankreich besetzten Teils von Oberelsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere.

Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegen sich, in Übereinstimmung mit unseren Abmachungen, in gleichmäßigen Grenzen.

Die Auffassung der Politik und Kriegführung ging bei Erörterung dieser Fragen wirklich nicht nennenswert auseinander.

Die O. H. L. blieb innerlich bei den in Betracht gezogenen Kriegszielen bis zum Juli/August 1918 stehen, d. h. so lange, als sie hoffte, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zu retten. Nur in der Frage der Wiederherstellung des Königreiches Polen änderte sie ihre Stellung, nachdem die Versuche, eine polnische Armee aufzustellen, gescheitert waren.

Die O. H. L. erhielt indes von der Politik nur noch selten Gelegenheit, sich grundlegend zu den Kriegszielen zu äußern. Das eine Mal geschah es am 11. September 1917 über Belgien, das andere Mal am 18. Dezember 1917 über die Bedingungen eines Friedens mit Rußland. In beiden Fällen war die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers für sie maßgebend.

Am 11. September 1917 fiel sie gegen die O. H. L. aus. Am 18. Dezember 1917 waren besondere Meinungsverschiedenheiten zwischen Politik und Kriegführung nicht vorhanden gewesen. Wenn dennoch im letzten Fall schwerwiegende Reibungen eintraten, so war es nicht Schuld der O. H. L.

Von 1917 ab kam im Volk die Ansicht auf, es bestünden zwischen Politik und Kriegführung dauernd tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsziele. Das lag aber vornehmlich in äußeren Anlässen begründet. Nach dem Ausbruch der russischen Revolution wurde die Kriegszielfrage mit der Losung „hie Verständigungs-“, „hie Annexionsfriede“ zu einer rein inneren Angelegenheit und bloßen Parteisache. Die Reichstagsmehrheit verhinderte die Aufklärung des Volkes über seine Lebensnotwendigkeiten. Es wäre ihr dann gewiß nicht mehr gefolgt. Die Minderheit wünschte dagegen, daß das Volk klar sehe. Der Reichskanzler — Dr. Michaelis machte eine gewisse Ausnahme — folgte der Mehrheit. Er unterließ es, das Volk aufzuklären, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Er verdichtete den Nebel, der auf dem Volke lag, indem auch er mit dem Wort „Verständigungsfrieden“ arbeitete.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg betonte nach außen die Notwendigkeit eines Friedens, der den gebrachten Opfern entspräche und Deutschlands Entwicklungsmöglichkeit sicherstelle.

Wenn auch die Vorschläge der O. H. L. von einem „Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen“ wirklich nicht sehr weit entfernt waren und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Freiheit ließen, so wurde doch sehr bald in den Mehrheitsparteien gegen die O. H. L. gearbeitet. Sie wurde „annexionistisch“ genannt, obschon die Vertreter der Mehrheitsparteien „Grenzberichtigungen“ auch nach ihrer „Bekehrung“ gelten ließen. Es wurde ausgesprochen, daß die übertriebenen Forderungen der O. H. L. einen Frieden unmöglich machten. Die Führer der Mehrheitsparteien werden hieran selbst nicht geglaubt haben, aber sie wollten der O. H. L. das Vertrauen nehmen. Man fürchtete von ihr den Sieg und Widerstand gegen eigennützige Bestrebungen. Der Reichskanzler begünstigte durch sein Schweigen den Glauben an diese Ausstreuungen. Das gleiche Schauspiel, das wir von dem Gebiet der rein inneren Politik kennen, wiederholte sich nunmehr auch auf dem Gebiete der äußeren Politik. Die Spieler waren dieselben, sie arbeiteten auch hier dem Feinde zu Gefallen.

Der Reichskanzler und die Mehrheit des Reichstages konnten und wollten nicht verstehen, daß es aus unserem Daseinskampf keinen anderen Ausweg geben konnte als einen Sieg. Sonst standen wir vor dem Vernichtetwerden.

Hatten wir den Sieg errungen, dann konnten wir auch versuchen, unsere Lebensnotwendigkeiten durchzusetzen. Gelang es nicht, zu siegen, dann war auch ein Verständigungsfriede nicht möglich, und wir standen vor einem Gewaltfrieden. Wir hatten nun einmal einen Gegner, der sich mit uns so lange nicht verständigen wollte, als ihm nicht durch seine Niederlage die Hoffnung auf den eigenen Sieg genommen war. Daß auch im feindlichen Auslande Männer da waren, die einen Versöhnungsfrieden wünschten, wie Lord Lansdowne Ende 1917 und Caillaux, ist gewiß. Sie waren aber ohne Einfluß, und die deutsche Regierung tat nichts, ihn zu fördern. Auch der Gedanke der Zweiten Internationalen hatte im Ausland vollständig versagt, wie es auch selbstverständlich war. Die Anhänger der Dritten Internationalen verfolgten Ziele, die nichts mit einem Frieden innerhalb der bisherigen Staatenordnung zu tun hatten.

Die O. H. L. war sich vollständig darüber klar, und dies war die Grundlage für ihr Handeln, daß die feindlichen Staatsmänner und die feindlichen Völker in ihrer Gesamtheit, auch deren Arbeiterschaft, Deutschlands Vernichtung wollten. Sie konnten kaum die gemäßigten Gedankengänge der deutschen O. H. L., geschweige denn die des deutschen Reichskanzlers verstehen. Die O. H. L. sah mit schwerer Sorge die tiefgehenden Gegensätze in dem Denken der leitenden politischen Kreise Deutschlands und seiner Gegner und die Unfähigkeit der leitenden deutschen Kreise, die Geistesrichtung des Feindes richtig einzuschätzen. Sie erkannte, daß dies ein Unglück für unser Volk war. So war der Feind nicht von der Unbezwingbarkeit Deutschlands zu überzeugen und gar in seinem Willen zu treffen, unser Sieges- und Kriegswille nicht zu stärken. In diesen Meinungsverschiedenheiten waren Zusammenstöße zwischen Politik und Kriegführung auch auf außenpolitischem Gebiet unausbleiblich. Sie verbrauchten nutzlos Kräfte und

mußten den Anschein aufkommen lassen, als ob die Kriegsziele der O. H. L. überspannt wären und den Frieden ausschlössen.

Es kam hinzu, daß die O. H. L. sich scheute, bei allgemeinen Erörterungen der Kriegsziele den Anschauungen des Reichskanzlers vollständig entgegenzukommen; seine Geistesrichtung ließ bei einem zu frühen Nachgeben kein Halten mehr auf der abschüssigen Bahn erwarten. Die Politik unterließ es, die Kriegführung, aus Furcht vor deren Widerstand, in den Gängen der äußeren Politik auf dem laufenden zu erhalten. Die O. H. L. fühlte dies und gewann die Überzeugung, daß die Politik sie zwar reden lasse, aber fest entschlossen sei, im gegebenen Augenblick doch ihre eigenen Wege zu gehen. Das mußte bei dem welt- und kriegsabgewandten Denken der Regierung die Kriegführung noch während des Weltkrieges*) und das Vaterland in der Zukunft schwer schädigen. Bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest trat dieser Fall ein.

So unerquicklich diese Auseinandersetzung auch ist, jene Zustände mußten festgestellt werden, um in Zukunft neues Unheil zu verhüten. Das wird nur gelingen, wenn das Denken des Feindes und das Wesen des Krieges in seiner wahrhaftigen Form verstanden, die überragende Bedeutung der Machtfülle eines Staates und seiner äußeren Politik für seine Entwicklung und für die Wohlfahrt seiner Bewohner im Vergleich zu Fragen der inneren Politik erkannt wird und wenn diese sich nach annähernd gesunden Richtlinien bewegt.

Die Vertreter des „Verständigungsfriedens" haben auf Kosten des deutschen Volkes Politik getrieben. Unser Volk büßt diese Erkenntnis mit seinem Leben, seiner Ehre und seiner Freiheit. Es sollte jetzt wenigstens die Behauptung verstummen, daß ein „Verständigungsfriede" möglich gewesen sei, was von den Vätern und Mitvätern der Friedensentschließung vom 19. Juli immer wieder versichert wird, um ihre Schuld zu bemänteln. Sie sollten dagegen sagen, was sie getan haben, damit Deutschland den Krieg gewönne. Und hielten sie dies ohne jeden Grund für unmöglich, dann mußten

---

*) Siehe Abschnitt VII.

sie sich wenigstens darüber klar sein, daß auf dem Abwege der Friedensentschließung ein Friede auf keinen Fall zu erlangen war.

Jetzt suchen sie zum Teil ihre Tat dadurch zu verschleiern, daß sie auf den Frieden von Brest-Litowsk hinweisen und ihn als Vorbild der Erpressung von Versailles hinstellen. Die feindlichen Staatsmänner sind viel zu klug, eine ähnliche Behauptung aufzustellen, weil sie wissen, daß sie sie damit nicht rechtfertigen können. Der Friede von Brest-Litowsk stand vollständig auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und legte Rußland keine Einschränkungen seiner Wehrmacht oder seiner wirtschaftlichen Freiheit und keine Kriegsentschädigungen auf, nur eine Entschädigung der durch den Krieg seitens Rußlands in Mitleidenschaft gezogenen Deutschen von wenigen Milliarden Goldmark. Tatsächlich ist auch von gewichtigen Anhängern der Friedensentschließung festgestellt, daß ihr die Bedingungen des Brester Friedens keineswegs widersprachen.

Vertreter des „Verständigungsfriedens" arbeiten noch mit einer anderen Behauptung, die sie in ihrer Nichtigkeit kennzeichnet. Sie meinen, uns stünde kein Recht zu, uns gegen die Bedingungen von Versailles aufzulehnen; im Falle eines Sieges im Westen hätten wir mit der Entente einen ähnlichen Frieden geschlossen. Das hätten wir nicht getan. Wie hätten wir denn dies bei unserer ganzen Veranlagung fertigbringen sollen! Nie ist auch im vertrautesten Kreise der O. H. L. von Bedingungen die Rede gewesen, die von den in der Denkschrift vom September 1917 aufgeführten irgendwie erwähnenswert abweichen, nur in Bezug auf den Schutzstreifen gegen Polen mußte bei der Haltung dieses Volkes über das zuerst Beabsichtigte hinausgegangen werden.

Ich halte es für dringend geboten, daß dem deutschen Volke endlich durch ernste, über dem Parteileben stehende Geschichtsforscher, nicht durch einseitige, politische Untersuchungsausschüsse, Einblick in alle Verhältnisse gegeben wird, die den Weltkrieg und namentlich die Friedensfrage berühren. Hierzu muß das Auswärtige Amt seine Archive zur Verfügung stellen. Eine tiefe Beruhigung des Volkes wird die Folge sein. Wie es sich jetzt schon

geklärt hat, daß der Generalstab wirklich nicht zum Kriege getrieben hat, was eine Zeitlang behauptet wurde, so wird dann auch das müßige Gerede verstummen, die O. H. L. habe einen Frieden „sabotiert".

Warum die Regierung der Deutschen Republik sich noch nicht entschlossen hat, eine über den Parteien stehende Geschichtsforschung zuzulassen, ist unerfindlich — oder nur zu leicht zu verstehen.

2. Friedensfragen im Herbst 1916 und Winter 1916/17.

Verhandlungen mit Rußland 1915 und 1916. — Friedensvermittlung Wilsons. — Weisungen an Graf v. Bernstorff. — Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. — Note Wilsons vom 18. Dezember. — Antworten der Entente. — Entschluß zum U-Bootkrieg. — Wilsons Botschaft vom 22. Januar. — Wilsons Schritt vom 27. Januar. — Gründe dafür. — Antwort des Reichskanzlers. — Mangelndes Inkenntnissetzen der O. H. L. — Unvermögen des Reichskanzlers zu kraftvoller Politik.

Als am 29. August 1916 die neue O. H. L. ihr Amt antrat, wurde sie von dem in Pleß anwesenden Reichskanzler über seine bisherigen Schritte, zum Frieden zu gelangen, nicht unterrichtet. Über die deutschen Versuche 1915, mit Rußland in Verhandlungen zu treten, blieb sie in Unkenntnis*). Sie wußte nur, daß der am 3. Februar 1916 ernannte russische Ministerpräsident Stürmer als dem Frieden geneigt galt, und auch, daß Hugo Stinnes im Frühjahr 1916 eine Besprechung mit dem japanischen Gesandten in Stockholm gehabt hatte. Hugo Stinnes hatte sich vorher an den damaligen Oberbefehlshaber Ost gewandt und war in seinen Absichten ermutigt worden.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland im Sommer 1916 und die Frage, ob zu jener Zeit ein Sonderfriede mit Rußland möglich war, sind in dem Unterabschnitt „Die polnische Armee" behandelt worden und sollen hier nicht wiederholt werden.

Der spätere Versuch einer Sonderverständigung mit Rußland durch den bulgarischen Gesandten in Berlin, Herrn Rizow, blieb erfolglos.

*) Meine Ansicht hierüber siehe Abschnitt IV gegen Schluß. Auch Großadmiral v. Tirpitz nennt den Friedensfühler von 1915 verfrüht.

Der Schritt des Zaren Ende Februar 1917, durch den Grafen Czernin zum Frieden zu kommen, geriet ins Stocken. Er führte anscheinend zur Entthronung des Zaren am 16. März. Auch er ist der O. H. L. erst nachträglich bekannt geworden.

Während der Reichskanzler im Sommer und Herbst 1916 die Versuche, mit Rußland einen Frieden herzustellen, mit Zurückhaltung behandelte, weil er sie wohl für ergebnislos hielt, schien ihm zu gleicher Zeit die Möglichkeit vorzuliegen, durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten Friedensbesprechungen unter den kriegführenden Mächten anzuregen.

Ende September 1916 machte der Reichskanzler der O. H. L. von einer Anweisung an den Botschafter in Washington, Grafen v. Bernstorff, Mitteilung, in der dem Präsidenten Wilson nahegelegt wurde, einen Friedensvorschlag zu machen. „Eine diesbezügliche Aktion des Präsidenten müsse schnell erfolgen, da wir sonst andere Entschlüsse zu fassen hätten (nämlich die Führung des von jeder Hemmung befreiten U-Bootkrieges in Sperrgebieten). Wolle Wilson bis nach seiner Wahl oder bis kurz vor derselben (Anfang November) warten, so würde es zu spät werden*).“

Der O. H. L. erschien dieser Schritt als ein vollständig neuer. Sie hatte keine Kenntnis davon, daß dieser Gedanke den Reichskanzler schon lange beschäftigte und daß Wilson schon seit Beginn des Jahres 1916 den Wunsch hatte, den Friedensvermittler nach der Richtung zu spielen, daß er Friedensverhandlungen der Kriegführenden untereinander herbeiführte.

Wilson tat auf die Aufforderung Deutschlands von Ende September nichts. Er ließ erst Ende November den Botschafter Grafen v. Bernstorff wissen, daß er in der Zeit bis Neujahr einen Friedensappell zu erlassen gedenke. Der Reichskanzler und Baron Burian hatten Zweifel, ob der Präsident Wilson diesen Schritt wirklich tun würde. Sie beschlossen, ihrerseits zu handeln, und einigten sich mit den führenden Staatsmännern der anderen Vierbundstaaten darüber, ein Friedensangebot zu erlassen.

*) Siehe Abschnitt VII 1.

Die O. H. L. war kein Freund dieses Angebotes. Sie stand damit ganz auf dem Boden des sozialdemokratischen Flugblattes vom Januar 1915 „Warum wir durchhalten müssen", in dem ausgeführt war, daß jede Kundgebung der Friedensbereitschaft ein Zeichen der Schwäche sei, das auf den Feind ermutigend wirke*). Die O. H. L. äußerte ihre Ansicht und drang darauf, daß das Angebot zu einem Zeitpunkt erfolge, zu dem das Schwächezeichen, das in ihm lag, jedenfalls nicht bei dem eigenen Heere zu klar hervorträte. Der Siegeszug gegen Rumänien, gekrönt durch die Einnahme von Bukarest, schien in der Tat geeignet, die Heere darüber hinwegzubringen. Am 8. Dezember erklärte die O. H. L., daß ihrerseits keine militärischen Bedenken gegen die Bekanntgabe des Friedensangebots vorlägen. Es ging am 12. Dezember in die Welt.

Es ist bezeichnend, daß sich das Denken vieler Deutscher wieder zurückfindet. Wie 1915 eine Kundgebung der Friedensbereitschaft verurteilt wurde, so wird auch jetzt das Friedensangebot in weiten Kreisen als ein Fehler angesehen, nicht nur weil es den Friedensschritt Wilsons, den er ja auch trotzdem tat, erschwert haben soll, sondern weil richtig in ihm das Schwächezeichen erkannt wird. Es ist nicht anders. Auf der einen Seite wird der Reichsregierung, und vor allem der O. H. L., der Vorwurf gemacht, den Weg zum Frieden nicht gefunden oder erschwert zu haben, auf der anderen werden das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 und später die Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 mit Recht als Fehler bezeichnet. Dieser Widerspruch ist nicht zu lösen und allein ein Beweis unseres unklaren Denkens.

Denen, die immer von neuem wiederholen, die O. H. L. habe den richtigen Zeitpunkt zum Frieden versäumt, sei im besonderen gesagt, daß im Herbst 1916 recht viel geschehen ist, um zu einem Frieden zu gelangen, eher zu viel statt zu wenig. Die Kriegslage war für ein Friedensangebot noch nicht reif. Daß wir es aus Edelmut und Menschenfreundlichkeit erließen, konnten sich die Alliierten bei ihrem Machtwillen schwerlich vorstellen. Mithin mußten auch sie klar erkennen, daß ein Zweifel an dem Sieg, der ihre eigenen tat-

*) Abschnitt VI A.

sächlich vorhandenen Sorgen in seiner Wirkung übertraf, die Ursache unseres Angebotes sei. Sie werden aus dem Angebot neue Hoffnungen geschöpft haben, den Krieg zu gewinnen, obschon ihnen alle bisherigen Anstrengungen, zuletzt der große Ansturm des Sommers und Herbstes 1916 und das Eingreifen Rumäniens, den Sieg nicht gebracht hatten. So lehnten sie das Angebot am 5. Januar 1917 schroff ab.

Die Politik hatte mit dem Friedensangebot nichts erreicht, der Kriegführung aber geschadet. Der Vorteil, daß sich die Völker des Vierbundes von dem guten Willen ihrer Regierungen überzeugen konnten, verschwindet dagegen.

Am 18. Dezember 1916 vollzog nun Wilson den angekündigten Friedensschritt und bot sich als Ausgleichsstelle für die Friedensbedingungen an. Damit ging er ganz erheblich weiter, als die Reichsregierung sich gedacht hatte. Aus dem Anreger zum Frieden war über Nacht ein Friedensvermittler geworden. Von seiner Haltung konnte sich das deutsche Volk wirklich nichts versprechen, auch wenn man davon absieht, daß damals seine Absicht, im Falle eines deutschen Sieges auf der Seite unserer Feinde in den Krieg einzutreten*), nur für wenige sichtbar war. Aber das Verhalten Wilsons gegen Deutschland war doch derartig, daß es das deutsche Volk mit allerstärkstem Mißtrauen gegen seine Absichten erfüllte.

Der Reichskanzler beantwortete die Note Wilsons damit, daß er seinen Standpunkt unmittelbarer Verhandlungen der Kriegführenden untereinander beibehielt und den alsbaldigen Zusammentritt von Beauftragten der kriegführenden Staaten an einem neutralen Ort vorschlug. Der O. H. L. wurde diese Antwort mitgeteilt.

Nach der Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot war die O. H. L. von der Erfolglosigkeit des Schrittes des Präsidenten Wilson überzeugt. Der Reichskanzler teilte diese Ansicht. Er erwähnte in seiner Vorbesprechung mit der O. H. L. am 9. Januar 1917, 11 Uhr vormittags, in der über den Entschluß, den U-Bootkrieg uneingeschränkt zu führen, beraten wurde, nichts

*) Abschnitt VII 1.

davon, daß der Friedensappell des Präsidenten Wilson irgendeinen Erfolg haben könne. Ebensowenig berührte er bei dem gleich darauf folgenden gemeinsamen Vortrag vor Seiner Majestät dem Kaiser eine solche Möglichkeit. Die Antwort der Entente auf den Friedensappell Wilsons zeigte, daß sich der Reichskanzler nicht getäuscht hatte. Sie nannte die Bedingungen von Versailles und St. Germain.

Der Zweite Untersuchungsausschuß geht in seinem Bericht vom 18. Juli 1920 über diese Tatsache einfach hinweg. Er führt aus: Die O. H. L. und der Admiralstab hatten die „U-Bootkarte ausgespielt“ in voller Kenntnis, daß die Friedensaktion Wilsons noch schwebe. Die „U-Bootkarte“ wurde am 9. Januar „ausgespielt“, und an diesem Tage hat der Reichskanzler mit keinem Worte ausgeführt, daß „die Friedensaktion Wilsons“ noch „schwebe“. Sie galt durch die Haltung der Entente für erledigt. Das war die Ansicht aller an dem schweren Entschluß zum uneingeschränkten U-Bootkrieg beteiligten Männer. Sie sahen keine Möglichkeit, zum Frieden zu kommen.

Mit der Antwort der Entente vom 12. Januar war indes der sogenannte Friedensschritt Wilsons noch nicht beendet.

Am 22. Januar erließ Wilson eine Botschaft an den Senat, obschon er am 13. Januar in Petersburg laut werden ließ, daß eine zweite Note nicht folgen werde. Hier ist also noch vieles ungeklärt. Die Tatsache verdient Beachtung, daß er anscheinend in Berlin eine entsprechende Mitteilung nicht hat machen lassen. Das reiht sich bezeichnend der anderen Tatsache an, daß Wilson am 31. Dezember dem italienischen Botschafter andeutete, ein Anschluß der Nordamerikanischen Union an die Verbündeten würde diesen im Geldpunkt sehr zustatten kommen.

In der Botschaft vom 22. Januar wies Wilson die Bedingungen der Entente nicht zurück, wie ein neutraler Staatsmann es voraussetzte, wenn Wilson seinen Vorschlag ernst gemeint hätte*).

*) Der Reichstagsabgeordnete Schultz (Bromberg), der sich dem Bericht des Zweiten Untersuchungsausschusses nicht anschließen konnte, hebt in seinem Sonderbericht hervor, daß ein neutraler Staatsmann, dessen Urteil dem Ausschuß

Er stellte ihre Klarheit ausdrücklich fest und sprach Preußen die Provinzen Westpreußen und Posen ab. Die Botschaft konnte von Politik und Kriegführung in Deutschland wirklich nicht als ein Friedensschritt aufgefaßt werden. Am 27. Januar, also fünf Tage nach Erlaß dieser Botschaft und vier Tage vor Beginn des uneingeschränkten U-Bootkriegs, übermittelte Oberst House dem Botschafter Grafen v. Bernstorff einen neuen Vorschlag des Präsidenten. Graf v. Bernstorff drahtete:

„Wilson anbietet zunächst vertraulich Friedensvermittlung auf Grund seiner Senatsbotschaft, d. h. also ohne Einmischung in territoriale Friedensbedingung.

„Als nicht vertraulich betrachtet Wilson sein gleichzeitig an uns gerichtetes Ersuchen um Mitteilung unserer Friedensbedingungen."

Es kann nicht bezweifelt werden, daß in Washington zu jener Zeit bekannt war, am 1. Februar solle der uneingeschränkte U-Bootkrieg beginnen. England und Amerika lasen ja jede Geheimschriftdrahtung. Unser Geheimschriftverfahren war unvollkommen. Vergeblich wies die O. H. L. das Auswärtige Amt darauf hin. Es kam hinzu, daß der Entschluß zum U-Bootkrieg in Deutschland zu vielen Stellen bekannt war, als daß man auf Geheimhaltung rechnen konnte. Es befand sich ein vorzüglich eingerichteter englischer Späherdienst, der sich — eine Schande für uns Deutsche — nur auf Deutsche stützen konnte, in unseren Häfen. Er hat gewiß das Auslaufen der U-Boote ebenso nach England gemeldet, wie seinerzeit das Auslaufen unserer Flotte vor der Skagerrakschlacht.

Die Frage drängt sich auf: Warum wandte sich Wilson nicht bereits am 22. Januar an den deutschen Botschafter? Auch hier ist der Geschichtsforschung noch ein weites Feld gegeben. Der deutsche Untersuchungsausschuß hat es nicht versucht, darüber Klarheit zu bringen. Es ist nur zu vermuten, daß Wilson den Versuch machen wollte, Deutschland, wie so oft, diesmal nicht durch

vorgelegen, festgestellt hat: „Wenn der Präsident Wilson seinen Friedensvorschlag ernst gemeint hätte, mußte er den Alliierten unzweideutig zu verstehen geben, daß ihre Antwort die Fortsetzung des Krieges unvermeidlich mache."

Drohung, sondern durch einen Friedensköder zum Nachgeben zu zwingen und damit die militärische Lage der Entente entscheidend zu verbessern, ihr zum Sieg zu verhelfen und Amerika das Eingreifen in den Krieg zu ersparen. Man muß sich vor Augen halten, daß die Entente im Winter 1916/17 außerordentliche Anstrengungen auf allen Fronten machte, um den Vierbund niederzuwerfen, und daß sie alle Aussichten dazu zu haben schien, wenn nicht der U-Bootkrieg ihre Pläne störte. Des Zaren schien die Entente damals noch sicher. Von Rußland her fürchtete sie noch keine Gefährdung des Sieges.

Die Antwort des Reichskanzlers vom 29. Januar auf den Vorschlag Wilsons war entgegenkommend. Den U-Bootkrieg zu verschieben, seien wir nicht mehr in der Lage. Wir bäten den Präsidenten, seine Bemühungen um den Frieden trotzdem aufzunehmen oder fortzusetzen, und seien zur Einstellung des verschärften U-Bootkrieges bereit, sobald volle Sicherheit dafür geboten sei, daß die Bemühungen des Präsidenten zu einem für uns annehmbaren Frieden führen würden.

Die Kriegführung hatte der Politik freie Bahn gelassen. Es muß aber festgestellt werden, daß die O. H. L. nur unvollkommen und zuweilen ohne jeden Zusammenhang von dem Reichskanzler unterrichtet war*).

Eins nimmt wunder, daß der Reichskanzler nicht die höhnische Ablehnung des Friedensangebots vom 12. Dezember und die Friedensbedingungen der Entente in ihrer Antwort an Wilson vom 12. Januar dazu benutzt hat, den Kriegswillen des deutschen Volkes zu heben. Diese Unterlassung wiederholt sich bei allen ähnlichen

---

*) Der Sachverständige beim Zweiten Untersuchungsausschuß, Prof. Dr. Hoetzsch, führt in seinem Gutachten zu dem schon erwähnten Bericht dieses Ausschusses folgendes aus: „Das den Herren ebensogut wie mir bekannte Kapitel der Beziehungen zwischen Heeresleitung und politischer Reichsleitung ist durch die Vernehmung und die Veröffentlichungen auch dahin geklärt worden, daß die Orientierung durch die politische Reichsleitung unzureichend war, und man kann sich sachlich auf den Standpunkt stellen, auf welchen man will, das steht doch fest, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff mit Recht darüber Klage führen, nicht genügend orientiert worden zu sein."

Gelegenheiten. So wurde unser Friedensangebot für uns zu einer Lähmung des Willens, statt durch die ihm widerfahrene Ablehnung zu einer Fanfare gegen den Vernichtungswillen des Feindes. Die Friedensbedingungen der Entente wurden zu einem unerwiderten Schlag in das Gesicht des deutschen Volkes, statt zu einer Anklage gegen die Entente und zu einer Warnung vor deren Vernichtungswillen. Das Schicksal bot dem deutschen Reichskanzler immer wieder Gelegenheit, — man kann wohl sagen — aus verfahrenen Lagen Nutzen zu ziehen und, wenn ein Friede schon nicht zu erlangen war, doch den Kriegswillen des Volkes zu stärken. Der Reichskanzler benutzte die Gelegenheit nicht. Der Feind sollte nach seinem Willen und dem Willen der Mehrheitsparteien nicht gereizt werden, aber der eigene Volksgeist durfte leiden. Es war immer das gleiche Lied und das gleiche Leid.

3. Friedensfragen im Sommer 1917.

Das Doppelspiel Kaiser Karls. — Stellung des Reichskanzlers zu der Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus. — Das „Resumé“ der Friedensbesprechung vom März 1917. — Der Reichskanzler am 4. April 1917. — Verhandlungen Kaiser Karls mit Frankreich. — Druck auf die O. H. L. — Denkschrift des Grafen Czernin. — Antwort des Reichskanzlers. — Ergebnis. — Förderung der Friedensströmung in Rußland. — Entsendung Lenins. — Stockholm. — Der Reichskanzler am 25. Juni 1917. — Der Reichskanzler am 26. Juni 1917. — Sein Gespräch mit dem Nuntius Pacelli. — Friedensmöglichkeit? — Zerschellen derselben.

Hatte schon bisher die Reichsleitung der O. H. L. ganz ungenügende Mitteilungen über Friedensschritte gemacht, so unterließ sie es in den folgenden Zeitabschnitten in noch erhöhtem Maße.

Von den Friedensverhandlungen, die Kaiser Karl durch den Prinzen Sixtus von Parma unter Zustimmung des Reichskanzlers mit der Entente führte, erfuhr die O. H. L. nichts. Sie zogen sich unter Beteiligung des Reichskanzlers jedenfalls durch die Monate März, April und Mai hin. Ihretwegen war er Ende März und Anfang Mai in Wien.

Er glaubte wahrscheinlich, daß es sich um einen allgemeinen Frieden handle. Das Doppelspiel Kaiser Karls und des Prinzen

Sixtus von Parma, die einzig und allein einen Sonderfrieden der Doppelmonarchie anstrebten, wird er gewiß nicht erkannt haben. Er ließ sich nach dieser Richtung hin anscheinend vollständig täuschen.

Ebensowenig wie von diesen Verhandlungen erfuhr die O. H. L. von den sehr eingehenden Besprechungen der Kriegsziele, die zwischen Berlin und Wien in der zweiten Märzhälfte stattfanden und wohl als Grundlage zu Verhandlungen gedacht waren für den Fall, daß die vermeintliche Vermittlung des Prinzen Sixtus von Erfolg wäre. Das „Resumé" dieser Besprechungen, das der O. H. L. erst durch Zufall im Februar 1918 bekannt wurde, lautet:

„In den Beratungen, welche in den letzten Wochen zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin stattgefunden haben, wurde auch die Frage der Friedensbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches erörtert. Man einigte sich zunächst über ein Minimalprogramm, wonach beide Mächte in Aussicht nehmen, die Räumung der von ihren Armeen in Rußland (einschließlich Polens), Montenegro, Serbien, Albanien und Rumänien besetzten Gebiete in erster Linie von der Wiederherstellung des territorialen Status quo ante bellum der beiden Mächte im Osten und im Westen abhängig zu machen.

„Diese Besprechungen hatten aber auch den Fall ins Auge gefaßt, daß der Krieg für unsere Gruppe einen günstigeren Abschluß findet, und daß die Mittelmächte über ihre territoriale Integrität hinaus an dauernde Einverleibungen feindlichen Gebiets denken können. Für diesen Fall gelangte man übereinstimmend zu der Auffassung, daß die Gebietserweiterungen der beiden Mächte mit den beiderseitigen Leistungen in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Für Deutschland käme hierbei hauptsächlich der Osten, für Österreich-Ungarn vor allem Rumänien in Betracht."

Die Abmachungen des zweiten Absatzes bewegten sich in Bezug auf die Kriegsziele in den Gedankengängen, die auch die O. H. L. aus den dargelegten Gründen vertrat. Die Vereinbarungen waren jetzt durch Entschließungen über Rumänien erweitert worden. In dem ersten Absatz aber liegt eine bedenkliche Täuschung über das Wesen des Weltkrieges und über die Absichten des Feindes. Die O. H. L. stand während des ganzen Krieges dem Reichskanzler tatsächlich verständnislos gegenüber, wenn er von einem „Minimal- und Maximalprogramm" für den Frieden sprach. Solche Leitsätze konnten nur eine Rolle spielen, wenn die Kräfte der einander befriegenden Staatenverbände sich wirklich ausglichen und

keine Partei die andere mattsetzte. Daß aber der Krieg, wie hier und da eine Schachpartie, unentschieden endigen konnte, war eine Annahme, die, wie schon mehrfach erörtert, dem Kriegswillen der Feinde nicht entsprach und recht wenig Aussicht hatte, sich zu verwirklichen.

Verhandlungen, die am 17. und 18. Mai in Kreuznach zwischen dem Reichskanzler, Grafen Czernin und der O. H. L. auf Anregung aus Wien über Kriegsziele stattfanden, hatten lediglich den Zweck, die Zustimmung der O. H. L. zu dem letzten Satz des Resumés über Rumänien zu gewinnen, ohne daß ihr von diesem auch jetzt etwas gesagt wurde. Die Besprechung verlief glatt. Sie wurde mir mit ihren eigenartigen Begleiterscheinungen erst durch das Bekanntwerden des Resumés verständlich.

Bereits am 4. April hatte der Reichskanzler, ohne von den Verhandlungen durch den Prinzen Sixtus zu sprechen, die O. H. L. gefragt, ob er einen Friedensschritt unternehmen solle. Die Frage überraschte, da die Kriegslage dazu wirklich nicht geeignet erschien, auch wenn die Wirkung des uneingeschränkten U-Bootkrieges gut war. Wir hatten eben den Rückzug in die Siegfriedstellung beendet, die Entente stand vor ihren großen Angriffen, von denen sie den Enderfolg erhoffte. Die Revolution in Rußland war zwar ausgebrochen, aber die Entente hatte sie selbst herbeigeführt. Auf den im April erwarteten russischen Entlastungsangriff konnte sie nicht mehr zählen; sie erhoffte indes eine neue Kräftigung des Kriegswillens in Rußland. Daß sie sich täuschen sollte, war nur ein Fehler ihrer treulosen Politik, die sie diesmal in ihr eigenes Netz verstrickte. Einen Ausfall Rußlands glich zudem der Hinzutritt der Vereinigten Staaten zu ihrem Bunde aus, wenn auch zur Zeit noch nicht an der Front.

Die O. H. L. konnte dem Reichskanzler nur diese Lage klarlegen. Seine Frage vom 4. April 1917, ob er einen Friedensschritt unternehmen solle, wurde mir auch erst nachträglich verständlich. Um so unverständlicher bleibt das Eingehen Deutschlands auf eine Vermittlung des Prinzen Sixtus, an dessen Deutschfeindlichkeit wirklich kein Zweifel möglich war.

Folgerichtiger als der deutsche Reichskanzler handelten, in zutreffender Einschätzung des Vernichtungswillens Frankreichs und Englands gegenüber Deutschland, von ihrem Standpunkt aus Kaiser Karl in seiner Doppelzüngigkeit und sein Schwager Prinz Sixtus. Der Brief des Kaisers an ihn, in dem er von den „berechtigten" Ansprüchen Frankreichs auf Elsaß-Lothringen sprach, ist das traurige Denkmal dieser Politik. Hieran wird nichts dadurch geändert, daß Kaiser Karl den Brief nach einem Entwurf des Prinzen Sixtus abgeschrieben hat und daß er in den weiteren Verhandlungen gelegentlich sich des Bündnisverhältnisses mit Deutschland erinnerte, indem er Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich sein wollte, und zwar vornehmlich auf Deutschlands Kosten. Eine Abtretung österreichischen Gebietes an Italien, mit Ausnahme Trients, lehnte er stets ab.

Graf Czernin sagt, er habe diesen Brief seines kaiserlichen Herrn nicht gekannt. Aber er billigte die Denkweise der Verhandlungen, die darauf ausging, Bedingungen festzustellen, die nach seiner Ansicht Deutschland annehmen müsse, widrigenfalls Österreich-Ungarn nicht mehr an das Bündnis gebunden sei. Ganz im Sinne dieser Absicht regte er mit Zustimmung des Reichskanzlers bei der O. H. L., und für diese vollkommen überraschend, den Verzicht auf Elsaß-Lothringen an, gegen Befürwortung einer Angliederung Polens nebst Galiziens an Deutschland.

Als er damit keinen Erfolg hatte, beschlossen Kaiser Karl und Graf Czernin im Sinne ihrer Politik, einen stärkeren Druck auf die O. H. L. auszuüben. Kaiser Karl sandte am 14. April Seiner Majestät dem Kaiser die wohl nur zu diesem Zweck angefertigte, so berüchtigte Denkschrift des Grafen Czernin vom 12. April, in der er von der Revolutionierung der Doppelmonarchie und Deutschlands sprach und mitteilte, daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf Österreich-Ungarn rechnen könne. Da die O. H. L. vom Reichskanzler in die mit der Entente schwebenden politischen Verhandlungen nicht eingeweiht war, konnte sie die Denkschrift nicht verstehen; andernfalls wäre die Absicht sehr bald durchschaut worden. Lagen die Verhältnisse so, wie sie Graf Czernin

schilderte, dann führte der von ihm betretene Weg in kürzester Zeit in den Abgrund und war weiter nichts als das offene Eingeständnis unserer militärischen Niederlage. So weit waren wir aber damals wirklich nicht. Unsere Kriegslage hatte sich in wenigen Tagen gebessert. Zu der guten Wirkung des U-Bootkrieges und der Revolution in Rußland waren sehr erhebliche Erfolge an der Westfront getreten. Wir hatten den ersten großen französischen Ansturm an der Aisne und in der Champagne siegreich und blutig zurückgewiesen und den englischen Angriff nach dem ersten Mißerfolg zum Stehen gebracht. Dem Weitergang der Kämpfe zu Lande konnten wir mit Vertrauen entgegensehen.

Was wollte nun Graf Czernin, wenn er in seiner Denkschrift auf „rechtzeitigen" Beginn der Verhandlungen hinwies? Deutschland und Österreich-Ungarn standen doch bereits in Fühlung mit der Entente durch den Prinzen Sixtus. Wie und wo sollte sonst verhandelt werden?

Verständlich wird die ganze Denkschrift nur, wenn man sie als einen Einschüchterungsversuch gegenüber der O. H. L. und wohl auch gegenüber Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser ansieht.

Das Verhalten des Reichskanzlers in dieser ganzen Frage ist noch nicht geklärt. Auch er übergeht in der Antwort die schwebenden Verhandlungen vollständig. Im übrigen erfolgte sie im militärischen Teil in Übereinstimmung mit der O. H. L. und dem Admiralstab.

Die Lage sei günstiger, als Graf Czernin es annehme. Frankreich gehe nach den eigenen Worten seines Ministerpräsidenten der Erschöpfung entgegen. Der große englisch-französische Frühjahrsangriff sei mit sehr großen Verlusten für den Feind abgeschlagen, Rußland stark geschwächt und der U-Bootkrieg wirke.

Weiter heißt es in der Antwort des Reichskanzlers:

„Was unsere eigene innere Lage anlangt, so verkenne ich nicht die Schwierigkeiten, welche die unausbleibliche Folge des schweren Kampfes und der Abgeschlossenheit vom Weltmeer bilden. Ich habe aber das feste Vertrauen, daß es uns gelingen wird, diese Schwierigkeiten ohne dauernde Gefährdung der Volkskraft und des allgemeinen Wohls, ohne größere Krise und ohne Bedrohung des staatlichen Gefüges zu überwinden.

„Obwohl wir hiernach das Recht haben, die Gesamtlage als günstig zu beurteilen, befinde ich mich doch in voller Übereinstimmung mit dem Grafen Czernin bei Verfolgung des Zieles, einen ehrenvollen, den Interessen des Reiches und unserer Bundesgenossen gerecht werdenden Frieden sobald wie möglich herbeizuführen. Ich teile auch die Ansicht des Herrn Ministers, daß das wichtige Moment der Schwächung Rußlands ausgenutzt und daß eine erneute Friedensaktion zu einem Zeitpunkt eingeleitet werden muß, an dem die militärische und politische Initiative noch in unseren Händen ruht. Graf Czernin hat den Zeitpunkt hierfür in zwei bis drei Monaten*) ins Auge gefaßt, an dem die feindlichen Offensiven ihr Ende gefunden haben. In der Tat würde gegenwärtig bei den weitgespannten Erwartungen der Franzosen und der Engländer auf einen entscheidenden Erfolg ihrer Offensive und den noch nicht geschwundenen Hoffnungen der Entente auf ein Wiedererwachen der russischen Aktivität eine zu stark unterstrichene Friedensbereitschaft nicht nur zur Erfolglosigkeit verdammt sein, sondern auch durch den in ihr ruhenden Schein der hoffnungslosen Erschöpfung der Mittelmächte die Kräfte der Gegner neu beleben. Augenblicklich wäre ein allgemeiner Friede nur durch Unterwerfung unter den Willen unserer Feinde zu erkaufen. Ein solcher Friede aber würde vom Volke nicht ertragen werden und verhängnisvolle Gefahren für die Monarchie heraufbeschwören. Ruhe, Entschlossenheit und eine auch nach außen dokumentierte Zuversicht scheinen mir deshalb mehr denn je geboten. Die Entwicklung der Ereignisse in Rußland hat sich bisher zu unseren Gunsten vollzogen. Der Kampf der Parteien wird vom Gebiete politischer, wirtschaftlicher und sozialer Forderungen in zunehmendem Maße auf das engumschriebene Feld der Kriegs- und Friedensfragen gedrängt, und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob nur diejenige Partei sich wird dauernd an der Macht halten können, die den Weg zum Frieden mit den Mittelmächten beschreitet**). Unsere ernste Aufgabe ist es, den Entwicklungs- und Zersetzungsprozeß in Rußland aufmerksam zu verfolgen und zu begünstigen und kommende russische Sondierungsversuche zwar ohne zur Schau getragenes empressement, aber doch sachlich so zu behandeln, daß sie zu tatsächlichen Friedensverhandlungen führen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Rußland den Schein des Verrats an seinen Verbündeten wird vermeiden und einen Modus suchen wollen, der faktisch einen Friedenszustand zwischen Rußland und den Mittelmächten herbeiführt, äußerlich aber die etwaige Vereinbarung zwischen beiden Parteien als das Präludium zum allgemeinen Frieden darstellt."

Inzwischen war die Friedensvermittlung des Prinzen Sixtus zwischen Österreich und der Entente zum Stillstand gekommen, wesentlich aus dem Grunde, weil Italien seine Ansprüche auf öster-

*) Bis dahin mußte die Vermittlung des Prinzen Sixtus irgendein Ergebnis gezeitigt haben.

**) Die Verhältnisse in Rußland sind vom Reichskanzler nicht richtig eingeschätzt worden.

reichische Gebietsteile aus dem Vertrage vom 26. April 1915 nicht aufgeben und Kaiser Karl ihnen nur in ganz geringem Umfange entsprechen wollte.

Damit änderte sich auch die Stellung Kaiser Karls und des Grafen Czernin zur Friedensfrage. Die O. H. L. hörte nichts mehr von ihr. Der Reichskanzler war noch einige Male in Wien.

Die Verhandlungen durch den Prinzen Sixtus waren eine schwere Schädigung für die Kriegführung. Sie zeigten Deutschlands Übereifer für einen Frieden und die Möglichkeit, Österreich von Deutschland zu trennen. Nachträglich bringen sie den Beweis von Frankreichs nacktem Vernichtungswillen. Die Bedingungen, die Frankreich und Belgien von uns in Versailles erpreßten, wurden damals von Frankreich genannt. Die Ziele gingen noch weiter. Poincaré wollte nicht nur Elsaß-Lothringen und das Saargebiet, sondern auch das linke Rheinufer Deutschland rauben. Damit war die Vorherrschaft Frankreichs in Europa ein- für allemal gefestigt, ein Ziel, das Frankreich stetig im Auge hat. Es erstrebt auch jetzt wieder den Rhein und das Land westlich des Rheins, mag das auch noch so feierlich in Abrede gestellt werden. Die Welt will durch Lügen betrogen werden.

In Rußland hatte im April 1917 die Revolution inzwischen die internationalen proletarischen Strömungen zutage treten lassen, die den allgemeinen Frieden „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" zur Durchführung der Diktatur des Proletariats erstrebten.

Die Kriegführung kam dem Wunsche der Politik nach, die Verhältnisse in Rußland ausreifen zu lassen. Noch bevor der Gedankenaustausch zwischen Politik und Kriegführung hierüber abgeschlossen war, hatte der Oberbefehlshaber Ost einen überraschend großen Erfolg am Stochod. Die O. H. L. ging auf Bitten des Reichskanzlers sogar so weit, diesen Erfolg in gewisser Weise zu unterschlagen. Mag man diese Nachgiebigkeit der O. H. L., die sie selbst als zwecklos ansah, auch nicht billigen, so zeigt sie jedenfalls, daß die Kriegführung sich in Clausewitz' Sinne politischen Forderungen unterordnete, wo es

zielsichere Arbeit zu leisten galt. Die O. H. L. unterstützte auch dadurch die Friedenspolitik des Reichskanzlers, daß sie durch den Oberbefehlshaber Ost an der russischen Front und durch Funksprüche hinter derselben die Friedensstimmung zu vertiefen suchte.

Die Friedensströmungen in Rußland waren nur von ganz vorübergehender Dauer. Kerenski trat in den Vordergrund. Er dämpfte die proletarische Bewegung und schürte auf Geheiß des englischen Botschafters den Krieg. In dieser Lage brachte der Reichskanzler etwa im Mai Lenin und Genossen aus der Schweiz nach Stockholm*). Trotzki begab sich dorthin aus Amerika. Für die O. H. L. waren damals Lenin und Genossen Revolutionäre, etwa unseren unabhängigen Sozialdemokraten vergleichbar. Die O. H. L. mußte den Krieg gewinnen, und das war nur möglich, wenn Rußland friedenswillig wurde und darauf die Entente. Nun stand fest, daß der Geist des russischen Heeres und der Volksgeist in Rußland durch die Revolution angekränkelt, aber noch keineswegs gebrochen waren. Die russische Armee schritt auch im Juli noch einmal zum Angriff.

Bei den beschränkten militärischen Mitteln, die die O. H. L. günstigenfalls gegen Rußland aufbringen konnte, durfte sie eine Unterstützung nicht ausschlagen, wie sie der Reichskanzler anbot, selbst nicht eine von so zweifelhafter und gefährlicher Art, wie die Beförderung Lenins und Genossen nach Rußland. Sie mußte, so wie es Bismarck ausgesprochen hat, allein an den Enderfolg denken. Nachteile, die durch Ausnutzung besonderer Mittel entstehen konnten, waren später zu beseitigen. Die O. H. L. konnte dem Reichskanzler nicht entgegentreten, wenn er in diesem einen Fall den Frieden wirklich förderte. Hätte die O. H. L. über jene Männer klar gesehen, vor allem gewußt, daß der Vorschlag zur Entsendung Lenins nach Rußland von sozialdemokratischer Seite ausgegangen war, so hätte sie zwar auch dann dem Reichskanzler zustimmen müssen, würde aber noch schärfer darum gebeten haben, die Verhältnisse im Innern mit starker Hand zu führen. Indem aber die Regierung hier immer

*) Siehe Abschnitt VII 2.

mehr die Zügel schleifen und gleichzeitig Lenin nach Rußland fahren ließ, beging sie eine Tat, die an dem Zusammenbruch der deutschen Heimatfront wesentlichen Anteil hatte.

Wenn jetzt von sozialdemokratischer und demokratischer Seite dem Reichskanzler und der O. H. L. ein Vorwurf daraus gemacht wird, Lenin nach Rußland gefahren zu haben, so zeugt das nur von eigenem schlechten Gewissen. Der Reichskanzler stand in jenen Tagen ganz unter sozialdemokratischem und demokratischem Einfluß und folgte der sozialdemokratischen Eingebung. Auch später waren es wieder Regierung, Reichstagsmehrheit und insonderheit Sozialdemokraten, die die Arbeit der Bolschewisten in Deutschland förderten.

Der Einfluß der linken Parteien zeigte sich in jenen Tagen auch weiter in unserer Außenpolitik*). Sozialdemokratische Abgeordnete reisten trotz den Bedenken der O. H. L. mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichskanzlers nach Stockholm. Der Gedanke, von Stockholm aus durch Reden auf Rußland und auf die Sozialisten der Ententestaaten zu wirken, entsprach ganz dem unklaren internationalen Denken und Handeln der deutschen Sozialdemokratie und deren unbegründetem Hoffen auf die Allgewalt der Zweiten Internationalen. In den Ententestaaten waren die Arbeiter der großen Mehrzahl nach Nationalisten; die wenigen nicht vaterländisch denkenden Gesinnungsgenossen durften sich nicht regen oder wurden, wie damals in Frankreich, mit Gewalt unschädlich gemacht. Sie werden gar nicht zu hören bekommen haben, was in Stockholm gesprochen wurde. Der Friedenskongreß daselbst mußte auf die Entente ermutigend wirken. Er war wieder ein Zeichen deutscher Schwäche. Anders war bei ihrer Denkungsart die Genehmigung des Auftretens der deutschen Sozialdemokratie in Stockholm durch die deutsche Regierung wirklich nicht zu deuten. In Rußland selbst wurde die Stimmung kriegerischer.

Die Reden der deutschen Sozialdemokraten in Stockholm wirkten lediglich in Deutschland und schwächten bei uns den Kriegswillen. Sie mußten über den ungeheuren Ernst unserer Lage hin-

*) Siehe auch Abschnitt VI A.

wegtäuschen. Die Politik hat mit Stockholm einen schweren Fehler begangen. Dieser Fehler ist um so erstaunlicher, als der Reichskanzler die Schwierigkeit, zum Frieden zu gelangen, allmählich kennengelernt hatte.

Am 25. Juni äußerte er sich gegenüber der O. H. L. von neuem über den Frieden. Er gab der Ansicht Ausdruck, die auch bei der O. H. L. herrschte:

„Im Gegensatz hierzu (nämlich zu etwaigen Vorstellungen von einem »fetten« Frieden) erscheint mir allein die Tatsache schärfster Betonung zu bedürfen, daß wir einem Helotenfrieden entgegengehen, wenn wir nachgeben wollten, solange bei unsern Feinden noch keine Friedensneigung durchbricht."

Dann führte er aus:

„Niemand aber kann bestimmen, bei welcher Untergrenze den Feinden die Fortführung des Krieges tatsächlich unmöglich wird. Nach aller menschlichen Voraussicht wird diese Grenze jedenfalls erst zu einer Zeit erreicht, die wir vernünftigerweise nicht mehr in unsere Rechnung stellen können. Hingegen ist die Aussicht nicht ausgeschlossen, daß wir England, wenn auch nicht niederringen, so doch noch zur rechten Zeit zum Einlenken bringen können. Voraussetzung dafür aber ist, daß sich England, als die Seele des Krieges, zu Friedensverhandlungen entschließt. Die Entwicklung der russischen Zustände kann darauf einwirken, wird aber vorderhand schwerlich entscheidend sein. Aus Frankreich mehren sich zwar die Stimmen, welche von wachsender Kriegsmüdigkeit und beginnender Erschütterung des régime Poincaré berichten. Ein den Frieden erzwingender Zusammenbruch Frankreichs darf aber nach dem Beitritt Amerikas zum Kriege kaum mehr erhofft werden. So bleibt England. Aufgabe unserer Politik und Kriegführung ist es deshalb, durch energische Fortführung des U-Bootkrieges England so sehr als möglich zu schwächen, gleichzeitig aber alles zu unterlassen, was den Entschluß Englands zur Anknüpfung von Friedensverhandlungen erschweren könnte. Solange Lloyd George am Ruder bleibt, halte ich jede Hoffnung für illusorisch. Seine Stellung scheint nicht mehr vollkommen fest zu sein. Wirklich gefährdet kann sie aber nur werden, wenn die Kriegsmüdigkeit der breiten Massen des englischen Volkes zunimmt und bei den intelligenten und führenden Schichten die Erkenntnis durchbricht, daß bei ruhiger Überlegung die Beendigung des Krieges seiner Fortsetzung vorzuziehen ist. Entscheidend für eine solche Entwicklung ist selbstverständlich die Überzeugung von unserer Unbezwingbarkeit im Äußern und im Innern. Hierauf also haben wir das Hauptgewicht zu legen."

Hierin waren richtige und verworrene Anschauungen gemischt. Vorbehaltlos konnte die O. H. L. mit den Schlußworten übereinstimmen. Sie bedauerte um so mehr, daß das Wirken des Reichskanzlers mit seinen eigenen Worten im Widerspruch stand.

Tatsächlich bewegten ihn am 26. Juni andere Gedankengänge. Ich erfuhr sie erst durch die Veröffentlichung des Reichskanzlers v. Bethmann vom 29. Februar 1920:

„Die Situation befand sich in einem Zustand der Schwebe. In Übereinstimmung mit dem Wiener Kabinett beurteilte ich sie dahin, daß die Entente, weit entfernt, zum Friedensschluß genötigt zu sein, immerhin erwog, ob nicht einem in der Ferne stehenden und nicht mehr absolut sicheren Endsieg ein baldiger Verständigungsfriede vorzuziehen sei, vorausgesetzt, daß sich eine annehmbare Verhandlungsbasis finden lasse. Diese Voraussetzung festzustellen, bemühte sich, wie mir schien, die Entente im Frühsommer 1917*). Als Bestätigung meiner Auffassung ist mir neben allem anderen auch die Rede erschienen, die Lloyd George am 29. Juni in Glasgow gehalten hat. Trotz ihrer kriegerischen Allüren erblickte ich in ihr die Aufforderung, durch genauere Angabe unserer Kriegsziele den Boden für Verhandlungen vorzubereiten.

„In der skizzierten Gesamtsituation sah ich nicht nur die Möglichkeit, zu Verhandlungen zu kommen, sondern auch den Zwang, diese Möglichkeit entschlossen auszunutzen. Unsere Friedensbedingungen mußten sich in Grenzen halten, deren Annahme vernünftigerweise von der Entente erwartet werden durfte. Klarer Verzicht in der belgischen Frage war selbstverständlich unerläßliche Vorbedingung. Ebenso zweifellos war mir, daß absolute Intransigenz bezüglich der französischen Teile Elsaß-Lothringens jede Verhandlungsmöglichkeit von vornherein ausschließen würde. Wie ich mich schon ein Jahr früher vergewissert hatte, war der Kaiser grundsätzlich bereit, diesen Weg zu betreten, wenn er zum Frieden zu führen versprach.

„Die Konsequenz aus meiner Einschätzung der Lage habe ich bei einer Unterredung gezogen, die ich am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Monsignore Pacelli hatte**). Zugleich glaubte ich in der Tatsache, daß der Vatikan diese Mission des Nuntius für zweckmäßig hielt, ein weiteres Anzeichen dafür sehen zu dürfen, daß sich Verhandlungsmöglichkeiten auftaten. Im einzelnen die Zusammenhänge aufzudecken, ist bei unserer jetzigen Kenntnis der Dinge noch unmöglich***). Der äußere Hergang war folgender:

„Mit dem Auftrage, Sr. M. dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Monsignore Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Unter persönlichen Wünschen für den Kaiser und sein Haus erinnerte der Papst in dem Briefe daran, wie er unablässig die kriegführenden

*) Sollte hiermit auf den Vermittlungsversuch des Prinzen Sixtus von Parma hingewiesen sein, so befindet sich der Reichskanzler in schwerem Irrtum.

**) Die Unterredung erfolgte also vor der Rede Lloyd Georges am 29. Juni, während man nach dem Zusammenhang annehmen müßte, sie sei nach ihrem Bekanntwerden erfolgt.

***) Das ist sehr zu bedauern. Es ist dringend erwünscht, daß die Schleier endlich fallen, damit man klar sieht, wie es mit einer Friedensmöglichkeit im Sommer 1917 stand.

Völker beschworen habe, die brudermörderischen Waffen niederzulegen, und versicherte dem Kaiser, daß alle seine Anstrengungen darauf gerichtet blieben, die Tage dieses ungeheuren Unheils zu schließen.

„Anknüpfend an den Inhalt dieses Briefes, den mich der Nuntius in Abschrift lesen ließ, unterstrich ich die durch unser Friedensangebot vom 12. Dezember vor aller Welt bekundete Friedensbereitschaft Deutschlands, die sich jedoch an dem starren Kriegswillen der Entente gebrochen habe. Der Nuntius hob nichtsdestoweniger hervor, daß es immerhin von größtem Nutzen sein würde, wenn der Papst, dessen Sorge um den Weltfrieden mir wohl bekannt sei, über die deutsche Auffassung der Kriegs- und Friedensprobleme unter der Zusicherung vollster Diskretion so genau orientiert werde, daß er im psychologischen Moment eine sichere Basis für friedenfördernbes Wirken habe. Auf meine Zustimmung zu diesem Gedanken legte mir der Nuntius eine Reihe bestimmt gefaßter Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragenstellung gewann ich den später bestätigten Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine unverbindliche Konversation über Friedensmöglichkeiten handele, der Nuntius vielmehr sich eines genau formulierten Auftrages entledigte. In Verbindung mit meiner eingangs geschilderten Auffassung der Gesamtlage, welche mir Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschlossen erscheinen ließ, überzeugte ich mich, daß ich durch möglichst bestimmte Antworten auf die gestellten Fragen die Grundlage für Verhandlungen über einen Frieden schaffen könne, auf den das durch den U-Bootkrieg zwar nicht auf die Knie gezwungene, aber doch bedrohte England mit seinen Bundesgenossen eingehen würde.

„Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die einzelnen Fragen des Nuntius dahin beantwortet, daß wir zu Rüstungsbeschränkungen im Falle der Allseitigkeit durchaus bereit seien und daß wir in gleicher Weise grundsätzlich Schiedsgerichten zustimmten, die bestimmt seien, internationalen Konflikten vorzubeugen. Auf die Frage über unsere Ziele bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir seine volle Unabhängigkeit wiederherstellen würden. Mit dieser vollen Unabhängigkeit würde es freilich unverträglich sein, wenn Belgien politisch, militärisch und finanziell unter die Herrschaft Englands und Frankreichs gerate, welche Mächte diese Herrschaft dann zu Deutschlands Schaden ausnützen würden. Auf die Frage endlich, welches die Pläne Deutschlands mit Bezug auf Elsaß-Lothringen seien, und ob die deutsche Regierung zu Gebietsabtretungen an Frankreich bereit sei, erwiderte ich, daß, falls Frankreich verständigungsbereit sei, hieran der Frieden nicht scheitern werde. Unter der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen werde sich ein Weg der Einigung finden lassen*).

„Über die östlichen Fragen habe ich lediglich bemerkt, daß mir die chaotischen Zustände Rußlands Friedensmöglichkeiten zur Zeit ausgeschlossen erscheinen ließen, da es an einer verhandlungsfähigen Regierung fehle.

*) Es ist bezeichnend, daß der Reichskanzler in dieser ganzen Friedensfrage so verhandelte, als ob die O. H. L. gar nicht vorhanden sei. Das sieht nicht danach aus, daß sich der Reichskanzler durch die O. H. L. irgendwie bedrückt fühlte.

„Ich hatte damals den bestimmten Eindruck — und dieser Eindruck ist durch spätere Mitteilungen bestätigt worden —, daß der Nuntius meine Erklärungen als geeignet ansah, den Frieden wesentlich zu fördern.“

Auch Seine Majestät der Kaiser sprach sich am 29. Juni nach dem Bericht des Reichskanzlers dahin aus, daß der Papst berufen sei, den Frieden herbeizuführen; leider sprach der Kaiser auch von den Verdiensten der Sozialdemokratie um den Frieden. Es ist bezeichnend für das Denken des Reichskanzlers, daß er diese Anschauung bei dem Kaiser hervorrief, statt auf die Schädlichkeit ihrer Wirkung hinzuweisen, die durch Stockholm auch für ihn klar zutage getreten war.

Es wird oft behauptet, diese Friedensanregung hätte erfolgreich werden können, aber nicht angegeben, worauf sich diese Behauptung stützt, auch nicht angegeben, welche Stellung die Entente zu jenem Friedensschritt einnahm, ob er überhaupt zu ihrer Kenntnis gekommen ist. Die Beantwortung dieser Fragen wäre von ausschlaggebender Wichtigkeit. Was der Reichskanzler dem Nuntius über seine Ziele und Pläne mit Belgien und Elsaß-Lothringen mitteilte, war sehr weit entgegenkommend. Es wäre demnach auch von hoher Bedeutung, zu wissen, ob die Entente diese Vorschläge erfahren und warum sie sie nicht angenommen hat*). Ihr Kriegswille würde dadurch ins richtige Licht gesetzt.

War Ende Juni die Möglichkeit vorhanden, mit dem Feind in Besprechung zu kommen, und diese Möglichkeit sah der Reichskanz-

*) Jesuitenpater Leiber hat sich über den Friedensschritt des Papstes verschiedentlich geäußert, so in den „Stimmen der Zeit“, Januar-Heft 1921, Band 100, in einem Vortrage in Kaiserslautern und in der „Germania“ vom 16. April Nr. 188. Vgl. auch „Kölnische Volkszeitung“, Nr. 283 und 299 vom 15. und 21. April. Nach jenem Vortrage nannte der „Pfälzische Volksbote“ bereits die Bedingungen, denen die Entente zugestimmt hätte. Pater Leiber stellt demgegenüber fest, daß er in den „Stimmen der Zeit“ nichts über Verhandlungen des Vatikans mit Frankreich und Italien gesagt habe. Dagegen bezeichnet er eine Fühlungnahme mit England als wahrscheinlich.

Nachdem Pater Leiber in der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 21. April 1921 den Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann als nachteilig für die Vermittlung des Papstes hingestellt hat, fährt er fort: „Dann schufen oder offenbarten die inneren politischen Vorgänge unsere innere Schwäche, und in genau dem Maße, wie sie das taten, trieben sie im französischen Parlament und Volk den Kriegswillen und die Kriegsziele in die Höhe. Kriegsbegeisterung und Kriegsansprüche standen dort

ler als vorliegend an, so war im Juli seine Nachgiebigkeit im Innern bei der Wahlrechtsfrage in Preußen und seine unentschlossene Haltung gegenüber der Friedensentschließung um so unverständlicher; denn sie mußte jede Friedensmöglichkeit zerschlagen. Seine Haltung entsprach nicht seinem so richtigen Wort, daß ein Friede nur dann möglich sei, wenn der Feind von unserer Unbezwingbarkeit im Äußern und Innern überzeugt sei. Ein größerer Widerspruch zwischen Worten und Taten läßt sich nicht denken.

Die Haltung des Reichskanzlers und das Vorgehen der Reichstagsmehrheit haben der Kriegführung schwer geschadet. Diese Haltung mußte auf alle Fälle die Widerstandskraft der Feinde durch die Erwartung stärken, daß die unsrige nachlasse und wir im Innern besiegbar seien. Daß es hierüber endlich, und leider zu spät, zu einem Bruch zwischen Politik und Kriegführung kommen mußte, war klar. Der Reichskanzler ging, aber die Friedensentschließung blieb. Sie ist einer der größten Fehler der Politik dieses Krieges auf Kosten der Kriegführung. Die O. H. L. muß sich den Vorwurf machen, auch wenn sie über die politische Lage nicht unterrichtet war, sich ihr nicht mit allen irgendwie verfügbaren Mitteln entgegengestemmt zu haben.

Die Friedensentschließung festigte im Innern den verhängnisvollen Glauben an einen Verständigungsfrieden. Sie täuschte damit über den Ernst der Lage hinweg und lähmte die entschlossene Tatkraft des Volkes. Bulgarien und die Türkei, die recht greifbaren

nie so hoch wie in den Wochen nach jenen schicksalsschweren Julitagen. Hinter Frankreich stellte sich aber Wilson, und ihren vereinten Forderungen wagte England nicht entgegenzutreten. Bald war nicht mehr nur Belgien, sondern auch Elsaß-Lothringen und noch vieles andere Friedenshindernis.... Wenn Benedikt XV. trotzdem 14 Tage später den Regierungen seine Friedensnote zugehen ließ, so tat er es wohl deshalb, weil er in der Friedenssache nichts unversucht lassen wollte. Die Aussicht auf Erfolg war freilich in jenem Augenblick schon sehr gering."

An diesen Verhandlungen im Sommer 1917 ist noch unendlich viel dunkel. Sie wurden dazu benutzt, den Abgang des Reichskanzlers v. Bethmann als ein Unglück hinzustellen und die Bemühungen des Papstes um den Frieden hervorzuheben. Ich halte es indes für wahrscheinlich, daß Papst Benedikt XV. nicht aus eigenem Antriebe, sondern auf die Anregung einer katholischen neutralen Macht hin gehandelt hat. Ob diese neutrale Macht von der Entente zu dieser Anregung veranlaßt worden ist, wird vielleicht das deutsche Auswärtige Amt wissen.

Kriegsgewinn erstrebten und gesunde Wirklichkeitspolitik trieben, wurden in ihrem Vertrauen in unsere Unbesiegbarkeit erschüttert. In Bulgarien begann man wieder auf die Entente zu sehen. Diese frohlockte auf der ganzen Linie und hatte allen Grund dazu. Ein Feind, der solche Entschließungen faßte und laut verkündete, war morsch. Die Entschließung war für sie ein Freibrief zur Verlängerung des Krieges. Sie wurde dies um so mehr, als Reichskanzler und Reichstag von ihr nicht freikamen, sondern ihre Gültigkeit immer von neuem feststellten. Die Väter der Friedensentschließung und die, die sie vertraten, haben an dem Unglück des deutschen Volkes entscheidend mitgearbeitet.

Die Ansicht, die O. H. L. habe dadurch, daß sie den Abgang des Herrn v. Bethmann erbat, eine Friedensmöglichkeit zerschlagen, ist unrichtig. Das Verhalten des Kanzlers im Juli hätte sie unter allen Umständen zerstört. Die O. H. L. kannte jene Anregungen des Papstes nicht einmal. Wenn Glieder der Entente im Juni friedensbereit waren und im August und September, wie unten gezeigt wird, nicht mehr, so können die Gründe dafür nur in den inneren Zuständen Deutschlands gesucht werden. Die Kriegslage hatte sich für die Entente noch verschlechtert, da Rußland inzwischen schwere Niederlagen erlitten hatte.

Nun folgte überdies die Veröffentlichung jener Denkschrift des Grafen Czernin, die, als Druckmittel auf die O. H. L. geschrieben, bei der Entente, leider auch im deutschen Volk, als Wahrheit aufgefaßt wurde. So rächte sich die Schuld einer nicht offenen Politik an ihr selbst, aber auch an der Kriegführung und am deutschen Volk.

4. Friedensfragen im Herbst 1917.

Friedensvorschläge des Papstes am 1. August. — Friedensschritt Englands? — Herrn v. Kühlmanns Versuch, mit England Fühlung zu nehmen. — Ablehnung Englands. — Der Kronrat am 11. September. — Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers. — Antwort auf die Papstnote. — Ergebnis.

Dr. Michaelis, als Nachfolger des Herrn v. Bethmann, führte mit dem Vatikan Verhandlungen, in Fortsetzung der Gespräche seines Vorgängers mit dem Nuntius Pacelli.

Die O. H. L. konnte damals nur annehmen, sie seien die Folge der Friedensvorschläge des Papstes vom 1. August. Sie hielt diese wiederum für eine Folge der Friedensentschließung des deutschen Reichstages. Im übrigen aber war sie von der Haltung des Papstes betroffen, weil er für Polen in einer Weise eintrat, die den Bestand Preußens zu berühren schien*).

Es ist aus den Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar im Juli/August 1919 genugsam bekannt, daß England im August 1917 unter Bezugnahme auf die Papstnote beim Vatikan einen Schritt tat, der dort als Friedensfühler aufgefaßt und als solcher nach Berlin mitgeteilt wurde. Aus der Aussage des Staatssekretärs v. Kühlmann im Dezember 1920 vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wissen wir, daß er auf diese Benachrichtigung hin einen fremden Diplomaten — den spanischen Gesandten in Brüssel, Herrn v. Villarlobar — ersucht hat, bei England selbst dem Sachverhalt nachzugehen. Es ergab sich, daß die Regierung in London nicht einmal bereit war, uns auch nur anzuhören. Herr v. Kühlmann hielt ein neues Friedensangebot oder eine Äußerung über Belgien, um die er von dem Vertreter der O. H. L. ausdrücklich gebeten wurde, für einen Fehler. Die Entente hätte sie wohl auch nur dazu benutzt, den Kriegswillen ihrer Völker in ihrer ernster werdenden Kriegslage zu festigen.

Die O. H. L. erfuhr von alledem in dem Kronrat vom 11. September 1917 durch den Reichskanzler nur, daß von neutraler Seite ein Schritt unternommen sei, der auf einen Friedensfühler Englands schließen lasse, und daß die Unabhängigkeit Belgiens und die ungeschmälerte Wiederherstellung seines Staatsgebietes die Voraussetzung dieses Schrittes sei. Tatsächlich war das

*) Pater Leiber schreibt in der „Germania“ Nr. 188 vom 16. April 1921: „Vergleicht man diese Note mit dem, was zwischen Bethmann Hollweg und Pacelli in Berlin am 26. Juni 1917 verhandelt worden ist, so sieht man, daß der päpstliche Geschäftsträger dort offenbar im wesentlichen dieselben Vorschläge machte, wie sie Benedikt XV. einen Monat später der Öffentlichkeit unterbreitete.“

Danach würde allerdings die Haltung des Papstes eine überraschende Erklärung finden.

bereits in Aussicht gestellt. Die O. H. L. gab ihr Gutachten ab*). Sie hielt die Inbesitznahme der Maaslinie bei Lüttich zur Sicherung des niederrheinischen Industriegebietes für nötig und zugleich auch deshalb für geboten, um Belgien nicht in der Hand der Entente zu lassen. Seine Majestät der Kaiser nahm dieselbe Stellung ein wie der Reichskanzler in der Unterhaltung mit dem Nuntius Pacelli am 26. Juni und entschied gegen die O. H. L.

Er ermächtigte den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ausdrücklich zur Anerkennung der Unversehrtheit und der Landeshoheit Belgiens ohne jede Einschränkung und kam damit den Wünschen des Feindes aufs weiteste entgegen. An den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes waren die Worte gerichtet, die er hinzufügte: „Jetzt haben Sie freie Bahn, nun zeigen Sie einmal, was Sie können, und machen Sie bis Weihnachten Frieden.“

Die O. H. L. beugte sich dieser Entscheidung Seiner Majestät.

Die Mitteilung der Regierung der Deutschen Republik in jener Sitzung zu Weimar im Sommer 1919, die O. H. L. habe den Frieden sabotiert, ist durchaus unwahr.

Die O. H. L. hat pflichtmäßig ihren Standpunkt klargelegt. Dazu war sie da und zur Teilnahme an dem Kronrat berufen. Sie übermittelte sofort darauf dem Reichskanzler ihre im Kronrat vorgetragene Ansicht schriftlich; sie tat es, um bei dem Fehlen einer Aufzeichnung über den Gang der Verhandlungen — jedenfalls war ihr keine zugegangen — diese Gedanken festgelegt zu haben, falls der Friede jetzt nicht zustande käme.

Auch auf die Feststellung der Antwort auf die Papstnote hatte die O. H. L. keinerlei Einfluß. Es überraschte sie, daß der Reichskanzler dem Reichstag bei der Beantwortung eine Stellung einräumte, die dieser nicht beanspruchen konnte und dazu benutzte, die Friedensentschließung in Erinnerung zu bringen. Der Versuch des Papstes, Frieden herbeizuführen, hatte keinerlei Erfolg.

Friedensanregungen, die von Österreich-Ungarn ausgegangen

---

*) Siehe Abschnitt VIII 1.

waren und einem allgemeinen Frieden galten, blieben ohne Ergebnis. Anscheinend hat auch Frankreich selbst im Sommer 1917 von sich aus Besprechungen mit einem österreichischen Diplomaten geführt.

Der Versuch Kaiser Karls, auf Kosten Deutschlands und hinter dessen Rücken zu einem Sonderfrieden zu kommen, wurde endgültig abgetan. Aber erst am 6. Dezember erklärte Graf Czernin, daß zukünftig die österreichisch-ungarische Monarchie für Straßburg in demselben Maße kämpfen werde, wie das Deutsche Reich für Triest. Wenn eine solche Erklärung nötig wurde, so muß irgend etwas recht unsicher gewesen sein.

Wer rückschauend das Verhältnis zwischen Politik und Kriegführung auf dem Gebiet der Friedenspolitik seit dem 1. Februar 1917 im ganzen überblickt, der kann feststellen, daß die Politik nach jeder Richtung hin selbständig gearbeitet und daß sie die Kriegführung in diesem Zeitabschnitt noch weniger als bisher unterrichtet hat. Er wird ferner die Überzeugung gewinnen, daß die Kriegführung den Wünschen der Politik hinsichtlich Rußlands nachgekommen ist, im Kronrat vom 11. September pflichtmäßig ihre Ansicht geäußert und sich der Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers gefügt hat.

Das Ergebnis der Politik für die Kriegführung bestand darin, daß die Gunst der Kriegslage im Sommer und Herbst 1917 von der Politik nicht ausgenutzt worden ist. Die Bedürfnisse der äußeren Politik und der Kriegführung sind vom Reichskanzler rücksichtslos innerpolitischen Erwägungen der Schwäche hintangestellt worden. Die Entente hat trotz der Ungunst der Kriegslage neuen Anreiz zur Verlängerung des Krieges erhalten; sie erstrebte so lange unsere Vernichtung, solange sie nicht selbst geschlagen war. Bei uns sank der Volksgeist zu einer Zeit, in der die Kriegführung bedeutende Erfolge aufzuweisen hatte.

Die O. H. L. wurde vor gar keine andere Wahl gestellt, als den Krieg gegen die Westmächte fortzusetzen.

5. Die Friedensschlüsse im Osten.

Militärische Anforderungen an den Gang der Verhandlungen. — Denken der Politik. — Waffenstillstandsverhandlungen. — Weisungen Seiner Majestät für die Friedensverhandlungen am 18. Dezember 1917. — Beginn der Verhandlungen. — Abweichung von den Weisungen. — Schaden für die Kriegführung, für unsere Zukunft. — Kurland und Litauen. — Der polnische Grenzstreifen. — Abmachungen zwischen Politik und Kriegführung. — Fortsetzung der Verhandlungen. — Ihr Scheitern. — Die Verhandlungen in Bukarest. — Die „Gewaltfrieden". — Verhandlungen mit Joffe.

Für die Verhandlung in Brest-Litowsk war zwischen Kriegführung und Politik festgestellt, daß die Waffenstillstandsverhandlungen von jener, die Friedensverhandlungen, wie es selbstverständlich war, von dieser zu führen seien. An den Waffenstillstandsverhandlungen sollte ein Vertreter des Reichskanzlers, an den Friedensverhandlungen ein Vertreter der O. H. L. teilnehmen, der aber dem Reichskanzler oder seinem Beauftragten, in diesem Falle dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, unterstellt war.

Die Kriegslage erforderte in Brest-Litowsk ein schnelles Arbeiten, um die Truppen aus dem Osten rechtzeitig dem Westen zum Angriff zuzuführen. Eine große Anzahl von Divisionen war im Osten zur Abfahrt bereitgestellt worden und begann abzurollen. Endgültige Klarheit über das, was tatsächlich abfahren konnte oder dortbleiben mußte, war aber erst zu gewinnen, wenn die Verhältnisse an der Ostfront geregelt waren.

Ebenso war zu beachten, daß, auch im Falle eines Friedens mit Rußland und Rumänien, auf allen übrigen Fronten der Krieg mit aller Schwere weiterging. Die Bedingungen, die beiden Staaten aufzuerlegen waren, mußten so gestaltet werden, daß sie ihnen nicht ermöglichten, bei einer ungünstig werdenden Kriegslage des Vierbundes von neuem als Feind gegen uns aufzutreten.

Endlich sollte der Friede Deutschland gesicherte Grenzen im Osten, landwirtschaftliche Gebiete und, im besonderen in Kurland, Siedlungsgebiet für Soldaten bringen.

Dies waren die Gesichtspunkte, die die O. H. L. vertrat und pflichtmäßig zu vertreten hatte.

Die Politik dachte nur an das eine Wort Frieden. Ob er einige Tage früher oder später kam, was er brachte, ob die Bedingungen in die Kriegslage hineinpaßten, war ihr gleich. In dem Bolschewismus sah die O. H. L. nur ein Aushilfsmittel zum Frieden mit Rußland; die Politik kam ihm entgegen, weil ihm die linken Parteien Deutschlands wohlgesinnt waren. Den Bolschewisten durfte nichts geschehen, während das zaristische Rußland gar nicht genug geschwächt werden konnte. Sie waren die Schoßkinder der linken Parteien in Deutschland und Österreich-Ungarn, ihre Wünsche berücksichtigte man selbst auf Kosten der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Man lese nur die damaligen Zeitungen und denke an den Sturm gegen General Hoffmann, als er in richtiger Erkenntnis der Gesamtlage ein scharfes Wort gegen die propagandistische Verschleppungskunst der Bolschewisten sprach. Man denke daran, daß ein deutscher Sozialdemokrat die Bolschewisten mit Vorwürfen überhäufte, weil sie mit den deutschen „Imperialisten" verhandelten.

Der ruhige und schnelle Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen, die gemäßigten Bedingungen, die die Kriegführung in Übereinstimmung mit der Politik stellte, sind bekannt. Am 15. Dezember wurde der Waffenstillstand mit Rußland und bald darauf mit Rumänien abgeschlossen. Ihr hohes Pflichtgefühl machte es den deutschen und verbündeten Offizieren möglich, mit jenem Abschaum der Menschheit zu verkehren, den die Bolschewisten als bevollmächtigte Vertreter gesandt hatten. Sie fügten sich dem Zwange der Kriegslage.

Zu Weihnachten begannen die Friedensverhandlungen.

Am 18. Dezember hatten in Kreuznach unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers und unter Teilnahme des Reichskanzlers und der O. H. L. Verhandlungen über die Rußland zu stellenden Bedingungen stattgefunden. Ihr Ergebnis war für den Reichskanzler bindend.

Über die Zukunft Kurlands und Litauens, ebenso über die Notwendigkeit eines Schutzstreifens an der Grenze Preußens gegen Polen wurde vollständige Einigkeit erzielt; nur über die Breite des-

selben blieben Unklarheiten bestehen. Kurland und Litauen sollten, vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesfürsten, durch die Person des Monarchen mit dem Deutschen Reich verbunden werden*). Gewisse Entschließungen der dortigen Volksvertretungen nach dieser Richtung lagen bereits vor.

Über die Zukunft Polens wurde bei dieser Gelegenheit nicht weiter gesprochen. Daß es ein selbständiger Staat werden sollte, stand für die Politik fest. Die O. H. L. sah darin eine Gefahr, seitdem Polen in der Armeefrage sein wahres Gesicht gezeigt hatte.

Über die Absicht der O. H. L., im Frühjahr 1918 im Westen anzugreifen, war der Reichskanzler unterrichtet, ebenso darüber, daß die Kriegslage baldige Klärung der Verhältnisse im Osten erforderte.

Den am 18. Dezember in Kreuznach von Seiner Majestät gebilligten Richtlinien widersprach durchaus das Auftreten des Grafen Czernin am 25. Dezember in Brest-Litowsk. Er hatte sich die jüdisch-bolschewistische, auch von der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs vertretene Forderung nach einem allgemeinen Frieden zwischen den kriegführenden Ländern zu eigen gemacht und die Schlagworte „Keine Annexionen und Kriegsentschädigungen" und „Selbstbestimmungsrecht der Völker" angenommen. Auf dieser Grundlage war von ihm die Entente zur Teilnahme an den Friedensbesprechungen eingeladen worden. Diese sollten auf etwa zehn Tage unterbrochen werden, um der Entente Zeit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen. Der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes hatte dem zugestimmt. Er stützte sich dabei, wie es sich später zeigte, auf den Reichskanzler.

Die Politik hatte, anstatt klare Forderungen zu stellen, die anzunehmen oder abzulehnen waren oder zum mindesten als Grundlage für die Verhandlungen zu dienen hatten, einen Weg beschritten, der zu langen, zwecklosen Auseinandersetzungen führen und die Verhandlungen in die Länge ziehen mußte. Das widersprach der

*) Seine Majestät der Kaiser betonte die Notwendigkeit, die fremdstämmigen Völker mit langen Zügeln zu regieren und ihre Eigenart sich entwickeln zu lassen.

Kriegslage vollständig. Das Verständnis, das die Kriegführung bei der Politik fand, ist erstaunlich gering und zeigt, daß der dritte Kriegsreichskanzler den Erscheinungen des Krieges ebenso fremd gegenüberstand wie der erste. Aber auch unmittelbar sich selbst schadete die Politik durch die Verhandlungsart des Grafen Czernin. Sie schuf sich die Gefahr, in eine Sackgasse zu geraten, in die sie denn auch hineinlief.

Die Aufforderung an die Entente wirkte besonders überraschend. Bisher hatte die Politik stets den Standpunkt vertreten, daß es für sie von Vorteil sei, die Gegner getrennt an den Verhandlungstisch zu bringen. Daß diese Aufforderung an die Entente wiederum einen Zeitverlust verursachte, störte die Politik nicht: das Eingehen auf die russischen Wünsche entsprach den Wünschen der reichsdeutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie.

Die Rückwirkung von alledem auf die Entente mußte erheblich sein, weil sie darin nur immer wieder die gleiche Schwäche erblicken konnte. Es war wirklich nicht überraschend, daß sie auf den Vorschlag Czernins nicht einging. Der äußere „Erfolg" dieses Schrittes war für die Kriegführung lediglich Zeitverlust.

Aber auch in Deutschland mußte die Art der Verhandlungen schädlich auf den Volksgeist wirken. Sie entmutigte die Volkskreise, die bisher in richtiger Einschätzung der ganzen Schwere unseres Daseinskampfes Träger des Kriegswillens gewesen waren, und stärkte die Strömungen, die in Verkennung der Lage eine „Verständigung" auch mit der Entente für möglich hielten oder an den Umsturz dachten.

Zu diesen schweren Schädigungen kam hinzu, daß es zweifelhaft war, ob Deutschland die Grenzen erhalte, die für seinen Bestand als Großmacht unumgänglich notwendig waren. Es war fraglich, wie unter dem Einfluß der in Kurland und Litauen einsetzenden deutschfeindlichen Propaganda, die in Litauen von der polnischen katholischen Geistlichkeit betrieben wurde, eine erneute Abstimmung dort ausfallen würde. Hiermit war das Ziel in Frage gestellt, das Seine Majestät der Kaiser am 18. Dezember festgestellt hatte. Die Gefahr war vorhanden, daß sich der Pole auch in

Litauen festsetzte*). Die O. H. L. hielt es für ihre Aufgabe, in Rücksicht auf die Sicherheit Deutschlands Litauen vor der Vergewaltigung durch Polen zu schützen. Diese mußte, wie die Geschichte lehrt, mit untrüglicher Sicherheit eintreten, wenn Litauen nicht den Schutz Deutschlands genoß. Leider wirkte die Reichstagsmehrheit auf die schon an und für sich nicht geklärten Anschauungen der Litauer verwirrend ein. Auch sie wurden geneigt, die Verwirklichung unklarer demokratischer Gedanken für wichtiger zu halten als die Sicherheit ihres Landes. Der Reichskanzler hatte gegen eine solche Politik der Reichstagsmehrheit nichts einzuwenden. Er achtete nur darauf, daß um des Himmels willen die „militaristische" O. H. L. nicht „Politik treibe".

Des weiteren spielte in den Verhandlungen zwischen dem Grafen Czernin und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Breite des Schutzstreifens, den Preußen von Polen erhalten sollte, eine Rolle. Daß eine Vermehrung der Zahl der polnischen Untertanen in Preußen Schwierigkeiten mit sich bringen konnte, war gewiß; noch größer aber mußten die Schwierigkeiten werden, wenn ein starker polnischer Staat entstand.

Durch eine von kraftvollem Willen getragene, großzügige Siedlungspolitik, wie sie auch die Reichskanzlei im Jahre 1915 verfolgt hatte, und durch Austausch der Bevölkerung konnten nicht nur die Nachteile der Angliederung eines breiten Streifens polnischen Gebietes an Preußen gemildert, sondern sogar wesentliche Vorteile und ein Menschenzuwachs für Deutschland gewonnen werden. Hierzu gehörte allerdings eine andere Polenpolitik, als sie Preußen vor dem Kriege getrieben hatte, und ein Aufgehen der Mehrheitsparteien im Staatsgedanken. Man brauchte gegen die Polen noch lange nicht so zu handeln, wie diese es jetzt gegen die Deutschen tun. Das preußische Staatsministerium wollte die Zahl der in Preußen aufzunehmenden Polen möglichst beschränkt und daher den Streifen möglichst schmal bemessen sehen. Hierfür wird

*) Die augenblickliche Lage in Wilna ist ein Beweis für die Richtigkeit der Anschauungen der O. H. L. und die politische Kurzsichtigkeit der Regierung und der Mehrheitsparteien.

die richtige Erkenntnis der Schwäche unserer inneren Politik mit maßgebend gewesen sein. Dagegen mußte die O. H. L. sich für einen breiten Schutzstreifen einsetzen, weil der Krieg wohl jedermann gezeigt hatte, wie leicht das preußische Gebiet östlich der Weichsel vom Reich abzuschnüren und die Kohlenbezirke Oberschlesiens zu gefährden waren, Tatsachen, die im Hinblick auf die neuen Kriegsmittel erhöhte Bürgschaften forderten. Auch war für die O. H. L. die Forderung eines breiten Streifens gleichbedeutend mit einer Schwächung Polens, was in Zukunft von Wichtigkeit werden konnte, sei es, daß Polen für sich allein blieb, oder daß es eine enge Anlehnung an Österreich fand. In beiden Fällen war es deutschfeindlich. Die sogenannte austro-polnische Lösung mußte zum Zerfall des Bündnisses mit Österreich führen, da Warschau nie seine vermeintliche Anwartschaft auf Westpreußen und Posen aufgeben würde. Wien wäre gezwungen gewesen, sie zu unterstützen. Diese Anschauung deckte sich mit der Bismarcks, als er zu Anfang der siebziger Jahre sagte: „Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiet unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute noch nicht auffällig wankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, sobald sich andernorts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickeln kann."

Die Politik sah das alles nicht. Die O. H. L. fühlte sich zum Schaden der großen Sache übergangen und schwer davon beunruhigt, daß trotz der Besprechung in Kreuznach am 18. Dezember der Reichskanzler seine eigenen, nicht von der allgemeinen Lage und der Zukunft des Landes bestimmten Wege ging, ohne daß sie von seiner neuen Auffassung verständigt worden wäre. Die O. H. L. fühlte aber auch ihr Urteil über das undurchsichtige Verhalten des Reichskanzlers ihr gegenüber bestätigt und sah darin eine große Gefahr für das deutsche Volk.

Die eintretenden schweren Reibungen wurden durch Seine Majestät den Kaiser beigelegt, der sich ganz und gar auf die Seite des Reichskanzlers stellte. Nur die Frage der Breite des Schutzstreifens fand keine Erledigung.

Vielleicht um die Stärke der Regierungsgewalt gegenüber der

O. H. L. vor der Reichstagsmehrheit festzustellen, drang der Reichskanzler darauf, die von der O. H. L. stets anerkannten Grenzen der beiderseitigen Verantwortungsbereiche nochmals zu erörtern.

Das Ergebnis dieser Feststellungen lautet:

„1. Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine Teilung der staatsrechtlichen Verantwortung ist unmöglich. Die Verantwortung des Reichskanzlers für die Friedensverhandlungen bezieht sich auf die zu erstrebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse.

„2. Die obersten militärischen Stellen, d. h. der Chef des Generalstabes des Feldheeres, der Erste Generalquartiermeister, der Kriegsminister und der Chef des Admiralstabes der Marine, haben, soweit die Friedensverhandlungen die militärischen Interessen berühren, das Recht und die Pflicht, in beratender Weise an den Verhandlungen einschließlich der zur Anwendung zu bringenden Taktik mitzuwirken.

„Der Umkreis der militärischen Interessen ist nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch die Fragen der Änderung der Reichsgrenzen, Fragen unserer künftigen Beziehungen zu anderen Staaten und — soweit diese mit der Führung dieses oder eines künftigen Krieges im Zusammenhang stehen — Fragen unserer inneren Politik, wirtschaftliche Fragen, Ernährungsfragen, Fragen des Handels- und Verkehrswesens, der Arbeiterinteressen, endlich die moralische Wirkung der zu treffenden Maßnahmen auf Heer und Marine.

„Die militärischen Stellen können ihre Forderungen nach dieser Richtung jederzeit aus eigener Initiative vorbringen, jedoch immer nur im Sinne von Anregungen, Ratschlägen, Bedenken oder Warnungen. Der Reichskanzler wird alsdann bei seiner Entscheidung darauf Bedacht nehmen, daß Forderungen, die die militärische Durchführung des gegenwärtigen Krieges berühren, vor allen anderen Forderungen den Vorrang erhalten.

„3. Sollten die militärischen Stellen glauben, auf einer von dem Reichskanzler abgelehnten Forderung bestehen zu müssen, und wird auf dem Wege der gegenseitigen Aussprache eine Einigung nicht erzielt, so ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einzuholen."

Tatsächlich ist die O. H. L. stets nach vorstehenden Gesichtspunkten aufgetreten. Aber der Reichskanzler hatte Ende Dezember entgegen den Weisungen Seiner Majestät des Kaisers gehandelt oder es unterlassen, die O. H. L. von einer Abänderung der Weisungen Seiner Majestät des Kaisers zu verständigen, durch die Nachteile für die Kriegführung zu erwarten waren. Wenn daraufhin die O. H. L. deren Bedürfnisse gegenüber dem Reichskanzler und Seiner Majestät dem Kaiser vertrat, so war es nicht die Krieg-

führung, die Politik trieb, sondern die Politik war über die Kriegführung zur Tagesordnung übergegangen. Die O. H. L. leitete weiter nichts als die Sorge um das Vaterland. Sie wurde zwar nicht von der Reichstagsmehrheit, aber dafür von starken Teilen des Volkes für das Wohl und Wehe des deutschen Volkes verantwortlich gemacht. Nicht die Politik hatte sich über die Kriegführung, sondern diese über die Politik zu beklagen, weil sie der militärischen Lage nicht Rechnung trug und persönlich verstimmend wirkte.

Eine Schilderung des Verlaufs der Verhandlungen in Brest-Litowsk ist für den vorliegenden Abriß nicht nötig. Wirkliche Arbeit wurde überhaupt nicht geleistet. Nur die Tatsache muß nochmals betont werden, daß Trotzki die Verhandlungen immer mehr zu Werbezwecken ausnutzte und in die Länge zog, ohne daß ihn der Reichskanzler daran hinderte. Dieser nahm auch den Zeitverlust in Kauf, der durch die Reise Trotzkis nach Petersburg entstand. Er unternahm sie allein deshalb, um die russische Volksvertretung zu verjagen, die gegen die Bolschewisten war. Diese achteten das Selbstbestimmungsrecht des Volkes genau so wenig, wie die Entente vor und nach Versailles und St. Germain.

So trat das Unvermögen der Regierungen des Vierbundes nach außen und innen immer deutlicher hervor. Sie stärkten den Volksgeist der feindlichen Völker und schädigten den der eigenen immer nachdrücklicher. Die Friedensverhandlungen wurden zu einer schweren Belastung für die Kriegführung und die Zukunft unseres Volkes, statt nach allen Richtungen hin erhebend und festigend zu wirken. Etwas weniger zu Begreifendes hat sich auf diesem Gebiet noch nicht ereignet.

Die Verhandlungen scheiterten schließlich Anfang Februar, weil die Politik mit ihrem Welsch Trotzki gegenüber zu Ende war. Als dieser die deutsche Armee in einem Funkspruch „an Alle" gegen ihren Obersten Kriegsherrn aufrief, da mußte selbst die von Österreich-Ungarn und Deutschland geführte Politik mit dem Abbruch der Verhandlungen einverstanden sein.

Die Forderung der Kriegführung, schnell eine klare Lage im Osten zu schaffen, hatte die Politik nicht erfüllt. Die Kriegslage

verlangte, daß die O. H. L. jetzt eingriff. Es bedurfte vieler Redekunst und der Zusicherung, daß die O. H. L. keine weitergehenden Pläne verfolge, bis der Reichskanzler dem Abbruch des Waffenstillstandes mit Rußland am 18. Februar mittags zustimmte*). Der Reichskanzler war durch seine eigene Anschauung vom Kriege und durch die linken Parteien gehemmt, die die Gefahr des Bolschewismus trotz seinem inzwischen klar geoffenbarten revolutionären Wirken nicht erkannten, sondern ihn zum Teil mit Wohlwollen und als Verbündeten betrachteten. Der Druck der linken Parteien war so stark, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sich gegen den Wiederbeginn der Feindseligkeiten aussprach. So sehr beherrschte innerpolitisches Denken unsere ganzen Verhältnisse.

Der kurze Stoß warf die bolschewistische Front über den Haufen. Lenin mußte Anfang März Frieden schließen, genau so wie die O. H. L. es vorausgesagt hatte und wie es bei zielbewußtem Auftreten des Reichskanzlers im Dezember, spätestens Anfang Januar zu erreichen gewesen wäre.

Durch die ergebnislosen Verhandlungen war das wahre Gesicht des Bolschewismus für die O. H. L. deutlich geworden. Sie stellte jetzt bestimmte Forderungen zur Sicherung im Osten, die sich im Rahmen der Weisungen Seiner Majestät des Kaisers vom 18. Dezember hielten und zudem der neugeschaffenen Kriegslage

*) Wenn gesagt wird, der Stoß im Baltikum sei weiter gegangen, als die O. H. L. dem Reichskanzler zugesagt hatte, und sie habe ihm Lenins Friedensbereitschaft unterschlagen, bis Narwa gefallen sei, so ist das geschichtlich unhaltbar. Die Truppen drangen überraschend schnell in Litauen auf Wenden vor, das dem Reichskanzler als Ziel angegeben war. Da aber zu dieser Zeit noch keine Bitte Lenins um Frieden vorlag, so ging der Vormarsch, und zwar mit Zustimmung des Reichskanzlers, weiter. Dieser erfuhr auch sofort den Eingang des Friedensangebots der Bolschewisten und stimmte der Absicht zu, die Heeresbewegungen so lange fortzusetzen, bis die Bolschewisten den Frieden unterzeichnet hätten. Es gelang noch bis dahin, Narwa zu nehmen und den Peipus-See zu erreichen. Das war eine Notwendigkeit. Der See mußte in die Linie der Dauerstellung einbezogen werden, um Kräfte zu sparen. Die Kriegführung hat an keiner Stelle die Politik hintergangen.

entsprachen. Die Politik vertrat und ergänzte sie. Die Bolschewisten unterschrieben.

Auf die Verhandlungen in Bukarest braucht nicht näher eingegangen zu werden. Politik und Kriegführung verstanden sich um so weniger, je mehr sich die Politik dem Schlepptau der österreichisch-ungarischen Anschauungen überließ. Rumänien erhielt durch Bessarabien Ersatz für die Abtretung der Dobrudscha und eines Streifens an seiner ungarisch-siebenbürgischen Grenze, den Graf Czernin gegen den Willen der deutschen O. H. L. gefordert hatte. Besonders bezeichnend ist es, daß wir in dem Frieden von Bukarest die Gleichberechtigung der Juden durchgesetzt haben, während eine Ahndung für die von Rumänien an deutschen Gefangenen verübten Verbrechen nicht zu erlangen war. Die militärischen Notwendigkeiten kamen auch hier zu kurz*).

Das waren die „Gewaltfrieden" von Brest-Litowsk und Bukarest. In dem erstgenannten Frieden sind die Forderungen erfüllt, für die namentlich im Sommer 1915 die Linke eingetreten ist, nämlich Befreiung der fremdstämmigen Bevölkerung Rußlands. Beiden Friedensschlüssen haben sämtliche bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung gegeben. Die Schäden, die sie dem deutschen Volksgeist, die Vorteile, die sie dem Kriegswillen des Feindes brachten, sind erörtert. Hier bleibt noch einmal festzustellen, daß durch die Art des Verhandelns die Abfahrt der Divisionen verzögert worden ist und in Verbindung mit der ernsten Verpflegungslage Österreichs mehr Truppen im Osten festgehalten wurden, als ursprünglich angenommen war.

Die Friedensschlüsse entsprachen nicht der Gesamtlage, weil sie Rußland und Rumänien für die Kriegsdauer zu stark ließen. Hieran trägt an erster Stelle die Politik die Schuld. Aber auch die Kriegführung kann sich nicht davon freisprechen, da sie sie hinnahm und sich schließlich mit dem Erreichten abgefunden hat.

Noch verhängnisvoller in ihrer Auswirkung auf den Volksgeist als die Verhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest waren

*) Siehe Abschnitt VII 3.

die Verhandlungen des deutschen Auswärtigen Amtes im Sommer 1918 in Berlin mit dem Vertreter der Sowjet-Republik Joffe über Fragen, deren Regelung der Friede von Brest-Litowsk offengelassen hatte. Während auf deutscher Seite der Jurist glaubte, Vorteile zu gewinnen, betrieben unter seinen Augen in großer Ruhe Joffe und die Unabhängige Sozialdemokratie, von der einzelne Mitglieder in dessen unmittelbaren Dienst traten, beseelt allein von dem Streben nach eigener Macht, die Revolution in Deutschland.

6. Friedensversuche im Westen im Winter 1917/18 und im Laufe des Jahres 1918.

„In Deutschland herrscht das Militär." — Zahlreiche Friedensversuche. — Kriegshoffnungen der O. H. L. — Zwang des Krieges. — Der Wendepunkt des Krieges. — Besprechungen am 13. und 14. August 1918. — Neutrale Friedensvermittlung. — Burians Friedensnote an Alle. — Das ungeschriebene Gesetz des Krieges. — Betrachtung.

Der Franzose Pierrefeu schildert in seinem Buche über die französische Oberste Heeresleitung, wie um die Jahreswende 1917/18 Frankreich ein Friedensangebot Deutschlands erwartet habe. Dieses sei nicht gekommen; in Deutschland hätten die Militärs regiert. Diese Ansicht unseres Feindes wird von demokratischen und sozialdemokratischen Blättern Deutschlands mit sichtlicher Befriedigung wiederholt. Kommt ihnen denn nicht der Gedanke, zu fragen: Warum hat denn nicht Frankreich oder die Entente ein Angebot gemacht, wenn sie Frieden haben wollten? warum denn sollte es gerade Deutschland sein? Weshalb unterlassen sie denn, festzustellen, wie oft, leider zu oft und eindringlich, deutscherseits auch in dieser Zeit vom Frieden gesprochen wurde?

Graf Hertling stellte sich in seiner ersten großen Rede als Reichskanzler Ende November 1917 auf den Boden der Friedensentschließung, wie es die Reichstagsmehrheit, deren Vertreter er war, als Bedingung für seine Kanzlerschaft gefordert hatte.

Mit seiner Zustimmung wurde am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die Entente durch den Grafen Czernin zu einem Frieden „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" eingeladen.

Am 13. Januar bot sich der König von Dänemark an, den Frieden zu vermitteln. Er mußte aber bald eingestehen, daß bei der Entente keine Neigung zum Frieden bestand.

Der Versuch des Reichskanzlers, eine Aussprache des Bankiers Warburg mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten im Haag herbeizuführen, mißlang.

Der Abgeordnete Konrad Haußmann versuchte sich darin, Friedensfäden anzuspinnen, ohne irgendein Entgegenkommen zu finden.

Gleichzeitig hatte Oberst v. Haeften ohne mein Wissen im Auslande eine Besprechung mit einem Angehörigen des feindlichen Auslandes. Dieser machte den Eintritt in amtliche Friedensverhandlungen von folgenden Verpflichtungen abhängig:

Bedingungslose Räumung Nordfrankreichs und Belgiens,

Zahlung der Wiederherstellungskosten,

Selbständigmachung Elsaß-Lothringens,

Nichtigkeitserklärung der soeben im Osten zustandegekommenen Friedensschlüsse, Verweisung aller Ostfragen an eine von der Entente zu berufende Friedenskonferenz,

völliger Wechsel des Regierungssystems in Deutschland in dem später von Wilson geforderten und erzwungenen Sinne*).

Der Reichskanzler sprach im Januar und Februar in entgegenkommendster Weise über die vierzehn und vier Punkte Wilsons, die, wie die Geschichte lehrt, nichts anderes als ein Lockmittel waren, mit der von Wilson gewünschten Wirkung auf Deutschland.

Vor der großen Offensive im März fragte Clémenceau bei dem Grafen Czernin an, ob er zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Grundlage. Graf Czernin verständigte Berlin und antwortete im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß er hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken

---

*) Wolfgang Foerster, Graf Schlieffen und der Weltkrieg. Dritter Teil. 1921. Mit Recht schreibt Foerster: „Ein Feldherr, der im Frühjahr 1918, ohne an die Waffenentscheidung appelliert zu haben, bei der politischen Reichsleitung auf die Anbahnung von Friedensverhandlungen unter derartigen Bedingungen gedrungen hätte, wäre dem Fluch des Vaterlandes verfallen."

könne als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Clémenceau erwiderte darauf, daß auf dieser Grundlage nicht zu verhandeln sei.

Die O. H. L. erhielt von diesem Schritt Clémenceaus keine Mitteilung und stand ohne Verständnis dem Gerücht gegenüber, sie habe ein Angebot Clémenceaus ausgeschlagen, um im Westen angreifen zu können. Sie war tief erregt darüber, daß diesem Gerücht, trotz ihrer Bitte, vom Reichskanzler nicht widersprochen wurde.

General Smuts und der österreichische Graf Mensdorff hatten in der Schweiz eine Besprechung mit gleicher Feststellung: Mit Deutschland könne die Entente nicht sprechen.

Es hat also in der Zeit, von der der Franzose Pierrefeu spricht, an Versuchen oder einer entgegenkommenden Haltung Deutschlands und Österreich-Ungarns, zum Frieden zu kommen, nicht gefehlt.

Auch während der großen Kämpfe in Frankreich setzten die Versuche nicht aus, den Frieden anzubahnen. In den Zeiten der größten militärischen Erfolge trat die O. H. L. für eine entgegenkommende Erklärung über Belgien dem Reichskanzler gegenüber ein, ohne damit einen Erfolg zu erzielen. Sie war auch zu Besprechungen mit feindlichen Offizieren bereit, als Major Draudt, der mit einer englischen Kommission im Haag über die Gefangenenfrage verhandelte, diesen Vorschlag auf Grund einer ihm dort gewordenen Anregung machte. Mit derselben Kommission hatte auch der Reichskanzler ohne Kenntnis der O. H. L. unverbindliche Besprechungen über einen Frieden. Auch Wilson meldete sich.

Die O. H. L. war durchaus friedenswillig; sie erklärte am 1. Juli dem Reichskanzler, daß sie jederzeit Besprechungen mit England zustimmen würde, falls dieses dazu bereit wäre. Der Reichskanzler stellte hierauf fest: Wir sind also darin einig, daß wir zunächst unsere volle Kraft weiter einsetzen, aber zu vernünftigen Gesprächen bereit wären.

In diesem Sinne sprach sich der Reichskanzler am 12. Juli im Reichstage aus:

„Wenn solche (Friedens-) Möglichkeiten sich zeigen, wenn

ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, meine Herren, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen; wir werden zunächst im kleinen Kreise sprechen. Ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen."

Der mißglückte Angriff am 15. Juli, der die Alliierten aus ihrer schwierigen Lage befreite, vernichtete alle Friedenskeime. Der Umstand muß aber hervorgehoben werden, daß durch unseren zweiten Angriff im Mai/Juni bei der Entente die Gedanken, die auf einen Frieden hinzielten, festere Gestalt gewannen als je im bisherigen Verlauf des Krieges, daß also die Hoffnung, den Feind durch weitere Angriffe nachgiebig zu machen, nicht unberechtigt war.

Schon vorher wird das Wort, das Staatssekretär v. Kühlmann Ende Juni sprach, der Krieg könne nicht militärisch entschieden werden, auf die Friedensstimmung der Entente nicht besonders fördernd eingewirkt haben. Es stand vielleicht im Zusammenhang mit jenen Besprechungen im Haag. Bei dem Heere wirkte es in höchstem Maße niederdrückend.

Über dem Auftrag des Grafen Törring und seiner Aufnahme bei dem König der Belgier im Sommer 1918 liegt noch Dunkel. Sicher ist anscheinend nur, daß er die unangetastete Staatshoheit und den ungeschmälerten Bestand Belgiens in Aussicht stellen konnte. Die O. H. L. hat nie etwas von diesem Friedensschritt erfahren.

Sie hoffte, bis in den Juli hinein den Willen des Feindes zu brechen und so friedensbereit zu machen. Diesen Standpunkt vertrat sie auch gegenüber der Politik. Nun kann diese der Kriegführung vorwerfen, sie habe sie über die Kriegslage getäuscht und zu spät auf Frieden hingedrängt. Die O. H. L. hat

an den Sieg geglaubt und in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung gehandelt, im übrigen aber dem Reichskanzler über ihre Friedensbereitschaft keinen Zweifel gelassen. Sie hat die Pflicht in sich gefühlt, den Sieg zu erringen. Daß durch einen Sieg allein der Vierbund zusammenzuhalten war, Deutschland vor der Vergewaltigung durch seine Feinde und vor der Revolution bewahrt worden wäre, wird heute niemand bezweifeln. Er braucht nur an die Politik des Feindes vor, in und nach dem Kriege, an die politischen Ziele der Mehrheitsparteien und an die revolutionäre Propaganda zu denken, die die Unabhängige Sozialdemokratie, die Bolschewisten und die Entente bei uns betrieben haben. Er hat sich die stille Begünstigung, die die Unabhängige Sozialdemokratie unter den Mehrheitsparteien fand, zu vergegenwärtigen, und nicht zuletzt die Lauheit des Bürgertums, das willig vor dem Umsturz das Feld räumte.

Was hätte die Politik getan, wenn im Mai oder Juni die O. H. L. erklärt hätte, die Lage sei hoffnungslos? Würde sie anders gehandelt haben, als sie es getan hat? Hätte sie in Hoffnung auf den Sieg irgendeine Friedensmöglichkeit nicht ausgenutzt oder sich auch sonst irgendwie zu wenig um den Frieden bemüht? Ich glaube, sämtliche Fragen können verneint werden. So war es aber nicht nur im Sommer 1918, so war es auch in den früheren Kriegsjahren gewesen. Es bleibt wahr, was Wilson am 27. September 1918 gesagt hat: „Deutschland gibt uns fortwährend Bedingungen zu verstehen, die es anzunehmen bereit ist, und entdeckt jedesmal, daß die Welt keine Friedensbedingungen will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und Billigkeit." Was es mit dieser Gerechtigkeit auf sich hatte, ahnten damals viele, jetzt wissen es die meisten Deutschen.

Ähnlich wie Wilson äußerte sich Graf Czernin in seiner bekannten Rede vom 11. Dezember 1918: „Wir hatten öfter den Eindruck, daß wir imstande seien, einen Separatfrieden ohne Deutschland schließen zu können. Niemals wurde uns vor allem erklärt, daß Deutschland seinen vorkriegerischen Besitzstand werde behalten können. . . . Dadurch, daß die Entente immer erklärte, sie wolle

Deutschland vernichten, zwang sie uns gewaltsam den Verteidigungskrieg für Deutschland auf . . . und trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, der, Deutschland in unser politisches Geleise zu bringen, d. h. Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu bringen. Immer war die Situation nur die, daß wir in einem denkbar günstigen militärischen Moment einen Frieden hätten vorschlagen können, der, mit bedeutenden Opfern verbunden, vielleicht die Hoffnung gehabt hätte, angenommen zu werden."

Hätten wir in der Tat in günstiger militärischer Lage ein Friedensangebot nach dem Vorschlage des Grafen Czernin gemacht, so hätten wir damit wiederum doch nur unsere ganze Schwäche geoffenbart. Der Kriegswille des Feindes wäre damit von neuem gehoben worden; wir hätten wieder vor einem Vernichtungsfrieden gestanden. Es war nun einmal, wie ich es so oft ausgesprochen habe, immer der gleiche Kreislauf, aus dem es nach dem Willen des Feindes und den ungeschriebenen Gesetzen dieses Krieges kein Entrinnen gab außer durch einen Sieg der deutschen Waffen.

Es entsprach den klaren Zielen der Entente, — soweit ihre Kräfte irgend reichten — nicht eher die Feindseligkeiten einzustellen, als bis sie Deutschland und seine Verbündeten vollständig wehrlos gemacht hatte. Mit ihrer Politik der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands mußte jeder Vorschlag rechnen, der es sich zur Aufgabe setzte, wirklich zu Friedensverhandlungen zu kommen.

Nach dem 18. Juli 1918, dem Tage des Einbruchs französisch-amerikanischer Divisionen in unsere Front südlich Soissons, hatte die O. H. L. die Absicht, eine Besprechung mit dem Reichskanzler herbeizuführen, sobald die Lage bei der 7. Armee gefestigt war. Er war im übrigen dauernd über die Kriegslage unterrichtet. Gleich darauf zeigte der Schlag am 8. August, daß das deutsche Heer brüchig geworden und somit seine Widerstandsfähigkeit als gemindert anzusehen war.

Der Wendepunkt des Krieges war nach vierjährigem, unvergleichlichem Ringen eingetreten. Deutschland hatte fünf Minuten vor der Entscheidungsstunde seine Nerven verloren. Die Wirkung des schlechten Geistes der Heimat auf das Heer, das ebenso wie der Feind stark ermattet, aber durch schlechtere Ernährung und infolge davon durch die Grippe auch mehr mitgenommen war, der Mangel an Menschen infolge Fahnenflucht und Drückebergerei und das Fehlen von Ersatz lagen für jedermann zutage.

Auch General Foch hat den 8. August 1918 als Wendepunkt des Krieges bezeichnet.

Die O. H. L. führte nun eine Besprechung mit dem Reichskanzler herbei.

Sie fand am 13. August statt. Das Ergebnis wurde am folgenden Tage in einer Sitzung unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers festgestellt. Die Heimatfront sollte gefestigt und eine Friedensvermittlung durch die Königin der Niederlande angestrebt werden. Die O. H. L. legte auf beide Punkte den gleichen Wert. Sie hat insonderheit den Kaiser gebeten, in ernstester Weise auf die Festigung der Heimatfront zu drängen, da all ihre jahrelangen Bitten beim Reichskanzler nicht die genügende Unterstützung gefunden hätten. Der Reichskanzler folgte zwar am 29. August den Wünschen Seiner Majestät und richtete beim Auswärtigen Amt eine Stelle für einen Werbe- und Aufklärungsdienst ein, die der feindlichen Propaganda entgegenwirken und einen geistigen Angriffsfeldzug aller dazu befähigten Kreise zugunsten Deutschlands führen sollte. Weiter geschah nichts. Reichstagsabgeordneten wurde wohl Mitteilung von dem schweren Ernst der Lage gemacht, die Volksaufklärung aber unterblieb. Das fiel später in die Wagschale, als das Waffenstillstandsangebot gemacht wurde.

Die mahnenden Worte Seiner Majestät des Kaisers, nach innen die Regierungsgewalt fest zu handhaben und namentlich die Stellung der stellvertretenden Kommandierenden Generale wieder zu stärken, fanden keine Beachtung.

Über die Schwierigkeit, eine Vermittlung der Königin der Niederlande zu erreichen, gab sich die O. H. L. keiner Täuschung hin.

Bis die Politik klar sehen konnte, mußte Zeit vergehen. Die Kriegführung hielt es daher für selbstverständlich, daß am 14. August nicht der Zeitpunkt festgelegt werden konnte, zu welchem die Vermittlung beim Feinde einzusetzen habe. Die Politik hoffte Ende August auf eine Vermittlung. Staatssekretär v. Hintze führt in der „Frankfurter Zeitung" vom 31. Juli 1919 aus, daß Baron Gevers, der holländische Gesandte in Berlin, gegenüber der holländischen Vermittlung „sehr bereit und geneigt gewesen sei". Österreich-Ungarn wurde hiervon verständigt. Das Weißbuch „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" bestätigt die Auffassung des Staatssekretärs v. Hintze*).

Die O. H. L. hörte nichts darüber, ob die Königin von Holland den Antrag annahm oder nicht. Unter dem Eindruck der sich an der Westfront ernster gestaltenden Kriegslage bat sie Anfang September den Staatssekretär von neuem, nach Spa zu kommen, und erklärte sich dabei ausdrücklich mit der Ausführung der Vermittlung durch die neutrale Macht ohne Aufschub einverstanden.

Österreich-Ungarn war gegen eine solche Vermittlung. Es versprach sich von einer Note „an Alle" mehr Erfolg. Der deutschen Politik gelang es nicht, durchzusetzen, was sie für richtig hielt. Graf Burian veröffentlichte seine Note an alle kriegführenden Mächte am 14. September, ein Schritt, der ganz selbstverständlich wie Schall im Winde verhallen mußte. Nur die Antwort Wilsons vom 27. September wurde von ihr ausgelöst. Damit begann der Feind seine Maske abzunehmen, nachdem er den dummen deutschen Michel irregeführt hatte.

Von einer Friedensvermittlung der Königin der Niederlande war nicht mehr die Rede. Die Tatsache, daß die niederländische Regierung auf Ansuchen der deutschen und österreichischen Regierungen den Haag für eine Friedensbesprechung zur Verfügung stellte, hatte mit einer Vermittlung nichts zu tun. Das Ansuchen bleibt unverständlich, weil ein Friede noch in weiter Ferne stand.

---

*) Nr. 5 der Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Volksausgabe, läßt diese Bestätigung fort.

In der zweiten Septemberhälfte verschärfte der Zusammenbruch Bulgariens die Kriegslage entscheidend. Er war nicht verursacht durch einen Sieg des Feindes, sondern durch eine von ihm geschürte Meuterei des Heeres. Eine Bedrohung Österreich-Ungarns von der Balkanhalbinsel her, der erneute Hinzutritt Rumäniens zu der Zahl unserer Feinde, teilweise die Folgen schwerer Unterlassungen der Politik, waren in greifbare Nähe gerückt. In der Folge waren damit die Piave- und Westfront umgangen: die Feinde standen in unserem Rücken.

Die Kriegslage legte der deutschen O. H. L. als oberster Kriegsleitung eine noch nicht dagewesene Verantwortung auf. Der Vernichtungswille des Feindes war aufgepeitscht. Die bisherigen Versuche, zu Besprechungen mit dem Feinde zu kommen, hatten keinen Erfolg gehabt. Das war nicht weiter verwunderlich gewesen. Deutschland konnte jetzt nur Frieden erhalten, wenn es sich mit einem Antrage unmittelbar an den Feind wandte. Das erfordert das ungeschriebene Gesetz des Krieges.

Über den ungeheuren Ernst dieses Schrittes diesem Feinde gegenüber war sich die O. H. L. im klaren. Sonst hätte sie nicht seit dem 29. August 1916 ihr ganzes Handeln darauf eingestellt, ihn zu vermeiden. Nach innen zu erkannte sie die Lage nicht. Die Politik erschrak, aber sie konnte sich von den Wahngebilden falschen Denkens nicht losreißen und zu einer Tat schreiten.

Während starker Feind von außen anstürmte, hielten die Unabhängige Sozialdemokratie, die Mehrheitssozialdemokratie und die Demokratie aller Schattierungen die Zeit für gekommen, den Ertrag des Krieges einzuheimsen. Das deutsche Volk stellte sich auch jetzt nicht geschlossen vor den einst stolzen, in schwerer Not befindlichen Bau, den große Hohenzollernfürsten und ihre großen Ratgeber, zuletzt Kaiser Wilhelm I. und Bismarck, errichtet hatten. Es trat auch jetzt nicht geschlossen für seine Ehre und seine Würde ein und verstand nicht die Wahrheit der Worte des Generals v. Clausewitz:

„Ich glaube und bekenne, daß ein Volk nichts höher zu achten hat als seine Würde und die Freiheit seines Daseins, daß es diese mit

dem letzten Blutstropfen verteidigen soll, daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwischen ist, daß dieser Gifttropfen in dem Blute eines Volkes in die Nachkommenschaft übergehen und die Kraft späterer Geschlechter lähmen wird; daß man die Ehre nur einmal verlieren kann, daß ein Volk unter den meisten Verhältnissen unüberwindlich ist in dem großmütigen Kampf um seine Freiheit, daß selbst der Untergang dieser Freiheit nach einem blutigen und ehrenvollen Kampfe die Wiedergeburt des Volkes sichert."

Hätte sich das deutsche Volk ermannt, diesen Worten zu folgen, wir wären jetzt, auch wenn wir damals nach gewaltigsten und äußersten Anstrengungen — in Ehren — vor der Übermacht die Waffen gestreckt hätten, ein geschlossenes Volk.

Wir wären ein großes Volk und trotz Sklavenketten ein Herrenvolk.

Wir konnten den Krieg verlieren, durften es aber nie unter den Erscheinungen tun, die eintraten.

IX.
Der Ausgang.

Der Revolution von oben entgegen. — Die alte Staatsgewalt, Streben der Mehrheitsparteien. — Beratungen in Berlin am 28. September 1918: Regierung der „nationalen Verteidigung". — Forderungen der O. H. L. am 29. September. — Einverständnis mit dem Reichskanzler zum Weiterkampf im Fall eines unannehmbaren Friedens. — Wortlaut der ersten Note an Wilson. — „Das Drängen der O. H. L." — Zustände in Berlin. — Mahnung der O. H. L. an den Reichskanzler am 9. und 14. Oktober zur Kräftigung des Volksgeistes. — Versagen des Reichskanzlers. — Verzicht auf die nationale Verteidigung. — Die Sitzung am 17. Oktober. — Einspruch der O. H. L. am 20. Oktober. — Die O. H. L. für Fortsetzung des Krieges. — Die politische Kapitulation. — Die militärische Kapitulation. — Das Verbrechen der Politik am deutschen Volk.

In unserer ernsten Lage war das Auswärtige Amt schon Anfang September auf den Gedanken gekommen, einen Friedensvorschlag an Wilson zu richten. Der bulgarische Militärbevollmächtigte bei der O. H. L. berichtet hierüber am 2. September an seine Regierung, also zu einer Zeit, in der die Politik die neutrale Vermittlung anscheinend erfolgreich betrieb. Sie wollte demnach zwei Eisen im Feuer haben. Am 21. September wies ich auf eine Gelegenheit, über Bern mit Wilson zu verhandeln, hin.

Gleichzeitig nahmen die Mehrheitsparteien des Reichstages, die sich immer mehr der Regierungsgewalt bemächtigt hatten und die Zeit zur Erfüllung ihres vaterlandslosen, staatswidrigen Strebens für gekommen hielten, die Friedensfrage in die Hand.

Der Kampf um die Macht im Innern war durch die Mehrheitsparteien bisher noch nicht mit offensichtlicher Gewalt geführt worden. Die Regierung hatte indes eine Stellung nach der anderen aufgegeben. Während jetzt an der Front Heer und Marine in letzter, verzweifelter Kraftanspannung um das Leben des Vaterlandes rangen, wo daher mehr als je eine starke Staatsgewalt nötig war, geschah von den Mehrheitsparteien alles, sie entscheidend zu schwächen, um sich selbst an ihre Stelle zu setzen.

Die Staatsgewalt hatte versagt, das kann niemand bezweifeln, weil sie in ihrer äußeren und inneren Politik vor und in dem Weltkriege die Forderungen des Daseinskampfes nicht erkannt hatte, in dem Deutschland von jeher und jetzt, man sollte meinen allen bewußt, stand. Sie hatte sich unfähig erwiesen, zu verstehen, daß Politik eben Krieg und der Krieg Politik ist.

Die Lage, in die das Deutsche Reich geraten war, ist aber nicht in seiner Verfassung begründet — es war dieselbe Verfassung wie zu Zeiten des Fürsten Bismarck —, sondern von den Staatsangehörigen selbst verschuldet. Sie verstanden weder die Weltgeschichte und die Zeichen ihrer Zeit, noch vermochten sie, in internationalem, pazifistischem Denken befangen, zu verstehen, daß in Rücksicht auf die Geistesrichtung anderer Völker Macht in der Hand einer starken Regierung das einzige Mittel ist, die Freiheit und Wohlfahrt eines Volkes zu sichern, und daß nur staatliche Macht, nach innen vor verbrecherischem Wirrwarr auf allen Gebieten, nach außen vor dem Sklaventum bewahren kann. Macht und Gewalt sind im Leben der Staaten und Völker erst dann zu verabscheuen, wenn sie zur Vergewaltigung anderer und zu unsittlichen Zwecken benutzt werden, wie es auf der einen Seite die Bolschewisten tun, um ihre Herrschaftsgelüste und ihren Blutrausch, auf der anderen Seite die Entente und das Volk der Juden, um ihr Machtstreben und ihre Neigungen zu befriedigen. Mit der hohen germanischen Anschauung von der Macht und Gewalt des Staates, die in dem sozialen Preußentum sich verkörpert, hat dies nichts zu tun.

Unsere Staatsgewalt hat ihr Schicksal verdient. Aber was geschaffen wurde, vertiefte das Unglück. Neues wäre gerechtfertigt gewesen, wenn die Führer der Mehrheitsparteien wirklich eine vom Vertrauen der Mehrheit des Reichstages getragene, starke Regierung zur Einrichtung der nationalen Verteidigung geschaffen hätten, die die alte vernachlässigt hatte. Diese Absicht wurde zwar ausgesprochen, aber Taten fehlten. Die Mehrheitsparteien unternahmen nichts, um die Machtfülle des Staates nach außen noch in letzter Stunde zu festigen, sondern ergingen sich in innerpolitischen

Maßnahmen, die lediglich ihre eigene Macht erhöhten. Das war keineswegs gleichbedeutend mit staatlicher Machtfülle. Sie sagten sich nicht, daß Macht verpflichtet, und als sie oben waren, haben sie genau so und bald noch schlimmer versagt, als es die bisherige Regierung je getan. Schließlich konnte es auch gar nicht anders sein. Denn die Parteien und Männer, die jetzt die Macht im Staate an sich nahmen, gehörten zu denen, die an der inneren Schwächung Deutschlands bereits im Frieden gearbeitet hatten. Es waren die Parteien und Männer der Friedensentschließung mit ihrem verderblichen, defaitistischen und an der Kraft des eigenen Volkes zweifelnden Denken. Sie erstrebten außenpolitisch die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, den es nicht gab, im Innern die Einführung der parlamentarischen Regierungsform, die die Macht des Kaisers und der Landesfürsten brach und in ihre eigene Hand legte. Diesem Wollen kam der Wunsch entgegen, Wilson zu gefallen und so den Frieden zu erleichtern. Sie sagten sich nicht, daß, was ein Feind will, nur schlecht für uns sein könne. Sie waren stark allein in der Inbrunst, mit der sie an die Weltbeglückungsaufgabe des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika glaubten, und in dem Eifer, mit dem sie zufolge der Haltung der bisherigen Regierung der Vorspiegelung Glauben schenkten, die O. H. L. habe die Friedensabsichten des Reichskanzlers „sabotiert".

Innerhalb der Mehrheitsparteien des Reichstages, zu denen der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sehr enge Beziehungen unterhielt, fanden Ende September, vielleicht schon am 25. und 26., Besprechungen statt, deren Ergebnis am 28. schriftlich niedergelegt, aber leider in dem Weißbuch, Vorgeschichte des Waffenstillstandes, nicht veröffentlicht worden ist. In der Niederschrift wird die Einführung der parlamentarischen Regierungsform „als die Voraussetzung für die Schaffung einer starken, vom Vertrauen der Mehrheit des Reichstages getragenen Regierung zum Zweck der Organisation der nationalen Verteidigung und der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens"*) bezeichnet.

*) „Erlebnisse im Weltkrieg" von M. Erzberger, Stuttgart und Berlin 1920.

Im Auswärtigen Amt wurde, wie aus jenem Weißbuch ersichtlich, am 28. September folgende Aufzeichnung gemacht, die wohl mit jener Niederschrift in Zusammenhang steht, den gleichen Gedankengang wiedergibt und zu dessen Durchführung bestimmte Vorschläge macht:

„Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens ist die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis auf freie Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Hierzu wäre erwünscht, daß möglichst schon morgen abend ein Telegramm in Berlin eintrifft, das die Annahme der von Graf Hertling erbetenen Demission mitteilt und den Vizekanzler v. Payer beauftragt, dem Kaiser sofort wegen der Person des neuen Kanzlers und der Zusammensetzung der neuen Regierung Vorschläge zu machen. Das neue Kabinett soll alle Kräfte des Volkes auf breitester nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verteidigung des Vaterlandes nutzbar machen. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll der Vizekanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstags und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten.

„Die auf diese Weise neu gebildete Regierung würde im gegebenen Moment an den Präsidenten Wilson heranzutreten haben mit dem Ersuchen,

die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke allen kriegführenden Parteien die Entsendung von bevollmächtigten Delegierten nach Washington vorzuschlagen.

„Je nach den Wünschen unserer militärischen Stellen würde dem Präsidenten nahezulegen sein, die Kriegführenden eventuell gleichzeitig zum Abschluß eines sofortigen Waffenstillstandes einzuladen. Unsere Aufforderung an Herrn Wilson wäre von der Erklärung zu begleiten, daß Deutschland, eventuell der Vierbund, bereit ist, den Friedensverhandlungen als Programm die bekannten 14 Punkte des Präsidenten zugrunde zu legen."

Die Leitsätze der Revolution von oben waren damit festgestellt. Sie enthielten die Zusammenfassung der Kräfte des Volkes für die nationale Verteidigung, mit der aber nur gespielt wurde, die Erlangung der Macht im Innern und endlich die Herbeiführung eines Friedens oder eines sofortigen Waffenstillstandes unter Bezugnahme auf die vierzehn Punkte Wilsons.

Die Frage ist noch nicht geklärt, wie weit Prinz Max von Baden an diesen Vorgängen beteiligt ist. Er näherte sich Berlin und brachte sich dort in Erinnerung*).

*) „Ein Jahr in der Reichskanzlei" von Rittmeister Graf v. Hertling, Freiburg i. Br. 1919.

Unabhängig von den Vorgängen in Berlin, die die O. H. L. nicht klar übersah*), hatte sie sich infolge Verschärfung der Lage an der Westfront und namentlich infolge des Zusammenbruchs Bulgariens in langwierigen inneren Kämpfen zu dem schweren Entschluß durchgerungen, daß dem Feinde ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot zu machen sei. Um die gebotene baldige Klärung der Lage herbeizuführen, gab es keinen anderen Weg, als unmittelbar mit ihm in Beziehung zu treten. Alle bisherigen Versuche, zum Frieden zu kommen, waren ergebnislos verlaufen. Die neutrale Vermittlung war anscheinend aufgegeben. Dem Feinde war nach den ungeschriebenen Gesetzen des Krieges unsere Friedensbereitschaft klar und einwandfrei mitzuteilen**).

Die O. H. L. hatte die Folgen aus dem Verhalten der Politik zu ziehen, die den Geist des Volkes nicht gestählt, es über den Vernichtungswillen des Feindes getäuscht, dem Heere nicht das Mögliche gegeben und die Kriegführung nicht unterstützt hatte.

Die O. H. L. teilte am 29. September früh dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, den sie nach Spa gebeten hatte, diese Anschauungen mit. Sie hielt für selbstverständlich und betonte es ihm gegenüber, daß wir für unsere Ehre und unser Leben weiterzukämpfen hätten, falls wir nur einen Frieden erhalten könnten, wie seinerzeit Karthago von Rom. Auch der Vertreter der O. H. L. sprach sich den Abgeordneten gegenüber am 2. Oktober dahin aus:

„Gleichzeitig mit dem Friedensangebot muß eine geschlossene Front in der Heimat erstehen, die erkennen läßt, daß der unbeugsame Wille besteht, den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen Frieden oder nur einen demütigenden Frieden geben will.

„Sollte dieser Fall eintreten, dann wird das Durchhalten des

*) Die Ansicht, die O. H. L. habe am 28. früh der Einführung der parlamentarischen Regierungsform zugestimmt, ist unrichtig. Ihre Vertreter waren von den Vorgängen in Berlin nicht einmal voll unterrichtet. Als ihr mitgeteilt wurde, eine innere Zuspitzung der Lage könne durch die weitere Aufnahme einiger Parlamentarier in Staatssekretär- und Unterstaatssekretärposten abgewandt werden, hielt sie ein Beschreiten dieses Weges durch den Reichskanzler diesem gegenüber für richtig.

**) Die Ausstreuungen, ich habe im Nervenzusammenbruch gehandelt, sind unwahr, auch ist nicht richtig, von einem jähen Stimmungswechsel der O. H. L. zu sprechen.

Heeres entscheidend von der festen Haltung der Heimat und dem Geist, der aus der Heimat zum Heere dringt, abhängen."

Die O. H. L. erfuhr am 29. September von dem Staatssekretär nichts über die Besprechungen der Mehrheitsparteien, auch nichts darüber, daß in seinem Amte, wie es durchaus naturgemäß war, entsprechende Erwägungen, zum Frieden zu kommen, angestellt worden waren. Er betonte nur die Gefahr einer Revolution in Deutschland, wenn nicht die parlamentarische Regierungsform eingeführt würde, und schlug vor, das Angebot an Wilson zu richten.

Die O. H. L. verlangte in Anbetracht des Vernichtungswillens des Feindes und des Niederganges der Kampfkraft von Volk und Heer, daß das Angebot ohne Verzug zu erfolgen habe. Der Staatssekretär gab an, es könne am 1. Oktober abgehen.

Das müde und von der Heimat vernachlässigte Heer bedurfte der Klarheit, aber auch endlich eines Kraftzuschusses aus der Heimat, um die Lage an der Front zu halten oder den Krieg weiterzuführen. In jedem Falle war es bei der außerordentlichen Anspannung der Truppen von ausschlaggebender Bedeutung, daß sie den Kraftzuschuß so bald als möglich erhielten. Jeder Tag bis dahin zehrte in höchstem Maße an ihrem nicht mehr gesunden Mark. Standhalten oder Weiterführen des Krieges mußte um so schwieriger werden, je später das Heer gekräftigt wurde.

Auch der Politik wäre eine Stärkung der Front zugute gekommen. Sie stand dem Feinde gegenüber günstiger da, wenn das Heer zum Weiterkämpfen die genügende Kraft hatte.

So wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal lagen, war ein Kraftzuschuß für das Heer nur dann zu erreichen, wenn das deutsche Volk zu der Erkenntnis kam, daß es vor einem Gewalt- und nicht, wie ihm dauernd vorgesprochen war, vor einem Versöhnungsfrieden stehe. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot mußte hierüber bald den so dringend gebotenen Aufschluß bringen. Bekamen wir wirklich einen Frieden, der uns trotz schweren Opfern Ehre und Leben ließ, dann mußten wir ihn annehmen und uns unnötige Blutopfer ersparen.

In dem Grundgedanken, andernfalls weiterzukämpfen, schien zwischen Politik und Kriegführung vollständige Einigkeit zu bestehen. Am 5. Oktober sprachen sich der Reichskanzler Prinz Max von Baden und Reichstagspräsident Fehrenbach im Namen der Regierung, des Reichstages und des deutschen Volkes bestimmt und deutlich für den Weiterkampf aus, falls die Friedensbedingungen unannehmbar seien.

Der Reichskanzler führte aus: „Wie dieses Ergebnis (das Friedens- und Waffenstillstandsangebot) auch ausfallen möge: ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu einem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, diktiert sein sollte."

Präsident Fehrenbach sagte: „Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche daheim bereit, für das Vaterland, wenn es gefordert werden sollte, jedes Opfer zu bringen."

Daß beide Männer, wie aus ihren Reden hervorging, immer noch nicht eingesehen hatten, daß von jeher das deutsche Volk zu einem Kampf auf Leben und Tod gezwungen war und von jeher die Lage von jedem Deutschen jedes Opfer forderte, gab keinen Anlaß, an der Echtheit ihrer Überzeugung zu zweifeln. Es war nur ein Zeichen ihrer demokratischen Weltfremdheit, die sie nicht sehen ließ, daß diese Forderungen nicht erst nach dem 5. Oktober 1918, sondern klipp und klar seit dem 18. Januar 1871, als Deutschland den Grundstein zu seiner politischen und wirtschaftlichen Machtstellung legte, an das deutsche Volk gestellt wurden.

Die O. H. L. gab ihre Zustimmung, das Angebot an Wilson zu richten. Sie schlug aber vor, es auch den feindlichen Großmächten zuzustellen.

Wenn behauptet wird, daß sie die Note entworfen hätte, so ist das ein Irrtum. Sie hat sich nur zu einem Vorschlage ge-

äußert, der ihr von dem Auswärtigen Amt zugestellt wurde. Sie forderte dabei unter anderem nicht, daß die Note den Wunsch nach einem „sofortigen" Abschluß eines Waffenstillstandes aussprach, wie es später in ihr hieß. Sie nannte hierfür keine Zeit und warnte auch vor der vorbehaltlosen Annahme der vierzehn Punkte Wilsons. Auch fehlte der Hinweis auf Wilsons berüchtigte Rede vom 27. September. Die O. H. L. bezweckte durch ihre Stellungnahme, daß die Note ruhiger und selbstbewußter nach außen hin wirkte. Diese Angaben mögen für den Gang der großen Ereignisse unwichtig erscheinen, zeigen aber das Denken der O. H. L.

Über den Zeitpunkt der Abfertigung der Note entstand Meinungsverschiedenheit, als sich ihr Abgang über die vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes angegebene Zeit hinauszog. Darauf forderte am 1. Oktober ein Uhr mittags die O. H. L., die von dem eigennützigen Auftreten politischer Parteien bei der Regierungsbildung Kenntnis bekam, vom Vizekanzler einen Entschluß*). Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der von seinen Vertretern entsprechende Telegramme erhielt, scheint diese Forderung richtig verstanden zu haben. Er antwortete:

„Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien."

Diese ließen es in ihrer Begehrlichkeit an Gemeinsinn für Heer und Volk fehlen und zogen es vor, im Augenblicke höchster Not des Landes, nach den Worten des Staatssekretärs, der bisher mit ihnen gearbeitet hatte, unsinnige und anspruchsvolle Forderungen durchzusetzen, um sich in ihrer Selbstsucht recht schnell den erstrebten Ertrag des Krieges zu sichern.

Prinz Max wollte nach seinem Eintreffen in Berlin am 1. Oktober, gegen die Anschauung der O. H. L. und verschiedener Staatssekretäre, mit der Absendung des Angebotes mindestens acht Tage warten. Die O. H. L. hätte den Wünschen des Reichskanzlers nachkommen können, wenn von ihm sofort kraftvolle Einwirkungen auf

*) Näheres darüber in meinen „Entgegnungen auf das amtliche Weißbuch: Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Heft 2: Das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, Heft 3: Das Verschieben der Verantwortlichkeit." Berlin 1919.

den Volksgeist ausgegangen und starke Taten zu verzeichnen gewesen wären. So vermochte sie ihren Standpunkt, daß ohne Verzug zu handeln sei, nicht aufzugeben.

Die Note ging „trotz dem Drängen" der O. H. L. erst am 5. Oktober nach Washington — nach den Wünschen des Reichskanzlers war der früheste Zeitpunkt dafür der 9. Oktober.

Der Leser mag auch hier selbst urteilen, also sich in diesem Falle darüber klar werden, ob ein nur wenige Tage hinausgeschobener Abgang der Note den Eindruck unserer Anerkennung der Friedensbedürftigkeit beim Feinde, der große militärische Erfolge errungen hatte, gemindert haben würde. Nicht in dem „Drängen" der O. H. L. lag der Fehler; sie sprach sich ja — im engsten Kreise, sozusagen unter vier Augen — nur gegenüber dem Vizekanzler, dem Reichskanzler und den Abgeordneten aus, die ihr von der Regierung zugeführt wurden. Der Fehler lag darin, daß der Reichskanzler früher das Volk und den Reichstag nicht aufgeklärt hatte, und daß er es jetzt durch einen Offizier tun ließ, daß die Mehrheit des Reichstages wiederum allein innere Politik trieb, statt an Krieg und Heer zu denken, daß Abgeordnete der Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer und der Unabhängigen Sozialdemokratie in den Stand der Dinge voll eingeweiht und in Berlin sofort Mitteilungen verbreitet wurden, die O. H. L. dränge auf einen Waffenstillstand und habe ihre Nerven vollständig verloren. Polen, Dänen, Elsaß-Lothringer glaubten nun, die Zeit der „Befreiung" sei für sie gekommen. Die Mehrheitsparteien und die Unabhängige Sozialdemokratie fühlten ihre Stunde nahen. Die den Staat zerstörende Arbeit dieser Partei im Lande erhielt gewaltigen Antrieb.

Die feindlichen Mächte erfuhren alles haarklein; rühmt sich doch Korfanty, England und Frankreich mit Nachrichten versehen zu haben. In einem Briefe vom 17. Mai 1921 schreibt Korfanty an Lloyd George: „Gewisse Kreise in England und Frankreich könnten Sie unterrichten, daß ich, während des Krieges in Berlin lebend, mein Leben riskiert habe, um den Interessen Englands und Frankreichs zu dienen." Die Haltung des Dänen Hansen war ähnlich. Wie mußte jetzt durch die Meldung aus Berlin über die Zustände

daselbst und den „Nervenzusammenbruch der O. H. L." der Kriegs- und Vernichtungswille des Feindes gesteigert werden. Ihm galt sie als Wahrzeichen deutscher Kraft. Der Zusammenbruch Deutschlands wurde in greifbare Nähe gerückt.

Nachträglich bedauere ich lebhaft, daß ich in jenen Tagen nicht persönlich in Berlin war. Ich glaubte nahe der Front sein zu müssen, erkannte aber den Fehler und kam sobald wie möglich nach Berlin.

Politik und Kriegführung gingen im übrigen so lange in Übereinstimmung nebeneinander her, als die Kriegführung hoffen konnte, es sei der Politik ernst mit dem Gedanken des Weiterkämpfens in dem Falle, daß unannehmbare Bedingungen gestellt würden. Auch die O. H. L. war zu schweren militärischen Opfern bereit. So war sie mit der Räumung des besetzten Gebietes, allerdings in drei bis vier Monaten, einverstanden. Aber sonst mußte nach ihrer Ansicht das Nachgeben auf militärischem Gebiet vor Friedensschluß eine Grenze haben*).

Die O. H. L. vertrat gegenüber dem Reichskanzler folgerichtig die Forderung weiter, dem Heere schleunigst neue Kraft zuzuführen. Sie empfand es sehr bald, daß in der Heimat hierfür nichts geschah. Nichts wurde unternommen, um die Kräfte des Volkes zusammenzufassen — die selbstverständliche Voraussetzung für die Kräftigung des Heeres an Zahl und kriegerischen Tugenden.

Am 9. Oktober wies die O. H. L. den Reichskanzler darauf hin, daß eine kraftvolle Aufklärung dringend nötig sei, um das Volk auf alle Fälle für den Endkampf auf Leben und Tod vorzubereiten. Die Regierung machte einen Anlauf dazu; aber Staatssekretär Erzberger, der die Aufklärung leiten sollte, versagte.

Am 14. Oktober, noch vor Eingang der zweiten Wilson-Note, mahnte die O. H. L. auch schriftlich:

*) Zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen trat im Großen Hauptquartier in Spa eine Abordnung aus Offizieren unter General v. Gündell zusammen. Ihr sollte ein Vertreter des Reichskanzlers, ähnlich wie seinerzeit an den Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk, beigegeben werden. Meine Teilnahme lehnte der Feind später ausdrücklich ab und erstrebte Verhandlungen mit einer zu diesem Zweck vom Reichstage erwählten Abordnung. Am 26. Oktober wurde ich entlassen. Staatssekretär Erzberger schob General v. Gündell beiseite und ließ sich an die Spitze der Abordnung stellen.

„Eurer Großherzoglichen Hoheit meine ernste Sorge auszusprechen, daß die gegenwärtige Stimmung im Innern des Reiches unsere militärische Lage und unsere Aussichten bei Verhandlungen immer ungünstiger gestaltet, halte ich mich für verpflichtet. Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen. Feindliches und neutrales Ausland beginnen in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudigst alles setzt an seine Ehre. . . . .

„. . . . An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Übermacht zu trotzen. . . . .

„. . . . In öffentlichen Kundgebungen aller Art muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: ehrenvollen Frieden oder Kampf bis zum Äußersten! . . . ."

Die zweite Wilsonnote, die am 15. Oktober einging, zeigte deutlich, wie recht die O. H. L. damit hatte, den Reichskanzler auf die Erfüllung seiner Zusagen in der Rede vom 5. Oktober zu drängen: sie forderte die Einstellung des U-Bootkrieges. Dies war der Beginn unserer Wehrlosmachung, die unser Schicksal besiegeln mußte.

Dadurch, daß die O. H. L. auf den Reichskanzler einwirkte, drängte sie zugleich Regierung und Reichstag. Reichskanzler und Regierung waren nur Vertreter der Mehrheitsparteien, die die Verteidigung des Vaterlandes hatten fördern wollen; als solche hatten Prinz Max und auch der Reichskanzler am 5. Oktober gesprochen.

Die Kriegführung hielt die Linie ein, der nach ihrer Ansicht auch die Politik folgen wollte. Die Politik aber wich von ihr ab. Das entschied sich, für die O. H. L. noch unklar, am 16. Oktober.

Das Heer hatte inzwischen an vielen Stellen Bewunderungswürdiges geleistet. Aber an anderen hatten die Abgänge, namentlich auch an Fahnenflüchtigen und Drückebergern, zugenommen. Die Stärke der Truppen an kampffähigen Männern war geringer

geworden. Die einzelnen Verbände mußten immer häufiger eingesetzt werden. Die Anspannung wuchs. Das Heer bedurfte endlich der Klarheit. Die O. H. L. mußte wissen, was die Politik der Kriegführung noch geben konnte und wollte.

Sie ließ in der Sitzung des Kriegskabinetts am 16. Oktober von ihrem Vertreter die Frage stellen:

„Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen, in dem Kampf bis zum Äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen des Feindes über die Landesgrenze zu verhindern, oder ist die moralische Widerstandskraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handelt es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen."

In den Gedankengängen, in denen sich die O. H. L. bewegte, war diese Frage Pflicht, zumal nach ihrer Auffassung, hier mehr als je, der Krieg die äußere Politik selbst sein mußte. Die Mitglieder des Kriegskabinetts kannten diese Zusammenhänge anscheinend nicht und vermochten sich nicht in ihre eigene Lage und die Lage der Kriegführung hineinzudenken. Sie machten ihr dagegen die ungeheuerliche Unterstellung, als ob sie durch diese Frage die Verantwortung, die sie für das Friedens- und Waffenstillstandsangebot auf sich genommen hatte, von sich auf andere schieben wollte. Diese Unterstellungen gelangten nicht zur Kenntnis der O. H. L.

Am 17. Oktober sprach sich die O. H. L. mit der Seekriegsleitung, die an Stelle des Admiralstabes getreten war, gegen das Fallenlassen des U-Bootkrieges aus. Sie stellte auch selbst die Frage nach der Fortsetzung des Krieges.

Der Kriegsminister eröffnete Aussichten auf Ersatz; das war der O. H. L. wertvoller wie ein Arbeiten mit dem Schlagwort „Levée en masse". 1870 hatte es in Frankreich seine Schuldigkeit getan; dort stand die Masse der Wehrfähigen noch willensstark und kampffreudig zur Verfügung. Bei uns war 1918 die männliche Bevölkerung schon stark ausgekämmt, in der Kriegswirtschaft beschäftigt oder stand in breiten Teilen dem Kriege widerwillig gegenüber. Die

Verhältnisse lagen bei uns ganz anders als 1870 in Frankreich. Im Herbst 1918 konnte nur noch eine geregelte Aushebung in Frage kommen. In einer Ablehnung der „Levée en masse“, die in der Form dieses Schlagwortes und bei der Stimmung im Lande dem Heere nichts geben konnte, lag nicht der Verzicht auf den Weiterkampf, sondern allein die Zurückweisung trügerischer Begriffe.

Von gleicher Bedeutung wie die Gestellung von Ersatz, worüber günstigstenfalls noch eine gewisse Zeit vergehen mußte, ja noch dringender war die Hebung des Volksgeistes, eine geistige Levée en masse, die die Drückeberger und Fahnenflüchtigen an der Front festhielt und ihr wieder zuführte, unerbittlich die Arbeitsleistungen daheim hob und dem Heere Ersatz stellte. Sie hätte obendrein die Regierung dem Auslande gegenüber gestärkt.

Ein Teil der Staatssekretäre meinte in der Sitzung am 17. Oktober, man könne das Volk aufrufen, und es würde folgen; man müßte ihm nur zeigen, wohin es steuere; man könnte die Stimmung heben, wenn die Forderungen, die in der zweiten Wilsonnote zwischen den Zeilen stehen, deutlich hervorträten und man dem deutschen Volke sagte, es würde aus dem Kreise der Nationen gestrichen und durch Kriegsentschädigung derart belastet werden, daß es erdrückt würde, wenn es nicht noch einige Wochen durchhielte.

Staatssekretär Scheidemann, der sich bereits am 16. Oktober für das Aufhören des U-Bootkrieges ausgesprochen hatte, meinte dagegen, die deutschen Arbeiter wollten nicht mehr kämpfen und würden, ausgehoben, den Geist des Heeres verschlechtern.

Klarer kann sich niemand über den Einfluß des Volksgeistes auf das Heer aussprechen. Staatssekretär Scheidemann bestätigte damit das Ergebnis der sozialdemokratischen Arbeit im Frieden und Kriege und namentlich ihrer pazifistischen und zersetzenden Tätigkeit während der Kriegszeit. Die Frucht reifte, die die Politik so liebevoll gehegt hatte. Sie beschleunigte das Reifen der Frucht, indem sie einen Straferlaß erwirkte, der auch Liebknecht und Eisner und vielen anderen zugute kam, die jetzt mit gesteigertem Eifer ihre Arbeit gegen den „Militarismus“ und den Krieg zur Herbeiführung der Diktatur des Proletariats aufnahmen.

Der Glaube an die Versöhnung der Menschen, verkörpert in der Verehrung Wilsons, die knechtische Furcht, den Feind durch Entflammung des Geistes zu reizen, und das an sich richtige Gefühl, durch einen schlechten Frieden die Macht im Innern vollends zu erlangen und zu behaupten, sowie die Rücksichtnahme auf die Unabhängige Sozialdemokratie, sollten im Kriegskabinett in den folgenden Tagen siegen. Von einer nationalen Verteidigung war keine Rede mehr.

Der „Vorwärts" schrieb am 20. Oktober: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich heimgebracht zu haben."

Die entscheidenden Verhandlungen im Schoße des Kriegskabinetts sind nicht veröffentlicht*). Es stellte sich auf den Boden des Staatssekretärs Scheidemann und — des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Solf. Die Staatssekretäre aber, die am 17. Oktober für diesen Fall so klar das kommende Unglück des Volkes erkannt hatten, blieben im Amt. Sie fühlten sich in ihrem demokratischen Denken der persönlichen Verantwortung überhoben. Sind ihnen in jenen Tagen Mitteilungen gemacht worden, die ihre Stellungnahme vom 17. Oktober geändert haben?

Statt eine klare Frage an Wilson zu stellen, was er eigentlich wolle, statt das Volk aufzurütteln und mit dem Mut der Verzweiflung zu erfüllen, wie die O. H. L. am 17. Oktober vorgeschlagen hatte, ließ die Regierung den U-Bootkrieg fallen und betrat damit den Weg zur Waffenstreckung und Selbstpreisgabe.

Noch einmal warnten O. H. L. und Seekriegsleitung. Die O. H. L. schrieb am 20. Oktober:

„. . . . Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

*) Das deutsche Volk hat die Pflicht, die Bekanntgabe zu fordern. Es über den wichtigsten Vorgang in seiner Geschichte, der folgerichtig alle weiteren nach sich zog, im unklaren zu lassen, ist unerhört.

„Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Bootkrieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

„Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen. . . . ."

Die Politik beharrte bei ihrem Entschluß. Sie schwächte durch das Fallenlassen des U-Bootkrieges den Geist des Heeres und der Marine empfindlich und befreite den Feind aus einer Lage, die er nach seinem eigenen Geständnis als bedrohlich angesehen hat. Das müde Heer hatte wieder die Last des Kampfes allein zu tragen, ähnlich wie vor dem 1. Februar 1917. Heer und Marine erhielten nichts, was sie zur erfolgreichen Fortsetzung des Widerstandes befähigte. Sie waren im Gegenteil geschwächt worden. Trotzdem genügte unser Widerstand, um die feindlichen Angriffe matter werden zu lassen. Er nötigte Lloyd George die Anerkennung ab, der Ausgang des Krieges habe auf des Messers Schneide gestanden.

Es wirkt wie ein Hohn, wenn der Reichskanzler als Vertreter der Politik den schwer ringenden Männern an der Front zurief:

„Die Heimat läßt euch nicht im Stich; was ihr braucht, was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll euch werden."

Worte nutzten dem Heere nichts.

Regierung und Reichstag ließen das Heer, die Politik die Kriegführung im Stich.

Als die furchtbaren Bedingungen von Versailles im Mai 1919 bekannt wurden, da sagte der demokratische Abgeordnete Konrad Haußmann, der in der Sitzung vom 17. Oktober als Staatssekretär den Weiterkampf für möglich gehalten und die unheilvollen Folgen eines Wilsonfriedens ebenso vorausgesehen haben wird wie sein Fraktionsgenosse v. Payer:

„Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, es hätte ausgehalten."

Auch der Reichsminister a. D. Gothein schreibt unter dem 5. Juli 1919:

„Hätten wir allerdings ahnen können, wie der Frieden aussehen würde, so hätte das deutsche Heer bis zum Frühjahr weitergekämpft."*)

Nun, die Kriegführung hat die Politik eindringlich vor der Waffenstreckung gewarnt, weil sie in ihrem natürlichen Gefühl von dem Wesen, der Macht und dem Denken der Feinde richtig einschätzte, was kam. Nicht das tapfere Heer, das diese Beschuldigung zurückweist, hat die Waffen niedergelegt, sondern es wurde hierzu durch jene Politik gezwungen.

Das Volk folgte seinen schlechten Führern und Verführern und eilte kopfüber in sein Verhängnis. Es konnte und wollte auch jetzt nicht das Streben der Kriegführung verstehen, die den Willen des Feindes, aber auch seine Schwächen richtig erkannt und als einzig mögliche Maßregel der Heimat die äußerste Entschlossenheit und die äußersten Anstrengungen des gesamten Volkes gefordert hatte.

Auch nach dem 20. Oktober taten Kriegführung und Heer ihre Schuldigkeit und kämpften für das Vaterland. Die Masse des Volkes, der Reichstag und die Regierung dachten aber überhaupt nicht mehr ans Kriegführen.

In den Verhandlungen mit Wilson entkleideten Regierung und Reichstag Kaiser und Fürsten immer mehr der Macht und ergriffen diese immer ausschließlicher.

Nach Eingang der dritten Wilsonnote schien es der Kriegführung einen Augenblick, als wolle sich die Politik von ihrem Denken und Handeln abwenden und darauf besinnen, was sie Volk und Heer schuldig sei. In dieser Auffassung gab die O. H. L. am 24. Oktober folgende Drahtung an die Truppen:

„Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundes-

---

*) „Auf Vorposten", 9. Jahrgang 1921.

genossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Über einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in Bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge; andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

„Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort »Rechtsfrieden« nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert*)."

Am 25. Oktober drängte die O. H. L. in Berlin im Sinne dieser Drahtung die Politik zur Tat. Die Regierung war aber zu nichts mehr zu bewegen, sondern betrieb meine sofortige Entlassung, da einzelne ihrer Mitglieder von mir wohl Widerstand gegen ihre weiteren innerpolitischen Absichten befürchteten. Sie schwächte damit die Kriegführung und stärkte den Willen des Feindes.

Als die Reichstagsmehrheit ihr innerpolitisches Ziel erreicht, den Kaiser und die Bundesfürsten tatsächlich aller Macht beraubt und die eigene gefestigt hatte, vollzog die Regierung in der vierten Note an Wilson die politische Kapitulation vor dem Feinde. Sie nannte, das deutsche Volk täuschend, im Knechtssinn den zu erwartenden Vernichtungsfrieden speichelleckerisch einen Frieden der „Gerechtigkeit"!

*) Als die O. H. L. erkannte, daß die Auffassung des Reichskanzlers über die Lage tatsächlich ganz anders war, zog sie die Drahtung wieder ein. Da, wo sie die Truppe erreicht hatte, löste sie Jubel aus.

Der politischen Kapitulation ließ die Regierung die militärische folgen. Das Heer erhielt keinen Ersatz mehr, da dieser nicht mehr kämpfen wollte. Von einem geistigen Antrieb war nicht mehr die Rede. Jetzt nahm die Politik dem Lande und dem Heere den Obersten Kriegsherrn und erschütterte so den Halt des Staates und des Heeres auf das tiefste. Sie verhinderte nicht, daß Teile des Volkes, die die bewaffnete Streitmacht seit langem verseucht hatten, unter Beteiligung der Fahnenflüchtigen und äußerlich geleitet von Matrosen, dem Heere buchstäblich in den Rücken fielen. Im Innern des Landes ließ sie an Stelle der Ordnung die Pöbelherrschaft und innerhalb der Streitmacht an Stelle der Mannszucht Unbotmäßigkeit und Meuterei zu. In dieser Lage versagten auch Offiziere. Diese Feststellung fällt mir besonders schwer.

Schließlich entwaffnete die Politik, vertreten von den sogenannten Volksbeauftragten, das vom Feinde unbesiegte Heer und lieferte Deutschland dem Vernichtungswillen des Feindes aus — um in Deutschland die Revolution ungestört durchzuführen. Das war der Gipfel des Verrats der Politik, vertreten durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten, an Kriegführung und Volk.

Das Verbrechen der Politik am deutschen Volke war damit erfüllt. Schlimmeres tat noch keine Politik. Sie allein, nicht der Feind, hat die Kraft der Kriegführung und damit die Volkskraft gebrochen, die im Offizierkorps und Heer ihre Verkörperung fand. Sie hat uns nach Compiègne, nach Versailles und Spa geführt und das Ultimatum der Entente vom Mai 1921 annehmen lassen. Sie stellt in Leipzig deutsche Soldatenehre würdelos an den Pranger und kriecht vor dem Feinde.

Sie hat uns in das Sklaventum gestoßen, weil sie uns wehrlos in die Hände der Feinde getrieben hat, und nimmt uns die staatliche Ordnung, weil sie willfährig die Waffen ausliefert.

Das Schicksal Österreich-Ungarns gestaltete sich ähnlich. Die Doppelmonarchie der Habsburger sollte an der Politik buchstäblich zugrunde gehen.

X.

Ergebnis.

1.

Die Kriegführung. — Ihr Einfluß auf die Gestaltung der Welt. — Die militärische Kriegführung. — Strategie. — Kriegführung und Politik. — Diktatur. — Versagen der Politik. — Lahmlegung der militärischen Kriegführung und die Wehrlosmachung des deutschen Volkes durch die Politik.

2.

Vorherrschen des internationalen, pazifistischen, defaitistischen Denkens im deutschen Volk. — Notwendigkeit, die Wirklichkeit richtig einzuschätzen. — Die Wehrlosmachung Deutschlands. — Erkennen des Wesens der Schlagworte. — Eigenes männliches Handeln. — Notwendigkeit, die Gestalt des wahrhaftigen Krieges zu erkennen. — Anforderungen, die daraus entspringen. — Vaterländische Einheitsfront. — Beschaffenheit der Einheitsfront. — Tugenden des alten Heeres als Grundlage. — Das Undeutsche an einzelnen, im Volk, im Staat. — Die deutsche Familie. — Körperliche Ertüchtigung. — Bedeutung der Volkswirtschaft. Anforderungen an sie. — Die Regierungsgewalt. — Krieg und Politik. — Notwendigkeit der politischen Bildung des Volkes auf dieser Grundlage. — Volk und Führer. — Schwierigkeit der Arbeit. — Urquell der Kraft.

1.

Die Kriegführung beurteilte vor Beginn des Krieges die militärische Lage richtig. Während des Krieges unterstützte sie die Politik bei unzulänglichen Mitteln durch ihre militärischen Anordnungen nicht immer so, wie diese es erwarten konnte. Dagegen erhob sie sich, dank dem unvergleichlichen Heere, dank vielen Leistungen der Heimat, auf einzelnen Kriegsschauplätzen und während der zweiten Hälfte des Krieges samt und sonders zur vollen Höhe kriegerischen Könnens. Sie blieb aber schließlich eine Einzelleistung, wenn auch von einer Größe, die die Welt aus den Angeln hob und umgestaltete. Doch konnte sie die Auslieferung Deutschlands und Österreich-Ungarns an den feindlichen Machtwillen nicht verhindern.

Unsere Kraft veranlaßte die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Europa einzugreifen, ein weltgeschichtliches Ereignis allergrößter Bedeutung.

England verlor zwar auf dem Gebiete des Welthandels durch den Niedergang Deutschlands seinen vermeintlichen Nebenbuhler, der eine gute, halb so starke Flotte als es selbst besaß; in den Vereinigten Staaten aber entstand eine Macht, deren Flotte der seinigen bald überlegen sein wird. Sie ist im Handel und in der Weltmachtstellung ein viel gefährlicherer Nebenbuhler, als Deutschland es je war. Das würde noch schärfer offenbar werden, wenn sich die Vereinigten Staaten mit ihren Streitkräften in den Azoren festsetzen sollten. In dem kommenden Ringen der beiden angelsächsischen Weltmächte um die Herrschaft auf der Erde ist die militär-politische Haltung Japans und Frankreichs ausschlaggebend.

Japans weltgeschichtliche Bedeutung ist durch die im Kriege zutage getretene Stärke Deutschlands gewachsen.

Frankreich ist Herr in Mitteleuropa. Es stützt seine Macht auf das stärkste Heer der Erde und die Streitkräfte der in Mitteleuropa neu geschaffenen Staaten, an erster Stelle Polens und der Tschecho-Slowakei. Es liegt an den Handelsstraßen Englands und ist, mit Mitteleuropa im Rücken, zusammen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika für England ein ganz anderer politischer Gegner als Deutschland, selbst wenn es mit der Gegnerschaft Italiens rechnet.

Durch die Kraft Deutschlands ist Rußland zerschlagen.

In Rußland ist eine revolutionäre Macht entstanden, deren Bedeutung noch nicht einzuschätzen ist. Es strahlt als politische Macht, wiederum England bedrohend, mit der Schwerkraft nach Asien und als Haupt der Dritten Internationalen nach Europa, trotz seiner Schwächung durch die Abtrennung Polens und der Randstaaten und trotz der bolschewistischen Mißwirtschaft viel stärker aus als vor seinem Zusammenbruch. Standen sich bisher feindliche Völker in geschlossenen Staaten gegenüber, so stützt Sowjet-Rußland seine Macht nach Westen auf den Gedanken des Klassenkampfes innerhalb aller Staaten.

Diese zwischenstaatliche Macht wird von Mitgliedern des jüdischen Volkes geleitet.

Das Judentum sieht seine nationalen Wünsche durch die Inbesitznahme Palästinas, seine wirtschaftlichen und politischen durch seine Überstellung in den kriegführenden Ländern erfüllt. Es hat ausschlaggebenden Einfluß in Europa und Amerika*).

Man kann das Ergebnis des Krieges bedauern, an dem die Kraft des Deutschen Reiches, verkörpert in seinem Heer und in seiner Kriegführung, neben dem Machtwillen Englands, Frankreichs, des jüdischen Volkes und der Dritten Internationalen einen so entscheidenden Anteil hat, ändern läßt es sich nicht mehr.

Durch den Niedergang Deutschlands, die Machtlosigkeit Mitteleuropas ist der Erde der Hort des Friedens genommen. Sie sieht sich einigen wenigen Gewalthabern ausgeliefert, die auch heute noch vorgeben, für Recht und Gerechtigkeit das Schwert gezogen zu haben. Der kriegerische Zeitabschnitt, der mit dem Weltkriege beginnt, wird neue Kriege erzeugen. So wenigstens muß heutzutage die Weltlage angesprochen werden. —

---

*) In letzter Zeit mehren sich die Veröffentlichungen, die die Stellung des jüdischen Volkes klarer beleuchten. Das deutsche Volk, aber auch die anderen Völker der Erde haben allen Grund, sich eingehend mit der geschichtlichen Entwicklung des jüdischen Volkes, seinen Organisationen, seiner Kampfart und seinen Plänen zu befassen. Es ist zu vermuten, daß wir in vielen Fällen zu einer anderen Weltgeschichtschreibung kommen werden. Der Umfang der Umstellung wird zunehmen, je mehr wir uns der Jetztzeit nähern. Auch dieser Abriß bleibt in der Aufdeckung der Zusammenhänge durchaus lückenhaft. Wenn ich ihn trotzdem jetzt schon geschrieben habe, so haben mich die auf Seite 1 angegebenen Gründe dazu veranlaßt.

Ich möchte für Leser, die ein selbständiges Urteil gewinnen wollen, noch besonders auf folgende Veröffentlichungen hinweisen:

„Der internationale Jude. Ein Weltproblem." Von H. Ford, Dearborn (Michigan) 1920, deutsch von P. Lehmann, Leipzig 1921.

„Die Geheimnisse der Weisen von Zion" von Gottfried zur Beek, Charlottenburg, 5. Auflage 1921. Das Werk wird von gegnerischer Seite stark angegriffen und als geschichtlich nicht richtig bezeichnet.

„Jewish Activities in the United States" von H. Ford, 1921. Eine deutsche Übersetzung liegt noch nicht vor.

Die Kriegführung der Ersten O. H. L. hatte sich das Ziel gesetzt, den Feind im Westen im vernichtungsuchenden Angriff, dem der Angriff auf Rußland folgen sollte, derart schwer zu treffen, daß er friedenswillig würde. Die Erreichung des Zieles, durch die Politik erschwert, scheiterte an der Führung.

Die Zweite O. H. L. hoffte, wohl seit 1915, durch allmähliche Zermürbung den Gegner friedensbereit zu machen.

Die Dritte O. H. L. konnte sich nicht auf den Boden einer solchen Kriegführung stellen. Sie sah den Krieg, in den wir hineingezwungen waren, als einen wahrhaftigen Krieg an, so wie ihn Clausewitz, in die Zukunft schauend, angekündigt hatte. Sie zweifelte nicht, daß eine hinhaltende Kriegführung bei der Überlegenheit der Gegner an Zahl, Propaganda, wirtschaftlicher Kraft und Kriegswillen zur Niederlage führen mußte. Die Dritte O. H. L. erstrebte deshalb den Sieg durch Waffenentscheidung.

Nachdem der Feldzug gegen Rumänien und damit die Kriegslage zum Abschluß gebracht war, die sie von der Zweiten O. H. L. übernommen hatte, versuchte sie, während die Landfronten auf Abwehr eingestellt wurden, durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg den Feind zunächst in seinen wirtschaftlichen Lebensbedingungen entscheidend zu treffen.

Nach dem Zusammenbruch Rußlands und der Abwehr der großen englisch-französischen Angriffe im April/Mai 1917 konnte sie in Verbindung mit der Wirkung des U-Bootkrieges daran denken, zum Angriff zu Lande überzugehen und die Entscheidung auch hier zu erstreben.

Ein Angriff im Westen war noch nicht möglich; erst mußten hierzu die Vorbedingungen geschaffen werden. Rußland wurde zum Zusammenbruch gebracht und Italien unter weitgehender Schwächung in die Verteidigung geworfen, während der U-Bootkrieg wirkungsvoll weiterging.

Jetzt kam als letzter Schritt der Angriff im Westen, während im Osten die Lage noch nicht voll gesichert war.

Die Wirkung der U-Boote, beschränkt durch die Haltung der Politik, zum Teil aufgehoben durch die Vergewaltigung der

neutralen Staaten durch die Entente, vermochte indes nicht, den feindlichen Schiffsraum so weitgehend zu vernichten, daß die Überführung der Truppen der Vereinigten Staaten verlangsamt wurde. Sie trafen rechtzeitig genug ein, um den deutschen Angriff im Juni zum Stehen zu bringen und Foch zu gestatten, im Juli zum Angriff überzugehen. Am 8. August 1918 wurden wir endgültig in die Abwehr zurückgeworfen. Das Ringen um den Sieg war beendet. Wir rangen jetzt buchstäblich um das Leben als Staat und um die Ehre.

Die Strategie, die Generalfeldmarschall v. Hindenburg und ich, sowohl im Osten, als auch später in der O. H. L. trieben, war für uns ein System der Aushilfen. Die Aushilfen, die wir wählten, waren im Angriff vom Vernichtungsgedanken getragen. Wieweit er in jedem einzelnen Falle in die Tat umgesetzt werden konnte, hing von der rauhen Wirklichkeit ab.

Es kam darauf an, möglichst starke Kräfte zur Entscheidung zu vereinigen und so zurechtzustellen, daß wir schwache Stellen des Feindes mit dem eigenen Schwerpunkt trafen und möglichst lange der Wirkung seines Druckes aussetzten, während schwache Teile überlegene feindliche zu beschäftigen hatten. Je genauer solch ein Stoß in der Richtung lag, die in die Flanke und den Rücken des Feindes führte, desto größer mußte seine Wirkung sein, da der Feind sich ihm nicht entziehen konnte. Es ist natürlich, daß die Kraft eines solchen Angriffs auch ein Ende fand. Er konnte nur so lange fortgesetzt werden, als die Nachschubverhältnisse es zuließen, oder so lange, als mit eigener Stärke gegen feindliche Schwächen gekämpft wurde.

War ein Stoß in die Flanke von vornherein nicht möglich, so mußte zunächst die feindliche Front nach demselben Grundsatz angegriffen werden. Auch hierbei war mit örtlicher Überlegenheit gegen eine Minderheit zu kämpfen, diese beim Einbruch zu schlagen und die heraneilenden Reserven noch in ihrer Verzettelung mit eigener Stärke zu fassen. Es wurde zum Ziel, den Einbruch in den Feind derart zu erweitern, daß es gelang, an irgendeiner Stelle so

tief in den Feind hineinzustoßen, daß seine Linie zerrissen und die hier entstehenden beiden Enden immer mehr beiseite gedrückt und umfaßt wurden. So konnte solch ein Angriff zum Durchbruch werden und zu einer Operation führen.

Leicht ist es, bei eigener Überlegenheit der Gesamtstreitkräfte feindliche Schwächen zu treffen. Graf v. Schlieffen meint, daß man nur in Überlegenheit umfassen könne. Die Zahl spielt im Kriege darum eine so große Rolle. Schwierig aber ist es, bei Unterlegenheit durch Verteilung der Kräfte irgendwo einen übermächtigen eigenen Schwerpunkt zu bilden, denn man läuft Gefahr, bei richtigem Handeln des Gegners an anderen Stellen selbst in schwierige Lagen zu kommen. Solche Operationen sind mit einer Truppe zu führen, die der feindlichen an Ausbildung und kriegerischen Tugenden überlegen ist, so daß diese die eigenen Stärken vervielfachen und die zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners ausgleichen.

Es war für uns im Herbst 1914 von verhängnisvoller Bedeutung, daß uns unsere hervorragende Friedensschulung durch Fehler der Führung nicht zum Siege über den zahlenmäßig überlegenen Feind geführt hat. Wir hatten damit für den Endsieg unendlich viel aus der Hand gegeben.

Von gleich verhängnisvoller Bedeutung war es, daß 1918 die kriegerischen Tugenden nicht mehr ausreichten, den Sieg bei einem Stärkeverhältnis zu erringen, das ihn durchaus möglich erscheinen ließ.

Die Angriffsstrategie, die wir anwandten, war nicht nur bedingt durch die Auswirkung auf den Feind, sondern auch durch die Rücksicht auf unsere Verluste und unseren Menschenvorrat. Ein Einsetzen der eigenen Stärke gegen die des Feindes hätte bei der zu erwartenden Gegenwirkung einen Erfolg nicht bringen können. Es hätte Verluste gezeitigt, die von der Truppe nicht ertragen worden wären und selbst im Falle eines Gelingens unserem Ersatzbestand nicht entsprochen hätten. Abgeschlagene Angriffe bringen zudem Verluste, die die des Verteidigers in der Regel übersteigen.

Verlangte die Lage eine verteidigungsweise Kriegführung, so war zu entscheiden, ob auszuweichen oder die Schlacht anzunehmen war. Die strategischen und namentlich die taktischen Entschließungen, die hier zu fassen waren, gestalteten sich besonders schwierig.

Die 9. Armee wich 1914 dem Kampf in Südpolen aus. Ebenso wurden 1917 die Truppen aus dem vorspringenden Bogen der Westfront in die Siegfriedstellung zurückgeführt. Es sind dies in ihren Folgen schöne und gelungene Kriegshandlungen gewesen.

In der Regel, vor allem wenn kein Raum zum Ausweichen vorhanden, war das Halten der Stellung geboten, zumal dann, wenn die Aussicht bestand, den feindlichen Angriff abzuweisen. Dabei war zu erwarten, daß die feindlichen Verluste um ein so Vielfaches die eigenen übertrafen, daß sie in den Kauf genommen werden mußten. Auch die Kräftigung der kriegerischen Tugenden sprach für ein Halten der Stellungen.

Wie beim Angriff, so war in der Verteidigung die Rücksicht auf Verluste in Einklang zu bringen mit der Wirkung auf den Feind. Das Ziel blieb der Sieg im Angriff.

Der Rückzug im Spätsommer 1918 hatte den Zweck, dem Feind noch die eigene Stärke zu zeigen und ihn müde zu machen.

Die Taktik entsprach den Anforderungen der Strategie.

Bevor ich das rein militärische Gebiet verlasse, will ich das deutsche Volk und seine militärischen Führer an die Worte erinnern, die Graf v. Schlieffen 1905 in seiner Einleitung zur fünften Auflage des Werkes „Vom Kriege" ausspricht:

„Für Clausewitz steht der Krieg unter dem höchsten Gesetz, der Waffenentscheidung.... Diese Lehre hat uns nach Königgrätz und Sedan — und ich setze hinzu: nach Tannenberg, nach vielen Siegen auf allen Kriegsschauplätzen und dem Endsiege zu — geleitet.

„Schon einmal hat . . . . das Buch »Vom Kriege« sehr wesentlich dazu beigetragen, in unserem Offizierkorps den Gedanken des wahrhaftigen Krieges lebendig zu erhalten. Möge der neuen Auf-

lage des Werkes — und ich setze wiederum hinzu: mag den gewaltigen und eindringlichen Lehren des Weltkrieges, namentlich einer Kriegführung wie unter der Dritten O. H. L. — die gleiche heilsame Wirkung beschieden sein."

Die Waffenentscheidung bleibt das höchste Gesetz im Kriege.

Diesen Satz haben wir uns fest einzuprägen. Ein Suchen nach „strategischen Systemen" ist zwecklos. Generalfeldmarschall Graf v. Moltke schreibt in dem schon erwähnten Aufsatz über Strategie*): „Wenn nun im Kriege, von Beginn der Operationen an, alles unsicher ist, außer was der Feldherr an Willen und Tatkraft in sich selbst trägt, so können für die Strategie allgemeine Lehrsätze, aus ihnen abgeleitete Regeln und auf diesen aufgebaute Systeme unmöglich einen praktischen Wert haben."

Die Strategie ist und bleibt allein ein System der Aushilfen, um jenes höchste Gesetz des Krieges zu erfüllen.

Die Dritte O. H. L. hat versucht, der „äußeren" Politik mit all ihren Kräften zu dienen. Sie hat den Reichskanzler bei seinem Suchen nach Frieden nicht beengt, noch den Frieden erschwert oder den Krieg verlängert, sondern sie hat die Politik unterstützt, soweit es ohne Schädigung der Kriegführung und der Zukunft des Vaterlandes möglich war. Sie hat in den Friedensschlüssen im Osten nur erreichbare Ziele verfolgt. Gedanken für den Westen hat sie der Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers hintangestellt.

In der Kriegführung war sie sich darüber klar, daß sie auf allen Gebieten die weiteste Unterstützung der Gesamtpolitik erhalten mußte, um den militärischen Sieg zu erringen, weit mehr noch: um den Krieg zu gewinnen. Die Männer der Dritten O. H. L. haben bis zuletzt versucht, den Reichskanzler dahin zu bringen, in einheitlicher, zielsicherer Mitarbeit Hand in Hand mit dem Heere den Daseinskampf unseres Volkes zu einem guten Ende zu führen.

Die Dritte O. H. L. ist wohl auf allen politischen und auch wirtschaftlichen Gebieten den Anforderungen gerecht geworden, die

*) Vgl. Seite 21.

Clausewitz an die Einsicht des Feldherrn stellt*). Allerdings kam die Kriegführung überhaupt nicht zu einem freien Handeln, sondern ihr Tun wurde immer allein durch den Zwang der Kriegslage bestimmt. Die Kriegführung zog aber nicht die äußerste Folgerung und nahm, als sich der Mangel an Persönlichkeiten in der Politik scharf kennzeichnete, die Leitung des Staates nicht selbst in die Hand, die einzige Möglichkeit, die Politik in Übereinstimmung mit ihren Ansichten über die Notwendigkeiten des Krieges zu bringen.

Auf Grund der sich an der Front bessernden Kriegslage seit Herbst 1917 ließ die O. H. L. nach, mit dem Reichskanzler um den Sieg zu ringen, obschon sie von dem dritten Kriegsreichskanzler ebensowenig unterstützt worden ist als vom ersten. Sie hoffte, zugleich mit dem Siege auch die Gefahren, die aus der Heimat dem Heere und dem Vaterlande drohten, zu unterlaufen.

In meinen Kriegserinnerungen schrieb ich:

„Viele Menschen waren schon mit dem Vorschlag meiner Kanzlerschaft an mich herangetreten. Dieser Gedanke war verfehlt, wenn auch gut gemeint. Die Arbeit, die ich zu bewältigen hatte, war ungeheuer; um den Weltkrieg zu führen, mußte ich das Kriegsinstrument beherrschen. Das verlangte schon eine ungewöhnliche Arbeitskraft. Undenkbar war es, daneben noch die Leitung der so ungemein schwerfällig arbeitenden Regierung zu übernehmen, die noch viel mehr einen ganzen Mann erforderte. Lloyd George und Clémenceau konnten Diktatoren sein, die Kriegführung im einzelnen beschäftigte sie aber nicht. Deutschland brauchte einen Diktator, der in Berlin und nicht im Großen Hauptquartier saß. Dieser Diktator mußte ein Mann sein, der die Verhältnisse in der Heimat vollständig übersah und kannte. Ihm wäre Berlin vielleicht gefolgt. Ich konnte diese Aufgabe nicht übernehmen. Im Kampf mit mir selbst wurde ich mir darüber klar. Nicht Scheu vor Verantwortung hielt mich zurück, sondern die klare Erkenntnis, daß eine Menschenkraft nicht ausreicht, das Volk in der Heimat und das Heer am Feinde in diesem Volks- und Weltkriege allen Widerständen und Reibungen zum Trotz, denen ich als Vertreter des berüchtigten Militarismus überall begegnet wäre, gleichzeitig zu führen."

Auch heute kann ich mich nicht näher aussprechen, nachdem ich die Lage immer wieder durchdacht habe, aber darauf hinweisen, daß im August 1916 eine Diktatur der O. H. L. wohl möglich gewesen wäre. Damals war das Ansehen beider Männer der O. H. L. noch unerschüttert, nicht unterwühlt. Beide Männer hätten auch

*) Vgl. Seite 4.

hier zusammengehört; meine Diktatur allein wäre unmöglich gewesen. Damals aber erkannte die O. H. L. die Lage nicht; sie befand sich in voller Täuschung über die Persönlichkeit des Reichskanzlers v. Bethmann.

Später schwanden die gedeihlichen Aussichten für eine Diktatur. Durch Regierung, Demokratie und Sozialdemokratie, die meinen Widerstand gegen ihre Pläne fürchteten, wurde immer mehr gegen mich gehetzt, so daß mein Ansehen im Volk erschüttert wurde. Nach dem militärischen Mißerfolg im Juli/August 1918 erschien mir eine Diktatur der O. H. L. nicht mehr möglich. Die Verhältnisse waren zu jener Zeit viel zu weit vorgeschritten, die Stimmung war gegen mich erbittert, es fehlte der breiten Masse des Volkes, die vollständig von internationalem, pazifistischem und defaitistischem Denken oder dem Streben nach einer Diktatur des Proletariats erfüllt war, das Verständnis für außerordentliche machtpolitische Maßnahmen, wie sie Lloyd George, Clémenceau und Wilson bei ihren Völkern getroffen hatten.

Trotzdem hätte die O. H. L. mit Zustimmung der Krone an Stelle der unfähigen Regierungsgewalt die Diktatur ergreifen müssen, auch wenn ich daran zerschellt wäre. Ich hätte dann das Äußerste versucht, was in diesem Augenblick nicht nur zur Erhaltung, sondern zur Rettung des Staates und der Monarchie geschehen konnte.

Die Politik hat vor und in dem Kriege völlig versagt. Das Verständnis für die Gedanken des Generals v. Clausewitz über den Zusammenhang zwischen Politik und Kriegführung und für das Wesen und die Gestalt des Krieges, geschweige denn des Weltkrieges, hat ihr vollständig gefehlt. Ihr Handeln mußte sich deshalb zum Schaden für die Kriegführung auswachsen*).

Der Satz, der Krieg ist die äußere Politik mit anderen Mitteln, war für sie inhaltlos. Er setzt ein Ziel in der Politik und ein richtiges Einschätzen der feindlichen Kräfte und der feindlichen Absichten voraus.

*) Vgl. Seite 5.

Vor dem Kriege wurde ein solches Ziel ebensowenig wie die Gesamtlage festgestellt. Das Unvermögen, sich in die Gedankenwelt der Feinde zu versetzen, war unüberwindbar. Demgemäß wurde unterlassen, die Mittel für die Kriegführung in hinreichendem Umfange bereitzustellen und alle Schichten des Volkes zur notwendigen Geschlossenheit zusammenzufassen und mit einheitlichem Macht- und Lebenswillen zu erfüllen.

Auch nach Beginn des Krieges hatte die Politik nicht begriffen, daß Deutschland einen Daseinskampf, den Krieg in seiner wahrhaftigen Form führte und daß der Krieg ein Akt der Gewalt sei und wir niedergeworfen werden konnten, solange der Feind nicht niedergeworfen war. Die Politik hat nicht aufzufassen vermocht, daß sie dazu berufen sei, in der Führung des Krieges die ausschlaggebende Rolle zu übernehmen. Sie hatte der militärischen Kriegführung die gesamten Kräfte des Volkes zum Siege an der Front zur Verfügung zu stellen und selbst den Kampf gegen den Geist der feindlichen Völker zu führen. Die Politik hat nicht verstanden, daß sie gewiß nicht die Kunst ist, das Mögliche zu erreichen, sondern ausschließlich der Wille, das Notwendige für Staat und Volk zu schaffen. Sie blieb statt dessen plan- und haltlos im Fahrwasser innerpolitischen Denkens. Es reihte sich Fehler an Fehler, nicht nur auf dem Gebiete der äußeren, inneren und Wirtschaftspolitik, sondern, wie bei unserer Flottenverwendung auf rein militärischem Gebiet. Sie lagen genau in derselben Richtung, wie die Fehler der Vorkriegszeit.

Besonders schwerwiegend war, daß die Regierung die ausschlaggebende Bedeutung des Volksgeistes für den Ausgang des Krieges und den Zusammenhang zwischen Volksgeist und kriegerischen Tugenden nicht erkannt und ihr nicht Rechnung getragen hat.

Dem Volksgeist wurde schon durch den Krieg an und für sich viel zugemutet. Um so nötiger war es, ihm eine starke vaterländisch-deutsche, willenskräftige, vor allem siegeszuversichtliche und von dem Vertrauen zur O. H. L. getragene Geistesrichtung zu geben, die allein das Volk abgabefreudig und widerstandsfähig erhalten hätte. Statt dessen ließ die Politik ihn immer weiter hineintreiben in den Sumpf internationalen, pazifistischen, defaitistischen Denkens, das von

Völkerversöhnung träumte, den deutschen Sieg für ausgeschlossen hielt oder in ihm eine Gefahr sah. Sie schritt nicht tatkräftig gegen eine Geistesrichtung ein, die im Wüten gegen das deutsche Volk die Beendigung des Krieges durch Streik und Gewalt herbeiführen wollte. Sie untergrub das Vertrauen zur O. H. L.

Dieser so beeinflußte Volksgeist konnte vom Heere nicht ferngehalten werden. Auf das Heer stürmte ja noch vieles andere ein, das die Heimat nicht kannte. Die Anforderungen, die die Kriegführung an Volksgeist und kriegerische Tugenden zu stellen hatte, wurden mit der Zunahme der Anstrengungen des Feindbundes immer größer, Volksgeist und kriegerische Tugenden ließen dagegen immer mehr nach. So konnte es nicht ausbleiben, daß der Krieg immer drückender empfunden wurde. Die Anforderungen der Kriegführung wurden in der Heimat immer unwilliger, auch gar nicht erfüllt. Ihnen wurde widerstrebt und offener Widerstand geleistet. Das Nachlassen der kriegerischen Tugenden, allein unter dem Einfluß des Volksgeistes, schwächte die Truppe an Zahl und Kampfwert und erhöhte die Anstrengungen für die Festbleibenden. Die „Überspannung“ der Kraft, von der so oft gesprochen wird, hat hierin viel mehr ihren Grund als in den Anforderungen, die die O. H. L. an Volk und Truppe durch die Kriegslage zu stellen gezwungen war.

Die Politik beeinträchtigte die Kriegführung immer mehr, bis sie zuletzt die Kriegführung sogar vollständig lahmlegte, dem Heere in den Rücken fiel und Heer und Heimat wehrlos machte.

Die Regierung trieb Politik nicht aus eigenem, starkem Verantwortungsgefühl, sondern ließ sich schieben. Die Politik ging immer ausschließlicher von der international, pazifistisch, defaitistisch denkenden Reichstagsmehrheit aus und wurde weitergeführt von einer umstürzlerisch gesinnten Minderheit, die sich des Schutzes und der weitgehenden Rücksichtnahme der Mehrheit erfreute. Beide haben vollsten Anteil an der Schuld einer Politik, deren Frucht die Lahmlegung der Kriegführung und die Wehrlosmachung des deutschen Volkes war. Sie hatten sich der Masse des Volkes bemächtigt und die beiseite geschoben, die den deutschen, machtbewußten, willensstarken und siegessicheren Standpunkt vertraten.

Das erschütternde Wort des Fürsten Bismarck vom 13. März 1885 war wahr geworden:

„Der Parteigeist überwuchert uns und verleitet das Volk, daß es das eigene Vaterland erschlägt, und diesen Parteizwist klage ich vor Gott und der Geschichte an, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall geraten wird" — und ich füge hinzu: wenn die herrlichen Taten des Weltkrieges uns nicht den Sieg brachten oder unsere Freiheit sicherstellten.

2.

Internationales, pazifistisches, defaitistisches Denken herrscht noch heute in Deutschland vor, obschon die Welt rings herum in Waffen starrt, Kriegsgeschrei ertönt, Haß gegen uns geschürt wird und die jetzigen Weltmächte anscheinend nur Atem schöpfen zu neuem Ringen untereinander und zu neuen Vergewaltigungen Schwacher. Clémenceau selbst bezeichnet die Versailler Erpressung als Fortsetzung des Krieges. Unsere Feinde wollen ihn, wie vor 1914. Unser Denken hindert uns, klar zu sehen, wie die Welt wirklich aussieht, und zu erkennen, was uns nach innen wie nach außen nottut.

Der vorliegende Abriß möge zur Klärung beitragen und uns die politische Bildung gewinnen helfen, die die anderen Völker in ihren breiten Schichten besitzen. Ehe dies nicht geschehen ist, wird viele vaterländische Arbeit sich als vergeblich herausstellen, werden die das Beste fürs deutsche Volk erstrebenden Führer keinen Widerhall bei den Massen finden, auf die sie um so mehr angewiesen sind, je weniger tatsächliche Macht sie selbst in Händen haben.

Wir müssen verstehen lernen, daß wir in einem kriegerischen Zeitabschnitt leben und daß der Kampf wie für das Einzelwesen so für den Staat immer eine natürliche Erscheinung bleiben wird und auch in der göttlichen Weltordnung begründet liegt:

„Jedes Menschenleben ist ein Kampf im kleinen. Im Innern der Staaten ringen die Parteien gegeneinander um die Macht, ebenso in der Welt die Völker. So wird es ewig sein und bleiben, das ist Naturgesetz. Aufklärung und höhere Gesittung der Menschheit können den Kampf um die Macht und die Gewaltmittel

mildern, aber nie ausschließen, denn es streitet wider die Natur des Menschen und endlich wider die Natur selbst. Natur ist Kampf! Siegen das Starke und Gute nicht, dann drängt sich das Unedle machtvoll hervor und zwingt zur Abwehr durch Kampf und Gewalt, wenn nicht das Edle unterliegen soll. Aber auch dieses bleibt nur leben, wenn es stark ist." So schrieb ich in meinen Kriegserinnerungen.

In gleichem Sinne äußert sich Generalfeldmarschall Graf v. Moltke am 11. Dezember 1890*):

„Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzen des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen."

Und am 10. Februar 1881*):

„Ich halte den Krieg für ein letztes, aber vollkommen gerechtfertigtes Mittel, das Bestehen, die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates zu behaupten."

Stellen wir uns in unserer Welt des Kampfes auf diesen Boden, dann müssen wir ein- für allemal und endgültig die Worte ablehnen, die unsere Feinde und unsere Demokratie aller Schattierungen uns vorgeredet haben, wie ewiger Friede, Abrüstung und Versöhnung der Menschheit — es sei denn, daß es ihnen entgegen Gottes Weltordnung zunächst an sich selbst gelingt, die Doppelseitigkeit der menschlichen Natur zu meistern, alle weltlichen Güter hintanzusetzen und nur geistige Werte gelten zu lassen.

Einen Befreiungskampf zur Zeit zu führen, ist für uns unmöglich. Das weiß keiner besser als ich, der selbst den Krieg geführt und alles getan hat, um die Wehrlosmachung Deutschlands zu verhindern.

In unserer Wehrlosmachung gegenüber dem gewalttätigen Handeln unserer Feinde liegt das furchtbare Verhängnis von Versailles. Ein Grauen befällt einen, wenn man daran denkt.

Zur politischen Bildung des deutschen Volkes gehört diese Einsicht ebenso unabweisbar wie die Erkenntnis, daß auch weiter-

*) „Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten" des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke. Berlin 1892.

hin der Krieg das letzte, einzig entscheidende Mittel der Politik ist. Dieses Denken, ergänzt durch männliche Kampffreudigkeit, kann die Entente dem deutschen Volke nicht verbieten, wenn sie es uns auch nehmen will. Es ist der Grundstein jedes politischen Verstehens, der Grundstein für unsere Zukunft, selbst und namentlich für das versklavte Volk der Deutschen. Voraussetzung ist, daß es seine Selbständigkeit, seine Freiheit, seine Wohlfahrt und seine Entwicklungsmöglichkeit zurückgewinnen und verhindern will, daß wir nach der Absicht unserer Feinde auf die Dauer in Verkommenheit verharren und aus der Weltgeschichte gestrichen werden, während sie in ihrem Sinnen und Trachten die Politik nur auf Macht, Gewalt und Krieg einstellen.

Durch Schlagworte und Redensarten darf sich das deutsche Volk nicht mehr betören lassen, wie vor, in und nach dem Kriege. Wir sollten prüfen, wer sie uns sagt und wer sie verbreitet, wer der Träger dieser Werbearbeit ist, statt sie in Leichtgläubigkeit für wahrhaftig zu halten. Was der Feind uns gibt und an uns lobt, ist sicher für uns schlecht. Was er uns nimmt, was er an unserem Denken und Handeln oder an unseren Einrichtungen angreift, ist gut für uns. Damit war und wird der Prüfstein für das deutsche Volk, was ihm gut oder schädlich ist, so handgreiflich, so über alle Begriffe einfach*). Wir müssen nur lernen, nüchtern zu denken.

Man wird mir vorwerfen, ich reize den Feind durch solche Worte. Gewiß wird dieser und seine Mitläufer in Deutschland das

*) Unsere Feinde brachten uns die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", und die Folge war Entmannung des Volkes, internationales, pazifistisches Denken und ihr Sieg!

Unsere Feinde hetzten vor dem Kriege und während desselben gegen den deutschen „Militarismus", insonderheit gegen den Offizier, — durch Versailles hat uns der Feind wehrlos gemacht, während die feindlichen Staaten sich immer stärker rüsten.

Ich erinnere an die Hetze gegen die Monarchie und namentlich das Haus Hohenzollern, — Seine Majestät der Kaiser und der Kronprinz des Deutschen Reiches werden in Holland zurückgehalten.

Ich erinnere an das Loblied, das der Feind der deutschen Demokratie sang, — der Fußfall vor Wilson im Oktober 1918 bescherte sie uns. Damit ist unsere Ohnmacht entschieden. — Die feindlichen Völker wurden durch eine Autokratie regiert und haben den Krieg gewonnen!

Eifern und Geifern gegen den „sich bei uns regenden Militarismus“ wieder anschwellen lassen. Selbstverständlich wird vergessen werden, wie unsere Feinde vor dem Weltkriege gegen uns verfahren sind, wie z. B. in Frankreich der Haß gegen alles Deutsche großgezogen und der Rachekrieg laut und eindringlich gepredigt worden ist. Sie befolgten wirklich nicht den Grundsatz: immer daran denken, nie davon sprechen, auch wenn sie es vorgeben. Ihre Staatsmänner haben der menschlichen Natur Rechnung getragen, und ihre Staaten und Völker sind gut dabei gefahren.

Besser wäre es gewiß, man brauchte dem deutschen Volk nicht von seinen Aufgaben zu reden. Besser, sie wären ihm als etwas Selbstverständliches tief in Herz und Gemüt eingegraben. Dem ist leider noch nicht so. Darum stelle ich dem deutschen Volk die Frage: Was alles hat Frankreich erreicht? Wo sind wir mit unserer Sorge, den Feind nicht zu reizen, mit der Angst vor dem eigenen Mut, mit unserer Liebedienerei vor dem Feinde, unserem Knechtssinn, unserem unmännlichen, feigen Denken und mutlosen Handeln angelangt? Hat uns das alles vor unserem Schicksal bewahrt? Hat uns der Feind nicht trotzdem wehrlos gemacht?

Lassen wir den Feind das tun, was er für sein Leben für richtig hält; wir können ihn nicht daran hindern. Handeln aber auch wir ohne Scheu vor unseren Feinden kraft eigenen Rechts, das uns niemand nehmen kann, wenn wir es nicht freiwillig hergeben, allein als aufrechte Männer, nach unseren Lebensnotwendigkeiten und unseren eigenen gesunden Veranlagungen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir noch mehr vergewaltigt werden. Erdulden wir dann auch das in dem Gedanken, daß Elend und Knechtung zur Freiheit führen. Nur ein harter Wille, mannhaftes Auftreten ruft Selbstachtung und Achtung hervor, die wir vor uns selbst und vor der Welt wiedergewinnen müssen. Niemand würde es mehr begrüßen als ich, wenn unsere Feinde des Weltkrieges uns endlich Gerechtigkeit zuteil werden ließen. Sie würden damit zur Entspannung wesentlich beitragen.

Zu diesem ersten Baustein unserer politischen Bildung müssen weitere herbeigetragen werden.

Jeder Deutsche muß die Gestalt des wahrhaftigen Krieges begreifen, damit er nicht wieder, wie im Weltkriege, von ihrer Größe erdrückt wird. Er muß seine Kraft an den Anforderungen messen, die ein Krieg stellt, ganz gleich, in welcher Gestalt.

Sind wir uns klar über unsere Ziele und über die Anforderungen, denen wir zu entsprechen haben, wenn wir sie erreichen wollen, dann beginnt die Arbeit, die wir jetzt leisten können.

Es tritt die innere Politik zum Wiederaufbau, zur Sicherstellung und Festigung des Staates und Erneuerung der Volkskraft und des Volksgeistes in den Vordergrund. Diese verlangt zielsicheres Zusammenfassen aller Kräfte zur staatlichen Selbstbehauptung, also Geschlossenheit des deutschen Volkes in allen seinen Kreisen und Berufen in einer Einheitsfront tiefinneren christlichen Glaubens zu Gott, glühender und opferbereiter Liebe zum Vaterlande und pflicht- und machtbewußten, siegfrohen Willens und starken Wollens, eine Einheitsfront wie das von den Hohenzollernfürsten geschaffene Heer — wenn auch waffenlos!

In dieser deutschen Einheitsfront müssen, wie dereinst in dem deutschen Heere des Weltkrieges, Klassengegensätze, die Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, zwischen Stadt und Land und die vielen anderen Gegensätze und Unterschiede, die das deutsche Volk schwächen, wie das Mißtrauen gegeneinander, fremde Begriffe werden. In ihr muß der voll eingeschätzt werden, der am Feinde kämpfend seine Schuldigkeit tat, während in der Heimat Gewinnen nachgegangen wurde. Allerdings müssen sich die Frontkämpfer auf sich selbst besinnen und müssen sich in die vorderste Linie der Einheitsfront stellen in Erinnerung dessen, was sie geleistet und durch die Revolution verloren haben.

In unserer Einheitsfront haben wir, nach Ludwig Schemanns schönem Wort*), „den Heldensinn, den Ordnungsgeist, die Disziplin und das Pflichtgefühl, — und ich setze hinzu: die stolze, selbstbewußte Einfachheit und Sparsamkeit, die Kameradschaft und die Treue — alles Ausstrahlungen des »Militarismus« und zugleich die Grundpfeiler von Deutschlands Größe, uns auf allen bürger-

*) „Von deutscher Zukunft. Gedanken Eines, der auszog, das Hoffen zu lernen" von Ludwig Schemann, Leipzig 1920.

lichen Gebieten zu erhalten und uns wiederzugewinnen, soweit sie uns verlorengegangen sind. Daß wir hierzu sittlicher Erneuerung bedürfen, oder vielmehr Mut und Entschlossenheit zum Handeln gegen alles Undeutsche in uns und um uns, ist gewiß."

Ludwig Schemann, dieser tiefgründige deutsche Mann weist hier mit Recht auf die Eigenschaften des alten Heeres hin, wie sie sich unter den Hohenzollern entwickelt haben. Dieses Herrscherhaus erkannte, welche Tugenden für das Heer nötig sind, damit es ein Rüstzeug würde zur Sicherstellung und Erhaltung der Freiheit und Wohlfahrt des preußischen und deutschen Volkes.

Die kriegerischen Tugenden des preußischen und deutschen Heeres haben sich auf blutigen Schlachtfeldern bewährt. Das deutsche Volk bedarf keiner anderen Eigenschaften zu seiner sittlichen Erneuerung. Der Geist des alten Heeres muß uns für die Wiedergeburt befruchten*). Wir müssen dabei allesamt verstehen, daß allein Manneszucht — bedingungslose Unterordnung unter uneigennützige, vom Gemeinsinn geleitete Führer, Zurückstellung eigener Gedanken und Vertrauen zum Führer — Gewähr dafür bietet, daß die sittliche Kraft der einzelnen zusammengefaßt wird zu einer Macht, die den Wiederaufbau des Volkes und des Vaterlandes bewirkt.

Das Undeutsche in uns und um uns, von dem Ludwig Schemann spricht, liegt vornehmlich in dem Mangel an Rassegefühl**), in der ungenügenden Berücksichtigung deutscher Art in Schule und Recht, in der Überhebung der Geistesbildung über die Handfertigkeit, in der sich bei uns breitmachenden selbstsüchtigen Geistesrichtung,

---

*) Ich kann mich nicht enthalten, in diesem Zusammenhange auf den ersten und zweiten Kriegsartikel des alten Heeres hinzuweisen. Letzterer lautet:

„Die unverbrüchliche Wahrung der im Fahneneide gelobten Treue ist die erste Pflicht des Soldaten. Nächstdem erfordert der Beruf des Soldaten: Kriegsfertigkeit, Mut bei allen Dienstobliegenheiten, Tapferkeit im Kriege, Gehorsam gegen die Vorgesetzten, ehrenhafte Führung in und außer Dienst, gutes und redliches Verhalten gegen die Kameraden."

Dieser Kriegsartikel sollte in jedes Deutschen Herz fest eingetragen sein.

**) Bisher ist der Begriff der Rasse, die deutsche Rassenkunde, von unserer wissenschaftlichen Forschung mehr als stiefmütterlich behandelt worden.

in der Bewertung äußeren Wohllebens, in internationalem, pazifistischem und defaitistischem Denken und schließlich in dem starken Hervortreten des jüdischen Volkes innerhalb unserer Grenzen begründet*). Dieses Undeutschen im einzelnen, in Volk und Staat Herr zu werden, ist die besondere Aufgabe politischen Denkens und langwieriger völkischer Arbeit, die von den Besten unseres Volkes in engstem Zusammenhang untereinander und in gegenseitigem Vertrauen unbeirrt zu führen ist.

Sie haben Sorge zu tragen, daß sich die deutsche Familie wieder ihrer Aufgabe bewußt wird, Trägerin und Pflegerin des deutschen Volkslebens und des wahrhaft deutschen Volksgeistes zu sein und der Jugend Bescheidenheit und jenes Selbstgefühl mit auf den Lebensweg zu geben, das von Genußsucht, Trägheit und Sklaverei freimacht. Was die Kinder von den Eltern an gesundem deutschem Sinn und deutschem Wollen erhalten, geht für den einzelnen, für Volk und Staat zu besonderer Saat auf und setzt fortlaufend die Vergangenheit in Gegenwart und Zukunft um.

Zur Festigung der Persönlichkeit, zur Stärkung des Willens, zur Kräftigung des Leibes und Stählung der Gesundheit und des Mutes sind körperliche Übungen, namentlich im Kampf Mann gegen Mann, Abhärtung und Enthaltsamkeit nötig.

Der Aufbau des deutschen Volkstums allein genügt noch nicht den kommenden Anforderungen. Der Aufbau der deutschen Volkswirtschaft hat hinzuzutreten. Ein schwerer Wahn ist es, zu glauben, und ihm huldigen leider viele im Wirtschaftsleben stehende Männer, daß die Volkswirtschaft allein die Wiedergeburt bewirken könne. Sie unterschätzen den Wert des Volksgeistes, wie vor dem Kriege, statt ihn klar zu erkennen und ihn werktätig zu fördern. Ohne deutschen Volksgeist bringt die Wirtschaft nur Stoff hervor; durch Volksgeist gehoben, führt Arbeit das Volk zusammen und damit zur Genesung und bietet wiederum dem Volksgeist den Rückhalt, dessen er bedarf, um sich auswirken zu können im notwendigen Wettkampf der Völker auf allen Gebieten.

---

*) Es erhält durch den starken Zustrom der Ostjuden neue Kraft.

Der Volksgeist und die Volkswirtschaft haben sich zu ergänzen und sich gegenseitig immer wieder neue Kräfte zuzuführen.

Wir brauchen an Stelle organisierter, die Staatsgewalt nicht achtender Massen einen sozialen Aufbau, getragen vom Geiste echter Kameradschaft und von persönlichem Verantwortungsgefühl gegeneinander und gegenüber dem deutschen Volk und Vaterlande.

Wir brauchen in unserer Volkswirtschaft Volksgefühl, Maßnahmen zur Hebung und Veredlung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Seßhaftmachung des Volkes in seinen breiten Schichten auf eigenem Boden, und Wohnungsbau, beides zur Erhaltung der Grundlagen der Familie und des Staates*).

Wir brauchen eine Volkswirtschaft, die, frei vom Zwang und ohne Eigentumsbeschränkung, im Arbeitgeber nur den Arbeitnehmer im Dienste des deutschen Volkes und des deutschen Staates sieht und allen Arbeitnehmern ihr Recht an der Arbeit und am Gewinn läßt.

Nur gegenseitiges Verständnis für den Wert der geistigen und der Handarbeit eint alle arbeitenden Kreise. Ich erhoffe dies von erhöhter Bildung und Einsicht der Handarbeiter und von einer Verpflichtung für jeden Deutschen, der ins Leben tritt, sich in der Handarbeit betätigt zu haben.

Nur Arbeit des gesamten Volkes, nicht leichter Börsen- und Kapitalgewinn, entspricht deutschem Wesen und kann die Werte schaffen, die die Kaufkraft unseres Geldes steigern und nötig sind, um uns vom Feinde unsere Freiheit zurückzukaufen und den wirtschaftlich Schwachen und den Verletzten des Weltkrieges eine hinreichende Lebensführung zu gestatten.

Wir brauchen eine Regierungsgewalt, die, über den überlebten politischen Parteien stehend, getragen von dem Vertrauen des deutschen Volkes, gestützt auf seine Kraft, sich aufbaut auf seiner Selbstverwaltung und einer berufsständischen Volksvertretung. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk führt, nicht eine, die

*) Um Mißverständnisse auszuschließen, betone ich, daß ich auch große Güter für die Volkswirtschaft als notwendig ansehe. Wir sollten erst an die Urbarmachung der Ödländereien gehen, bevor wir Güter zerschlagen.

nur herrscht, und die das Recht ausübt gegen jedermann. Nicht in einer Verbreiterung, sondern in einer Verschmälerung liegt die Stärke der Regierung, die im Drange der Not zur Führerschaft eines einzelnen wird und die, wie die großen Hohenzollernfürsten und ihre großen Ratgeber, die eigensüchtig widerstrebenden Teile des Volkes rücksichtslos und, wenn es sein muß, mit Gewalt zur Pflichterfüllung anhält, gerade dadurch dem ganzen Volke dienend.

Wir brauchen zur Festigung und dauernden Erhaltung des vollzogenen inneren Wiederaufbaues die Rückkehr zur monarchischen Staatsform — zu einem Kaisertum in einem Bundesstaat — und zu einer Staats- und Pflichtauffassung der staatlichen Diener vom höchsten bis zum geringsten, wie sie das Preußentum herangebildet hat.

Während so der Deutsche im Deutschen sich festigt und im Innern des Vaterlandes neues deutsches Leben sich entfaltet und fruchtbringend und anziehend auf die Deutschen jenseits unserer Grenzen und fördernd auf die Völker dieser Erde*) wirkt, haben wir uns stets vor Augen zu halten, daß unsere Entwicklung, mehr als je in unserer Geschichte, auch von inneren Mächten gehemmt ist, die dauernde Zwietracht hervorrufen, indem sie sich überall da geschickt einschleichen und wie bisher durch schwülstige Gedanken uns zu umnebeln suchen, wo sich ein fester Kern klar und einfach Denkender bildet. Wir sollen nicht diesen Feinden zu Gefallen leben und uns zerfleischen. Wir sollen klüger sein. Wir haben ziel- und siegessicher unseren Weg zu gehen und ein innerpolitisches, nüchternes Denken und Wollen zu gewinnen, das den Gedanken scharf zurückweist, sich an dieses Sklavenleben zu gewöhnen und unsere Arbeit in der Fron fürs Ausland zu entdeutschen, sondern entschlossen ist, die neue Kraft in ihrer Wirkung auszuwerten auf die äußere Politik und schließlich, wenn der Feind uns dazu treibt, auf den Freiheitskampf, als äußerstes Mittel dieser äußeren Politik.

Wir sind hiermit wieder beim Ausgangspunkt der Betrachtung und haben als Ergebnis eine Gesamtpolitik, für die der Krieg eine

*) Eine wirkliche innere Gesundung kann erst wieder eintreten, wenn das russische Wirtschaftsgebiet wieder erschlossen ist.

äußere Politik mit anderen Mitteln oder das äußerste Mittel der äußeren Politik im Dienste des Machtgedankens bleibt, für die sonst die Erfüllung des für den Staat Notwendigen als der Weisheit letzter Schluß gilt.

Nicht ein „gewalttätiger Militarist" spricht aus diesem Abriß, sondern ein Mann, den das Schicksal ohne seinen Willen über die Zusammenhänge der Geschichte mehr als viele andere belehrt hat und der es als zwingende Notwendigkeit ansieht, daß das Volk und seine Führer über die Lebensnotwendigkeiten des Volkes, über die Übereinstimmung von Politik und Kriegführung und das Wesen des Krieges sich klar werden. Diese einfache Erkenntnis ist fruchtbringender als der Glaube an die vielen Versprechungen, die so gern gehört, aber nie gehalten werden, weil die Voraussetzung hierzu fehlt. Die Arbeit ist undankbar. Das Leben lehrt auf Dank verzichten, aber es gebietet, die Schuldigkeit zu tun. Das Volk muß hören, was ihm nottut, auch wenn es ihm nicht gefällt. Es genügt nicht mehr, wie Clausewitz meint, daß der Führung des politischen Verkehrs eine gewisse Einsicht in das Kriegswesen nicht fehlen dürfe. Das Volk selbst muß diese Einsicht besitzen. Nur so kann uns Hilfe werden; dann wird es nicht wieder falschen Führern folgen, wie vor dem Kriege, und die Knie vor dem goldenen Götzen beugen wie in den letzten Kriegsjahren. Es wird die Kriegsnotwendigkeiten verstehen. Das Volk, nicht die organisierte Masse, wird seinen Willen bekunden. Die Führer, deren das Volk bedarf, werden sich Geltung verschaffen und es dahin führen, wohin es drängt. Die Führer müssen deutsche, rassen-, pflicht- und machtbewußte Männer sein, die, bar jeder Eitelkeit und jeden Eigennutzes, das Vaterland höher stellen als das eigene Ich, Herrennaturen mit starkem Willen und Wollen, die nur eine persönliche Verantwortung kennen, vor Gott dem Herrn, dem Volk und dem eigenen Gewissen.

Es wäre zu begrüßen, wenn diejenigen, die sich für solche Führer halten, sich mit der Politik und Kriegführung des Weltkrieges beschäftigten. Sie müssen aber tiefer gehen als bisher und einmal alle Zusammenhänge zu begreifen suchen. Sie werden dann finden, wie ungemein viel ihrer politischen Bildung gefehlt hat, und dem Wunsche beipflichten, daß auf allen Hochschulen und Volks-

hochschulen die Lehren Clausewitz' vom wahrhaftigen Kriege, die Lehren des Weltkrieges sowie die Wechselwirkung zwischen Politik und Kriegführung vor, in und nach dem Weltkriege als Fundgrube unserer politischen Bildung ausgenutzt werden. So allein werden richtige Führer des Volkes erzogen werden, zu denen sich für die rein militärische Kriegführung die dazu berufenen Offiziere gesellen.

Wird die politische Bildung des Volkes und seiner Führer auf dieser Grundlage aufgebaut, so wird das deutsche Volk auf seine Führer, die Führer auf das deutsche Volk zählen können.

Die Arbeit ist schwer. Seien wir uns darüber klar, daß selbst die allgemeine Wehrpflicht und die Schulung, durch die uns die großen Hohenzollernfürsten haben gehen lassen, nicht genügt haben, uns auf dem richtigen Wege zu erhalten. Messen wir hieran die Anforderungen, die wir an uns und namentlich an unsere Ausdauer und Opferwilligkeit und an unser Pflichtbewußtsein zu stellen und welche Gegengewichte wir in uns selbst gegen uns selbst zu schaffen haben, wo jener Zwang uns fehlt. Dann werden wir die ganze Größe der Aufgabe erkennen, die wir zu erfüllen haben und erfüllen müssen an uns und anderen.

Holen wir uns zu der großen Arbeit Kraft und Bekennermut aus dem schlichten, alten Niederländischen Dankgebet und sorgen wir dafür, daß wir, von gleichem Geiste und gleicher Inbrunst beseelt wie unsere niederländischen Stammesbrüder, singen und sagen dürfen:

Der Böse — Arglose zu Fall zu bringen —
Schleicht grollend und brüllend, dem Löwen gleich,
Und suchet, wen er grausam mag verschlingen,
Wem er versetzen mag den Todesstreich.

Wacht, flehet, bestehet im guten Streite,
Mit Schande in Bande der Sünde nicht fallt!
Dem frommen Volk gibt Gott den Feind zur Beute,
Und wär noch eins so groß seines Reichs Gewalt.

Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstr. 68—71.





